



Das Masken-Drama

Sie ist nervig, verhasst und trotzdem unsere einzige Hoffnung



BeNeLux € 6,60 Finnland € 8,50 Griechenland € 7,30 Italien € 7,50
Dänemark dkr 59,95 Frankreich € 7,- Norwegen NOK 89,- Polen (ISSN00387452) ZL 34,- Schweiz sfr 8,10 Slowakei € 7,-
Spanien/Kanaren € 6,70 Slowenien € 6,70 Spanien/Kanaren € 7,20 Ungarn Ft 2750,- Printed in Germany

**100 €
Cashback**

Profitieren Sie im Aktionszeitraum 29.06. – 30.08.2020 zusätzlich vom Miele Cashback in Höhe von 100 € auf Waschmaschinen und Wäschetrockner mit TwinDos®.

Miele Waschmaschinen mit TwinDos®

Die Innovation für beste Waschergebnisse, die neue Maßstäbe setzt.

Perfekte Sauberkeit für strahlend weiße und leuchtend bunte Textilien erhalten Sie am einfachsten mit einer Miele Waschmaschine mit TwinDos®. Zusammen mit dem Waschmittel UltraPhase 1 und 2 bietet Miele das beste Flüssigwaschmittel-System am Markt. Die eigens auf die Miele Waschmaschinen abgestimmten Rezepturen stehen für zuverlässig perfekte Waschergebnisse. TwinDos® dosiert UltraPhase 1 und 2 zum jeweils optimalen Zeitpunkt in den Waschprozess. Durch die getrennte Lagerung und Dosierung der beiden Waschmittelphasen ist es möglich, im TwinDos®-System Bleichmittel einzusetzen. Die Wirkstoffe in UltraPhase 1 lösen den Schmutz und entfernen Flecken, wie z. B. Öl und Fett, Proteine und Stärke. Mit UltraPhase 2 wird dem Waschprozess das Bleichmittel zugeführt, welches selbst hartnäckige Flecken wie z. B. Kaffee, Tee, Fruchtsäfte oder Rotwein entfernt – und das schon bei niedrigen Temperaturen.



Übrigens, eine so präzise, bedarfsgerechte Dosierung ist per Hand kaum möglich. Dies belegt auch das Öko-Institut e. V. in Freiburg, das der automatischen Dosierung von Miele ein Einsparpotential von 30% bescheinigt.

miele.de



Das Hohenstein Institut untersuchte die Eigenschaften des automatischen 2-Phasen-Dosiersystems in Verbindung mit den Miele Waschmitteln UltraPhase 1 und UltraPhase 2. Die hervorragende Waschwirkung wurde in Bezug auf die Fleckentfernung, den Weißgrad, die Anti-Vergrauung und die Dosiergenauigkeit bestätigt.



Gönnen Sie Ihrer Haut die Ruhe, die sie verdient mit UltraPhase 1 und 2 Sensitive. Völlig frei von Farb- und Duftstoffen.

Hausmitteilung

Betr.: Beirut, Pflegeheime, Clichy-sous-Bois, »Dein SPIEGEL«



Lorenzo Tugnoli / DER SPIEGEL

Tugnoli, Schröder, Reuter

Christoph Reuter war gerade in Deutschland, als am Dienstagabend vergangener Woche eine Druckwelle seine Wohnungstür in ein halbes Dutzend Teile zerriss. Seit 2012 wohnt der SPIEGEL-Reporter im Beiruter Stadtteil Gemmayze, dem von der Ammoniumnitratexplosion am stärksten getroffenen Viertel der libanesischen Hauptstadt. Für Reuter begann eine bedrückende Suche nach Bekannten und Nachbarn. Was ist aus Claudette geworden, der kettenrauchenden Schneiderin; aus Abu Mario, dem Friseur; aus Mohammed, dem syrischen Parkplatzwächter und leidenschaftlichen Modellbauer?

Alle haben überlebt, stellte sich nach einer knappen Woche heraus, wenn auch teils verletzt. Doch ihre Existenzen liegen in Trümmern: »Niemand weiß, wie es weitergehen soll«, sagt Reuter, »noch ist der Schock größer als die Wut. Noch.« Bei den Recherchen unterstützten ihn der freie Autor Thore Schröder und der Fotograf Lorenzo Tugnoli. **Seite 74**

Als Cornelia Schmergal im Juni zum ersten Mal über die Folgen von Besuchsverboten im Pflegeheim berichtete, wurde sie danach von Leserbriefen überschwemmt. Aufgebrachte Töchter schrieben, wie sie vor Seniorenstiften auf Klappleitern stiegen, um ihren dementen Eltern nahe zu sein, oder sich gleich per Gerichtsbeschluss einklagten. Trauernde Söhne erzählten, dass es ihnen erst erlaubt wurde, die Hand ihrer Mutter zu halten, als diese schon im Sterben lag. Inzwischen wurde die strenge Isolation der Heimbewohner zwar etwas gelockert, aber die Pandemie ist noch lange nicht vorbei. Was also tun? Schmergal sprach mit Bewohnern, Angehörigen und Heimleitern über die richtige Balance zwischen Lebensschutz und Würde. »Ein zweiter, völliger Kontakt-Lockdown für alle Heimbewohner wäre ein Desaster«, sagt sie. **Seite 28**

Die meisten Franzosen kennen den Pariser Vorort Clichy-sous-Bois nur als Krisengebiet aus den Nachrichten – oder aus dem Kino. Im vergangenen Jahr erschien der mehrfach ausgezeichnete Banlieue-Spielfilm »Les Misérables« (deutscher Titel: »Die Wütenden«). Frankreichkorrespondentin Britta Sandberg begleitete Mahmadou Kebe und Doğukan Tur, die in Clichy-sous-Bois aufgewachsen sind und gerade mithilfe des »Les Misérables«-Regisseurs einen Kurzfilm über das dortige Leben drehen. Die beiden nahmen sie mit auf die Dächer der heruntergekommenen Hochhäuser, zu Dreharbeiten, die auf Drogenumschlagplätzen stattfanden, und erzählten ihr, wie sehr sie trotz allem an ihrem Wohnort hängen – »weil alle in derselben Scheiße sitzen und deshalb zusammenhalten«, sagt Kebe, 22. Jeden Abend bestand er darauf, Sandberg bis zu ihrem Auto zu bringen. »Ist eben doch nicht ganz ungefährlich hier.« **Seite 82**



Julien Daniel / DER SPIEGEL

Kebe, Sandberg, Tur



Influencer sind die Werbefiguren der Gegenwart – und längst sind es nicht mehr nur Erwachsene, die sich auf Plattformen wie Instagram, TikTok und YouTube vermarkten. Unzählige Kinder und Jugendliche haben Accounts, auf denen sie Produkte bewerben oder aus ihrem Leben plaudern. Wie das Geschäft der jungen Influencer funktioniert, erklärt die Titelgeschichte von »Dein SPIEGEL«. Außerdem im Heft: unterwegs mit einem Baumpfleger. Und: Wie geht es den Kindern in den griechischen Flüchtlingslagern? »Dein SPIEGEL« erscheint am Dienstag.

FAKE NEWS sind nur der Anfang



Auch als
E-BOOK
ERHÄLTlich

JETZT bequem
von zuhause aus
kaufen



304 Seiten, gebunden · € 22,00 (D)

Hacker, Bots, Trolle, Putin, der IS oder Trump – sie alle wollen nicht einfach nur »alternative Fakten« in die Welt setzen, sie sind vielmehr dabei, unsere Realität zu verändern.

Peter Pomerantsev nimmt uns mit an die Front des Desinformationskrieges, der inzwischen überall auf der Welt tobt. Er trifft Twitter-Revolutionäre und Pop-up-Populisten, Islamisten und Identitäre, die aus der Zertrümmerung von Ideen wie »wahr« und »falsch« ihren Nutzen ziehen.

Inhalt

74. Jahrgang | Heft 34 | 14. August 2020

Titel

Corona Die Maske ist Lebensretter und Plage zugleich – und wird uns noch lange begleiten 8

Gesundheit Warum die Bundesregierung dabei versagte, rechtzeitig genügend Masken zu beschaffen 16

Deutschland

Leitartikel Wie könnte der ideale Wahlkampf für 2021 aussehen? 6

Aus für Bundespolizeigesetz / Flüchtlingszahlen steigen wieder / FDP soll diverser werden / Die Gegendarstellung / So gesehen: Der Esken-Plan 20

Parteien Olaf Scholz redet im SPIEGEL-Gespräch über die Kanzlerkandidatur und sein neues Verhältnis zu Kevin Kühnert 24

Pflege Wie die Menschen in Heimen unter den Corona-Auflagen leiden 28

Bundestag Die Union macht einen neuen Vorschlag zur Wahlrechtsreform 33

Bildung Warum einige Bundesländer gefährdete Lehrer trotz Corona zurück in die Klassenzimmer zwingen 34

Umwelt Deutschland trocknet aus – wird das Trinkwasser knapp? 36

Justiz Seehofer's neue Statistik über »deutschfeindliche« Straftaten führt zu skurrilen Ergebnissen 37

Kriminalität Diebesbanden klauen im großen Stil Bagger und Radlader 38



pobel.no

Die verhüllte Republik

Ein Stück Stoff wird zum Symbol der Krise und zum Streitobjekt: Plage im Alltag, Einschränkung der Freiheit oder Zeichen der Solidarität? Was bringt die Maske? Und wie lange brauchen wir sie noch? **Seiten 8, 16**



Andreas Chudowski / DER SPIEGEL

»Wir haben uns zusammengerauft«

Im SPIEGEL-Gespräch spricht Kanzlerkandidat Olaf Scholz über die neue Harmonie in der SPD und Respekt als Motto seines Wahlkampfs. Und meint: »Mit deutlich mehr als 20 Prozent kann ich Kanzler werden.« **Seite 24**

Bauvorhaben In Berlin-Kreuzberg soll ein legendäres Hochhaus wiedererrichtet werden, aber es gibt Widerstand 40

Trends Kein Alkohol ist doch eine Lösung – vom Siegeszug alkoholfreier Getränke 44

Reporter

Familienalbum / Wie sieht in Zukunft ein Bordellbesuch aus? 46

Eine Meldung und ihre Geschichte Weshalb ein Künstler sich nicht daran stört, dass seine Melania-Trump-Statue zerstört wurde 47

Versprechen Ein Iraner flieht nach Deutschland und darf bleiben, nun will er freiwillig zurück – warum? 48

Mein Fall Mord in Pakistan 55

Wirtschaft

Unternehmen leiden unter Hitze / Mehrheit der Erben will Immobilie nicht selbst bewohnen 56

Gerechtigkeit In der Corona-Krise verlieren Millionen Amerikaner vermutlich ihr Zuhause 58

Finanzskandale Wie Wirecard in Asien ein Betrugsnetzwerk aufbaute 61

Konsum Auch in der Krise gieren die Deutschen nach Amüsement 64

Der neue starke Staat (V) Das Hotel Petersberg gehört dem Bund – das macht das Wirtschaften nicht leichter 67

Arbeitsmarkt Die zweifelhafte Qualität beruflicher Weiterbildung 68

Ausland

*Peking unterjocht Hongkong /
Flucht über den Ärmelkanal* 72

Libanon Nach der
Explosionskatastrophe von
Beirut wächst der
Zorn auf die Mächtigen 74

USA Kamala Harris
als Vizepräsidenten-
kandidatin 79

Venezuela Zehntausende
Geflohene wollen wegen
Corona in ihre Heimat
zurück – das Regime freut
es nicht 80

Frankreich Ein Besuch im
Pariser Vorort Clichy-sous-Bois,
der unter der Pandemie
besonders stark gelitten hat 82

Analyse Weder die EU noch
Moskau haben ein Interesse
am Sturz des belarussischen
Diktators Lukaschenko 86

Sport

*Große Sprünge im Profisport
trotz Gehaltsbergrenzen /
Gut zu wissen: Warum
arbeiten so wenige Frauen
als Trainerin?* 87

Alpinismus Viele Bergsteiger
nehmen Gefahren in Kauf,
um auf Deutschlands höchsten
Berg zu gelangen 88

Leichtathletik 100-Meter-
Meister Deniz Almas
über seine ungewöhnliche
Karriere 91

Wissen

*Psychotricks beim Spenden-
sammeln / Das alttestament-
liche Jerusalem war kleiner als
gedacht / Analyse: Warum
Feuermetaphern die Pandemie
am besten beschreiben* 92

Energie SPIEGEL-Streit-
gespräch zwischen
dem Atomkraftkritiker Paul
Dorfman und dem
Reaktoringenieur Staffan
Qvist über Kernkraft
gegen den Klimawandel 94



Lorenzo Tugnoli / DER SPIEGEL

Im Schuttfeld

Beirut ist eine verwundete Stadt, in den Ruinen hocken die Bewohner, ohnmächtig, alleingelassen und voller Wut, und verwünschen die korrupte Elite. Die lässt sich nicht blicken und weigert sich, die Verantwortung zu übernehmen. **Seite 74**

Strahlende Zukunft

Ist die CO₂-neutrale Atomkraft die perfekte Energiequelle in Zeiten der Erderwärmung oder eine riskante, teure Technologie, die umgehend abgeschaltet werden sollte? Diese Debatte ist nun neu entbrannt. Ein Streitgespräch. **Seite 94**



Marin Hagen / DER SPIEGEL

Sturm auf die Spitze

Vor 200 Jahren wurde der Gipfel der Zugspitze erstmals offiziell bezwungen. Inzwischen steigen jedes Jahr rund 25 000 Menschen auf Deutschlands höchsten Berg – und gefährden dabei sich und andere. **Seite 88**

Karrieren Die Ingenieurin
Kenza Ait Si Abbou arbeitet
an künstlicher Intelligenz –
und misstraut ihr 99

Evolution Die Letzten
ihrer Art – was die bizarren
Brückenechsen über
das Geheimnis des Alterns
verraten 100

Kultur

*Henke im Ruhestand /
Berlin-Ausstellung / Ein Buch
beleuchtet den Mythos
Spaghetti al pomodoro* 102

Regisseure Mit dem
Agententhriller »Tenet« soll
Christopher Nolan die
Filmbranche retten – ein
SPIEGEL-Gespräch
über die Kraft des klassischen
Kinos 104

Metropolen In Elena Ferrantes
neuem Roman spielt Neapel
wie so oft die heimliche Haupt-
rolle – ein Ortstermin 108

Literatur David Grossman
erzählt die Geschichte einer
verstörten Familie 110

Kunstbetrug Wie ein
Oldenburger Museumsdirektor
sich an der eigenen
Sammlung bereicherte 114

Serienkritik Horror in
den USA der Fünfziger –
»Lovecraft Country«
auf Sky 115

SPIEGEL-TV-Programm 31
Bestseller 107
Impressum, Leserservice ... 116
Nachrufe 117
Personalien 118
Briefe 120
Hohlspiegel / Rückspiegel ... 122

Gruppenbild mit Dame

Leitartikel Olaf Scholz tritt an. Söder und Baerbock wären die idealen Konkurrenten.

Endlich hat der Wahlkampf begonnen. Endlich? Hat das jemand vermisst, den Streit der Parteien, das Ringen um die Macht? Die Pandemie hat all das gedämpft. Ein breiter Konsens beherrschte über Monate die Republik, und das war richtig. Aber es ist auch gut, dass diese Phase ausläuft, dass die SPD am Montag den Wahlkampf eingeläutet hat, indem sie Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten ausrief.

Demokratie braucht die Alternativen, die Konkurrenz der Programme und Kandidaten, und das Festival dieser Konkurrenz ist der Wahlkampf. Wenn der gelingt, stärkt das die Demokratie. Gelingen heißt hier: die politischen Strömungen in der Gesellschaft abbilden, echte Alternativen vorstellen, persönlich wie programmatisch, ein bisschen auch Spektakel bieten.

Da Angela Merkel nicht mehr antritt, sind die Chancen auf einen interessanten Wahlkampf sprunghaft gestiegen. Sie suchte den Erfolg im Einlullen der Bürgerinnen und Bürger, und ihre Gegner waren vor Respekt meist wie gelähmt. Nun herrscht freie Konkurrenz ohne Startvorteil.

Was muss noch passieren, damit dieser Wahlkampf gelingen kann? Vor allem brauchte Scholz zwei Konkurrenten, die ihn gut ergänzen.

Persönlich besetzt er den Merkel-Platz: uncharismatischer Pragmatismus, Gelassenheit und viel Erfahrung, so effizient wie unspektakulär, und damit eine Verkörperung dieses Landes.

Dass die SPD endlich, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, den Schlagbaum zu den Linken hebt und ein rot-rot-grünes Bündnis anstrebt, schärft die Konturen der Politik. So eindeutig links und rechts wie früher wird es nie mehr sein, zum Glück, aber etwas klarere Alternativen als zuletzt sind ein Gewinn. In der Ära der Großen Koalitionen wirkten Union und SPD mitunter wie eine Beinahe-Einheitspartei unter dem Vorsitz von Angela Merkel.

Den linken Rand muss Scholz in seinem Wahlkampf nicht selbst abdecken, da kann er die Linke sich austoben lassen. Er muss Wähler von der Union weglocken, und da stehen seine Chancen nicht schlecht. Erstens: seine Merkelfähigkeit, die Nostalgiker anziehen könnte. Zweitens: die möglichen Nachwirkungen der Zeiten von Corona.

Die vergangenen Monate zeigen, wie wertvoll Zusammenhalt und Solidarität sind, die Urwerte der Sozialdemokratie. Daraus kann Scholz etwas machen, zumal

der Finanzminister als Vater der vielen Hilfsprogramme für den sorgenden Staat steht. Vielleicht lässt sich der eine oder andere Wähler aus der Mitte davon überzeugen, der Urpartei der Solidarität die Stimme zu geben.

CSU-Chef Markus Söder hingegen steht in der Pandemie für den schützenden Staat, den starken, manchmal auch autoritären. Damit repräsentiert er ebenfalls eine breite Strömung in der Gesellschaft. Sicherheit ist ein Urthema der Konservativen, mit dem die AfD der Union viele Wähler abjagen konnte. Söder hätte dem einiges entgegensetzen, wie er schon im Wahlkampf in Bayern bewiesen hat.

Auch persönlich ist er eine Alternative zu Scholz. Am Spektakel hat er selbst die größte Freude, auch wenn das zulasten der Seriosität geht. Dem Wahlkampf würde das guttun, und viele Anhänger der CDU scheint sein Machtzynismus nicht davon abzuhalten, ihn für den besten Kanzlerkandidaten zu halten, besser als Armin Laschet und Friedrich Merz.

Der eine hat sich in der Pandemie als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen nicht bewährt, der andere wirkt beinahe wie eine ältere Ausgabe von Söder, ohne dessen Regierungserfahrung. Deshalb ist in diesem Wunschkonzert Söder der ideale Gegner für Scholz.

Aber da fehlt noch jemand. Die Grünen vertreten inzwischen eine der wirkmächtigsten Strömungen der Gesellschaft, neben den ökologischen sind bei ihnen die emanzipatorischen Anliegen zu Hause, weshalb ein Wahlkampf ohne eine grüne Spitzenkandidatur unvollständig wäre. (Die FDP hingegen hat es nicht verstanden, wieder eine starke, unverzichtbare Stimme der Freiheit zu werden.)

Da SPD und Union Männer in den Ring schicken, sollten die Grünen eine Frau nominieren: Annalena Baerbock gehört in dieses Gruppenbild, nicht ihr Co-Parteivorsitzender Robert Habeck. Sie hat keine Regierungserfahrung und wäre deshalb eine etwas wilde Wette auf die Kanzlerschaft, aber Habeck war auch nur Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, und Baerbock hat sich bislang gut geschlagen in der Bundespolitik. Einem Söder kann sie Paroli bieten, ohne so schwefelig zu sein.

Scholz, Söder, Baerbock – das könnte ein attraktiver Kampf um die Kanzlerschaft werden, ein Spektakel, das den Bürgern endlich wieder eine echte Wahl bietet.

Dirk Kurbjuweit



Andreas Chudowski / Der Spiegel

Berlin. Auch das.

Bei uns werden Spaziergänge
zu Entdeckungsreisen.

Orientalischer Garten, Gärten der Welt

JETZT
**BERLIN
REISE**
BUCHEN



Oliver Wolff / Agentur Focus



Michael Probst / AP



mauritius images

Straßenkunst in Berlin, Maskenkuss in Frankfurt am Main, Mundschutzautomat Die Maske ist zu einem politischen Bekenntnis geworden, sie ist ein Zeichen der Solidarität. Doch je mehr das Virus seine Bedrohlichkeit zu verlieren schien, desto nachlässiger wurden viele mit ihrem Verhüllungsritual.

Tuch und Segen

Corona Die Maske ist das Symbol der Krise. War ihre Wirkung zu Beginn noch umstritten, so sind Wissenschaftler inzwischen davon überzeugt, dass sie überlebenswichtig im Kampf gegen das Virus ist. Bleibt die Frage: Werden wir sie je wieder los?

Wieder eine dieser Nächte, wie man sie wohl nur in Berlin erlebt, rund 50 tanzende Menschen auf einer Wiese im Dunkeln, spontan verabredet per Smartphone, manche spazierten auch nur zufällig vorbei, hier in der Hasenheide, wo man eben feiert, wenn alle Klubs geschlossen sind.

Irgendwann kommt die Polizei, das Licht ihrer Taschenlampen wirft grelle Schneisen in die Menge, Ermahnungen, mehr nicht. Die Gruppe löst sich auf, die nächste Wiese, die nächste Party, so geht es die ganze Nacht, Katz und Maus in Neukölln, Sommer in Corona-Zeiten.

Neben einer Box steht ein DJ, er nennt sich UME, seit dem Lockdown legt er in Parks auf, er will den Menschen »andere Vibes« geben, wie er sagt, was aus seiner Sicht auch gut funktioniert, alle tanzen, manche Haut an Haut, kein Einziger trägt Maske, der DJ sowieso nicht. Er habe ein starkes Immunsystem, sagt er, Covid-19 sei ja nicht so gefährlich, was soll schon passieren?

Ja, was soll schon passieren?

Seit Ende April gilt in Deutschland für alle Bundesländer eine Maskenpflicht, für den Einkauf im Supermarkt, für den Weg zur Arbeit mit dem Bus, für Reisen in der Bahn. Seit gut hundert Tagen also zwingt der Staat seine Bürger, sich zeitweilig zu verhüllen, und empfiehlt, die Maske auch dann zu tragen, wenn der Abstand zu anderen Menschen nicht groß genug ist.

Es ist ein Relikt des großen Lockdowns, als das Land für einige Wochen weitgehend stillstand, in tiefer Sorge vor Corona und seinen Toten. Die Zahlen der Neuinfektionen gingen daraufhin zurück, das Abflachen der Infektionskurve gelang, nach und nach befreite die Politik die Bürger wieder aus der Isolation, Geschäfte und Restaurants öffneten, die Menschen durften sich besuchen und wieder reisen. Nur die Maske ist geblieben.

Ein Stück Stoff als sichtbares Symbol der Krise, Lebensretter und alltägliche Plage zugleich, Tuch und Segen. Nun steht die Maske wieder im Mittelpunkt, weil die Zahl der Neuinfektionen steigt, teils auf mehr als tausend pro Tag, wie in dieser Woche, weil Kinder und Jugendliche in die Schulen zurückkehren und die Politik eine Maskenpflicht im Unterricht diskutiert,

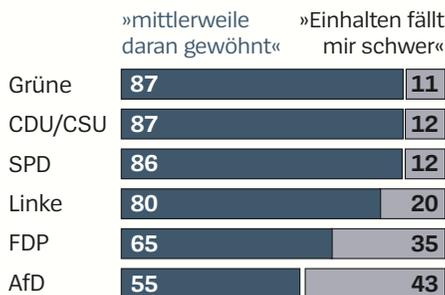
weil es vermehrt Ausbrüche gibt, bei der Trauerfeier hier, im Landwirtschaftsbetrieb dort, und die Frage nicht lautet, ob es eine zweite Welle gibt, sondern wie viele Wellen es sein werden, wie heftig sie dann sind und wie man sich am besten schützt.

Die Maske ist auch zu einem politischen Bekenntnis geworden. Wer sie nicht trägt und gegen sie protestiert, zweifelt ihren Sinn an und damit auch die herrschende Meinung der Wissenschaft, er lässt das

79 %

der Befragten haben sich mittlerweile an **Schutzmaßnahmen* wie Abstandhalten und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes gewöhnt.**

nach Parteipräferenzen:



Quelle: Infratest-dimap-Umfrage vom 21. und 22. Juli für das ARD-»Morgenmagazin«; 1064 Befragte in Deutschland * beim Einkaufen und in öffentlichen Verkehrsmitteln

Risiko zu, sich selbst zu infizieren, vor allem aber seinen Nächsten. Die Maske ist ein Zeichen der Solidarität, ihr Verzicht der Ausdruck individueller Freiheit oder anders: Egoismus. Selbst Familien haben sich an der Maskenfrage zerstritten, Freundschaften leiden.

Hinzu kommt die menschliche Schwäche, die gefährlich werden könnte. Wer hat seine Maske nicht schon mal vergessen, in der Bahn oder im Aufzug? Wer umarmte nicht den einen, die andere, ohne Mund und Nase zu bedecken? Wer

verzichtete nicht völlig auf den Stoff, aus Eitelkeit oder Faulheit? Je mehr das Virus in den vergangenen Wochen seine Bedrohlichkeit zu verlieren schien, desto nachlässiger wurden viele mit ihrem Verhüllungsritual, wohl in der Hoffnung, bald endgültig auf das lästige Tuch verzichten zu dürfen.

Doch die bittere Wahrheit ist: Solange die Infektionszahlen hoch bleiben, wird uns die Maske erhalten bleiben, wahrscheinlich noch sichtbarer als bisher. Daran ändern auch die Nachrichten aus Russland nichts, wonach dort der erste Impfstoff gegen das Virus zugelassen wurde.

Die Politik hat nun begonnen, Verstöße gegen die Maskenpflicht härter zu ahnden, Forderungen werden laut, sie auszuweiten, für Partys und andere Zusammenkünfte. Womöglich aber begleitet der Stoff uns noch über Corona hinaus, als Schutz vor anderen Viren, als neues Accessoire anfälliger Stadtgesellschaften, wie in Asien, wo die Maske schon vor der Pandemie zum Alltag gehörte.

Es gibt Politiker in Deutschland, die manches vorausgesehen zu haben scheinen und dennoch lange belächelt wurden, sie regieren zum Beispiel in Jena, der Universitätsstadt in Thüringen.

Christian Gerlitz war seit einem guten Jahr Bürgermeister, als Corona nach Jena kam. Damals habe er erste Erkenntnisse zu Aerosolpartikeln in der Luft gegeben, erinnert sich Gerlitz, und darüber, dass auch Menschen, die keine Symptome zeigen, das Virus verbreiten könnten. Für den Krisenstab, dem er angehört, stand fest: Wenn die Bevölkerung Mund-Nasen-Schutz tragen würde, könnte die Zahl der neuen Infektionen reduziert werden. So einfach, so logisch. Ab dem 6. April verfügte die Stadt für ihre Bürger, künftig bei Einkäufen und im Nahverkehr die Maske zu tragen.

Damals seien sie nicht überall im Land ernst genommen worden, erzählt Gerlitz, als ehrgeizig und übervorsichtig galten sie, hatte doch selbst das Robert Koch-Institut, die nationale Autorität in Sachen Virenschutz, noch bis Ende März nichts davon gehalten, wenn gesunde Personen Mund und Nase bedecken. Es gebe keine hinreichenden Beweise, so hieß es, dass dies ihr

Ansteckungsrisiko erheblich verringern könne.

Auch im Bundesgesundheitsministerium und Kanzleramt plante man zu dieser Zeit keine Maskenpflicht, womöglich auch deshalb, weil akuter Maskenmangel im Lande herrschte (siehe Seite 16).

Doch nach und nach hätten sich andere Städte beim Krisenstab gemeldet und nach den ersten Erfahrungen gefragt, erzählt der Bürgermeister. Jena avancierte zum Vorbild, bald schon galt die Maskenpflicht im ganzen Land. »Wir haben das Gefühl, einen wichtigen Beitrag für die bundesweite Diskussion und Akzeptanz des Mund-Nasen-Schutzes geleistet zu haben«, sagt Gerlitz.

In Jena sind die Infektionszahlen seit der Einführung der Maskenpflicht massiv zurückgegangen. Rund zwei Dutzend Corona-Fälle gab es in den vergangenen Monaten, sehr lange gar keine. Bis Mittwoch wurden zwei neue Fälle bekannt, darunter ein Reiserückkehrer.

Da ist die praktische Erfahrung einer Stadt im Osten, da ist die Wissenschaft, die diese Erfahrung mit Daten untermauert. Mittlerweile belegen verschiedene Studien, dass tatsächlich ein schlichter Mund-Nasen-Schutz für den Einmalgebrauch oder Masken aus Stoff helfen können, das Virus einzudämmen.

In Hongkong ließen Forscher Patienten, die mit einem eher harmlosen Corona-Erkältungsvirus infiziert waren, eine halbe Stunde lang husten und ausatmen und maßen, wie viele Viren sie absanderten. Das Ergebnis: Virenpartikel fanden sich in 30 Prozent aller Tröpfchen- und in 40 Prozent aller Aerosolproben. Als die Patienten sich einfache OP-Masken aufsetzten und das Experiment wiederholten, tauchten keine Viren in den Proben auf. Versuche an Goldhamster lieferten ein ähnliches Ergebnis: Ein aus OP-Masken gefertigter Vorhang verringerte die Zahl der Infektionen durch Sars-CoV-2 in der Luft.

Aber das Tragen einer Maske ist nicht nur altruistisch, es hilft dem Träger selbst. Der Epidemiologe Holger Schünemann von der kanadischen McMaster University hat gemeinsam mit Kollegen 44 Vergleichsstudien zu Sars-CoV-2 und anderen Coronaviren analysiert. Die untersuchten Daten waren zwar von mäßiger Güte, aber sie ergaben ein klares Bild: »Gesichtsmasken sind mit Schutz verknüpft«, schreiben die Forscher kürzlich im Fachmagazin »The Lancet«.

Mund-Nasen-Schutze verringern das Risiko einer Coronavirus-Infektion, das bezweifelt kein seriöser Wissenschaftler mehr. Uneins sind die Forscher allein darüber, wie groß der Effekt der Maske ist.

So hält Schwedens Staatsepidemiologe eine Maskenpflicht für nicht nötig und setzt darauf, dass die Bürger von sich aus

ausreichend Abstand halten. Auf der anderen Seite sprechen sich zehn namhafte Virologen und Virologinnen aus Deutschland und der Schweiz in einem gemeinsamen Aufruf »für das konsequente Tragen von Alltagsmasken in allen Schuljahrgängen auch während des Unterrichts aus«.

Das Robert Koch-Institut hatte seine ablehnende Haltung zur Maske bereits Anfang April korrigiert, da »sich zu diesem Zeitpunkt die Hinweise verdichteten, dass ein Teil der Sars-CoV-2-Infizierten das Virus bereits vor dem Auftreten von Symptomen ausscheiden« kann, wie das Institut mitteilt. Die Bundesregierung schloss sich der Auffassung an, und Angela Merkel er-

Verordnete Vermummung

Maskenpflicht an Schulen in Deutschland



klärte in einer Pressekonferenz am 6. April detailverliebt, wie man Stoffmasken in einer Mikrowelle desinfiziert.

Es drängt sich die Frage auf, die im Nachhinein wohl nicht mehr zu beantworten ist: Wäre dem Land der Shutdown erspart geblieben, hätte die Politik früher auf die Maskenpflicht gedrängt? Gäbe es weniger Arbeitslose, weniger kaputte Existenzen?

Fragt man die Deutschen, wie sie es mit der Maskenpflicht halten, so ist eine große Mehrheit dafür. 73 Prozent waren bei einer Umfrage des Politbarometers für ZDF und »Tagesspiegel« im Juli vom Sinn des Maskentragens überzeugt, 87 Prozent hielten eine Maskenpflicht beim Einkaufen für richtig. Laut einer Infratest-dimap-Umfrage sagten 79 Prozent, sie hätten sich

mittlerweile an den Mund-Nasen-Schutz gewöhnt.

Umfragen sind das eine, Verhaltensweisen das andere. Die Zahl derjenigen, die es mit der Maske nicht so ernst nehmen, scheint zu steigen. So jedenfalls beobachtet es die Chefin der McDonald's-Filiale im Berliner Hauptbahnhof, die ihren Namen nicht veröffentlicht sehen will.

»Wir haben regelmäßige Gäste, die sich weigern, eine Maske im Restaurant zu tragen, und dann manchmal schwer zu beruhigen sind«, erzählt sie. »Die Diskussionen haben zugenommen.« Immer häufiger holten Gäste ein ärztliches Attest hervor, das sie vom Tragen einer Maske entpflichten soll. Dass selbst eine Bescheinigung über Atemprobleme nichts daran ändert, nur mit Mund-Nasen-Schutz in den Laden zu dürfen, sei für einige nicht akzeptabel, sagt die Filialeleiterin.

Das Problem gibt es nicht nur in ihrem Betrieb. Es seien wenige Gäste, aber für die Kollegen in den Restaurants ein »spürbarer Anteil«, mit denen es Diskussionen gebe, teilt ein Konzernsprecher mit.

Die Filiale am Hauptbahnhof hält für solche Fälle für die Besucher ein Visier aus Plexiglas bereit, mit dem das Atmen problemlos möglich ist. Aerosole allerdings werden damit nicht gefiltert.

Erst kürzlich sei die Situation wieder fast eskaliert, erzählt die Filialeleiterin, zwei Mitarbeiter konnten eine aufgebrachte Dame nicht beruhigen, die sich weigerte, einen Schutz zu tragen, sie marschierte schließlich wutentbrannt davon. Die Restaurantchefin trainiert jetzt mit ihren Mitarbeitern in Rollenspielen den Umgang mit aufmüpfigen Maskengegnern, auch um zu verhindern, was in einem McDonald's im nordrhein-westfälischen Bad Honnef geschah.

Dort sollen drei Männer Ende Juli einen Mitarbeiter attackiert haben, der sie auf die Maskenpflicht hingewiesen hatte. Angeblich schlugen sie ihm ins Gesicht und beleidigten ihn rassistisch. Als die Polizei eintraf, waren die Angreifer geflohen. Zwei Tage später traf es einen McDonald's-Ableger in Bremen. Fünf Männer traktierten zwei Angestellte mit Schlägen.

Ähnliche Vorfälle werden aus Supermärkten, Bussen oder Freizeitsparks gemeldet. In einem Kaufland-Markt bei Bonn griffen im Mai zwei Männer und eine Frau zwei Polizisten an, die nach einem Maskenstreit zu Hilfe gerufen worden waren. Ein Beamter landete mit einer Gesichtsfaktur im Krankenhaus, sein Kollege erlitt schwere Prellungen. Die Täter hatten den Konflikt wohl bewusst provoziert und aus mehreren Perspektiven gefilmt. »Dass so eine massive Attacke wegen einer Maske wie in einem Theaterstück inszeniert wird, ist eine neue Dimension«, sagt ein Ermittler.



Besucher illegaler Party in Berlin-Neukölln, Masken-Smiley-Gebäck, Schüler in Schleswig-Holstein Covid-19 sei ja nicht so gefährlich, denken die einen, während in der Politik gestritten wird, ob und wann die Schüler ihre Maske tragen müssen. Auf eine einheitliche Regelung konnten sich die 16 Kultusminister bisher nicht einigen.

Anfang Juni setzte sich ein betrunkenen 18-Jähriger ohne Mund-Nasen-Schutz in einen Bus nahe dem Flughafen Stuttgart. Als ihn ein Mitarbeiter des Verkehrsbetriebs zur Rede stellte, schlug der junge Mann ihm mit einer Stahlkette ins Gesicht. Selbst in die heile Welt eines Erlebnisbauernhofs auf Rügen drang der Corona-Frust ein. Dort attackierten vor wenigen Wochen drei Gäste mehrere Hofangestellte, die sie wegen fehlender Masken des Geländes verwiesen hatten.

Vermutlich wären die gewalttätigen Konflikte ohnehin eskaliert, der Streit um die Maske gab hier nur den Anlass.

Bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, die mittlerweile an jedem Wochenende irgendwo in Deutschland stattfinden, treffen die Maskenverweigerer auf ihresgleichen und schaukeln sich in ihrer Empörung weiter hoch.

Am vergangenen Samstag sitzt der frühere Pastor und DDR-Bürgerrechtler Christoph Wonneberger in seinem Wagen und fährt im Schrittempo durch die Innenstadt von Halle an der Saale. Auf das

Dach ist eine Musikbox geschnallt, daraus schallen Lieder von Xavier Naidoo und Bob Marley. Um den Wagen herum marschieren die Demonstranten, »Nein zur Impfpflicht«, steht auf den Plakaten oder: »Gib Gates keine Chance«.

Gegendemonstranten haben sich ebenfalls eingefunden, schwarz gekleidete Männer zumeist, die ab und an die Autos im Sitzen blockieren, bis sie von der Polizei weggetragen werden. »Die Antifa«, sagt Wonneberger, »unser Feind.«

Keiner der Demonstranten trägt Maske, von den Gegendemonstranten jeder. Der Gesichtsschutz ist an diesem Tag das politische Erkennungszeichen.

Eine Rednerin spricht auf der Bühne. »Liebe Freunde, das Corona-Regime plant die Maskenpflicht für unsere Kinder wäh-

rend des Unterrichts.« Die Demonstranten, die sich um sie geschart haben, pfeifen und trommeln. »Das ist Körper- und Seelenverletzung!«, brüllt die Rednerin ins Mikrofon. Wonneberger klatscht.

Es war Ende der Achtzigerjahre, als Wonneberger als Pfarrer noch für andere Anliegen auf die Straße ging. Er organisierte die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche, aus denen die Montagsdemonstrationen entstanden sind. Heute, bei Corona, sieht er Parallelen zur DDR. »Man hat das Gefühl, alle steckten unter einer Decke. Medien, Politik, Polizei«, sagt er und betont: Er glaube nicht an die Wirkung des Mundschutzes. Viele Wissenschaftler sähen das wie er, sagt der Pfarrer. »Aber die werden leider nicht wahrgenommen.« Trotz seiner Abneigung besitzt er eine Maske, zum Einkaufen brauche er sie ja. »Maul halten«, steht darauf.

Die Leute, die Wonneberger meint, haben sich in Interessensgruppen zusammengetan. »Ärzte für Aufklärung« nennt sich eine solche Initiative von drei Medizinern aus Hamburg, die unter anderem

»Man hat das Gefühl, alle steckten unter einer Decke. Medien, Politik, Polizei.«



Kanzlerin Merkel mit Gesichtsschutz, Corona-Grafitto am ICE, Maskenproduktion in Wackersdorf Die Politik diskutiert die Ausweitung der Maskenpflicht, während Fahrgäste im Zug bisweilen aggressiv darauf reagieren. Sollte sie ausgeweitet werden, würde der Bedarf an Mund-Nasen-Bedeckungen wieder steigen.

für alternative Heilmethoden gegen Krebs werben. Die Coronakrise sei eine »internationale kriminelle Inszenierung«, heißt es auf der Website eines Aktivisten der Szene, die mehrere Hundert Unterstützer zählt. Darunter sind viele Heilpraktiker und Alternativmediziner. Einer ist der Zahnarzt Fritz Düker aus Offenburg in Baden-Württemberg.

Wer die kieferchirurgische Gemeinschaftspraxis in der Innenstadt betritt, kann selbst entscheiden, ob er im Wartezimmer oder beim Gespräch mit dem Arzt einen Mundschutz tragen will. Zahnarzt Düker rät davon ab. »Ich würde niemandem empfehlen, eine Maske im Alltag zu tragen«, sagt er. »Unter den Masken ist es feucht und warm. Da fühlen sich Bakterien, Pilze und Viren wohl und können sich vermehren.«

Wer partout keinen Mund-Nasen-Schutz tragen will, dem stellt der Zahnarzt auf Anfrage ein Attest aus. Eine »orale Maskenphobie« steht dann als Grund auf der Bescheinigung, auch »Atemnot« oder »Entzündung der Haut und Schleimhäute« sind beliebte Diagnosen.

Die Gefahr, ohne Schutz Coronaviren weiterzuverbreiten, sieht der Mediziner nicht. Schließlich, so erklärt er, sei das Virus aus Deutschland schon längst verschwunden. »Es gibt keine ansteckenden Corona-Kranken mehr«, behauptet er. Für die gemeldeten Infektionszahlen hat der Zahnarzt eine verblüffende Erklärung: Die Tests seien fehlerhaft.

Der Streit um die Maske, er ist kein neues Phänomen, schon zu Zeiten der Spanischen Grippe 1918 begehrten die Menschen auf, wegen der Absagen von Boxkämpfen und der Tatsache, dass es sich um eine Pflicht handelte. In San Francisco formierten sich rund 2000 Bürger zur »Anti-Masken-Liga«, trotz Strafen fürs Nichttragen, die zwischen 5 und 50 Dollar

Der Graben zwischen Befürwortern und Verweigerern zieht sich tief durch die Familien.

lagen. Hunderte Maskenmuffel wurden ins Gefängnis gesteckt.

Bis heute tragen mehr Frauen als Männer die Maske, bis heute wird der Streit erbittert geführt.

»Ich habe mich eben mit meiner Familie so dermaßen zerstritten. Die erklären mich für wahnsinnig, dass ich nicht an diesen ganzen Wahnsinn glaube«, schreibt Anfang August eine Tatjana auf Facebook, mit Wahnsinn meint sie die tägliche Berichterstattung über Corona. Mehr als 300 kommentieren ihre Nachricht, sie berichten ebenfalls von Zerwürfnissen, von Trennungen, Verletzungen, von Sprach- und Ratlosigkeit, von verstörenden Gesprächen mit Eltern, Geschwistern, Partnern oder Freunden.

Der Graben zwischen Befürwortern der Maske und den Verweigerern zieht sich tief durch so manche Familie und Freundschaft, durch Stammtische und Belegschaften, man kann es in den sozialen Medien nachlesen.

Das Phänomen erinnert an die gesellschaftliche Polarisierung vor fünf Jahren, an die Debatte um Angela Merkels Ent-

scheidung, die Grenze für Flüchtlinge offen zu halten, und ihren Satz »Wir schaffen das«. Auch damals reichte der politische Streit bis tief ins Private.

»Ich versuche so Leute nicht mehr zu überzeugen oder dagegen zu reden. Sie sitzen so in ihrer Angstblase fest. Sollen sie doch ein Leben lang mit Maske rumrennen«, heißt es in einer der Antworten auf Tatjanas Meldung. Und in einer anderen: »Bleib stark, wir sind viele und werden immer mehr!«

In der Gruppe wird ein Flugblatt geteilt, mit Argumenten gegen das Maskentragen. »Ich deute die Maskenpflicht als bewusste Aufrechterhaltung der Angst«, heißt es da. »Tagtäglich soll jeder das Gefühl der permanenten Gefahr sehen, auch wenn sie real nicht existiert.«

Ein Ort, an dem die beiden Welten gelegentlich aufeinandertreffen, ist der Zug, wo strikte Maskenpflicht herrscht, egal wie lange die Fahrt dauert, egal ob die Klimaanlage funktioniert oder nicht.

In Berlin liege die Quote der Maskenträger in Bussen und Bahnen bei rund 90 Prozent, teilt die Berliner Verkehrsgesellschaft mit. Seit April sprachen Kontrolleure 45 000 Fahrgäste ohne Maske an. 450 waren nicht einsichtig und wurden verwarnt, 270 wurden zu 50 Euro Strafe verdonnert. Die Deutsche Bahn beteuert, dass sich die große Mehrheit der Reisenden an die Bestimmungen halte.

Doch nicht nur die Totalverweigerer sind ein Problem, sondern auch jene, die ihre Maske falsch aufsetzen, sie tauchen in den Statistiken nicht auf. Eine Zugbegleiterin aus dem Norden Deutschlands, die anonym bleiben will, schätzt: »Nur etwa ein Drittel trägt die Maske richtig, der Rest bedeckt nur den Mund. Und sieben, acht pro Zug überhaupt nicht.« Mache sie ihre Fahrgäste darauf aufmerksam, reagierten die bisweilen aggressiv. Sie sei schon aufs Übelste beschimpft worden.

Manche Bahnangestellte erlebten bereits mehr als verbale Aggressionen: Zwischen Essen und Wanne-Eickel schlug ein Passagier auf eine Zugbegleiterin ein. Erst mit der Faust, dann, als sie am Boden lag, trat er mit den Füßen nach. Grund: der Hinweis auf die Maskenpflicht.

Schaffnern, Busfahrern oder Lokführern fehlt die Möglichkeit, sich zu wehren, mit Sanktionen oder Strafen, es bleibt ihnen nur, die Polizei zu rufen, auch wenn das zu Verspätungen führt und noch mehr Unmut unter den Fahrgästen.

Hinzu kommt der Flickenteppich bei den Bußgeldern, jedes Bundesland hat seine eigene Regelung. Wer sich gegen das Tragen einer Maske sperrt, kann auf einer ICE-Fahrt von München nach Berlin Glück haben, wenn er in Sachsen auffällt, wo er keine Strafe zahlen müsste. In Thü-

ringen wären es 50 Euro, in Bayern 150 Euro, und in Berlin könnten bis zu 500 Euro kassiert werden – aber nur im unwahrscheinlichen Fall, dass Polizisten im Zug kontrollierten.

Christian Deckert, Zugbegleiter im DB-Fernverkehr und Mitglied im Hauptvorstand der Bahngewerkschaft GDL, will deshalb erreichen, dass Strafen für Maskenverweigerer in die Beförderungsbedingungen oder in die Eisenbahnverkehrsverordnung aufgenommen werden. Zurzeit würden renitente Fahrgäste zwar von der Polizei aus dem Zug begleitet, aber es würden keine Personalien aufgenommen. »Letztendlich passiert da nichts«, sagt Deckert. »Der Fahrgast steigt einfach in den nächsten Zug wieder ein.«

1,7 Milliarden Masken

der Kategorien FFP2, FFP3 und KN95 sowie rund 4,2 Milliarden OP-Masken hat sich der Bund **bis Ende 2021 vertraglich gesichert.**

Stand: 31. Juli, Quelle: Bundesgesundheitsministerium

Geplante Kosten für Maskenbeschaffung
rund

7 Milliarden Euro

Stand: Anfang Juni, Quelle: Bundesregierung

Bundesland gilt, was im anderen schon längst wieder obsolet ist. In Bayern muss jeder Fahrschüler eine Maske tragen, in Hessen nicht. In Nordrhein-Westfalen darf man sich ohne Mund-Nasen-Bedeckung nicht in eine Warteschlange vor medizinische Einrichtungen stellen, in Thüringen ist das egal. In Niedersachsen gilt die Pflicht zur Maske bei Stadtführungen und Schiffsfahrten, in Rheinland-Pfalz in Zoos und auf Wochenmärkten.

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach fordert, dass die Maskenpflicht »auch konsequent kontrolliert« wird und die bisherigen Regelungen verschärft werden. »An den besonders gefährdeten Plätzen, wo es immer wieder zu Zusammenkünften junger Menschen mit viel Alkohol kommt, braucht es eine Maskenpflicht. Ich denke da etwa an die Hasenheide in Berlin oder den Brüsseler Platz in Köln. Dort ist die Gefahr der Infektion besonders hoch«, sagt Lauterbach.

Jens Spahn, der Bundesgesundheitsminister, sieht keinen Grund, in den Wirrwarr um die Masken einzugreifen, es sei ja Sache der Länder. Spahn setzt bei der Maske auf Freiwilligkeit und eine Kampagne namens AHA, die sein Ministerium bislang zehn Millionen Euro gekostet hat. »Abstand halten, Hygiene, Alltagsmasken« ist die Botschaft auf Plakaten, die in 370 Tankstellen hängen oder über fast 60 000 Monitore in Elektromärkten, Friseursalons oder Gaststätten flimmern. Ob das etwas bringt, kann keiner recht sagen.

Sollte die Maskenpflicht in Deutschland ausgeweitet werden, würde der Bedarf an Mund-Nasen-Bedeckungen wieder steigen. Derzeit gibt es Masken im Überfluss, allesamt importiert. Doch eigentlich hatte der Gesundheitsminister schon im April vorgehabt, die inländische Produktion anzuschließen, um eine bedrohliche Versorgungslücke wie im Frühjahr zu vermeiden. 46 Anbieter sollten die Bestände des Ministeriums um 10 Millionen an hochwertigen FFP2-Masken und 40 Millionen an einfachen OP-Masken anwachsen lassen – pro Woche. Erster Liefertermin war bis diesen Samstag. Doch die Masken-Autarkie bleibt vorerst reine Illusion: Gerade mal 1,7 Millionen Masken seien bisher geliefert worden, ließ das Ministerium wissen. Kaum einer der ausgewählten Produzenten scheint in der Lage, die zugesagte Menge tatsächlich zu fertigen.

Es ist vielleicht ein entscheidender Moment in Deutschland: Die Sommerferien gehen zu Ende, die Schüler kehren nach Monaten in einen weitgehend normalen Schulbetrieb zurück, wie werden Schüler und Lehrer am besten geschützt? Wie sehr die Verantwortlichen

unter Druck stehen, merkt man ihren Entscheidungen an.

Nordrhein-Westfalens Kultusministerin Yvonne Gebauer (FDP) wollte von einer Maskenpflicht im Unterricht zunächst nichts wissen, eine Woche vor dem ersten Schultag überraschte sie Eltern, Lehrer und Schüler dann mit der gegenteiligen Meinung, sie verwies auf die Infektionszahlen. Tatsächlich verzeichnet Nordrhein-Westfalen mit Abstand die meisten Neuinfektionen.

Auf eine gemeinsame Linie konnten sich die 16 Kultusminister bisher nicht einigen. So besteht Maskenpflicht außerhalb des Unterrichts in Berlin in geschlossenen Räumen, in Hamburg auf dem gesamten Schulgelände, inklusive Pausenhof. In Baden-Württemberg müssen Schüler ab Klasse fünf eine Maske tragen, in Niedersachsen und Bayern auch Grundschüler. Schleswig-Holstein empfiehlt die Maske dringend, will sie Schülern aber nicht aufzwingen. In Sachsen sollen Schulen selbst entscheiden.

Mit Smileys oder Karos, Totenkopf oder Blümchen: Um 7.50 Uhr läuft am Mittwoch an der Janusz-Korzak-Gesamtschule in Gütersloh eine Maskenparade auf, es ist der erste Schultag nach den Ferien.

Die Schülerinnen und Schüler kommen mit Mund-Nasen-Bedeckung zum Unterricht. »Willkommen!«, begrüßt sie am Eingang ein Lehrer, ebenfalls mit halb verhülltem Gesicht. Er hält eine kleine Kiste mit Stoffmasken in der Hand, alle selbst genäht von Eltern. Er kann sie an Schüler verteilen, die keine Maske haben.

»Selbst im Gericht durfte ich die Maske abnehmen«, sagt Lydia Wiesbrock, eine Mutter und von Beruf Anwältin, die gerade ihre Tochter zur Schule bringt. »Ich finde die Maskenpflicht im Unterricht ganz schlimm. Die Kinder sollen stundenlang damit im Unterricht sitzen, und das bei der Wärme.« Wiesbrock tun die Kinder leid – und die Lehrkräfte. Sie müssen den Schülerinnen und Schülern nun die neuen Corona-Regeln erklären, für Verständnis werben, im Zweifel deutlich ermahnen. In den ersten Unterrichtsstunden geht die Zeit vor allem damit drauf.

»Was mir Sorgen macht«, sagt Schulleiterin Heidrun Elbracht, »ist, dass wir hier in der Schule im Prinzip eine Laborsituation haben. Wir können noch so sehr darauf achten, dass die Kinder hier ihre Masken tragen und sich Kohorten nicht mischen, aber dass sie sich daran halten, wenn sie das Gelände verlassen haben, ist illusorisch. Die hängen mit ihren Kumpels ab, und das ist derzeit ja auch nicht verboten.«

Gütersloh war ohnehin doppelt gebeutelt. Die Schulen hier waren nicht nur, wie überall sonst im Bundesgebiet, von wochenlangen Schließungen seit Mitte März

betroffen. Kaum durften die ersten Schüler in Nordrhein-Westfalen ab Ende April zumindest tage- oder wochenweise wieder zum Unterricht kommen, mussten sie im Kreis Gütersloh und damit auch an der Janusz-Korzak-Gesamtschule ab 18. Juni schon wieder zu Hause bleiben – wegen der Corona-Fälle beim Schlachtunternehmen Tönnies.

Auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen ist die Maskenpflicht im Unterricht ein Aufreger, unter anderem in vielen Kollegien. »Ich bin froh, dass in Hamburg andere Regeln gelten«, sagt Mirjam Kaune, Lehrerin an der Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg. »Ich arbeite im Unterricht ganz viel übers Gesicht. Wenn ich dauernd eine Maske trage, kann ich gar nicht mehr mit den Kindern lachen.«

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands und langjähriger Leiter eines bayerischen Gymnasiums, vertritt dagegen einen harten Kurs. Die ganze Republik möge sich ein Beispiel an Nordrhein-Westfalen nehmen. Masken im Unterricht seien »zwar nicht ideal für ein

87 %

der Befragten
halten eine Maskenpflicht
beim Einkaufen
für richtig.

Quelle: Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 7. bis 9. Juli für das »ZDF-Politbarometer«, 1226 Befragte in Deutschland

lebendiges Unterrichtsgeschehen«, sagte Meidinger der dpa. »Aber ein Opfer, das zu bringen ist, wenn wir wieder vollständigen Unterricht haben wollen.« Für Stefan Belau, den Landesvorsitzenden des Verbands Bildung und Erziehung in NRW, ist die Maskenpflicht im Unterricht der Preis, der zu zahlen ist, »solange regulärer Unterricht mit großen Klassen in kleinen Räumen stattfinden soll.«

In Hamburg versuchte ein Kläger sogar, die Maskenpflicht im Unterricht vor Gericht durchzufechten, bisher erfolglos. Den staatlichen Stellen komme »bei der Erfüllung ihrer Schutzpflichten ein erheblicher Einschätzungs-, Wertungs- und Gestaltungsspielraum« zu, begründete das Verwaltungsgericht am 6. August seine Entscheidung. Es war der Tag, an dem in der Hansestadt der Unterricht wieder begann. Er fand also wie geplant statt, allerdings in festen Gruppen, die sich möglichst nicht mit anderen mischen sollen, ein Konzept, dem auch andere Bundesländer folgen.

In Thüringen dagegen war eine Klage gegen die Maskenpflicht im Unterricht

erfolgreich. Das Bildungsministerium hatte vorgesehen, dass sich die Schüler lediglich in den offenen Bereichen der Schulen bedecken müssen, die Stadt Jena wollte es strenger und beschloss eine Maskenpflicht auch für den Unterricht. »Unsinnig, unzumutbar und unmenschlich«, sagt Peter Häuser, der kaufmännische Vorstand der Freien Waldorfschule Jena, die gegen die Entscheidung klagte. »Mit einer Maske können Lehrer keinen Unterricht machen, sondern die Schüler nur im Klassenzimmer aufbewahren«, sagt Häuser.

Wie normal wird das Leben in den nächsten Wochen wieder sein, wie eingeschränkt, was hilft die Maske? Für den Einzelhandel ist sie Fluch und Segen zugleich.

Der Zwang zum Mund-und-Nasenschutz gilt neben der allgemeinen Kaufzurückhaltung der Deutschen als größtes Hindernis, dass der Handel wieder richtig anläuft. Zwar sind die Innenstädte und Fußgängerzonen nach aktuellen Zählungen des Anbieters Hystreet schon beinahe wieder so belebt, wie vor der Coronakrise. Auch liegen die gesamten Umsätze im Einzelhandel teilweise schon wieder über Vorkrisenniveau. Doch zeigen die Daten auch, dass sich die Menschen vor allem mit Dingen des täglichen Bedarfs einkaufen, nicht aber zum großen Einkaufsbummel aufbrechen. Der Absatz im Textileinzelhandel lag im Juni trotz Öffnungen und Lockerungen 16 Prozent unter Vorjahresniveau.

»Für die Modeindustrie sind die Masken ein Glücksfall«, sagt Martin Fassnacht, der Marketing an der Otto Beisheim School of Management in Düsseldorf lehrt. Der Branche sei es schon vor Corona schlecht gegangen, die Krise habe die Situation verschlimmert. Der Absatz Erfolg bei den Masken Sorge nun für etwas Erleichterung. »Die Masken werden zu einem Modeaccessoire«, sagt Fassnacht. Womöglich könnten sie sogar die Krawatte als wichtigen Umsatzbringer der Branche ersetzen.

Insgesamt aber ist die Stimmung im Einzelhandel eher depressiv. Die Maskenpflicht »hemmt die Einkaufsbummellust und Spontankäufe. Die Kunden gehen eher schneller rein und schneller wieder raus aus den Geschäften«, sagt Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland.

Genth steckt in einer Zwickmühle: Er weiß einerseits um die Sorge für das Weihnachtsgeschäft. Andererseits kann er auch nicht zu laut auf die Abschaffung der Maske drängen. Schließlich liefe er dann Gefahr, die »andere Hälfte der Kunden« auch noch zu verschrecken, weil diesen ohne Schutz das Risiko in den Geschäften noch zu hoch sei.



Jens Jesske



Anja Lehmann



Espen Eichhoffer

Gottesdienstbesucher, Skulpturenkunst, Maskenträgerin in Berlin Der Mund-Nasen-Schutz ist Fluch und Segen zugleich. Die Umsätze im Einzelhandel liegen teils über Vorkrisenniveau, doch decken sich die Menschen vor allem mit Dingen des täglichen Bedarfs ein und brechen nicht zum großen Einkaufsbummel auf.

Es brauche »einen breiten gesellschaftlichen Konsens zum richtigen Zeitpunkt für das Ende der Maskenpflicht«, sagt Genth. Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, kann er nicht sagen, aber das kann derzeit niemand.

Ein Forscherteam der Universität Bamberg wollte wissen, wie sehr das Tragen der Maske die Gesellschaft verändert, vor allem die Kommunikation. Eines der Ergebnisse: Vor allem Emotionen wie Freude, Ekel oder Trauer werden seltener erkannt, wenn jemand eine Maske trägt. Zugleich spielten Gesten eine größere Rolle, was die Kommunikation »aufwendiger und anstrengender« mache, wie Rolf van Dick sagt, der Leiter der Sozialpsychologie der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Gleichwohl: »Ich bin überrascht, wie schnell sich das Tragen der Maske durchsetzt.«

Vor Corona schuf eine Maske vornehmlich Distanz. Doch jetzt helfe sie dabei, Distanz zu überwinden. »Wer eine Maske trägt, kann sich näherkommen, statt Abstand zu wahren«, sagt van Dick. »Sie öffnet uns wieder füreinander, indem sie einen Teil von uns verhüllt.«

Noch ist nicht ausgemacht, ob die Maske das Symbol eines erfolgreichen Kampfes gegen die Pandemie wird, zu dem alle gemeinsam beigetragen haben. Verschwinden werde sie wohl kaum, auch wenn das Coronavirus bezwungen sein wird, darin ist sich van Dick sicher.

Umsichtige Leute mit Erkältungssymptomen würden auch dann maskiert in öffentlichen Verkehrsmitteln ins Büro fahren, um Mitfahrer und Kollegen zu schützen, die Kommunikation werde sich dauerhaft verändern. »Wir werden Formen entwickeln, um Freude, Trauer oder Mitgefühl zu zeigen, selbst wenn wir Nase und Mund des anderen nicht sehen können«, sagt van Dick.

Es gibt viele Millionen Menschen in Deutschland, die zur Corona-Risikogruppe gehören, weil sie alt sind oder krank.

Im Juni war sie das erste Mal wieder an der frischen Luft, endlich, nach langer Zeit.

Es ist ein großer Teil der Bevölkerung, der des besonderen Schutzes bedarf.

Laura Gehlhaar gehört dazu, 37 Jahre alt, Bloggerin und Autorin, sie hat eine Muskelerkrankung. Träfe das Virus auf ihre Lunge, würde sie sich davon wohl nicht mehr erholen.

Deshalb ist sie seit dem Lockdown in ihrer Wohnung geblieben, wochenlang, die Einkäufe übernahm ihr Freund, zu groß war die Angst vor der Ansteckung. Im Juni war sie das erste Mal wieder an der frischen Luft, endlich, nach langer Zeit.

Sie sagt, die Maske bedeute für sie Freiheit, jede Lockerung ein neues Risiko. Sie freut sich über jeden aus ihrem Freundeskreis, der das versteht. Und sich eine Maske aufsetzt.

Jörg Blech, Antje Blinda, Felix Bohr, Simon Book, Sarah Heidi Engel, Silke Fokken, Hubert Gude, Detlef Hacke, Kristin Haug, Christoph Hickmann, Wolfgang Höbel, Nils Klawitter, Heike Klovert, Martin Knobbe, Roman Lehberger, Timo Lehmann, Philipp Löwe, Lydia Rosenfelder, Cornelia Schmergal, Benita Stalman, Rebekka Wiese

Spahns Chaos

Gesundheit Die Bundesregierung hat in der Coronakrise manches richtig gemacht. Der Umgang mit Masken gehört nicht dazu. Rekonstruktion eines politischen Versagens.



CDU-Politiker Spahn: Problematik unterschätzt

Ein Freitag, Anfang April, Jens Spahn steht auf dem Hof eines Logistikzentrums im thüringischen Apfelstädt. Es ist kalt und windig, und es beginnt zu regnen. Aber das macht nichts, ganz im Gegenteil. Minister furchtlos. Spahn braucht solche Bilder, gerade in diesen Apriltagen.

Corona hat das Land im Griff, der Gesundheitsminister besucht ein Zentrallager für Masken und Kittel, die von der Bundesregierung beschafft werden. Pünktlich zu Spahns Auftritt ist eine neue Lieferung angekommen. Vor ihm steht ein Mikro, hinter ihm ein Lastwagen, bepackt mit Kisten. »Die Mengen steigen, die Verteilung erfolgt schnellstmöglich«, freut sich Spahn.

Zum Krisenmanagement der Bundesregierung erscheint Anfang November das SPIEGEL-Buch »Lockdown – Wie Deutschland in der Corona-Krise knapp der Katastrophe entkam« (DVA; circa 320 Seiten; 22 Euro).

Während die Deutschen sich durch den Lockdown quälen, nimmt der Minister ihnen ein Stück weit die Sorge vor dem, was noch kommt. Die Masken trudeln nun endlich ein. Es ist eine schöne Botschaft, die Spahn aussenden möchte, aber womöglich geht es ihm in Apfelstädt auch darum, ein Problem zu kaschieren, das vor allem mit seinem Namen verbunden ist.

Deutschland ist bislang passabel durch diese Krise gekommen, aber was den Umgang mit Masken angeht, gilt das nicht. Zu viel ist zu schlecht gelaufen, manches sogar miserabel. Gespräche mit Beteiligten sowie Protokolle vertraulicher Sitzungen zeigen, wie naiv Spahn in dieser Angelegenheit agierte, welch Durcheinander in seinem Ministerium herrschte.

Obwohl Fachleute schon vor Engpässen warnten, als sich das Virus in China entwickelte, versäumten es Spahn und seine Leute, auf dem Weltmarkt einzukaufen.

Als die Preise in die Höhe schossen, reagierte der Minister. Allerdings tat er das mit einer solch abrupten Wende, dass Beamte anderer Ministerien und in Brüssel bis heute verwundert fragen, weshalb Spahn eigentlich politisch bislang so gut davongekommen ist.

Spahns Zögern ist das eine, das andere sind die widersprüchlichen Signale, die er und der Rest der Regierung in Sachen Masken sendeten. So lange nicht genügend Masken vorrätig waren, bestritten die Regierung und die von ihr herangezogenen Experten deren Nutzen. Als die Versorgungslage entspannter war, folgte die Kehrtwende. Die Maske wurde zur Pflicht in der Öffentlichkeit, im Gegenzug gab es vorsichtige Lockerungen. Dass manch ein Bürger darüber die Orientierung verlor, kann eigentlich ebenso wenig verwundern wie der Ruf nach einer parlamentarischen Aufarbeitung des Maskendesasters.

Warnungen, auch Hilfestellungen, gab es jedenfalls genug und teilweise sehr früh.

Zum Beispiel im Januar. Bei einer Telefonkonferenz mit den Mitgliedstaaten bietet die EU-Kommission an, beim weltweiten Einkauf von Masken und anderer Schutzkleidung behilflich zu sein. Alle lehnen ab. »Kein Land« habe nach Unterstützung gerufen, vermerkt das Protokoll.

Oder Anfang Februar. Da sitzt Achim Theiler in seinem Büro und schreibt Spahn eine E-Mail. Er ist Geschäftsführer des Unternehmens Franz Mensch, das Hygienebekleidung und Schutzmasken für Krankenhäuser und Ärzte herstellt. Sein Geschäft brummt, Hunderte Bestellungen sind eingegangen. Theiler ahnt: Wenn nicht bald etwas unternommen wird, droht eine gewaltige Versorgungslücke.

»Ich appelliere an Sie, unterschätzen Sie die Problematik dieses Virus nicht«, schreibt Theiler und fleht den Minister regelrecht an. »Sie müssen dringend beginnen zu agieren und nicht nur zu reagieren.« Eine Antwort erhält er zunächst nicht.

Spahn scheint zu diesem Zeitpunkt gelassen, was die Gefahr durch Corona angeht. Das Virus wirkt weit weg, noch immer fehlen Informationen. Der Minister rät seinen Landsleuten noch dazu, Corona »mit kühlem Kopf« zu begegnen. Im Landkreis Starnberg hat sich ein Mann angesteckt, aber die Infektionskette wird unterbrochen, alles scheint kontrollierbar.

Spahn spricht in dieser Zeit viel mit seinen wichtigsten Beratern, zum Beispiel mit Lothar Wielers, dem Chef des Robert Koch-Instituts (RKI). Zur Wahrheit gehört, dass auch diese Berater anfangs den Nutzen der Masken bezweifeln. Es gebe »keine hinreichende Evidenz« dafür, dass der Mund-Nasen-Schutz das Risiko einer Ansteckung für gesunde Menschen deutlich verringere, lässt Wielers Institut Ende Februar wissen. Wenn die Menschen Masken tragen, werden sie leichtsinniger – das ist die Sorge. Also lieber lassen.

Unter anderen Fachleuten herrscht längst Panik, ihnen wird klar, dass es bald an allen Ecken und Enden an Material fehlen könnte. Allein die niedergelassenen Ärzte benötigen für die nächsten Monate Millionen Masken des Standards FFP2. Die allerdings kosten schon fünf bis zehn Euro pro Stück – statt, wie vor der Krise, knapp einen Euro. Ein Wahnsinn.

Die Lage wird düsterer, es ist Ende Februar, in Italien werden mittlerweile Städte abgeriegelt. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gibt es neue Infektionen. Was, wenn ausgerechnet im reichsten Land Europas das Schutzmaterial ausgeht? Für Spahn als Minister wäre das ein Desaster, womöglich ein Rücktrittsgrund.

»Vorrat an Masken in DEU wird knapp«, heißt es im Protokoll eines Krisentreffens

im Innenministerium am 26. Februar. Die Gefahr wird langsam klar.

Im Gesundheitsministerium entsteht eine brisante Idee: Was an Masken und Ausrüstung vorhanden ist, muss im Land bleiben und darf nicht exportiert werden. Niemand würde dann noch Material aus Deutschland bekommen, auch nicht die Nachbarn. Es wäre das Gegenteil jener europäischen Solidarität, die die Bundesregierung stets predigt. Aber Frankreich macht es auch so. Deshalb, so sieht man es im Gesundheitsministerium, muss Berlin ebenfalls reagieren.

Doch allein kann Spahn das Exportverbot nicht regeln. Die Frage, welche Waren ausgeführt werden dürfen und welche nicht, betrifft das Außenwirtschaftsgesetz. Sie liegt damit in der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums, wo, das muss man wissen, zu diesem Zeitpunkt manche Beamte noch entspannter zu sein scheinen, was die Corona-Gefahr angeht, als die Kollegen in Spahns Haus.

Im Gesundheitsausschuss geht Spahn in die Offensive. »Wenn Ärzte sagen, der Gesundheitsminister stellt mir keine Schutzmasken zur Verfügung, und der erzählt immer was von vorbereitet sein, da kann man schon die Frage stellen, ob man jetzt immer nur darauf wartet, dass andere einem was zur Verfügung gestellt haben oder ob es nicht auch eine gewisse Vorbereitungsverantwortung an anderen Stellen gibt«, so der Minister. Was Spahn da eigentlich sagt: Liebe Ärzte, ihr könnt euch auch selbst mal kümmern.

Am 3. März tagt der Krisenstab von Gesundheits- und Innenministerium. Spahns Leute schlagen einen Großeinkauf vor. Vom folgenden Tag an soll zentral Schutz-ausstattung für Krankenhäuser und Praxen beschafft werden – »soweit verfüg-

bar«, wie das Protokoll vermerkt. Dafür werden 200 Millionen Euro reserviert, für rund 150 Millionen OP-Masken, 10 Millionen FFP2- und 5 Millionen FFP3-Masken. Auch das Exportverbot wird vorangetrieben. Bis zum nächsten Morgen, Punkt neun Uhr, soll das Wirtschaftsministerium dafür eine Verfügung verfassen.

Dort bricht Hektik aus, Peter Altmaiers Beamte sind über Spahns Initiative schwer verärgert. Für sie fühlt es sich an, als müssten sie für den Gesundheitsminister die Kohlen aus dem Feuer holen. Bis in die Nacht arbeiten seine Beamten an der Verfügung für das Exportverbot. Das Problem: Damit die Verfügung gültig ist, muss sie nicht nur von Staatssekretär Ulrich Nußbaum unterschrieben, sondern auch im Bundesanzeiger veröffentlicht werden. In Deutschland gelten Regeln, auch wenn sie gerade nicht in die Zeit passen mögen.

Aber der Bundesanzeiger veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen eigentlich erst am Nachmittag. Wegen der Dringlichkeit soll die Anzeige vorgezogen werden. Altmaiers Leute setzen sich mit dem Justizministerium in Verbindung und schicken morgens einen Entwurf zum Bundesanzeiger. Nußbaum bekommt wenig später einen Korrekturabzug, er signiert die Verfügung. Am späten Vormittag ist es schwarz auf weiß verfügt: Der Export von Schutzausrüstung darf jetzt nur noch in wenigen Ausnahmefällen genehmigt werden, ansonsten sind die Grenzen dicht.

Es dauert nicht lange, da laufen im Wirtschaftsministerium die Telefone heiß. Industrieverbände rufen an, Firmen, alle wollen sie Ausnahmen für ihre Produkte. Mal geht es um Anlagen, die mit Schutzmasken ausgeliefert werden, die nichts mit medizinischer Versorgung zu tun haben. Dann geht es um Produkte, die im Hamburger Hafen ankommen, aber für das Ausland bestimmt sind.

Altmaier hat auch Thierry Breton am Telefon, den französischen EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen. Die beiden kennen sich seit längerer Zeit, Breton bringt seinen Ärger über das anti-europäische Signal zum Ausdruck, so schildern es Eingeweihte. Altmaiers Beamte ahnen: Sie müssen die Verfügung korrigieren. Erst Tage später wird eine neue Version stehen, die passt. »Das war völliger Stuss, null durchdacht«, sagt später einer, der am Exportverbot beteiligt war.

Ende März, in der Lombardei sind die Krankenhäuser mittlerweile überlaufen, werden Spahns Beamte wieder nervös. Das Maskenproblem ist noch immer nicht gelöst, auf das Beschaffungssamt der Bundeswehr war aus Sicht des Gesundheitsministeriums wenig Verlass. Spahn drängt zur Eile. Das Ministerium will sich künftig



Wirtschaftsminister Altmaier

Alle wollen Ausnahmen



Maskenlieferung aus Shanghai am Flughafen München: Kostbare Ware

selbst um die Beschaffung kümmern – und startet ein »Open-House-Verfahren«.

Das Ministerium bietet jetzt Verträge für Schutzmasken ohne große Verhandlungen an. Es handelt sich um ein Schnellverfahren, potenzielle Anbieter bekommen den Zuschlag zum Festpreis. Für FFP2-Masken verspricht Spahn netto 4,50 Euro, für normale OP-Masken 60 Cent. Bedingung: Die Firmen müssen mindestens 25 000 OP-Masken oder FFP2-Masken anbieten. Viele Unternehmer hoffen auf das große Geschäft.

Die Schutzmasken, die das Gesundheitsministerium für Ärzte, Pfleger und Kliniken beschafft, sollen in Thüringen zentral gelagert und von dort an die Länder und Kassenärztlichen Vereinigungen verteilt werden. Spahn hofft, dass sich das Lager schnell füllt. Er greift selbst zum Telefon, um Firmen wie Volkswagen zu bitten, ihre Restbestände an Masken zur Verfügung zu stellen. Der Minister macht Akquise.

Nicht jede Hoffnung erfüllt sich, auch im Krisenstab gibt es deshalb Ärger. Das Gesundheitsministerium bittet das Verteidigungsressort um eine »restriktive Kommunikation« zur Frage, wie viele Masken zwischenzeitlich beschafft worden seien. Die Begründung findet sich in einem vertraulichen Regierungsdokument: das »derzeit deutliche Delta zwischen Bestellung und Lieferung des benötigten Materials«.

Aber helfen Masken überhaupt? Während die Regierung unter Hochdruck versucht, auf dem Weltmarkt Masken aufzutreiben, gehen die Meinungen dazu noch immer auseinander. Angela Merkel und ihr Kanzleramtschef Helge Braun sind skeptisch. Sie glauben, dass sich Masken sogar zu Virenschleudern entwickeln kön-

nen, wenn sie zu lange und nicht fachgerecht getragen werden. Gerade beim schlampigen Absetzen der Maske könnten die Viren auf den Händen landen und sich von dort weiterverbreiten. In einer internen Sitzung, so wird es im Kabinett erzählt, macht Braun vor, wie schnell es geht, dass eine Maske falsch abgesetzt wird.

Außerdem, so sieht man es im Kanzleramt, könnten Masken dazu führen, dass die Menschen sich in falscher Sicherheit wiegen. Es ist das alte RKI-Argument.

Allerdings schwenkt das Institut plötzlich um. Eine Schutzmaske könne das Risiko verringern, »eine andere Person durch Husten, Niesen oder Sprechen anzustecken«, heißt es Anfang April auf der Website des RKI.

Das »vorsorgliche Tragen« eines Mund-Nasen-Schutzes wird nun von den Regierungsberatern offiziell empfohlen. Eine erstaunliche Wende. Die Politik wird sich der Einschätzung später anschließen, auch sie ändert damit ihren Kurs um 180 Grad.

Inzwischen hat Spahn auch Großkonzerne beauftragt, in China Masken aufzukaufen. Die Ware wird jetzt vor Ort von TÜV-Experten geprüft. Sein Open-House-Modell läuft weiter, bis zum Sommer wird es zum Renner. Leider. Mehr als 700 Firmen bekommen einen Zuschlag, 233 Millionen FFP2-Masken werden gesichert. Nur: Mit der Abwicklung ist das Ministerium heillos überfordert.

Die Bundesrepublik, vertreten durch das Gesundheitsministerium, hat sich ver-

pflichtet, »binnen einer Woche« nach Lieferung und korrekter Rechnungsstellung den vereinbarten Preis zu bezahlen. Doch in vielen Fällen kommt es dazu nicht – wegen Qualitätsmängeln, so die Darstellung des Ministeriums. »Echter Schrott« sei teilweise geliefert worden, heißt es in Regierungskreisen. Aber Vorgaben wurden im Vertrag auch nur spärlich gemacht.

Viele Lieferanten sind sauer, manche fürchten um ihre Existenz. Vor dem zuständigen Bonner Landgericht wurden mittlerweile rund 50 Zivilklagen eingereicht. Tendenz steigend. Auch der Offenburger Import-Export-Kaufmann Joachim Lutz fühlt sich getäuscht. 300 000 Schutzmasken habe er geliefert – auf sein Geld warte er bis heute. »Eine absolute Katastrophe«, sagt Lutz. Ihm sei Mitte Juni von Spahns Wirtschaftsprüfern mitgeteilt worden, dass seine Masken die Prüfung nicht bestanden hätten. Lutz bezweifelt aber, dass die Masken Mängel haben. Sollten er und die anderen Kläger Recht bekommen, müssten die Steuerzahler nicht nur für die ausstehenden Rechnungen geradestehen, sondern auch für saftige Verzugszinsen.

Die Ironie der Geschichte: Mittlerweile gibt es in Deutschland haufenweise Masken. 2,7 Milliarden Exemplare hat Spahns Ministerium inzwischen importiert, eine weitere Milliarde ist bis Ende des Jahres vertraglich gesichert. Nur ein Teil ist bislang ausgeliefert worden. Nun will die Bundesregierung, die vor ein paar Monaten noch ein Exportverbot beschloss, den üppigen Vorrat nutzen, um »ein Zeichen sichtbarer Solidarität« zu setzen, wie es in einer aktuellen Vorlage aus dem Auswärtigen Amt heißt. Über die Weltgesundheitsorganisation sollen 250 Millionen Masken im Wert von rund 275 Millionen Euro an Staaten verschenkt werden, die besonders unter der Pandemie leiden.

Erst einmal sollen allerdings die Masken abgegeben werden, deren Haltbarkeit bald abläuft. Das Finanzministerium, heißt es in dem Papier, sei »grundsätzlich einverstanden mit unentgeltlicher Abgabe« der nicht benötigten Masken, und zwar auch deshalb, weil »die Mindesthaltbarkeitsgrenze der Materialien bei Nichtweitergabe ggf. bald erreicht wird«. Eine Vernichtung der Materialien wäre wegen des andernorts hohen Bedarfs nicht zu verantworten. Bei Publikwerden sei »mit kritischen Nachfragen« von Bundestag, Bundesrechnungshof und Medien zu rechnen.

Jens Spahn, das muss man sagen, hat das alles am besten zusammengefasst: »Wir werden miteinander wahrscheinlich viel verzeihen müssen.«

Christoph Hickmann, Martin Knobbe, Veit Medick, Cornelia Schmergal, Christoph Schult, Gerald Traufetter, Wolf Wiedmann-Schmidt, Robin Wille

**Nun will Deutschland
250 Millionen
überschüssige Masken
verschenken.**



Einsteigen beginnt mit e.

Die neuen eVito und eSprinter. Bist Du #eReady? Jetzt Probefahrt für eSprinter, eVito Kastenwagen oder eVito Tourer¹ vereinbaren – auf [mercedes-benz.de/eReady](https://www.mercedes-benz.de/eReady) oder beim Mercedes-Benz Partner.

Mercedes-Benz



¹ eVito Tourer: Stromverbrauch in kWh/100 km: 26,2; CO₂-Emissionen in g/km (kombiniert): 0. Der Stromverbrauch wurde auf der Grundlage der VO 692/2008/EG ermittelt. Der Stromverbrauch ist abhängig von der Fahrzeugkonfiguration.

Deutschland



Hartmut Schwarzbach / Argus

Flucht vor der Hitze Auf der Suche nach Abkühlung zog es am vergangenen Sonntag, dem bislang heißesten Tag des Jahres, Stehpaddler, Segler, Ruderer und Schlauchbootfahrer auf die Hamburger Alster. Dort fiel – bei mehr als 31 Grad – Abstandhalten leichter als am Uferand. Die Rekordtemperatur von 38,6 Grad wurde in Trier gemessen.

Zahlen steigen wieder

Flüchtlinge Erstanträge auf Asyl in der EU haben sich verdreifacht.

● Der Corona-bedingte Rückgang der Einwanderung in die Europäische Union scheint beendet zu sein. Die EU-Agentur für Asylfragen EASO hat im Juni 28 039 Erstanträge auf Asyl in der EU, der Schweiz und Norwegen verzeichnet – mehr als dreimal so viele wie im Mai. Einen ähnlichen Trend registriert das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Demnach sind im Juli 10 517 Menschen über die Mittelmeerrouten nach Europa gekommen, über Südosteuropa waren es im Juni 9534. Beides entspricht ebenfalls

fast einer Verdreifachung gegenüber den Vormonaten. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex hat im Juli 8650 illegale Grenzübertritte erfasst, etwa ein Drittel mehr als noch im Juni. Die EASO führt den Wiederanstieg der Asylanträge vor allem auf die Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen in den EU-Staaten zurück. Sie hatten zuvor einen starken Rückgang der Zuwanderung mit ausgelöst.

Laut EASO gab es seit Jahresanfang 212 100 Asylanträge, 37 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Es sei »ver-

rückt«, dass es der EU trotzdem nicht gelinge, sich über Verteilung und Rückführung von Migranten sowie eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu einigen, kritisiert der Politikberater Gerald Knaus, Chef des Thinktanks Europäische Stabilitätsinitiative. »Dabei war es noch nie so leicht wie jetzt.« EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wollte ihre Vorschläge für eine umfassende Asylreform schon längst vorgelegt haben, was bisher aber vor allem an Vorbehalten diverser Mitgliedsländer gescheitert ist. MBE

Innere Sicherheit Polizeigesetz vor dem Aus

● Das geplante Bundespolizeigesetz droht in der laufenden Legislaturperiode endgültig zu scheitern. Zwar beharrt das Bundesinnenministerium in einer Stellungnahme darauf, der Entwurf befinde sich »unverändert« in der Ressortabstimmung. Nach einem Gespräch mit der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken, die harten Widerstand signalisierte, werden dem Gesetz aber intern kaum noch Chancen eingeräumt.

Ursprünglich hatte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) das Gesetz schon im Frühjahr ins Kabinett bringen wollen, um damit das immer wieder nachgebesserte Bundespolizeigesetz aus dem Jahr 1994 abzulösen (SPIEGEL

1/2020). Mit der Novelle sollten in erster Linie die Befugnisse der Beamten erweitert werden, um auf neue Gefahren mit modernen technischen Fahndungsmethoden reagieren zu können. Dazu gehörte im ersten Entwurf auch eine großflächige Gesichtserkennung auf Flughäfen und Bahnhöfen, die allerdings schon vom SPD-geführten Justizministerium abgelehnt wurde. Ein abgespeckter Entwurf, offenbar noch mit der Möglichkeit der sogenannten Quellen-TKÜ, der Abschöpfung von Kommunikation vor der Verschlüsselung, sollte im Juli ins Kabinett gehen.

Nach dem Gespräch mit Esken gilt der Entwurf nun aber als nicht mehr durchsetzbar. Statt einen nochmals reduzierten dritten Entwurf vorzulegen, hoffe man nun auf bessere Chancen nach der Bundestagswahl 2021, heißt es. Am Widerstand von Esken ist bereits ein Gesetz zur Abwehr von Cyberattacken durch Gegenangriffe gescheitert (SPIEGEL 29/2020). Im Innenministerium ist unter der Hand die Rede von einer ideologischen Verhärtung beim Koalitionspartner SPD in Fragen der inneren Sicherheit. Die SPD-Führung um Esken kündigte in dieser Woche an, für die nächste Legislaturperiode eine Linksregierung mit Grünen und Linken anzustreben. AMP



photobank / imago images

Seehofer

Nachgezählt

Google-Suchanfragen mit den Begriffen »Rezept« und »Restaurant« während der Pandemie in Deutschland



* in der Kategorie »Essen und Trinken«; Quelle: Google; im Verhältnis zum jeweiligen Suchaufkommen 52. KW 2019

Alexander Neubacher Die Gendarstellung

Oben ohne



Seit Corona jagen Berliner Paparazzi ein neues Ziel: Politpromis oben ohne Maske. FDP-Chef Christian Lindner erwischte sie im Mai vor einem Restaurant, als er seiner Begleitung zum Abschied noch einmal herzlich um den Hals fiel; den Mundschutz hatte er unter dem Kinn. Baden-

Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann wurde Mitte Juni unverhüllt am Flughafen Tegel abgeschossen: Er knusperte Schokolinsen. Vergangenes Wochenende traf es Ricarda Lang, Vizechefin der Grünen. Ein eifriger Mitreisender fotografierte sie ohne Maske im ICE. Er selbst hatte sich dazu offenbar hinter zwei Rückenlehnen versteckt. Man kennt diese Art Aufnahmen aus dem Stasi-Museum an der Normannenstraße in Berlin.

Auf Social Media sorgten die Fälle für Furore. Politiker ohne Maske: Skandal, Skandal, Skandal! Bei Lindner kam verschärfend hinzu, dass es sich bei seiner Begleitung um einen Honorarkonsul von Belarus handelte, kein liberales Vorzeigeland. Der langjährige ZDFneo-Moderator Jan Böhmermann war über Lindner so empört, dass er dessen Oben-ohne-Foto sogar mehrmals an seine 2,1 Millionen Follower verteilte, zuletzt noch vor einigen Tagen.

Im Fall von Ricarda Lang war es die McDonald's-Tüte auf dem Tisch, die einige Kritiker zusätzlich anstachelte. Eine grüne Parteifreundin hatte kurz zuvor ein TV-Werbeverbot für Fast Food gefordert. »Lass es dir schmecken, Ricarda!«, twitterte nun die digitalpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Joana Cotar. Neben dem Schnappschuss brachte sie sogar noch das Wort »übergewichtig« unter; da lachte das rechte Gefolge.

Nun gehöre ich nicht zu den Menschen, die Masken- und Abstandsgebote für überflüssig halten, im Gegenteil.

Ich finde sie sinnvoll und zumutbar. Wäre schön, wenn sich alle dran hielten.

Ich glaube aber, dass wir in Teufels Küche kommen, wenn Corona-Blockwarte mit der Handykamera auf Politikerjagd gehen und Onlinepetzen wie Böhmermann und Cotar die Fotos dann ausbreiten. Mag sein, dass man den Schutz der Privatsphäre bei ZDFneo für Spießertum hält und bei der AfD für Systemhörigkeit. Aber nach meiner Auffassung haben auch Politiker Persönlichkeitsrechte, zumal wenn sie im Feierabend sind.

Das entschuldigt kein Fehlverhalten. Doch ein Verstoß gegen die Maskenpflicht ist deutlich zu wenig, um ab fotografiert und an den Pranger gestellt zu werden. Ich vermute, dass kein Mensch, womöglich nicht einmal Jan Böhmermann, von sich behaupten kann, in Sachen Corona immer alles richtig zu machen.

Am Anfang dieser Pandemie war oft zu lesen, die Krise bringe das Gute in den Menschen hervor: Rücksicht, Achtsamkeit und Solidarität. Dieser fromme Wunsch hat sich leider nicht erfüllt. Mein Eindruck ist, dass die Entwicklung in die andere Richtung geht. Erstaunlich, wie schnell Anstand und Respekt zerbröseln können, wenn unsere Gesellschaft unter Druck gerät.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

Der Esken-Plan

Das geheime Wahlkampfdrehbuch der SPD-Chefin

● Die SPD will bei der kommenden Bundestagswahl unter allen Umständen vermeiden, die Wähler mit ungewohnter Einigkeit oder Machtstreben zu verwirren. Mit der Umsetzung und Überwachung der vertrauten Parteilinie wurde auf einer geheimen Vorstandssitzung die Co-Vorsitzende Saskia Esken persönlich beauftragt.

Ein detailliertes Drehbuch liegt vor, der erste Teil des Plans ist bereits ausgeführt. Noch vor der Kür von Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten hat Esken diesen mit der Äußerung beschädigt, sich auch eine Regierungsbeteiligung unter Führung der Grünen vorstellen zu können. Jetzt soll es Schlag auf Schlag gehen: Im September wird

Täglich neue Tweets gegen Polizei, Bundeswehr und Industrie.

Esken verkünden, Scholz sei »nur eine Notlösung«, weil sie selbst »keine Lust« auf die Kandidatur gehabt habe. Für November ist ein »Emma«-Interview unter dem Titel »Männer sind Schweine« geplant (Frage: »Und Olaf Scholz?« Esken: »Ist auch ein

Mann.«). Zu Weihnachten kommt »Eskens Wahlgeschenk« per Postwurf in alle Haushalte – eine achtseitige Aufstellung ihrer Steuererhöhungsideen.

Als »Frühjahrsoffensive« folgen außenpolitische Reisen nach China, Nordkorea und Venezuela »als Anregung für gutes Regieren«. Der Sommer wird geprägt sein von täglichen Tweets gegen Polizei, Bundeswehr, Justiz, Industrie und den »Seeheimer Kreis«. Kurz vor der Wahl dann der finale Paukenschlag gegen Scholz: »Ganz ehrlich: Ich würde den nicht wählen.« Die SPD-Spitze ist zuversichtlich, so ihr Wunschergebnis erreichen zu können – keinesfalls über 20 Prozent. Stefan Kuzmany



Migration Sprachlos nach Deutschland?

● Will ein Ehegatte aus dem Ausland zu seinem Partner nach Deutschland ziehen, muss er Deutschkenntnisse vorweisen, auch wenn es keine zertifizierte Sprachschule im Ursprungsland gibt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage von Gökay Akbulut, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag hervor.

Die Abgeordnete bezieht sich auf den Fall einer jemenitischen Ehefrau, die vergebens versucht, zu ihrem Mann nach Deutschland zu ziehen, und sich auf einen Härtefall berief. Akbulut erkundigte sich deswegen bei der Bundesregierung, inwieweit diese beim Ehegatten-

nachzug aus dem Jemen weiterhin auf einen Deutschnachweis bestehe, trotz Bürgerkrieg, Corona-Pandemie und fehlender Möglichkeiten, einen anerkannten Sprachkurs vor Ort zu belegen. Das SPD-geführte Auswärtige Amt verwies auf die Möglichkeit, durch Onlinekurse, Lehrbücher oder Audioangebote Deutsch zu lernen.

Sprachprüfungen könnten auch »in der Region«, also in Nachbarländern wie Saudi-Arabien oder Oman erworben werden. Die Abgeordnete Akbulut hält das wegen des Aufwands und möglicher Sicherheitsgefahren für unzumutbar und fordert, Ehegatten aus Kriegs- und Krisengebieten den Familiennachzug ohne Sprachtest zu ermöglichen. In Deutschland würden sie sich die geforderten Deutschkenntnisse »schnell und unkompliziert« aneignen. L.Y.R

SPIEGEL-Podcast Zeit der Entscheidung

● Die SPD prescht mit Olaf Scholz als Kanzlerkandidat vor – jetzt wächst der Druck auf Union und Grüne. Wann einigen sich CDU und CSU? Bootet CSU-Mann Markus Söder am Ende doch die Rivalen der Schwesterpartei aus? Und wer setzt sich bei den Grünen durch?

In der neuen Folge von »Stimmenfang«, dem Politik-Podcast



des SPIEGEL, erklären die Hauptstadt-Korrespondenten, wie die Kandidatenkür hinter den Kulissen abläuft. Und warum die SPD alle anderen überholt hat.

Der Podcast »Stimmenfang« erscheint jeden Donnerstag und fragt: Wie funktioniert Politik in Deutschland? Und



wo muss sie besser werden? Zu hören auf Spotify, Apple Podcasts und überall, wo es sonst noch Podcasts gibt.

spiegel.de/Stimmenfang

Parteien

FDP soll diverser werden

● Angesichts des scharfen Wettbewerbs mit den Grünen wollen die Liberalen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die Partei gewinnen. »Ich will diese Menschen für die FDP begeistern und nicht an die Grünen verlieren«, sagt der Bundestagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai, der dazu eine Initiative gestartet hat. Seine Partei habe einen »klaren Nachholbedarf, wir müssen in Zukunft auf allen Ebenen diverser werden«. Im Fokus stünden Menschen, die »modern, welt-offen, tolerant und vor allem aufstiegsorientiert« seien.

Diese Gruppe fühle sich »nicht automatisch bei den Grünen wohl«, wie oft fälschlich angenommen werde, so der Liberale. Djir-Sarai plant, zu einem Treffen Mitte November in Berlin einzuladen, um die Vorstellungen der Interessenten auszuloten. Unter ihnen seien auch Menschen, die nicht der FDP angehörten. Langfristig schwebt Djir-Sarai, der auch dem Bundesvorstand angehört, ein Netzwerk von Menschen mit Migrationshintergrund vor, die sich für die FDP interessieren. »Vor allem in Großstädten wie Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Stuttgart und München sehe ich für uns ein großes Potenzial«, so Djir-Sarai, der selbst iranischer Herkunft ist. SEV

Aufnahmeprogramme

Widerstand gegen Innenministerium

● Aus der SPD-Bundestagsfraktion kommt Widerspruch zu der Absage des Bundesinnenministers Horst Seehofer an Thüringen und Berlin, mittels Landesaufnahmeprogrammen zusätzliche Flüchtlinge von den griechischen Inseln aufzunehmen. »Berlin und Thüringen sollten gegen die Entscheidung des Innenministeriums klagen«, sagt der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Migration, Lars Castellucci. »Seehofer begründet seine Ablehnung mit Verweis auf eine bundes-einheitliche Regelung für die

Aufnahme von Flüchtlingen. Es gibt aber juristisch verschiedene Auffassungen, ob es diese tatsächlich braucht. Das sollte einmal vor Gericht geklärt werden.« Darüber hinaus erwartet er von Seehofer Gesprächsbereitschaft mit den Ländern. »Auf die Urteile der Gerichte können wir natürlich nicht warten. Wir brauchen eine rasche Lösung für die Bundesländer, die helfen wollen«, so Castellucci. Thüringen wollte 500 zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen, Berlin 300. Dafür brauchten sie das Einverständnis des Bundesinnenministeriums, das beide Anfragen mit Verweis auf die bestehenden Aufnahme-regelungen ablehnte. TIL



Flüchtlingsfamilie in Griechenland



Der Augenzeuge

»Etwas dabei, was raucht«

Hobbypilot Jörg Herrmannsdörfer, 42, macht ehrenamtlich mit seinem Helikopter Beobachtungsflüge, um Waldbrände frühzeitig zu entdecken.

● »Aktuell ist es heiß, es hat länger nicht mehr geregnet. Aufgrund der Trockenheit herrscht in Bayern vielerorts Waldbrandgefahr. Für die Luftrettungsstaffel Bayern bin ich im Einsatz, um Feuer rechtzeitig zu entdecken und so zu verhindern, dass sie größer werden. Ob ein sogenannter Beobachtungsflug stattfindet, entscheidet die jeweilige Bezirksregierung. Ich gehe üblicherweise am Samstag und Sonntag in die Luft, von 14 bis 18 Uhr, manchmal länger. Nachmittags steigt die Waldbrandgefahr, auch weil dann mehr Leute unterwegs sind, vor allem am Wochenende.

Fast alle Wald- und Flächenbrände sind menschengemacht, etwa wenn ein Mähdrescher Feuer fängt. Es kann auch ein Funke vom Grill sein oder eine weggeschmissene Zigarette. Oder der heiße Katalysator eines Autos, das auf ausgedörrtem Gras steht.

Ich bin auf zwei vorgegebenen Routen über Oberfranken unterwegs. Wenn ich Rauch entdecke, muss ich hin und abklären, was es ist. Am vergangenen Sonntag habe ich bei Egloffstein eine kleine Rauchentwicklung gesehen. Die wäre vom Boden nicht wahrnehmbar gewesen. Beim Näherkommen hat sie sich als entstehender Waldbrand entpuppt.

Ich habe die Leitstelle informiert, die den Notruf absetzt. Als die Feuerwehr kam, bin ich den Einsatzkräften vorausgefliegen und habe sie so zur Brandstelle geleitet. Manchmal lande ich und nehme den Einsatzleiter an Bord, damit er sich einen Überblick aus der Luft verschaffen kann.

Normalerweise sind hier in Bayern zwei Personen in einem Kleinflugzeug unterwegs: ein Luftbeobachter und der Pilot. Ich übernehme beide Aufgaben in Personalunion. Das hat während der Pandemie den Vorteil, dass ich allein an Bord bin. Die anderen Teams müssen im Flugzeug Abstand halten, dann sitzt der Luftbeobachter auf der Rückbank und hat eine schlechtere Sicht. Außerdem müssen beide Masken tragen, keine Freude bei Temperaturen von bis zu 40 Grad an Bord. In diesem Jahr hatte ich schon zwölf Einsätze, deutlich mehr als sonst, bei jedem zweiten Flug war etwas dabei, was raucht – mal ein entstehender Brand, mal schon ein richtiges Feuer und mal nur ein Grill.«

Aufgezeichnet von Birte Bredow



Andreas Chudowski / DER SPIEGEL

»Das wird ein harter Ritt«

SPiegel-Gespräch SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz, 62, über sein Standing in der Partei, sozialdemokratische Klischees und seine Rolle in der Affäre Wirecard

SPiegel: Herr Scholz, sind Sie nun Kanzlerkandidat oder Vizekanzlerkandidat der SPD?

Scholz: Ich bin Kanzlerkandidat der SPD. Mein Ziel bei der Bundestagswahl ist es, die nächste Regierung zu führen. Ich will gewinnen.

SPiegel: Ihre Parteivorsitzende Saskia Esken hat sich allerdings offen dafür gezeigt, unter Führung der Grünen als Juniorpartner in eine Koalition zu gehen. Dann wären Sie Vizekanzler.

Scholz: Na, das ist eine Überinterpretation ihrer Aussage. Die SPD will bei der Bundestagswahl so gut abschneiden, dass sie mit anderen Parteien über die Bildung einer sozialdemokratisch geführten Regierung verhandeln kann.

SPiegel: Erfahrungsgemäß werden Kandidaten umso mehr zerpflückt, je früher sie nominiert werden. Machen Sie sich Sorgen wegen der Langstrecke, die vor Ihnen liegt?

Scholz: Das wird ein harter Ritt, das war von Anfang an klar – ganz egal, wann der Kandidat aufgestellt wird. Für uns war wichtig: Die Bürgerinnen und Bürger sollen früh wissen, woran sie bei der SPD sind. Bis es bei den anderen Parteien so weit ist, dürfte es noch eine Weile dauern. Wir werden die Zeit nutzen, unsere Kampagne in Ruhe vorzubereiten. Zugleich werden wir ordentlich regieren und dafür sorgen, dass das Land weiter gut durch die Coronakrise kommt.

SPiegel: Die neuen Parteivorsitzenden hatten versprochen, die SPD aus dem Umfragetief herauszuführen. Das ist nicht gelungen. Die SPD steht nach wie vor bei rund 15 Prozent. Sollte eine Partei nicht mindestens ein Drittel der Wähler hinter sich bringen, um den Kanzler zu stellen? Das können Sie kaum schaffen.

Scholz: Unser Parteiensystem ist in Bewegung. Schauen Sie nach Dänemark, Schweden oder Finnland. Dort regieren sozialdemokratische Parteien. Im besten Fall mit Ergebnissen von 28 Prozent wie in Schweden. Das können wir auch schaffen. Wenn die SPD ein Ergebnis von deutlich mehr als 20 Prozent erreicht, kann ich Kanzler werden.

SPiegel: Ihre Partei hat sich lange schwergetan mit Ihnen. Beim Parteivorsitz zogen Ihnen die Mitglieder zwei Außenseiter vor. Glauben Sie wirklich, dass die SPD Ihnen vertraut?

Scholz: Davon bin ich fest überzeugt. Vor einem Jahr steckte die SPD nach dem Rücktritt von Andrea Nahles in einer Krise. Inzwischen haben wir uns zusammengekauft, dafür war auch der Prozess zur Bestimmung der neuen Parteiführung hilfreich. Wir alle haben uns gefunden, eng zusammengearbeitet und gemeinsam Erfolge erzielt. Nehmen Sie das Klimapaket oder Thüringen, wo wir verhindert haben, dass die AfD mitregiert, oder vor allem die Bewältigung der Coronakrise. Unseren Mitgliedern gefällt das. Deshalb haben die Parteivorsitzenden, der Fraktionsvorsitzende und der Generalsekretär in Gesprächen mit den Mitgliedern vielfach zwei Wünsche gehört: Wir sollen weiter so gut zusammenarbeiten, und Olaf Scholz soll Kanzlerkandidat werden.

SPiegel: Vertrauen Sie den Vorsitzenden, die ein deutlich linkeres Profil haben als Sie?

Scholz: Ich vertraue Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans uneingeschränkt. Ich weiß, das gilt auch umgekehrt, genauso wie für Rolf Mützenich und Lars Klingbeil. Die SPD hat in ihren besten Zeiten immer eine gewisse politische Bandbreite repräsentiert. Brandt, Wehner und Schmidt waren auch nicht immer einer Meinung. Aber sie standen gemeinsam für eine starke SPD.

SPiegel: Unter dem Hashtag #NOlaf empören sich Anhänger Ihrer Partei allerdings über Ihre Nominierung. Nach Einigkeit sieht das nun wirklich nicht aus. Wie erklären Sie sich die Ablehnung, die Sie in der SPD auch auslösen?

Scholz: Die Zustimmung ist ziemlich groß. Aber ich habe eine lange politische Biografie, da wäre es merkwürdig, wenn es 100 Prozent Zustimmung gäbe.

SPiegel: Sie sind seit vielen Jahren ein bundespolitischer Profi. Esken und Walter-Borjans dagegen wirken nicht selten wie Amateure auf diesem Parkett, wenn man sich manche ihrer Äußerungen oder Tweets anschaut. Haben Sie das Gefühl, Juniorpartner an Ihrer Seite zu haben?

Scholz: Nein, überhaupt nicht. Solche Zuschreibungen ärgern mich auch. Norbert Walter-Borjans ist ein gestandener Politiker mit viel Erfahrung, die er als Staatssekretär und Landesfinanzminister gewonnen hat. Und Saskia Esken gehört seit sieben Jahren dem Deutschen Bundestag an. Deshalb kann ich Ihre Einschätzung nicht teilen.

SPiegel: Was haben Sie aus Ihrem Scheitern beim Rennen um den Parteivorsitz gelernt?

Scholz: Zur Demokratie gehört, dass man verlieren kann. Mir war klar, dass meine Bewerbung um den Vorsitz riskant wird. Sie erinnern sich vielleicht, dass ich ursprünglich nicht kandidieren wollte. Dafür hatte ich Gründe. Aber ich bin froh, dass ich es gemacht habe. Denn jetzt bin ich Teil des Prozesses, in dem die SPD zusammenwächst. Zu diesen peinlichen Männern, die sich erst einmal 16 Jahre ins politische Asyl begeben, weil sie eine Niederlage erlitten haben, habe ich nie gehört.

SPiegel: Sie meinen Friedrich Merz?

Scholz: Wenn Sie das sagen.

SPiegel: Kevin Kühnert hatte einen großen Anteil an Ihrer Niederlage. Wundern Sie sich manchmal, wenn er Sie jetzt überschwänglich lobt?

Scholz: Nein. Ich habe einen guten Draht zu Kevin Kühnert, er ist ein talentierter junger Politiker. In den Achtzigerjahren war ich lange stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Damals hat man uns Jusos kaum wahrgenommen, kaum jemand kannte die Vorsitzenden. Ich bin froh, dass das heute anders ist.

Auch wenn sich die Jusos mal an mir reiben.

SPiegel: Mit welchem Programm wollen Sie Kanzler werden?

Scholz: Wir stehen am Beginn einer neuen Ära. Drei Elemente finde ich wichtig: Das Thema Respekt in unserer Gesellschaft, ein Zukunftsprogramm für die Zwanzigerjahre sowie ein starkes Europa, auf das wir angewiesen sind, um uns in einer Welt von bald zehn Milliarden Einwohnern zu behaupten. Und es kommt noch etwas hinzu: Zum ers-

Vizekanzlerbonus

Anteil der Bundesbürger, die den designierten Kanzlerkandidaten der SPD Olaf Scholz für das Amt des Bundeskanzlers »gut geeignet« finden

Forsa-Umfrage für die RTL-Mediengruppe, 1001 Befragte am 11. August



ten Mal seit 1949 kandidiert eine Amtsinhaberin nicht erneut für das Kanzleramt. Für die SPD liegt darin eine besondere Chance.

SPIEGEL: Welche politischen Schlüsse ziehen Sie aus der Coronakrise?

Scholz: Im Laufe des kommenden Jahres werden wir hoffentlich Corona in Deutschland überwinden. Gesundheitlich, aber auch ökonomisch. Ende 2021, Anfang 2022 sollten wir wieder eine Wirtschaftsleistung erreichen wie vor der Krise. Für die Frage, wie es dann weitergeht, werden in der nächsten Legislaturperiode die Weichen gestellt. Sorgen wir dafür, dass ein leistungsfähiger Staat uns weiter gut durch die Krise bringt? Oder soll bei Investitionen, Bildung, Forschung und Sozialstaat gespart werden? Ich finde, jetzt gilt mehr denn je, dass starke Schultern mehr tragen können, ich bin daher gegen Steuersenkungen für Spitzenverdiener und Vermögende.

SPIEGEL: Was ist die übergeordnete Botschaft, die Sie mit Ihrer Kandidatur verknüpfen?

Scholz: Respekt ist mein zentraler Begriff. Daran hapert es in unserer Gesellschaft. Ich bin für eine durchlässige Gesellschaft. Und freue mich, dass heute viele studieren. Aber es gibt Leute, die während ihres ganzen beruflichen Lebens in einem Warenlager gearbeitet haben, zurückblicken und sagen: Ich hatte ein gelungenes Leben. Wer ihnen das jedoch abspricht, findet nie den richtigen Zugang zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich möchte nicht, dass jemand, der sich entscheidet, eine handwerkliche Ausbildung zu machen, jeden Tag im Fernsehen, im Radio, in den sozialen Medien, in den Printmedien zu hören kriegt, er habe etwas falsch gemacht, weil er nicht studiert hat. Das treibt unsere Gesellschaft auseinander. Wir brauchen eine Respektgesellschaft.

SPIEGEL: Respekt ist sicherlich eine gute Sache. Aber viele Bürger erwarten auch von der SPD, dass sie ihre Lebensverhältnisse konkret verändert.

Scholz: Respekt vor der Leistung des anderen hat was mit ordentlichen Löhnen zu tun. Wir können nicht samstags den Corona-Helden applaudieren, Pflegekräfte aber mit miserablen Löhnen abpeisen. Wer bei der nächsten Bundestagswahl sein Kreuz bei der SPD macht, kann sich sicher sein, dass sich da etwas ändert. Ich möchte in einer besseren Welt leben. In einer Welt, in der besser bezahlt wird, in der Pflege, im Einzelhandel, in der Gastronomie. Mich ärgert auch, mit welcher Nonchalance viele über die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie hinweggesehen haben. Das sagt viel aus über unser Land.

SPIEGEL: Der Wahlkampf von Peer Steinbrück ist 2013 auch daran gescheitert, dass Kandidat und Wahlprogramm nicht zusammenpassten. Droht diese Gefahr wieder?



SPD-Politiker Walter-Borjans, Scholz, Esken: »Eine gewisse politische Bandbreite«

Scholz: Das glaube ich nicht, in der Parteiführung arbeiten wir eng zusammen. Was wir zusammen erreicht haben, ist enorm. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags konzentriert sich auf die 90 Prozent derer, die Entlastung brauchen. Aber nicht auch auf diejenigen, die ein paar Hunderttausend Euro im Jahr verdienen. Unser Problem ist es mitunter, dass wir an Klischees gemessen werden, die andere von uns verbreiten, und nicht daran, wie wir wirklich sind. Als Sozialdemokraten müssen wir es schaffen, der Falle des Klischees zu entkommen.

»Ich empfehle den bleichgesichtigen Strategen, die Demokratie höher zu schätzen.«

SPIEGEL: Ein Klischee verdient man sich doch oft selbst.

Scholz: Da ist was dran. Umso größer ist die Aufgabe.

SPIEGEL: Studieren Sie eigentlich den misslungenen Wahlkampf Ihres Vorgängers Martin Schulz, um zu wissen, wie man es nicht machen sollte?

Scholz: Ich war ja damals dabei, insofern weiß ich, wie eine solche Kampagne laufen kann. Wir haben aus Fehlern gelernt. Mein Eindruck ist: Die SPD ist jetzt auf dem richtigen Weg.

SPIEGEL: Aber ausgerechnet jetzt haben Sie eine Affäre am Hals: Wird nicht das Wirecard-Desaster Ihre Kandidatur bis zum letzten Tag überschatten?

Scholz: Wer den harten Ritt antritt, den ich eingangs erwähnt habe, sollte sich da-

rüber klar sein, dass in dieser langen Zeit viele Dinge geschehen können, die man nicht vorhersehen kann, zum Beispiel, wenn wie hier in einem Unternehmen im großen Stil Bilanzen manipuliert wurden. Niemand konnte sich vorstellen, dass Wirtschaftsprüfer, die in unserem System die Aufgabe haben, als Erstes die Bilanzen zu prüfen, trotz hoher Honorare und unglaublich vielen Mitarbeitern und in Kenntnis der Presseberichterstattung solche Manipulationen nicht entdecken. Ich habe von Beginn an sehr transparent agiert und bereits einen umfassenden Aktionsplan vorgelegt, damit bald die nötigen Konsequenzen aus diesem Fall gezogen werden.

SPIEGEL: Ein netter Versuch, das auf Wirtschaftsminister Altmaier abzuwälzen, in dessen Bereich Wirtschaftsprüfer fallen. Aber Sie haben die Zuständigkeit für die Finanzaufsicht BaFin. Warum haben Sie nicht früher reagiert?

Scholz: Die dafür zuständige Finanzaufsicht BaFin hat früh reagiert. Die Presseberichte, die Anfang 2019 über Wirecard erschienen sind, haben dazu geführt, dass wenige Tage später die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung beauftragt worden ist, die Halbjahresbilanz 2018 des Unternehmens zu prüfen. Genau das sieht unser Gesetz in einem solchen Fall vor. Heute wissen wir, dass das nicht reicht und das Gesetz zur Bilanzkontrolle geändert werden muss. Der BaFin war es auch nicht möglich, eine große Sonderprüfung zu veranlassen, wie sie dann der Aufsichtsrat von Wirecard auf den öffentlichen Druck hin im Oktober 2019 veranlasst hat. Deshalb schlage ich vor, im Rahmen einer Reform der BaFin jederzeit Sonderprüfungen in großem Umfang zu ermöglichen.



Kay Nietfeld / DPA

Sozialdemokrat Kühnert: »Auch wenn sich die Jusos mal an mir reiben«

SPIEGEL: Blicken wir nach vorn: Ihre einzige Machtoption dürfte ein Bündnis mit Grünen und Linkspartei sein. Wie können wir uns eine rot-rot-grüne Regierung mit Ihnen als Kanzler vorstellen?

Scholz: Ich empfehle den bleichgesichtigen Strategen in den abgedunkelten Hinterzimmern, die Demokratie höher zu schätzen. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, wer nach der Wahl welche Regierungsoptionen hat. Ich werbe für ein starkes Mandat für die SPD. Dann können wir sehen, wer zu uns passt und wer nicht.

SPIEGEL: Hat sich die SPD mit der Aussage, beim nächsten Mal andere Mehrheiten zu wollen, nicht schon sehr festgelegt, gegen eine Große Koalition?

Scholz: Ich leide nicht unter Ausschließerritis. Einige versuchen, uns dahin zu treiben – Anwesende natürlich ausgenommen. Wahlen in Deutschland sind nicht dazu da, nur die wechselnden Koalitionspartner der Union festzulegen. Die Union sollte sich nach vielen Regierungsjahren auch mal wieder auf der Oppositionsbank regenerieren. Im Übrigen ist die Macht der Bürgerinnen und Bürger bei der nächsten Bundestagswahl so groß wie noch nie.

SPIEGEL: Das müssen Sie erklären.

Scholz: Die Zahl der Parteien, die dem nächsten Deutschen Bundestag angehören werden, wird eher hoch sein. Die Regierungsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben, werden von den Bürgerinnen und Bürgern in der Wahl bestimmt. Und natürlich passt das manchem nicht, der lieber Stratego spielt.

SPIEGEL: Was muss die Linkspartei tun, damit sie für Sie als Koalitionspartner infrage kommt?

Scholz: Ich bin dafür, ein bisschen demütiger zu werden. Wir bestimmen weder über Wählerinnen und Wähler noch über die Entscheidungen anderer Parteien.

SPIEGEL: Aber Bedingungen können Sie doch stellen. Zum Beispiel keine Begeisterung für das linksautoritäre Regime in Venezuela, wie sie von einigen Politikern der Linken gepflegt wird.

Scholz: Wer regieren will, muss auch regierungsfähig sein. Gestatten Sie mir aber, mich erst mal auf meine Partei zu konzentrieren. Ich möchte, dass die SPD mit einem starken Mandat regiert. Ich zerbreche mir nicht den Kopf der anderen Parteien. Die sind für das, was sie beschließen, selbst verantwortlich. Wenn ich eines noch loswerden darf: Mich nervt etwas in den gegenwärtigen Debatten. Nach der Bundestagswahl 2017 hat die SPD verstanden, dass das Ergebnis ein Signal der Bürgerinnen und Bürger war, dass nun andere die Regierung bilden sollten. Aber CDU/CSU haben so verhandelt, dass die FDP vor der Verantwortung davongelaufen ist. Wir haben uns dann doch zur abermaligen Koali-



Andreas Chudowski / DER SPIEGEL

Scholz, SPIEGEL-Redakteure*
»Naseweis Vorschläge machen«

tion mit der Union bereit erklärt. Dass uns Politiker von FDP und Union nun naseweis Vorschläge machen, was wir zu tun und zu lassen haben, finde ich ... bemerkenswert.

SPIEGEL: Jede Entscheidung, die Sie als Finanzminister künftig treffen, wird vor der Folie des Wahlkampfes gesehen. Wie wollen Sie damit umgehen?

Scholz: Der Wahlkampf beginnt erst im kommenden Jahr. Und auch dann wird bis zuletzt regiert. Die Bundeskanzlerin ist bei mehreren Wahlen angetreten und hat keine Probleme damit gehabt, gleichzeitig Bundeskanzlerin und Kanzlerkandidatin der Union zu sein. Ich habe keine Probleme damit, Vizekanzler und Kanzlerkandidat der SPD zu sein.

SPIEGEL: Für die Bevölkerung dürfte das aber seltsam werden. Die Welt und Deutschland befinden sich mitten im Kampf gegen Corona, aber parallel läuft der Bundestagswahlkampf.

Scholz: Erst einmal finde ich es gut, dass die Bürgerinnen und Bürger jetzt wissen, woran sie bei uns sind. Ansonsten ist es an uns, das Richtige zu tun. Wir regieren jetzt, wir bewältigen die Coronakrise. Wir tun das kooperativ. Ohne uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wäre das eine andere Krisenbekämpfung geworden, und deshalb sind wir sehr froh, dass wir regieren. Für den Herbst des nächsten Jahres sind Wahlen vorgesehen, und darauf bereiten wir uns vor.

SPIEGEL: In der Wirtschaft fürchten jetzt viele massenhafte Insolvenzen und Entlassungen in diesem Herbst. Was wollen Sie dagegen tun?

Scholz: Wir haben sehr umfangreiche Programme auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Die Finanzhilfen stehen zur Verfügung. Wenn sie nicht ausreichen sollten, werden wir sie ausweiten. Wir können das stemmen. Ansonsten gilt es, genau hinzuschauen, wie wir alle gemeinsam durch die Krise kommen, ohne dass allzu viele Arbeitsplätze verloren gehen. Und daran arbeiten wir Tag für Tag. Corona ist eine große Herausforderung, nicht nur für unser Land. Bislang ist Deutschland gut durch Krise gekommen. Das zeigt sich auch im internationalen Vergleich.

SPIEGEL: Genossen, die Sie gut kennen, sagen, Sie seien im kleinen Kreis nicht so spröde, wie Sie in der Öffentlichkeit wirken, sondern kämpferisch, leidenschaftlich. Werden wir davon künftig mehr sehen, oder stimmt das gar nicht?

Scholz: Ach, das sind so Fragen. Ich bin ein leidenschaftlicher Sozialdemokrat und glaube, dass es unserem Land guttun würde, wenn es mal wieder von einem SPD-Kanzler regiert wird.

SPIEGEL: Herr Scholz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Christian Teevs, Lydia Rosenfelder und Dirk Kurbjuweit im Bundesfinanzministerium in Berlin.

Eine Frage der Würde

Pflege Das Kontaktverbot in Heimen hat Bewohner und Angehörige verstört. Wie kann man die Alten künftig schützen, ohne sie abzuschotten? *Von Cornelia Schmergal*

Vielleicht hat alles damit zu tun, dass Edelgard Wünsch schon Schlimmeres erlebt hat. Da war die Berliner Bombennacht im Jahr 1945, in der sie mit ihren Eltern im Keller ihres Hauses verschüttet wurde. Die Zeit nach dem Krieg, als ihre Mutter an Typhus erkrankte. Oder der Tuberkulosepatient, den sie als Krankenschwester Blut husten sah.

Vor dem Coronavirus jedenfalls sei ihre Furcht überschaubar, sagt die 89-Jährige. Angst hat sie nur davor, dass der Ausnahmestand zurückkehren könnte – und mit ihm ihre Verzweiflung darüber, auf jede Berührung verzichten zu müssen.

An diesem Julitag gönnt Wünsch sich etwas, was streng genommen noch immer nicht legal ist – zumindest dann nicht, wenn man in einem bayerischen Pflegeheim lebt: Sie hält die Hand ihrer Nichte. Sich zu umarmen, über die Wange der anderen zu streichen ist für sie eine Form der Kommunikation, genauso wichtig wie das Sprechen.

»Wir beide sind Berührerinnen«, sagt Wünsch Nichte Petra Hitzgiger, die neben ihr auf dem Pflegebett sitzt. »Das war schon immer so.«

Als Petra ein Kind war, lebte sie im gleichen Haus wie ihre Tante Edelgard. Zu Muttertag kaufte Petra zwei Geschenke, eines davon für ihre Tante. Hitzgiger nennt Edelgard Wünsch »meine zweite Mama«, die alte Dame nennt ihre Nichte »meinen wichtigsten Kontakt in die Außenwelt«. Seit sie im Heim wohnt, lebt sie auf die Besuche ihrer Nichte und die gemeinsamen Ausflüge ins Grüne hin.

Dann kamen das Virus und die Corona-Schutzmaßnahmen, es kam der 13. März, an dem Bayerns Ministerpräsident Markus Söder erklärte, er müsse die Älteren schützen. Es war der Tag, an dem das Luise-Kiesselbach-Haus in München-Riem seine Türen für alle Besucher von außen sperrte. Und damit für Petra Hitzgiger.

Was blieb, war ein Beutel mit Zeitschriften, Joghurt und Streichwurst, den die Nichte einmal in der Woche zum Haupteingang des Heims bringen durfte. Das Bündel musste sie im Windfang gleich hinter der ersten Glastür absetzen.

Hinter der zweiten stand ihre Tante und hoffte, dass sich die Tür nur sehr langsam wieder schließen möge.

Das Virus

Wenn das Coronavirus in ein Pflegeheim eindringt, wütet es grausam. Je älter ein Mensch, desto höher sein Risiko, nach einer Infektion zu sterben. Nach Angaben des Robert Koch-Instituts (RKI) sind 85 Prozent aller Covid-19-Opfer in Deutschland 70 Jahre oder älter. Wenn RKI-Präsident Lothar Wieler über neue »Infektionscluster« spricht, dann sind häufig Ausbrüche in Heimen gemeint.

In einer Einrichtung in Wolfsburg starben mehr als 40 Bewohner mit Covid-19. Ein Haus in Würzburg zählte 25 Opfer. Im Luise-Kiesselbach-Haus in München, in dem Edelgard Wünsch lebt, waren es 8. Es ist der Albtraum jedes Heimleiters, das Virus könne sich unter Menschen ausbreiten, die sich seiner Obhut anvertrauen.

Um das Leben der Pflegebedürftigen zu schützen, entschlossen sich die Bundesländer im März zu einem radikalen Schritt: Fast alle verboten Besuche in Heimen und verwehrten Bewohnern den Ausgang. Es handelte sich um den schärfsten Eingriff in die Freiheitsrechte, den der Staat seinen Bürgern während der Pandemie zumutete.

Allerdings rührt der rigide Umgang mit den Ältesten auch an eine ethische Frage: Wie sehr darf der Staat ein Leben einschränken, um es zu bewahren? Und was bleibt von der Würde des Menschen, wenn der Schutz des Lebens automatisch über allem anderen steht?

Fragt man Karl-Josef Laumann, welche Entscheidung ihm in der Coronakrise am schwersten gefallen sei, dann antwortet

der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister: »Das Besuchsverbot für Pflegeheime.« Der CDU-Politiker klingt selbst angefasst, wenn er über die Lage in den Heimen spricht. »Viele Menschen verbringen dort die letzten Monate ihres Lebens«, sagt er. »Und in dieser Zeit sollten sie gewiss nicht allein sein.«

Er bekomme jeden Tag Hunderte Briefe zu diesem Thema, erzählt Laumann, er liest darin Sätze wie: »Meine Mama ist apathisch geworden.« Noch immer sei das so, dabei sollten die strengen Vorschriften längst gelockert sein. Seit Mai sind Besuche im ganzen Bundesgebiet unter strengen Auflagen wieder möglich. Allerdings legen die Landesgesundheitsministerien den Spielraum höchst unterschiedlich aus. Während der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, noch mahnt, dass es Einrichtungen gebe, die sich bei den Lockerungen »sehr zögerlich verhalten«, fürchtet das Land bereits die Rückkehr des großen Stillstands. Und am meisten ängstigen sich Heimbewohnerinnen wie Edelgard Wünsch.

Vielleicht muss man die Sache so nüchtern auf den Punkt bringen wie der Theologe Peter Dabrock, der bis Ende April Vorsitzender des Ethikrats war: »Was nützt es, wenn Menschen überleben, aber den sozialen Tod gestorben sind?«

Die Einsamkeit

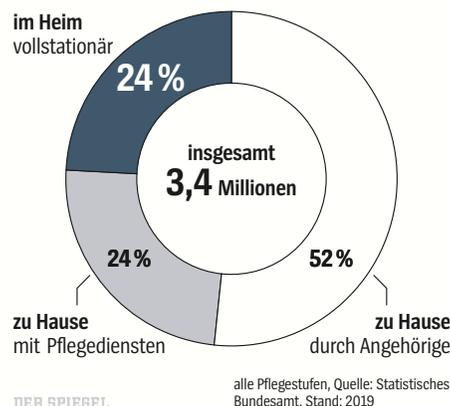
Anfangs nahm Edelgard Wünsch die Trennung mit Humor. Sie winkte hinter der Glastür, vor der ihre Nichte die Lebensmittel abstellte. Und sie frotzelte, dass es mit all den Angehörigen und ihren Geschenkkörben vor dem Heimeingang so voll sei »wie in München am Stachus«.

Neben ihr rollte sich die Hauskatze auf ihrem Stuhl neben der Tür zusammen und schnurrte. Die Katze konnte kommen und gehen, wann sie wollte. Die alte Dame durfte das Haus nicht verlassen. Sie habe sich nach einer Weile gefühlt »wie im Knast«, sagt sie.

Verboten waren: Besuche der Nichte, Ausflüge ins Grüne, Treffen mit Freundinnen. Es gab Tage, da wollte Edelgard Wünsch nicht telefonieren, weil es ihr lieber war, gar nicht zu sprechen, als weinen zu müssen. »Ich war am Rande der Depression«, sagt sie. »Dagegen hilft auch kein Fernseher was.«

Betreutes Leben

Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland





Heimbewohnerin Wunsch: Gefühl »wie im Knast«

Das Mittagessen nahm sie nicht in der Wohnküche, sondern auf ihrem Zimmer ein. Das Schlagersingen, die Gymnastik, die Malkurse, alles, was mit dem Wort »gemeinsam« beginnt – abgesagt. Die Leere, die blieb, ließ sich nicht füllen, weil man sich im Heim nie so ganz zu Hause fühlt. Zu Hause, das ist hier kein Ort mehr, sondern ein Moment: immer dann, wenn die Liebsten zu Besuch kommen.

Die Verzweigung erreichte auch die andere Seite des Zauns. Es gab Söhne, die

über die Absperrung vor dem Heim kletterten, und Ehemänner, die heimlich in die Flure schlichen. Andere Heime stellten Wachdienste ein.

Und dann kam der Tag der ersten Lockerung, an dem die Pflegekräfte im Café Tische zusammensoben und Plexiglas-scheiben in die Mitte stellten. Für 45 Minuten war Besuch in der Halle erlaubt. Doch Edelgard Wunsch verbrachte den Tag auf dem Zimmer. »Da war so ein Geschrei, man verstand kein Wort«, erzählt

sie. »Da können wir auch telefonieren, das bringt uns beiden mehr«, sagt ihre Nichte.

Seit Juli darf Petra Hitzginger ihre Tante wieder auf ihrem Zimmer besuchen – mit Mundschutz, aber ohne Trennscheibe. Sie reden jetzt viel darüber, was wäre, wenn das Virus mit Wucht zurückkommt.

Wenn sie die Wahl hätte, wie würde Edelgard Wunsch sich entscheiden? Für die sichere Isolation? Oder die Chance, die Hand ihrer Nichte zu halten?

»Ich würde dich treffen wollen, ich kann das Risiko tragen«, sagt die 89-Jährige.

»Aber ich würde dich nicht besuchen«, antwortet ihre Nichte. »Ich hätte viel zu große Angst, dich anzustecken.«

Das Dilemma

Drei Stockwerke tiefer blüht vor einem weit geöffneten Fenster der Lavendel. Die Pandemie scheint an diesem Julitag weit weg. Aber sie prägt den Alltag im Luise-Kiesselbach-Haus noch immer.

In seinem Büro im Erdgeschoss blättert Heimleiter Stefan Linke durch die dicken Ordner, auf denen in Fettdruck »Corona« steht. Hier sammelt er alle Vorschriften, die ein Verantwortlicher im Sommer des Pandemie-Jahres 2020 zu beachten hat – von den Schreiben der Heimaufsicht bis zu den Anweisungen der Bayerischen Staatsregierung.

»Es ist noch immer anstrengend«, sagt er. »Wir verbringen sehr viel Zeit damit herauszufinden, wie wir die Regelungen am besten umsetzen.«

Das Problem beginnt schon damit, dass Linke alle 120 Mitarbeiter vom Hausmeister bis zur Küchenhilfe sofort über neue Vorschriften informieren muss – auch die große Mehrheit, deren Muttersprache nicht deutsch ist. Und dann wären da die Angehörigen, die fragen, ob es nicht doch irgendwo eine Ausnahme von den strengen Regelungen gebe.

Fast in jeder Woche komme es beispielsweise vor, erzählt Linke, dass hochaltrige Heimbewohner in die Klinik eingeliefert werden. Kehren sie zurück ins Luise-Kiesselbach-Haus, sehen die Vorschriften jetzt »protektive Pflege- und Betreuungsmaßnahmen« vor. Linke muss entscheiden, ob er die Senioren in Quarantäne schickt, um auszuschließen, dass sie andere Bewohner anstecken. Er könnte es sich mit einer Isolation aller Rückkehrer leicht machen.

Aber wie soll er eine Quarantäne durchsetzen, wenn mehr als die Hälfte der Bewohner dement ist? Wie erklärt man den dementen »Läufern«, die es regelmäßig aus dem Heim treibt, dass sie ihr Zimmer nicht verlassen dürfen? Und wie soll man einen Bettlägerigen »vereinzeln«, der nur dann lächelt, wenn man ihn streichelt?

Es ist ein Dilemma, dem kein Heimleiter entkommt: Je strikter er seine Be-

wohner schützen will, desto mehr muss er ihren Alltag einschränken. Und je mehr Interpretationsmöglichkeiten die Vorgaben lassen, desto mehr hängt nun an Linke.

»Das Heim in der Akutphase zu schließen war vergleichsweise einfach«, sagt er. »Es wieder sukzessive zu öffnen ist wesentlich schwerer.«

Dabei hatte Corona das Heim wie ein Schock getroffen. Linke – ausgebildeter Krankenpfleger, studierter Betriebswirt mit hochgekrempelten Hemdsärmeln – schottete das Haus mit seinen 152 Bewohnern Mitte März von einem Tag auf den anderen ab. Er war damit schneller als viele Landesminister.

Es habe damals keine andere Möglichkeit gegeben, um die Pflegebedürftigen zu schützen, erzählt Linke, weil in Bayern die Infektionszahlen stiegen. Trotzdem fand das Virus einige Tage später seinen Weg in das Haus. Eine über 90-Jährige hatte sich infiziert und erbrach sich in der Nacht. Auch die beiden Wachen, die ihre Wäsche wechselten, steckten sich an. Zehn Tage später starb die Frau. Am Ende waren 14 Pflegekräfte und 23 Senioren infiziert.

Linke erlebte Wochen im Ausnahmezustand. Er ließ Bewohner und Personal testen und richtete eine Quarantänestation ein. Er fahndete nach Schutzmasken und ließ Mitarbeiter schulen, wie man einen virensicheren Kittel anzieht. Nach allem, was man weiß, hat Linke vermutlich alles richtig gemacht.

Als er Anfang Mai endlich hoffen konnte, sein Haus habe das Schlimmste überstanden, verkündete Markus Söder, ein Heimbesuch müsse zu Muttertag wieder möglich sein.

Linke blieben fünf Tage für einen Plan und die Schutzwände auf den improvisierten Begegnungstischen im Erdgeschoss. »Niemand auf Ministerialebene hat sich offensichtlich Gedanken darüber gemacht, was ein Besuch hinter einer Plexiglaschleibe für Menschen bedeutet, die nicht hören oder sehen können oder intellektuell eingeschränkt sind«, sagt er.

Seit Anfang Juli dürfen die Besucher nun wieder auf die Zimmer der Bewohner – wenn sie eine Maske tragen. Und wieder hängt alles an Linke: »Wir können nicht jedes Zimmer kontrollieren, aber ich trage am Ende die Verantwortung.«

Der Prozess

Barbara Röttger sagt, dass sie nicht gern streitet. Und tatsächlich wirkt die 55-Jährige mit dem graumelierten Kurzhaarschnitt nicht wie ein Mensch, der die Eskalation sucht. »Mein Erkennungszeichen: weiße Bluse mit Schmetterlingen«, so kündigt sie sich vor dem ersten Treffen an. In Berlin ist sie vor Gericht gezogen, um bei ihrer Mutter im Heim sein zu dürfen.



Heimleiter Linke, MDK-Prüferin Metz: »Wir können nicht jedes Zimmer kontrollieren«



In Wirklichkeit heißt Barbara Röttger anders. Sie hat darum gebeten, ihren richtigen Namen nicht zu nennen, denn sie fürchtet den Ärger des Pflegestifts. Ihre Mutter lebt dort noch immer, und das Verhältnis zum Personal ist nicht besser geworden, seit Röttger sich wehrt.

Ihre Mutter ist dement. Es kommt häufig vor, dass die Seniorin das Haus verlässt und verschwindet. »Vielleicht will sie zu ihren Eltern nach Spandau«, sagt Röttger. Die aber sind seit 30 Jahren tot.

Die Tochter hat für diese Fälle eine pragmatische Lösung gefunden: Am Rollator brachte sie ein GPS-Gerät an, um die Seniorin jederzeit zu orten. Wann immer die alte Dame verloren ging, brachte die Tochter sie zurück. Als das Heim wie viele andere im März seine Türen schloss, war Röttger klar, dass ihre umtriebige Mutter die Enge nicht würde ertragen können. »Jetzt kann ich sie beerdigen«, dachte die Tochter an diesem Tag.

Dass die Mutter verzweifelt war, konnte Röttger hören. Es gab Tage, da fand sie auf ihrem Anrufbeantworter nach Feierabend 20 Nachrichten von ihr. Zwei Wochen lang ertrug Röttger die Trennung. Am 3. April beantragte sie eine einstweilige Verfügung, um ihre Mutter einmal am Tag für eine Stunde besuchen zu können. Es gehe um deren »seelische

Gesundheit«, hieß es in ihrem Schreiben an die Richter.

An Karfreitag durfte sie per Gerichtsbeschluss wieder zu ihrer Mutter – verhüllt mit Mundschutz, Handschuhen und Kittel. Beim Fiebermessen vor der Zimmertür redeten die Pflegekräfte auf sie ein, wie verantwortungslos sie sich verhalte, dass sie alle Bewohner gefährde. Auch die Heimleitung habe sich telefonisch gemeldet, berichtet Röttger. Es wäre das Beste, wenn sie einen anderen Pflegeplatz suche. Zwei Wochen später stritten Röttger und das Heim erneut vor Gericht. Seither kommunizieren sie nur noch schriftlich.

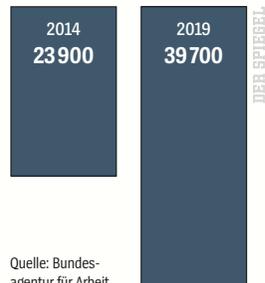
Dass der Besuch verwehrt wurde, führe an vielen Stellen zu »einem tiefen Zerwürfnis zwischen Heimträgern, Pflegekräften und Angehörigen«, sagt der Soziologe Reimer Gronemeyer von der Uni Gießen. Mit seinem Kollegen Oliver Schultz untersucht

er seit Wochen die Folgen der Corona-Schutzmaßnahmen. Das Besuchsverbot habe deutliche Konflikte hinterlassen, wie sich schon jetzt zeige.

Es ist so paradox wie grausam: Wollten Angehörige während des Lockdowns ihre Mutter oder ihren Vater im Heim wiedersehen, konnten sie nur vor Gericht ziehen – oder hoffen, dass ihre Eltern sterben. Für Bewohner, die mit dem Tod ringen, sind alle Kontaktbeschränkungen ausgesetzt.

Bedrohlicher Mangel

Offene Stellen in der Alten- und Krankenpflege



Die Kontrolle

Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) ist eine der wichtigsten Institutionen für Pflegebedürftige in den Bundesländern. Im Auftrag der Kasernen begutachtet er, wie viel Hilfe Senioren brauchen, und kontrolliert, ob sie in Heimen gut versorgt werden.

Janet Metz arbeitet seit zehn Jahren als Prüferin für den MDK. Wenn sie bei ihren Heimbesuchen die Bettdecken lupft, sieht sie Senioren, die sich wund gelegen haben, weil sie nicht häufig genug gewendet wurden, oder Bewohnerinnen, deren Haut sich unter den Brüsten entzündet hat, weil sie nicht richtig gewaschen wurden. Woran man nachlässige Pflege schnell erkennt? »An verschmutzten Zwischenräumen zwischen den Zehen«, sagt die Pflegeexpertin.

Mindestens einmal pro Jahr rücken Metz und ihre Kollegen vom MDK Berlin-Brandenburg in jedes Heim der Region aus, um die Qualität zu überwachen. Normalerweise, sollte man an dieser Stelle hinzufügen. Denn seit es Corona gibt, ist nichts mehr normal.

Schon im März hat Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verfügt, dass die turnusmäßigen Prüfungen bis Ende September ausgesetzt sind. Pflegekräfte sollen damit von Papierkram entlastet, Bewohner vor Ansteckungen bewahrt werden. Nur wenn Bewohner, Angehörige oder Pflegekräfte von sich aus Missstände melden, machen sich die staatliche Heimaufsicht oder die MDK-Prüfer jetzt auf den Weg.

Metz und ihre Kollegen mühen sich, das Beste daraus zu machen. Viele MDK-Mitarbeiter sind examinierte Pflegefachkräfte oder promovierte Ärzte – und freigestellt, um bei der Krisenbekämpfung zu helfen. Es gibt Mitarbeiter, die jetzt Abstriche für Gesundheitsämter nehmen. Und es gibt den Versuch, auf anderem Wege für Hilfe zu sorgen: durch eine telefonische Hotline für Heime, Angehörige oder Pflegedienste. Hier arbeitet jetzt auch Metz, die 41-Jährige hat die Hotline aus dem Homeoffice mit aufgebaut.

Am Telefon melden sich Pflegeauszubildende, die verzweifelt sind, weil ihre Vorgesetzten keine Masken bereitstellen, und Heimleiter, die sich fragen, ob es legal ist, die Fußpflegerin ins Haus zu lassen.

Allerdings hat der MDK jetzt eine andere Rolle. Bittet ein Heim wegen eines Corona-Ausbruchs um Hilfe, sendet der MDK keine nörgeligen Prüfer, sondern ein »Kriseninterventionsteam« in Schutz-ausrüstung. »Wir gehen jetzt mit einem anderen Auftrag in die Häuser«, sagt Metz. »Wir helfen im Notfall vor Ort, aber wir kontrollieren derzeit nicht.«

Doch wäre es nicht sinnvoll, gerade in Krisenzeiten ganz genau hinzuschauen? Der BIVA-Pflegeschatzbund sagt, es habe bereits vor Corona »gravierende Pflege-



Zaunschild in Kamp-Lintfort

TERRA X

SONNTAG, 16. 8., 19.30 - 20.15 UHR, ZDF

Abenteuer Freiheit – Unterwegs am Polarkreis

Einmal aus dem Alltag ausbrechen und auf vier Rädern das Leben in einer fernen Region erkunden: Für Ellen und Jonas wird dieser Traum wahr. Sie tauschen ihr Leben in Deutschland gegen eine Reise an den Polarkreis und wagen sich mit ihrem umgebauten Geländewagen in die Wildnis Nordeuropas. Das Paar fährt von Thüringen aus auf den Spuren der ersten Entdecker immer weiter in den Norden, bis ins finnische Lappland. Der Film begleitet ein junges Paar auf dem Abenteuer seines Lebens und nimmt die Zuschauer mit in die atemberaubende Landschaft des skandinavischen Nordens.

SPIEGEL GESCHICHTE

MONTAG, 17. 8., 20.15 - 21.05 UHR, SKY

Lügen, die Geschichte schrieben: Die Gier der Tabak-Industrie

»Nikotin macht nicht süchtig«, versicherten die größten Tabakkonzerne 1994 vor dem amerikanischen Kongress. Kurz darauf mussten sie erstmals rund 200 Milliarden Dollar an erkrankte Raucher zahlen. Und sie mussten ihre Archive öffnen. Nun erfuhr die ganze Welt, wie die Tabakkonzerne ihre Kunden jahrzehntelang über die Gefahren des Rauchens belogen hatten. Aus Profitgier spielten sie mit deren Leben.

SPIEGEL TV

MONTAG, 17. 8., 23.25 - 0.00 UHR, RTL

Die Schwaben-Verschwörer

Wer sind die Hintermänner der Hygiene-Demos?

Terror von rechts

Wenn der Nachbar Nazi ist

Aus Scheiße Gold machen

Die klimafreundlichen Tricks der schwarzen Soldatenfliege

SPIEGEL TV WISSEN

DIENSTAG, 18. 8., 21.50 - 0.50 UHR, SKY und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

Planet Plastik

Minütlich landet umgerechnet der Inhalt eines Müllwagens voller Plastik in den Weltmeeren. In der vierteiligen Serie gehen Anita Rani und Hugh Fearnley-Whittingstall nicht nur den Ursachen dafür auf den Grund, sondern wagen ein Experiment. Sie überzeugen die Anwohner einer Wohnstraße in Bristol, ihren gesamten Plastikmüll vor die Haustür zu stellen. Wird es den Protagonisten gelingen, die Menge an Plastik zu reduzieren?



Moderatoren Fearnley-Whittingstall, Rani



Pflegebedürftige Drews: »Niemand weiß, wie viel Zeit ihm noch bleibt«

mängel« gegeben. Es liege auf der Hand, dass die Lage sich verschlechtert habe »in einer Zeit akuter Not«, in der es wegen Corona gerade unter Fachkräften einen hohen Krankenstand gab.

Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass es bislang zu dieser Frage keine valide Untersuchung gibt. Und so fällt die Antwort von Prüferin Metz abwägend aus. »Wir wissen es schlicht nicht. Da müssen wir den Einrichtungen vertrauen.« Ihre Vermutung: »Vieles, was normalerweise nötig ist, wurde vielleicht nicht gemacht, weil alle Heime sich auf die Bekämpfung von Corona konzentriert haben.«

Der Verlust

Zurück im Luise-Kiesselbach-Haus. Erdgeschoss, Zimmer 042. Hinter dieser Tür lebt Ingeborg Drews. Die 86-Jährige hat ihr Zimmer für zwei Monate nicht verlassen. Und die Folgen spürt sie noch heute.

Als sich im Frühjahr das Coronavirus im Heim ausbreitete, entschied Heimleiter Linke, das Erdgeschoss in eine Quarantänestation umzufunktionieren. Allerdings konnte er die gesunden Bewohner nur höflich bitten, ihre Zimmer zu räumen. Zwingen konnte er sie nicht.

Drews widerstand. »Ich konnte mir nicht vorstellen, dass ein Infizierter in meinen Möbeln lebt. Mit meinen ganzen Unterlagen...«, sagt die promovierte Volkswirtin und

deutet auf die antike Kommode an der Wand. Die Vertraulichkeit ihrer Kontoauszüge ist ihr sehr wichtig. Früher einmal führte Drews ihre eigene Steuerberatungskanzlei.

In die umliegenden Räume zogen die Corona-Patienten ein, die Zwischentür wurde versperrt, und am 12. April schloss Drews zum letzten Mal für lange Zeit ihre Zimmertür hinter sich.

Auf ihrem Tischchen liegt griffbereit heute noch das, was sie in den Wochen der Isolation mit der Außenwelt verband: ein iPad und ein Handy. Den Mangel an persönlichen Kontakten hält sie rückblickend für verkräftbar. Den Abbau ihrer Muskelkraft nicht.

Drews ist seit zwei Jahren auf den Rollstuhl angewiesen. Doch in der Corona-Hektik gab es nicht die Hilfe, die sie braucht, um halbwegs mobil zu bleiben.

Die Pflegekräfte sah sie seltener, die Physiotherapie fiel aus, genau wie die Gymnastik in größerer Runde. »Ich bin damals unbeweglicher geworden«, sagt Drews. »Meine Beine wurden schwach.«

Gerade hat sie allein mit dem roten Ball trainiert, der vor ihr auf dem Boden liegt, auch eine Physiotherapeutin darf zweimal in der Woche wieder zu ihr kommen. Die Seniorin hat Hoffnung: »Es geht aufwärts.«

Drews sagt, sie habe Verständnis für die Schutzmaßnahmen. Jeder Politiker, jeder Verantwortliche, jedes Heim stecke

in einem echten Dilemma. Aber könnte sie nur für sich entscheiden, ganz allein, dann würde sie die Freiheit wählen: »Im Heim weiß doch niemand, wie viel Zeit ihm noch bleibt.«

Die zweite Welle

Kein Experte kann sagen, ob eine große zweite Welle bevorsteht oder das Land sich schlicht an immer neue Infektionsherde gewöhnen muss. Sicher ist nur, dass die Pandemie das Leben in den Heimen noch lange prägen wird. Es wäre an der Zeit, dafür kluge Ideen zu sammeln.

Vieles beginnt im Kleinen. So sagt Heimleiter Linke, in Heimen müsse noch mehr getestet werden, mehr als einmal übrigens, und es wäre schon viel gewonnen, wenn es künftig genug Schutzausrüstung und hochwertige Masken für die Einrichtungen gäbe. MDK-Prüferin Metz schlägt vor, die Heime sollten schon jetzt »ein echtes Besuchsmanagement etablieren«, jedenfalls gehe es nicht an, »Besuche bei Oma oder Opa« von einem Tag auf den anderen zu verwehren. Und der BIVA-Pflegeschatz fordert, dass Bewohner an jedem Tag an die frische Luft gebracht werden müssten und zumindest von einem Vertrauten Besuch erhalten dürfen.

Solche Mindeststandards für Pflegeheime muss man nach dem ersten Lockdown tatsächlich formulieren.

Ethikexperte Dabrock schlägt vor, dass einige Häuser weiter so streng wie bisher verfahren könnten und andere im Gegenzug vielleicht das Zusammensein mit Angehörigen ermöglichen, »wenn die Bewohner mit ihrer Unterschrift zusichern, dass sie sich der Risiken bewusst sind« – und auch die Pflegekräfte geschützt werden. Für Dabrock ist die Partizipation entscheidend. Die Pflegebedürftigen müssten demnach künftig selbst gefragt werden, wenn das möglich ist.

Auch Andreas Westerfellhaus, der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, sagt, es sei wichtig, dass Entscheidungen in Zukunft nicht mehr über den Kopf der Senioren hinweg getroffen würden. »Ohne Einbeziehung ihrer Bewohnervertretung verletzt jedes noch so gut gemeinte Konzept die Würde und Selbstbestimmung der Pflegebedürftigen.«

Es wird nie einfach sein, einen Ausgleich zwischen dem Schutz des Lebens und seiner Würde zu finden, zwischen der Sicherheit einer vulnerablen Gemeinschaft und den Ansprüchen jedes Einzelnen.

Allerdings besteht in einem Punkt heute Einigkeit: dass es nicht noch einmal ein komplettes Kontaktverbot für Pflegebedürftige geben kann.

Mail: cornelia.schmergal@spiegel.de

3641
verstorbene
Covid-19-Erkrankte
in Pflegeheimen

oder anderen Einrichtungen
(wie etwa Obdachlosen-
unterkünften, Asylbewerber-
heimen oder Justiz-
vollzugsanstalten)

85%
der Verstorbenen
insgesamt waren
über 69 Jahre alt

Basis: 9201 gemeldete Fälle,
Stand: 11. August, Quelle: RKI

Vor dem Showdown

Bundestag Der Streit um ein neues Wahlrecht geht weiter – weder Union noch SPD wollen wegen der Reform Mandate verlieren.

Ralph Brinkhaus ist zwar Ostwestfale und gelernter Steuerberater, aber wenn es darauf ankommt, zockt er auch. So hat er es vom Außenseiter zum Unionsfraktionschef gebracht, so hat er vor der Sommerpause beim Wahlrecht seine Abgeordneten auf Kurs gezwungen. Doch mit dem Koalitionspartner SPD konnte man sich nicht einigen, und so setzt der CDU-Politiker auf einen Showdown.

»Das Thema ist uns ernst und sehr wichtig«, sagt Brinkhaus. »Und da es anders leider nicht ging, muss es dann im Koalitionsausschuss gelöst werden.«

Am 25. August sollen die Koalitionsspitzen ein Problem aus der Welt schaffen, das die Regierungspartner seit Jahren vor sich herschieben. Es ist die nächste, vielleicht letzte Eskalationsstufe im Streit um ein neues Wahlrecht. Gesucht wird eine Reform, die verhindert, dass der Bundestag weiterwächst, und die den Charakter des Wahlrechts nicht zu arg verändert.

In gut einem Jahr wird der Bundestag neu gewählt. Aktuell zählt das Parlament 709 Abgeordnete. Danach könnten es 800 oder mehr sein. Vorgesehen sind nur 598.

Schuld ist eine Eigenart des deutschen Wahlrechts, das zwei unterschiedliche

Wahlmodelle verbindet. Im Kern steht die Zweitstimme, die das Verhältnis der Parlamentssitze zwischen den Parteien festlegt. Dazu kommen aber Direktmandate, die mit der Erststimme gewählt werden.

Wenn Parteien mehr Direktmandate gewinnen, als ihnen nach Zweitstimmen Sitze zustehen, fallen Überhangmandate an. Damit das Verhältnis nicht verzerrt wird, bekommen die Parteien sogenannte Ausgleichsmandate, bis das Sitzverhältnis wieder stimmt. Deshalb wächst der Bundestag. Seit Jahren verhandeln die Parteien erfolglos über eine Reform.

Unstrittig ist, was man tun könnte: die Zahl der Wahlkreise verringern. Die Direktmandate mit Listenmandaten verrechnen. Einigen Wahlkreissiegern kein Mandat geben. Oder einige Überhangmandate nicht ausgleichen. Strittig ist, wie man die möglichen Maßnahmen kombiniert.

»Ein einfacher Kompromiss ist nicht erkennbar, eine Seite müsste wohl nachgeben.«

Die Kampflinie hat sich dabei verschoben. Lange sperrten sich CDU und CSU dagegen, die Wahlkreise zu verringern. »Wir wären aber bereit, dieses Zugeständnis zu bringen«, sagt die Abgeordnete und Vize-CDU-Chefin Silvia Breher. Hätte man das Modell der Union 2017 angewendet, heißt es aus der Fraktion, hätte der Bundestag heute 642 statt 709 Sitze.

Der Vorschlag sieht vor, 19 von 299 Wahlkreisen abzuschaffen. Zudem sei die Union bereit, »den sogenannten ersten Zuteilungsschritt zu modifizieren«, sagt

Justiziar Ansgar Heveling, also Listenmandate zu streichen, wenn es zu viele Direktmandate gibt. Zusätzlich möchte sie bis zu sieben Überhangmandate nicht mehr ausgleichen. Das würde die Sitzverteilung verzerren, wahrscheinlich zugunsten der Union. Die SPD ist strikt dagegen, ebenso wie alle Oppositionsparteien.

Die Sozialdemokraten möchten Listen- und Überhangmandate ebenfalls verrechnen. Damit endet die Einigkeit aber. Notfalls will die SPD Direktmandate streichen, um den Bundestag verlässlich bei 690 Sitzen zu deckeln. Nicht alle Kandidaten, die im Wahlkreis vorn lägen, kämen sicher ins Parlament. Das lehnt die Union ab.

Hier liegt der neue Hauptkonflikt: Entweder kommen nicht alle Erststimmensieger automatisch in den Bundestag, oder das Zweitstimmenergebnis wird verzerrt. Ein einfacher Kompromiss ist nicht erkennbar, eine Seite müsste wohl nachgeben – und danach sieht es bisher nicht aus.

Die Union argumentiert, sie habe bereits Zugeständnisse gemacht. Die SPD kritisiert, die Union habe noch nichts Schriftliches vorgelegt, und verweist auf ihren fertigen Gesetzentwurf. Darin fordert sie zusätzlich abwechselnd mit Männern und Frauen besetzte Landeslisten, was die Union ablehnt. Den Vorschlag der Union nennt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, »nicht mehr seriös umsetzbar«.

So drängt die Zeit, will man keinen noch größeren Bundestag riskieren. Doch die Verhandlungen gingen in der Sommerpause bislang kein Stück voran. Während Unionsfraktionschef Brinkhaus nun auf die Zuspitzung im Koalitionsausschuss setzt, hält man die Chancen, dort zu einer Einigung zu kommen, in der Führung der CSU-Landesgruppe für sehr gering. Man hofft auf einen Kompromiss vor dem Treffen.

Doch formale Gespräche sind bis zum 25. August nicht geplant. Stattdessen belauern sich beide Seiten. Am Ende läuft es wohl doch auf den Showdown zu. »Wir werden das Wahlrecht im Koalitionsausschuss beraten«, sagt Carsten Schneider.

Eine Einigung dort ist allerdings gerade noch etwas unwahrscheinlicher geworden. Als pragmatischer Vizekanzler wäre Olaf Scholz jemand, der an einer Einigung interessiert sein müsste. Als gerade gekürter SPD-Kanzlerkandidat hat er aber nur eine Machtopion für die kommende Wahl: eine knappe Mehrheit für Rot-Rot-Grün. Jedes nicht ausgeglichene Überhangmandat der Union könnte eine Kanzlerschaft Scholz' verhindern. Aus seiner Sicht wäre es dann vielleicht sogar besser, wenn sich gar nichts ändert.

Florian Gathmann, Jonas Schaible

Wachstumsmittel Überhangmandate

Wie der 19. Deutsche Bundestag zu seiner aktuellen Größe kam

Quelle: Bundestag





Schülerinnen mit Maske in Kiel: Zurück an Tafel und Pult

Der Klassen-Kampf

Bildung Normaler Schulbetrieb braucht Lehrer – von denen wollen sich aber viele wegen Vorerkrankungen freistellen lassen. Dürfen sie zum Unterricht gezwungen werden?

Die Kieler Bildungsministerin Karin Prien kennt das Gefühl, wenn ein politischer Sturm losbricht. Im März schlug die CDU-Frau vor, wegen Corona das Abitur abzusagen. Die Kollegen in den Ländern tobten. »Alleingänge in dieser wichtigen Frage« seien unvernünftig, schalt Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD).

Es dauerte genau einen Tag, bis Prien zurückruderte und ihre Pläne kassierte. Die Abschlussprüfungen in Schleswig-Holstein fanden statt.

Nun droht Prien das nächste Unwetter. Seit Kurzem liegt die Politikerin aus dem Norden mit ihren eigenen Leuten im Clinch. Hartherzig sei sie, schimpfen Lehrervertreter. »Härteste Schulministerin Deutschlands« nennt sie die »Bild«-Zeitung. Doch diesmal sieht es nicht danach aus, als wollte Prien klein begeben.

Auslöser des Ärgers ist eine Entscheidung, die Prien unlängst getroffen hat: Die Ministerin zwingt Lehrkräfte zurück in die Klassenräume, auch wenn sie zur Corona-Risikogruppe gehören. Knapp 2000 der 28 000 Pädagogen des Bundeslands legten in den vergangenen Wochen ärztliche Atteste vor und wollten sich von der Präsenzpflcht in Schulen befreien lassen. Doch nur in etwa hundert Fällen wurden ihre Anträge bewilligt. Lediglich jeder 20. Lehrer also, der wegen Corona Homeoffice machen wollte, darf das auch. Alle anderen müssen zurück an Tafel und Pult.

»Das Infektionsgeschehen ist bei uns immer noch extrem niedrig«, erklärt Prien ihre Entscheidung. Jeder Einzelfall werde geprüft. Wenn aber die Ansteckungsgefahr gering sei, »reicht auch ein Attest über eine Vorerkrankung allein nicht aus, um zu Hause zu bleiben«. Es sei für Schüler, El-

tern und die Gesellschaft wichtig, so viel Unterricht wie möglich in Klassenräumen anzubieten. »Wir brauchen die Lehrer an den Schulen.«

Es ist ein Streit, der längst nicht nur Schleswig-Holstein betrifft, wo die Sommerferien bereits vorbei sind. In den kommenden Wochen wird überall im Land die Schule wieder beginnen – und damit der viel beschworene Normalbetrieb, den die Kultusminister versprochen hatten. Der setzt voraus, dass möglichst viele Lehrer zur Arbeit kommen.

In der ersten Phase der Pandemie gaben sich die Kultusminister meist großzügig. Wer Vorerkrankungen hatte, besonders gefährdete Angehörige oder älter als 60 war, durfte ohne weitere Nachfragen zu Hause bleiben. In Schleswig-Holstein nutzten etwa zwölf Prozent der Lehrkräfte diese Möglichkeit. In Mecklen-

burg-Vorpommern betrug der Anteil sogar 34 Prozent.

Die Länder leiteten ihre Praxis aus den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts (RKI) für Risikogruppen ab. Weil Schule nur eingeschränkt stattfand, waren die Lücken in den Klassenräumen verkraftbar. In Zeiten des Normalbetriebs aber wären sie kaum zu kompensieren.

Inzwischen lautet die Einschätzung des RKI: Es sei schwierig, einen schweren Verlauf der Krankheit pauschal vorherzusagen. Eine »generelle Festlegung zur Einstufung in eine Risikogruppe« sei »nicht möglich«. Es brauche »eine individuelle Risikofaktoren-Bewertung, im Sinne einer (arbeits-)medizinischen Begutachtung«.

Die Länder führten daraufhin eine Attestpflicht für Lehrer ein. Was sie aber konkret bedeutet, hängt nicht nur von dem Einzelfall ab, sondern wegen des Föderalismus auch vom jeweiligen Bundesland. Auch ein halbes Jahr nach dem Covid-Schock des Frühjahrs haben die Bundesländer kein einheitliches Schutzkonzept für ihre Lehrer entwickelt, wie eine SPIEGEL-Umfrage ergab.

In Niedersachsen etwa muss der behandelnde Arzt ein Formular ausfüllen. Darin wird ein Katalog von sechs relevanten Erkrankungen aufgeführt, etwa von Lunge oder Herz-Kreislauf-System. Der Arzt bescheinigt dann, dass der Patient an »einer oder mehrerer« dieser Erkrankungen leidet und deshalb zur Corona-Risikogruppe zählt. Wer eine solche Bescheinigung hat, wird als Lehrer oder Lehrerin von der Präsenzpflicht befreit.

»Die Atteste werden nicht in Zweifel gezogen«, sagt ein Sprecher des Kultusministeriums in Hannover. Die genaue Diagnose erfrage der Dienstherr nicht. »Die Nennung von Vorerkrankungen zu fordern wäre unzulässig.« Auch Baden-Württemberg akzeptiert die Voten von Haus- oder Fachärzten.

Rheinland-Pfalz wiederum verlangt, dass zusätzliche Kriterien erfüllt sind. So müssen etwa an der Schule der betroffenen Lehrer bereits Corona-Fälle aufgetreten sein, wenn sie zu Hause bleiben wollen. Oder es muss ein Minimum an neuen Infektionen im Landkreis geben.

Andere Länder gehen noch weiter. Dort müssen Lehrkräfte, die vom Unterricht befreit werden wollen, zum Arbeitsmediziner. Das ist häufig ein externer Dienstleister, der vom Ministerium beauftragt wird. Er nimmt üblicherweise eine Gesamtschau vor: Wie ist die Infektionslage vor Ort? Wie ist das Hygienekonzept der Schule? Lässt sich auch ein Risikopatient im Klassenraum schützen?

»Aufgrund der aktuellen Infektionslage«, so eine Sprecherin des saarländischen Kultusministeriums im schönsten Behördendeutsch, »sind als vulnerabel an-

erkannte Lehrkräfte zum Dienst im Präsenzunterricht verpflichtet.« Übersetzt heißt das: Ein Attest vom Hausarzt allein nützt nichts. Und das hat Folgen. Vor den Ferien seien 13 Prozent der Lehrkräfte von der Präsenzpflicht befreit gewesen, so die Sprecherin aus Saarbrücken. Jetzt rechne man noch mit 1,4 Prozent.

Ähnlich ist die Lage in Mecklenburg-Vorpommern. Dort dürfen zu Beginn des Schuljahres, das in der Vorwoche begonnen hat, nur noch 191 Lehrer zu Hause arbeiten, das sind 1,5 Prozent. 450 Lehrkräfte hatten sich beim Betriebsarzt vorgestellt. Das Ergebnis: 53 von ihnen hätten kein erhöhtes Risiko und könnten unterrichten. In weiteren 206 Fällen sei es immerhin vertretbar, wenn sie Unterricht in Kleingruppen gäben.

Kritik an der rigiden Praxis kommt von den Gewerkschaften. »Mein Eindruck ist, dass die Zahl der Bewilligungen an die aktuellen politischen Anforderungen angepasst wird«, sagt Ilka Hoffmann, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). »Es kommt der Verdacht auf: Je weniger Lehrer zur Verfügung stehen, desto seltener werden Atteste anerkannt.«

Heinz-Peter Meidinger, Chef des Deutschen Lehrerverbands, warnt davor, dass bei Lehrern der Eindruck entstehe: »Gesundheitsschutz zählt nichts mehr. Es geht nur noch darum, alle in den Präsenzunterricht hineinzudrücken.«

Die Riege der politischen Hardliner führt immer noch Schleswig-Holstein an. Ministerin Prien sagt, ein Betriebsarzt sei für alle Landesbediensteten Pflicht, zum Beispiel auch bei Polizisten. »Es gibt keinen Grund, Lehrer zu bevorzugen.« In ihrem Haus heißt es, in manchen Regionen des Landes sei wochenlang kein Corona-Fall bekannt geworden. Eine Befreiung von der Präsenzpflicht wäre da nicht angemessen.

Heideloire Schütt hat für diese Position Verständnis. Dabei zählt die 62-Jährige, Lehrerin an der Gemeinschaftsschule im holsteinischen Lensahn, selbst zur Risikogruppe. Eine Fachärztin attestierte ihr Bluthochdruck und eine Bindegewebs-erkrankung der Lunge, die zu schwerer Kurzatmigkeit führt. »Ich arbeite voll durch«, sagt Schütt, seit 40 Jahren im Dienst. »Meine Schüler brauchen mich.« Die Corona-Zahlen in Ostholstein seien so gering, dass es an Hysterie grenze, sich wegen der Krankheit vom Präsenzunterricht befreien zu lassen. »Mir erscheint die Wahrscheinlichkeit, auf dem Kieler Rathausmarkt von einem Fahnenmast erschlagen zu werden, derzeit höher.« Anstelle von Prien wäre sie »noch strenger« gewesen.

Wie weit die Ministerin gehen darf, müssen nun wohl Juristen entscheiden. Eindeutig ist die Sache nicht. Beamtenrechtlerin Kristina Knauber sagt, generell müsse der Dienstherr Schaden von seinen Beamten fernhalten. »Ein gewisses Risiko aber ist zumutbar.« Es komme darauf an, ob die Schutzmaßnahmen für Lehrkräfte im Einzelfall ausreichend seien.

Die GEW in Kiel begleitet allein zehn Lehrer, die vor dem Verwaltungsgericht Schleswig gegen das Land klagen. Darunter sei eine Gemeinschaftsschullehrerin, 56 Jahre alt, die an der Lungenkrankheit COPD und einer Autoimmunerkrankung leide. Ein Grundschullehrer, 54, mit Bluthochdruck, Diabetes, mehreren Stents und schwerem Übergewicht. Und eine Förderschullehrerin, 46, mit allergischem Asthma und einer rechtsseitigen Stimmbandlähmung. Sie alle sollen in die Schule.

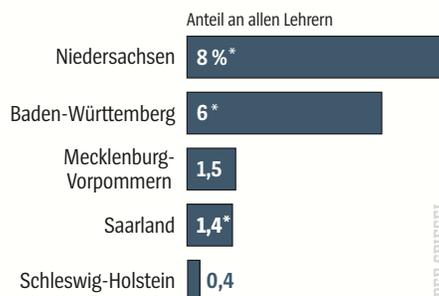
»Viele betroffene Kollegen sind empört über das rigide Vorgehen der Ministerin«, sagt Bernd Schauer, GEW-Landesgeschäftsführer. Er habe den Eindruck, die Anträge seiner Kollegen würden »pauschal abgebürstet«, eine genaue Prüfung finde gar nicht statt. »Das Land Schleswig-Holstein verletzt seine Fürsorgepflicht.«

In einem Fall hatte eine Klägerin vorläufig Erfolg: Das Verwaltungsgericht beschloss, die Lehrerin dürfe erst einmal zu Hause bleiben. Zumindest, bis über ihre Klage entschieden worden ist.

Silke Fokken, Annette Langer, Ansgar Siemens, Benita Stalman

Maximaler Abstand

Lehrkräfte, die wegen Corona-Risiken vom Präsenzunterricht an Schulen befreit werden



*zum neuen Schuljahr erwartet

Quelle: Kultusministerien der Länder



Carsten Rehder / picture alliance / dpa

Bildungsministerin Prien

»Es gibt keinen Grund, Lehrer zu bevorzugen«

Auf dem Trockenen

Umwelt Im dritten Dürresommer nacheinander sterben die Wälder und verdörren die Felder. Wird in Deutschland bald sogar das Trinkwasser knapp?

Simmern-Rheinböllen, Nieder-Beerbach, Merenberg: Wenn es solche Provinznester in die Nachrichten schaffen, ist Sommerloch. In diesem Jahr geht es aber nicht um entlaufene Kaimane oder umgefallene Blumenkübel. In den genannten Orten ist das Trinkwasser so knapp geworden, dass die Behörden strenge Regeln zum Sparen erlassen mussten.

Im niedersächsischen Lauenau waren die Wasserspeicher vor ein paar Tagen sogar komplett leer. Per Tankwagen sorgte die Feuerwehr dafür, dass wenigstens die Toiletten gespült werden konnten. Schuld an dem aktuellen Engpass war offensichtlich die Corona-Pandemie: Viele Einwohner machten Urlaub daheim, wässerten fleißig ihre Gärten und füllten ihre frisch erworbenen Swimmingpools.

Sind Lauenau und die anderen Orte nur Einzelfälle? Oder wird in Deutschland bald überall das Trinkwasser knapp? Zumindest kurzfristig wohl nicht.

»Auch bei lang anhaltenden Trockenperioden und großer Hitze drohen keine flächendeckenden Versorgungsengpässe«, versichert Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Mehr als 70 Prozent des Trinkwassers stammen aus tiefen Grundwasserquellen. Und laut Umweltbundesamt (UBA) verfehlten im Jahr 2016 von 1253 sogenannten Grundwasserkörpern nur 52 das Prädikat »guter mengenmäßiger Zustand«. »Bis auf Ausnahmen in einigen Regionen sind wir nach wie vor ein Land, in dem es keinen Wasserstress gibt«, sagt Corinna Baumgarten vom UBA in Dessau.

Die Frage ist aber, ob das auch in Zukunft so bleiben wird. Die trockenen Sommer der beiden vergangenen Jahre haben die Grundwasservorräte stark dezimiert. Das zeigen Berechnungen eines Teams um Eva Börgens vom Deutschen Geoforschungszentrum in Potsdam. Durch Messungen mithilfe von Satelliten haben die Wissenschaftler im vorigen Dürresommer ein Wassermassendefizit von 43,7 Milliarden Tonnen in Deutschland ermittelt.

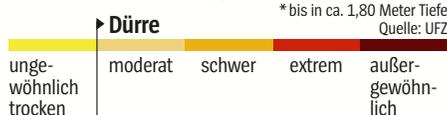
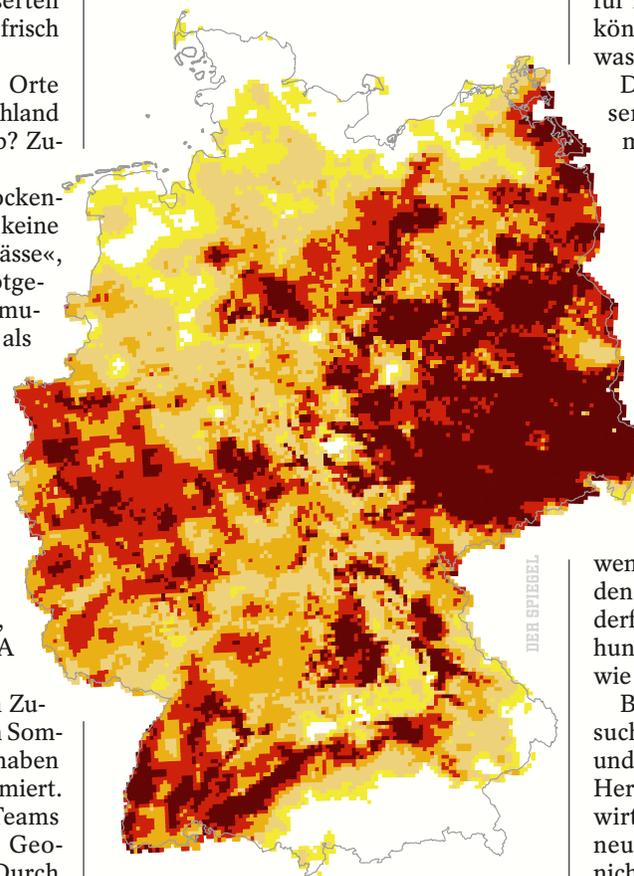
Stand Juni dieses Jahres fehlen immer noch 34,7 Milliarden Tonnen.

Denn um das entstandene Defizit auszugleichen, hätte es im Winter doppelt so viel regnen müssen wie normal – doch von solchen Rekordniederschlägen sind wir weit entfernt. Laut Deutschem Wetterdienst war der vergangene Winter deutlich nasser als sonst, aber das reichte nicht. Und wenn im Sommer Starkregen niederprasselt, kann der ausgedörrte Boden diesen oft nicht aufnehmen – die Wassermassen fließen einfach ab.

»Das Wasserdefizit im Boden wird von Jahr zu Jahr größer«, sagt Andreas Marx vom Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig. Der dort entwickelte Dürremonitor zeigt, wie alarmierend die Lage in Wahrheit jetzt schon ist: Vor allem im unteren Boden herrscht fast landesweit dramatischer Wassermangel. »Das Dürreproblem haben wir nicht nur in Hitzeperioden, wie wir sie aktuell erleben, sondern seit Mai 2018 dauerhaft«, so Marx.

Ausgedörrt

Bodentrockenheit Anfang August 2020*
im Vergleich zum langjährigen Erfahrungswert



Sorgen bereitet das insbesondere den Forstleuten. In den von Trockenheit gebeutelten Wäldern haben Schädlinge wie Borkenkäfer leichtes Spiel. Die Menge der irreparabel geschädigten Bäume hat sich binnen zwei Jahren fast verdreifacht. Mindestens 300 000 Hektar Wald in Deutschland gelten als zerstört. »Der Wald stirbt im Stillen. Er hat keine starke Lobby wie die Landwirtschaft«, sagt Marx.

Auch die Bauern beklagen die Folgen des Regenmangels. Je nach Region vermelden die Landwirte teils unterdurchschnittliche Ernten. Bernhard Krüsen, der Generalsekretär des Bauernverbands, fordert »den Aufbau einer Wasser- und Bewässerungsinfrastruktur für besonders von der Trockenheit betroffene Gebiete«.

Doch angesichts der knapper werdenden Ressourcen wird genau das nicht so leicht zu machen sein – und auch viel Geld kosten. »Beregnung ist teuer«, sagt Peter Kreins vom Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig. »Das muss sich für die Bauern erst einmal rechnen.« Wenn eine solche Infrastruktur steht, kann das indes zur Folge haben, dass der Wasserverbrauch rapide zunimmt. Die Thünen-Forscher haben das für Nordrhein-Westfalen simuliert. Dort könnte sich der Bedarf an Beregnungswasser bis 2080 fast verzweifachung.

Doch woher soll das zusätzliche Wasser für die Beregnungsanlagen kommen? Wird dann tatsächlich vielerorts das Trinkwasser knapp? Wenn das Wasser nicht für alle ausreicht, müsse die Trinkwasserversorgung Vorrang haben, fordert VKU-Hauptgeschäftsführer Liebing – zumal in Zeiten der globalen Erwärmung.

Zwar wird der Klimawandel nicht dazu führen, dass es in Deutschland generell weniger regnet. Aber nach den Vorhersagen dürfte sich die Verteilung der Niederschläge ändern: Starkregen im Winter, wenn die Bauern wenig davon haben, häufigere Dürreperioden im Sommer, wenn sie dringend Regen benötigen. Laut den Klimasimulationen könnten aufeinanderfolgende Dürresommer Ende des Jahrhunderts siebenmal so häufig auftreten wie bisher.

Beim »Nationalen Wasserdialog« versuchen das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt, sich bis zum Herbst mit Versorgungsbetrieben, Landwirten und Industrievertretern auf eine neue Strategie zu einigen. »Wir dürfen nicht plötzlich in eine Situation geraten, wo man entscheiden muss, wer Wasser bekommt und wer nicht«, warnt Expertin Baumgarten. Christoph Seidler



Straftaten in der neu eingeführten Kategorie »deutschfeindlich« motivierte Kriminalität, 2019

Beleidigung

35

Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

21

Körperverletzung*

18

Sachbeschädigung

12

Volksverhetzung

11

Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole

8

132 Fälle
insgesamt

8 nachträglich gestrichen

* inklusive gefährlicher Körperverletzung, Sonstige: 27; Quelle: Bundestagsdrucksache

DER SPIEGEL

»Fette Kartoffel«

Justiz Was sind eigentlich »deutschfeindliche« Straftaten? Die bisher 132 Fälle zeigen: Von Hitlergruß bis Wahlplakatklau ist alles dabei.

In einer Hamburger Kleingartenanlage ist ein Streit zwischen einer Frau und einem Mann entbrannt. Die Frau hat Migrationshintergrund, der Mann nicht. Die Frau soll ihr Gegenüber mit den Worten »Hurensohn«, »hässlicher alter Mann« und »fette Kartoffel« beleidigt haben. Der Sohn des Mannes hat womöglich den Hitlergruß gezeigt. Wer angefangen hat, ist nicht klar. Das Verfahren wird eingestellt.

Der Streit trug sich im Februar 2019 zu und ist Teil einer Statistik, die Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) im Mai 2020 vorgetragen hat und die umstritten ist. Es geht dabei um »deutschfeindliche« Straftaten, die der Definition nach gegen Deutschland oder Deutsche gerichtet sind. Seit dem 1. Januar 2019 registriert das Bundeskriminalamt sie als »politisch motivierte Kriminalität«, auf Anweisung von Seehofer. 132 mutmaßliche Delikte hat die Polizei im vergangenen Jahr gemeldet.

Was genau steckt dahinter? Der SPIEGEL hat sich in einer Umfrage bei lokalen Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Landeskriminalämtern Fälle schildern lassen. Auch die Linken-Bundestagsabgeordnete Martina Renner hatte zu dem Thema eine Kleine Anfrage ans Innenministerium gestellt. Die Antworten zeugen mitunter von Ratlosigkeit.

Die häufigste »deutschfeindliche« Straftat ist die Beleidigung. 35 Fälle wurden registriert. Oft war Alkohol im Spiel.

Betrunkenen, manche mit Migrationshintergrund, manche ohne, schmierten »Fuck Germany!« an die Wand, riefen »Du Nazi!«, »Hitler!«, »Deutschland ist scheiße!« oder »Stasischlampe!« Manchmal ging den Schimpfereien eine rassistische Beleidigung voraus oder die Aufforderung, Deutschland zu verlassen.

In einigen Fällen flogen zudem Bierflaschen. Die Beteiligten blieben unverseht oder wurden leicht verletzt.

Tatorte sind oft Kneipen, aber auch soziale Medien. Im Mai veröffentlichten Unbekannte ein Video im Internet, in dem eine Deutschlandfahne zerschnitten wird. Ein Unbekannter schickte einen Brief an die TU Dresden mit einem Nacktbild und dem Schriftzug »Ossis sind Arschlöcher«.

In Kempten hängte ein Unbekannter ein DIN-A4-Blatt an ein Haus, mit der Aussage: »Alle Deutschen sollen verpissen – weg von Deutschland. (Nur Ausländer sollen Deutschland bleiben). Kahba Merkel (Allahu Ekber)«. Kahba ist Arabisch und bedeutet Nutte. Das Verfahren wurde schließlich eingestellt.

Meist konnten die Behörden die Täter nicht ermitteln. Nur selten gab es überhaupt Anhaltspunkte für konkrete politische Motive. Anders war das am 9. Dezember in Magdeburg, wo Unbekannte ein Mehrfamilienhaus beschmierten: »Fuck the police« und »Deutschland du Hurensohn« – daneben prangte das Zeichen der Antifa.

Ein besonders skurriler Fall: Eine Frau in Pinneberg beleidigt ihre afghanischstämmige Nachbarin. Dies gilt als ausländischer- und als deutschfeindliche Straftat, weil die Geschädigte neben der afghanischen die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

Auch Autos sind vor »Deutschfeindlichkeit« nicht sicher. Im Februar 2019 ritzten Unbekannte die Aussage »Deutschland Bitch« in ein parkendes Auto im baden-württembergischen Weil am Rhein.

Im sächsischen Werdau hob ein Mann »in einem Einkaufsmarkt den rechten Arm zum »Hitlergruß« und rief lautstark »Sieg Heil!«. So heißt es in der Anzeige. Was daran »deutschfeindlich« sein soll, konnte die Polizei auf Nachfrage nicht erläutern. Klarer ist das bei Fällen, in denen Beamte als Nazis beleidigt werden, zum Beispiel durch den Hitlergruß.

Am 22. Mai 2019 soll ein türkischer Staatsangehöriger laut Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main vor einem Richter die Versklavung der Deutschen gefordert haben. Zudem habe er verlangt, die Kinder der mit ihm befassten Polizisten sollten vor deren Augen vergewaltigt werden.

Am 23. Juli soll ein Berliner Schüler seinem Schuldirektor diesen Reim vorgetra-

Die Bagger-Mafia

Kriminalität Baugeräteverleiher leiden unter kriminellen Banden. Selbst tonnenschwere Maschinen sind trotz Sicherung einfach weg. Helfen sollen Detektive, denn der Staat scheint machtlos.

gen haben: »Halt 's Maul, du Dreck! Du Schwein! Ich bin von Allah erschaffen und du bist klein!«

Manchmal begleitet nach Ansicht von Ermittlern »Deutschfeindlichkeit« auch schwerwiegende islamistisch motivierte Taten, zum Beispiel Bombendrohungen, warum bleibt offen. Auch in gewaltverherrlichenden Chatgruppen kommt sie vor.

Zwei Einträge aus Chemnitz fallen in der Statistik besonders auf: ein »deutschfeindlicher Raub« und ein »deutschfeindlicher Diebstahl«. Was soll das sein?

Beim Raub soll ein 63-jähriger Mann der Geschädigte sein. Er gibt an, am 17. Juni 2019 bei einer Kundgebung der Kleinstpartei »Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland« gewesen zu sein. Man habe ihm hinterher seine Fahne entwendet – eine Fahne des deutschen Ritterordens, weißer Untergrund mit schwarzem Kreuz.

Beim »deutschfeindlichen Diebstahl« soll ein Mann vier AfD-Plakate an einer Straßenlaterne entwendet haben. Die Staatsanwaltschaft Chemnitz berichtet, dass der Partei ein Sachschaden von 50 Euro entstanden sei. Der Beschuldigte erhielt einen Strafbefehl, den er nicht akzeptierte. Der Fall liegt nun beim Amtsgericht Chemnitz.

Mitunter scheinen die Behörden Verdachtsfälle vorschnell in diese Schublade zu packen. Einige Einschätzungen wurden nach der Anfrage des SPIEGEL korrigiert. Das Berliner Landeskriminalamt schrieb, dass es fünf Fälle doch nicht mehr als »deutschfeindlich« einstufte. Drei sehr ähnliche Fälle von Beleidigung und Hausfriedensbruch im bayerischen Mindelheim führt die Staatsanwaltschaft Memmingen mittlerweile in einer Akte.

Experten sehen die Kategorie »Deutschfeindlichkeit« kritisch. »Bei gesellschaftlichen Minderheiten ist oft klar, dass Personen gerade wegen ihrer Zugehörigkeit zu diesen besonders vulnerablen Gruppen angegriffen werden. Aber wie soll man das bestimmen, wenn sich jemand gegen die Mehrheitsgesellschaft stellt?«, fragt Tobias Singelstein, Kriminologe an der Ruhr-Universität Bochum. Er nennt die neue Kategorie »eine symbolische Aktion des Innenministeriums«.

Für Matthias Quent, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena, ergibt die neue Kategorie überhaupt keinen Sinn. »Es handelt sich dabei vor allem um einen rechten Kampfbegriff. Das Konstrukt der »Deutschfeindlichkeit« wird genutzt, um damit rassistische oder antisemitische Straftaten und rechten Terror aufzurechnen«, sagt Quent.

Mohamed Amjahid



Baumaschinen der Firma Zeppelin: »Die Diebe tricksen uns aus«

Als »Herr Demir« bei der Niederlassung der Firma Zeppelin in Koblenz einen Bagger ordert, wirkt er wie ein gewöhnlicher Kunde. Er benötige das Gerät für eine Baustelle im Westerbald, gibt er an. Zeppelin ist Marktführer im Verleih von Baumaschinen – und weil der Mann bereits ein Kundenkonto hat, liefert das Unternehmen das Gerät prompt und ohne Nachfragen.

Dass der Anrufer womöglich ein Krimineller ist, merkt die Zeppelin-Mitarbeiterin erst drei Tage später. Da fällt ihr Blick auf die Mail eines Kollegen aus Bautzen. Vorsicht vor Herrn Demir, warnt der sächsische Kollege darin, der habe gerade einen Bagger unterschlagen.

Ist ihre Maschine jetzt auch weg? Sie alarmiert die Polizei. Als die Beamten eine Stunde später an der Baustelle eintreffen, ist es zu spät. Der gelbe Bagger, 200 000 Euro Neupreis, 15 Tonnen schwer, ist verschwunden. Es ist auch kein Bauarbeiter zu sehen. Ein Augenzeuge erinnerte sich später immerhin, die Maschine sei auf einen neuen roten Mercedes-Lastwagen geladen worden. Das Fahrzeug habe ein kroatisches Kennzeichen gehabt.

Baustellen haben schon immer Diebe angelockt. Mal zapfen sie heimlich Diesel

ab, mal entwenden sie Werkzeuge oder Baumaterial. Doch neuerdings räumt eine professionelle Bande in großem Stil ab. Gemietete Radlader, Hubwagen und sogar Bagger verschwinden einfach.

Die Spur der Bagger-Mafia führt auf den Balkan, nach Serbien, Kroatien und Bosnien. Zumeist werden die Maschinen zunächst in gemieteten Hallen abgestellt. Die Täter verändern Typenschilder wie Fahrgestellnummern und erstellen Frachtpapiere. Den Transport über die Grenze übernehmen Speditionen aus Osteuropa. Der Schaden geht in die Millionen.

Alein im Raum Hamburg sollen in den vergangenen drei Jahren 16 Zeppelin-Radlader verschwunden sein. Die Kriminellen schlagen aber überall in Deutschland zu, auch Wettbewerber des Unternehmens sind betroffen.

»Da sind ebenso dreiste wie geschickte Leute am Werk«, bestätigt die für die Vermietungen zuständige Zeppelin-Geschäftsführung. »Wir gehen von einer landesweit tätigen Bande aus.« Konkurrent HKL-Baumaschinen beklagt, der Schaden gehe in die Hunderttausende. Das kriminelle Vorgehen am Bau habe sich vom »plumpen Diebstahl« hin zu »geschickt eingefädelter Unterschlagung« entwickelt, so ein Sprecher.

Die Masche der Diebe ist stets gleich. Sie treten als normale Kunden auf, eröffnen ein Kundenkonto und leihen die Geräte offiziell aus. Dazu kapern sie die Identitäten seriöser Firmen. Auch »Herr Demit« existiert tatsächlich. Nur hat er nie Baumaschinen bestellt. Er ist ein unbescholtener Geschäftsmann aus dem Ruhrgebiet. Offenbar hatte es die Bande auf seine Firma abgesehen, weil sie öffentlich kaum in Erscheinung tritt, aber eine ausgezeichnete Bonität hat.

Betroffen von einer solchen Form des Identitätsdiebstahls war Anfang des Jahres auch Heinrich K., dem eine Metallbau-firma im Raum München gehört. Er ist schon im Rentenalter und kümmert sich deshalb nur noch um Stammkunden. Werbung macht er schon lange nicht mehr.

Im Februar bekam er plötzlich Post von einem Hamburger Luxushotel, eine Rechnung über fast 1600 Euro. Angeblich habe ein Mitarbeiter seiner Firma dort übernachtet. Er hatte aber niemanden in die Hansestadt geschickt.

Schnell folgten weitere Rechnungen und Mahnungen. In einem Elektronikmarkt waren für fast 5000 Euro auf den Namen der Firma Handys gekauft worden, über eine Spedition palettenweise Waschmaschinen. Der Geschäftsführer ging zur Polizei und stellte Strafanzeige. Die Täter schreckte das offenbar nicht.

Im Internet hatten sie Informationen über die Firma gesammelt und einen Fake-Briefkopf erstellt. Dort findet sich die reale Adresse der Firma, auch Handelsregister- und Umsatzsteuernummer stimmen.

Aber die aufgeführte E-Mail-Adresse ist eine Fälschung, und auch die Telefonnummer führt trotz unverdächtigter Münchner Vorwahl per Rufumleitung zu einem Mobiltelefon der Bande. So landeten Mails und telefonische Rückfragen bei den Tätern und konnten von ihnen beantwortet werden. Die ahnungslosen Opfer bekommen erst Wochen später Zahlungsaufforderungen oder Mahnungen auf dem Postweg.

Im Briefkasten von Heinrich K. landete auch Post von Zeppelin, HKL und anderen Baumaschinenverleihern. Doch als sich der verzweifelte Unternehmer meldete, war es bereits zu spät. Die Unbekannten hatten sich auf seinen Namen Bagger und weitere Geräte für Baustellen in Elms-horn und Barmstedt nördlich von Hamburg liefern lassen. Nun war das Equipment verschwunden.

Der Kampf gegen Diebe gehört zum täglichen Geschäft der Branche. Baustellen sind häufig schlecht bewacht, und was dort vorgeht, nimmt die Öffentlichkeit kaum wahr. Zeugen, die Verdächtiges beobachten und sich melden, sind sehr selten.

Helfen soll nun die Technik, Überwachungskameras oder Scomboxen. Das

sind kleine Gehäuse mit einem GPS-Sender, die gegen Feuchtigkeit, Erschütterungen und Schmutz geschützt sind und an den teuren Geräten befestigt werden, damit diese geortet werden können.

Das schreckt freilich nur Gelegenheitsdiebe ab. Profis deaktivieren die Boxen oder leiten die Technik in die Irre. »Es ist ein Kampf Hase gegen Igel«, sagt ein Zeppelin-Mitarbeiter. »Wir rüsten ständig auf, aber die Diebe finden immer wieder Wege, die Technik auszutricksen.«

Auf die Hilfe der Polizei im Kampf gegen die Kriminellen hoffen die Verleiher offensichtlich vergebens. »Natürlich zeigen wir die Fälle an«, heißt es bei Zeppelin, »aber jede Dienststelle ermittelt nur im lokalen Kontext und fängt bei null an.« Dabei gebe es ein bundesweites Muster.

Ein Anrufer kündigte an, bis Dezember »knapp 50« weitere Bagger verschwinden zu lassen.

»Das Engagement der Polizei und Staatsanwaltschaft hält sich unserer Ansicht nach in Grenzen«, so HKL. »Von einer aktiven Unterstützung können wir bisher leider noch nicht berichten.«

Schon vor der aktuellen Serie von Unterschlagungen kamen Zeppelin immer wieder Baumaschinen abhanden, vor allem Radlader eines bestimmten Typs. Im vergangenen Jahr wandte sich das Unternehmen deshalb hilfesuchend an die Staatsanwaltschaft Hamburg. »Wir fühlen uns etwas allein gelassen«, heißt es in dem Schreiben.

In der Nachricht werden Aktenzeichen von gleich einem guten Dutzend Ermittlungsverfahren aufgelistet, die nach Diebstählen oder Unterschlagungen eingeleitet worden waren. Fast alle Fälle wurden eingestellt. Nur zwei Radlader fand die Behörde wieder, dank der von Dieben übersehenen GPS-Tracker. Einer stand in einer Halle in Hamburg-Wilhelmsburg. Der Hallenbesitzer konnte sich angeblich



Tatverdächtiger (r.) in Dortmund
Das Interesse der Polizei ist gering

nicht mehr daran erinnern, wie das sechs Tonnen schwere Gefährt in seine Gebäude gekommen war – und kam damit durch: Auch das Verfahren endete ergebnislos.

Zeppelin und HKL haben Detekteien beauftragt, die Diebe zu überführen oder zumindest entwendete Maschinen zurück-zuholen. Eine ist die Agentur Incognito aus Brandenburg, ein kleines Unternehmen, das sich dadurch einen Namen gemacht hat, in Deutschland gestohlene Wohnmobile im europäischen Ausland aufzuspüren.

Seinen Mitarbeitern, so Firmenchef Martin Schmidt, sei es inzwischen gelungen, den Weg der gestohlenen Baugeräte auf den Balkan nachzuverfolgen. Auch Täter hätten sie identifiziert, sagt er.

Das Interesse der Polizei an diesen Informationen ist allerdings gering. Nicht einmal befragt worden seien seine Leute bislang, klagt Schmidt. »Dabei wären strukturierte Ermittlungen notwendig.«

Nach seinen Angaben konnten die Detektive im Juni in Dortmund sogar einen mutmaßlichen Dieb stellen. Die Bande hatte zuvor in Duisburg erneut unter falscher Identität drei Bagger geordert, die aber diesmal mit gut versteckten zusätzlichen GPS-Sendern ausgestattet waren.

So konnten die Ermittler den Tätern folgen und den Abtransport der Baumaschinen im letzten Moment verhindern. Den Verdächtigen, der das offenbar organisieren sollte, hielten sie fest, bis die herbeigerufene Polizei kam. Verhaftet wurde der Mann trotzdem nicht. Die Beamten nahmen seine Personalien auf und ließen ihn anschließend wieder laufen.

All das trägt dazu bei, dass sich die Bande in Deutschland ziemlich sicher fühlt. Nach dem Einsatz meldete sich einer der mutmaßlichen Diebe bei Incognito, bedrohte den Einsatzleiter und kündigte an, bis Dezember »knapp 50« weitere Bagger verschwinden zu lassen. Er vertrete »den König der Maschinen«, so ist es auf einem Mitschnitt der Detektei zu hören.

Den Detektiven allerdings ist es gelungen, in Kroatien und Slowenien mehrere verschwundene Geräte aufzuspüren. Die dortigen Polizisten war weniger zögerlich als die deutschen Kollegen und beschlagnahmten die Maschinen unverzüglich.

Darunter war auch der verschwundene 15-Tonnen-Bagger aus Koblenz. Seit Wochen schon steht das Gefährt laut Zeppelin nun auf einem Parkplatz an der Grenze und wartet auf die Rückführung nach Deutschland. Zunächst allerdings müssten die deutschen Ermittlungsbehörden alle notwendigen Formalien klären, heißt es. Und das kann dauern.

Michael Fröhlingdorf



Projektentwickler Herzberg 2019*: »Wir betreiben hier ein Stück Stadtreparatur«

Kreuzberger Schächte

Bauvorhaben Der Berliner Senat will unbedingt ein umstrittenes Hochhausprojekt durchboxen. Dafür zieht die Regierung alle Register. Es geht um eine halbe Milliarde Euro.

Timo Herzberg hat eine Vision von Berlin. Der Deutschlandchef des österreichischen Immobilienkonzerns Signa sieht eine Metropole, lebendig, vielfältig, dynamisch und ausgestattet mit neuen Hochhäusern.

Herzberg denkt dabei zurück an das Berlin vor hundert Jahren, als aus der einstigen Residenzstadt eine pulsierende Großstadt geworden war. Als alles möglich schien, in der Kunst, der Literatur, der Musik, der Architektur. »Die 1920er-Jahre waren Berlins Blütezeit«, sagt der Manager.

Wohl auch deshalb wirkt manches, was Herzberg plant, wie in der Weimarer Republik entworfen. So soll am Hermannplatz, zwischen den Stadtteilen Kreuzberg und Neukölln gelegen, ein modernes Abbild des Art-déco-Hochhauses entstehen, das dort bis 1945 stand. Das knapp

500 Millionen-Euro-Investment ist Herzbergs Lieblingsprojekt und ein Politikum.

Denn längst nicht alle Berliner teilen die Begeisterung des Geschäftsmanns. Im Szenestadtteil Kreuzberg herrscht Skepsis und Ablehnung. Zu protzig, ein Fremdkörper im multikulturellen Kiez, so das Verdikt von Bewohnern. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg lehnte das Projekt bereits ab.

Dann kam der Regierende Bürgermeister Michael Müller und machte den Fall Signa zur Chefsache. In der letzten Woche der Sommerferien schloss der Senat mit dem Unternehmen eine Vereinbarung, die die renitenten Bezirke entmachtete. In Aussicht gestellt wurde die Erlaubnis für drei Hochhausprojekte, die von den Be-

zirken abgelehnt oder die mit Auflagen versehen worden waren. Es geht um ein 130 Meter hohes Gebäude am Alexanderplatz, einen Hochhauskomplex am Kurfürstendamm und jene Art-déco-Kopie am Hermannplatz. Unterzeichnet haben den »Letter of Intent« die Koalitionspartner des rot-rot-grünen Senats. Müller für die SPD, Kultursenator Klaus Lederer für die Linken und Wirtschaftsministerin Ramona Pop für die Grünen.

Die drei Gebäude gehören zur Warenhauskette Galeria Karstadt Kaufhof. Denn die Signa-Gruppe des Geschäftsmanns René Benko übernahm ab 2012 den maroden Karstadt-Konzern und 2018 Galeria Kaufhof, mit dem stolzen KaDeWe an der Spitze und einem Mythos im Hintergrund: Das seinerzeit modernste Kaufhaus der Welt stand Ende der Zwanzigerjahre am Hermannplatz.

* In der Berliner Ausstellung »Kiezzestein – 90 Jahre Karstadt am Hermannplatz« mit einem Karstadt-Modell.

An diese Geschichte will Signa nun anknüpfen, auch wenn von dem ursprünglichen Gebäude nur noch etwas Außenfassade übrig ist. Der Entwurf für den Neubau stammt aus dem Büro des renommierten Architekten David Chipperfield und kopiert den alten Karstadt-Turm. Statt aus Muschelkalk wie damals wird die künftige Fassade aus Beton sein. Statt Warenhaus wird das Hochhaus zu einer »Mixed-Use-Immobilie«, die flexibel Markt- und Kundenbedürfnissen angepasst werden kann. Kaufhaus, Wohnungen, Büros, Kita, Hotel, Bibliothek – alles ist möglich.

Von außen wird dann alles so sein wie bis zu jenem Tag im April 1945, als SS-Kommandos den Bau in die Luft jagten. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand Karstadt am Hermannplatz neu, nachkriegsmodern funktional und in den folgenden Jahrzehnten immer wieder umgebaut. Ein Kaufhaus, bei den Kreuzbergern und Neuköllnern beliebt, doch ohne das Flair der 1920er-Jahre. Dafür will nun Signa sorgen.

Berlins Wirtschaftssenatorin Pop, eine treibende Kraft hinter dem Deal mit Signa, begrüßte »die Pläne des Eigentümers, die Karstadt-Häuser in einem sich verändernden Umfeld fit für die Zukunft zu machen«. Ihr Parteifreund Florian Schmidt, Baustadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg, sieht das jedoch ganz anders.

Seine Verwaltung entschied, dass es keinen Bebauungsplan für den Hermannplatz geben wird. Die Signa-Pläne seien, heißt es in einem Vermerk aus dem August 2019, »überzogen und unangemessen«. Es drohe Gefahr für das »bestehende Gewerbe« im Viertel durch »unerwünschten Verdrängungswettbewerb«.

Schmidts Gegenspieler ist Signa-Manager Herzberg. Auf dessen Visitenkarte steht »CEO Germany«. Herzberg gibt sich betont locker, zugänglich. Offen ist nicht nur der Hemdkragen.

Herzberg spricht viel von Glaubwürdigkeit, und dass er die Ängste verstehen könne, auch wenn sie natürlich gänzlich unbegründet seien. Mit Kritikern setze er sich gern auseinander: »Das begrüßen wir, das ist unser Verständnis von Demokratie und Dialog.« Und außerdem hätten doch alle ein gemeinsames Ziel, diesen für »Berlin so wichtigen Platz wieder lebenswerter zu machen«. Vor allem gehe es um die Menschen im Viertel: »Wir wollen die soziale Mischung des Kiezes erhalten. Die Balance darf nicht gefährdet werden.«

Um die Stimmung im kämpferischen Bezirk zu temperieren und zänkische Kommunalpolitiker zu besänftigen, ließ Signa eine kleine Hütte aufstellen, die Hermannbox. Hier können sich Bürger informieren. Es gibt Kuchen vom Biobäcker, die Holzocker sind nachhaltig. Die Anwohner dürfen Zettel mit ihren Wünschen an eine

Pinwand heften. Das Interesse hält sich indes in Grenzen.

Auch der gut hundert Meter lange Radweg, der quer über das Karstadt-Gelände am Hermannplatz führt, war als Friedensangebot an das Szenequartier gedacht. Doch nur wenige Radler nutzen die Abkürzung.

Regelrecht kontraproduktiv dürfte die Beauftragung des Beratungsunternehmens Joschka Fischer & Company gewesen sein. Das Lobbyunternehmen des grünen Altvizizekanzlers sollte für das Investment vor allem bei Grünen werben. Die durchschauenden Manöver und waren verstimmt. Kreuzbergs grüner Baustadtrat Schmidt verbat sich weitere Besuche, Mails und Anrufe von Fischers Leuten.

Berlin ist für Investoren wie Signa ein schwieriges Pflaster. Zum einen sind da kämpferische Initiativen, die ihre Viertel oft aus Prinzip verteidigen. Zum anderen gibt es die Besonderheiten eines Stadt-

staats. Der Senat, die Landesregierung, gibt die großen Linien vor. Die zwölf Bezirke entscheiden jedoch prinzipiell eigenständig über Bauvorhaben und darüber, wie ihre Viertel aussehen sollen. Es herrscht ein austariertes Kräfteverhältnis, das manche ein großes Durcheinander nennen.

Die »Lex Signa« sei ein »fatales Signal«, sagt Baustadtrat Schmidt, es breche mit einer Tradition. Bislang hatte der rot-rot-grüne Senat darauf verzichtet, die selbstbewussten Bezirke mit eigenmächtigen Immobilienentscheidungen zu brüskieren.

Warum also tat er es jetzt? Wirtschaftsministerin Pop sah sich in Zugzwang. »Wenn der letzte Warenhauskonzern die Hälfte seiner Filialen schließen will, hat das drastische Auswirkungen auf die gesamte Stadt«, so die Grüne. Deshalb habe der Senat »ein Gesamtpaket« vereinbart, es ging um Arbeitsplätze und um Kaufhäuser, beides sollte in Berlin bleiben.

Signa spielte die Corona-Karte. Weil das Land von Amts wegen stillgelegt wurde, mussten die Berliner Karstadt-Filialen über Wochen schließen. Die Kaufhauskette beantragte ein Schutzschirmverfahren, Schließungen drohten, auch Karstadt am Hermannplatz war betroffen. Nur eine zügige Investition könne die Pleite abwenden, erklärte der Konzern dem Senat.

Am 3. August waren sich Landesregierung und Investoren einig. Signa sicherte zu, am Hermannplatz weiterhin ein Warenhaus zu betreiben und gab zudem eine dreijährige Jobgarantie für die Angestellten. Dafür bewilligte die Landesregierung das Retrohochhaus in »einer an die historische Architektur angelehnten, identitätsstiftenden Architektur«, heißt es in der Vereinbarung.

Wie das aussehen könnte, ließ sich ein halbes Jahr lang im vierten Stock des Karstadt-Kaufhauses besichtigen. Dort gab es bis zum Frühjahr eine kleine Ausstellung zur Geschichte des Baus, organisiert von Signa. Zu sehen war ein maßstabsgerechtes Modell des 1929 eingeweihten Art-déco-Kaufhauses. »Ein beeindruckendes und durchdachtes Gebäude«, sagt Manager Herzberg. Genau so soll auch die Signa-Kopie aussehen. »Wir betreiben damit ein Stück Stadtreparatur.« Herzberg hofft, dass der Bau zügig beginnen kann. »Wir wollen nicht rumsitzen und die nächsten zehn Jahre alles zerreden.«

Womöglich wird es nicht ganz so schnell gehen. Denn Kreuzbergs Baustadtrat Schmidt bezweifelt die Rechtmäßigkeit des Deals. Er hat ein Kurzgutachten in Auftrag gegeben. Demnach wäre ein verbindliches Gegengeschäft Jobzusagen gegen Baurecht nicht zulässig. Der Bezirk sollte nur da bauen lassen, so die Juristen, wo es »städtebaulich für sinnvoll erachtet wird«.

Andreas Wassermann



Karstadt-Warenhaus in Kreuzberg 1930
Von SS-Kommandos in die Luft gejagt



Landespolitiker Pop, Müller
Jobzusage gegen Baurecht

Schon wieder:

connect

TESTSIEGER

FESTNETZTEST
BUNDESWEITE ANBIETER

1&1
Heft 8/2020

www.connect.de



Inklusive 1&1 Service Card mit speziellen DSL-Services, die es so nur bei 1&1 gibt.

- ✓ **WLAN-Versprechen:** 1&1 bringt Ihr Heim-Netzwerk zum Laufen. Alle Geräte, egal wo gekauft.
- ✓ **Funktionsgarantie:** Im Falle eines Falles umgehende Entstörung und Gerätetausch.
- ✓ **Priority Hotline:** 1&1 ist rund um die Uhr persönlich für Sie da. Kein Sprachcomputer.



Bestes Netz!

1&1 Best of DSL

- ✓ DSL im besten Netz – surfen und telefonieren
- ✓ Bester WLAN-Router
- ✓ Brillantes HD-Fernsehen

~~46,97~~ €/Mon.
Alles komplett für nur **29,99** €/Monat* dauerhaft



Jetzt das Beste für Sie in einem Paket. Zum dauerhaften Sonderpreis.

Schon wieder hat 1&1 den härtesten Festnetz-Test Deutschlands gewonnen. Sichern Sie sich darum jetzt unser einmaliges Komplettpaket: 1&1 DSL 50 Highspeed-Internet & Telefon im besten Netz plus den besten WLAN-Router sowie brillantes HD Fernsehen mit riesiger Sendervielfalt. Und das alles zum dauerhaften Sonderpreis.

☎ 02602/96 90

1und1.de



*3% MwSt.-Abzug auf der Rechnung, da bis zum 31.12.2020 der reduzierte MwSt.-Satz von 16% anfällt und die angegebenen Preise 19% MwSt. enthalten. **1&1 Best of DSL:** 1&1 DSL 50, 1&1 HomeServer Speed+ und 1&1 HD-TV streamen für 29,99 €/Monat. Internet-Flat: Unbegrenzt surfen mit bis zu 50 MBit/s. Telefon-Flat: kostenlos ins dt. Festnetz. Anrufe in dt. Mobilfunknetze 19,9 ct/Min. Router einmalig 0 € Zugabe zu 1&1 DSL 50, Versand 9,90 €. Abbildung ähnlich. Solange der Vorrat reicht. Bereitstellung: Einmalig 69,95 €. Mindestlaufzeit: 24 Monate. 1&1 HD TV mit 85 Sendern, davon 37 in HD-Qualität streamen mit ihrem Smart-TV oder eigenem Streaming-Adapter bzw. 1&1 TV-App (Android/iOS) oder Nutzung mit 1&1 TV Box (6,99 €/Mon.), 1&1 TV-Stick (4,99 €/Mon.) im Heim-WLAN. Je 24 Monate Mindestlaufzeit, spätestens mit Beendigung 1&1 DSL-Vertrag. connect IPTV-Plattformtest mit 6 Anbietern, davon 1x überragend, 1x sehr gut, 3x gut, 1x befriedigend. Best-of Gesamtpaket war nicht Gegenstand eines Tests. Preise inkl. MwSt.

Rauschfrei

Trends Brauer, Winzer und Brenner setzen immer häufiger auf Getränke ohne Alkohol. Sie versorgen damit eine wachsende Kundschaft, die zwar feiern, aber nüchtern bleiben will.



Barbesitzerin Korsun (M.) in Berlin: Ein Lebensstil wie vegan

Es war an einem Abend vor einigen Wochen, als drei Frauen eine Bar in Berlin-Friedrichshain betraten. Ohne in die Karte zu schauen, gaben sie ihre Bestellung auf: einen Aperol Spritz, eine Margarita und einen Kurzen. Wochenendgelassenheit.

Die Bar gehört Slavena Korsun, sie hat sie zusammen mit einem Freund im März eröffnet. Ihr Konzept kann man als radikal bezeichnen oder als provokant. Korsun nennt es »einen klaren Fokus«.

Korsun sagte den Frauen, alle Drinks seien ohne Alkohol. Die Frauen wirkten erst irritiert. Die Wände der Bar sind in dunklen Tönen gehalten, die Holzstühle leicht abgenutzt und vom Flohmarkt. Ein Ort, wie es ihn etliche Male an der Boxhagener Straße in Friedrichshain gibt. Doch am Fenster steht der Name der Kneipe: »Zeroliq«, ohne Schnaps. Daneben: »alkoholfrei – alcohol-free«. Es klingt wie eine Warnung oder eine Verheißung.

Korsun erzählt die Geschichte einige Wochen später. Für sie ist es der anekdotische Beweis, dass ihr Konzept aufgeht. Denn die Frauen blieben. Sie bestellten zwei Drinks und ein Glas Roséwein.

Zeroliq ist eine von gut 30 000 Bars und Kneipen in Deutschland. Orte, deren Kerngeschäft der Ausschank von Alkohol ist.

Zeroliq ist die erste Bar in Deutschland, die darauf komplett verzichtet.

Ähnliche Konzepte sind in den vergangenen Jahren weltweit entstanden. In London, Dublin, New York.

Besonders Bier findet in der alkoholfreien Variante immer stärkeren Absatz. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Produktion fast verdoppelt, nach Angaben des Deutschen Brauer-Bunds auf 5,3 Millionen Hektoliter. Experten schätzen, dass bald etwa jedes zehnte verkaufte Bier ohne Alkohol sein wird. Es gehört zu den am stärksten wachsenden Segmenten im Biermarkt.

In Deutschland gibt es zurzeit mehr als 500 Marken, die alkoholfrei gebraut werden. Gerade Kleinbrauer entdecken das neue Feld für sich; es gibt India Pale Ales, Coffee Stouts, Kölsch, Witbier, alle ohne. Doch es gibt nicht nur Bier. Das Berliner Start-up Kolonne Null verkauft seit 2018 alkoholfreien Wein. Anfangs standen die Gründer auf Wochenmärkten, im ersten Monat verkauften sie 500 Liter Grünen Veltliner. In diesem Jahr wollen sie mehr als 300 000 Liter Sekt, Rosé und Riesling vertreiben.

Die Revolution der Alternativen zu Spirituosen begann in Großbritannien. Dort kam vor Jahren Seedlip auf den Markt, ein Kräuterdestillat ähnlich einem Gin,

nur ohne Proteine. Inzwischen gibt es Dutzende alkoholfreie Destillate. Das Hamburger Unternehmen Undone etwa bietet Alternativen zu Rum, Gin und Wermut an.

Ohne ist angesagt. Für Slavena Korsun gilt das schon lange.

Vor fünf Jahren startete Korsun mit Freunden ein Experiment. Sie wollte versuchen, ohne Promille durch den Alltag zu kommen. Sie probierte alkoholfreie Biere, doch die wenigstens schmeckten ihr. Saß sie abends in einer Bar und fragte nach Soft-Cocktails, bekam sie meist einen süßen Mix aus Soda und Zucker.

Als ihr die Idee kam, eine alkoholfreie Bar zu eröffnen, wollte Korsun damit auch einen Ort schaffen, an dem sie sich wohlfühlen würde. Heute hat sie um die 30 Biere auf der Karte, 20 Weine und Sekts, 10 Cocktails und Longdrinks – alles ohne Proteine.

Für Korsun, 32, ist die Abwesenheit von Alkohol zu einer Lebenseinstellung geworden. Nicht weil man schwanger ist oder mit einer Abhängigkeit kämpft. Sondern um einen »klaren Kopf« zu bewahren, sagt sie. Sie bezeichnet sich als »AF«, das ist die Abkürzung für alcohol-free. Ein Lebensstil wie vegan.

Die Gäste in Korsuns Bar schätzten es, einen gemütlichen Abend zu verbringen und zu wissen, morgens ohne Kater aufstehen zu können, sagt die Wirtin. Da sei der Marathonläufer, der jeden Tag trainiere. Der ehemalige Rockmusiker, der vor 14 Jahren einen Herzinfarkt hatte. Der Pianist, der acht Stunden am Tag übe.

So zeigt eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, dass nur noch jeder dritte junge Erwachsene bis 25 Jahre regelmäßig Alkohol trinkt. Im Jahr 2004 waren es noch mehr als 43 Prozent.

In den vergangenen Jahren ist eine Szene entstanden, die den Rausch meidet. In sozialen Netzwerken feiern sich junge Menschen, wenn sie eine Zeit lang Alkohol vermeiden. Eine Pionierin ist die New Yorker Autorin Ruby Warrington. Sie veröffentlichte im Jahr 2018 das Buch »Sober Curious«, nüchtern neugierig. Warrington sagt, Alkohol sei die neue Zigarette – ein Produkt aus der Vergangenheit, das immer unbeliebter werde.

In Berlin gibt es längst »Sober Sensation Partys«. Anstatt Gin und Tonic trinken die Gäste hier Ingwershots oder Smoothies. Es ist eine Welt für Menschen, die sich dem Yoga-Detox-Achtsamkeits-Lebensstil verschrieben haben. Denen ihr Körper wichtiger ist als der Exzess, ein klarer Verstand von größerer Bedeutung als eine durchzechte Nacht. Die aber trotz allem nicht auf Genuss verzichten wollen.

Das ist der eine Grund für den Erfolg der Alkoholfreien. Ein anderer ist die Technik.

2005 erreichte die Störtebeker-Brauerei eine Anfrage. Ein Händler fragte, ob sie ein alkoholfreies Pils für den schwedischen Markt brauen könne. Die Brauerei liegt am Rande der Ostseestadt Stralsund, seit Ende des 19. Jahrhunderts machen sie hier Bier. Es ist ein historischer Ort, die alten Backsteinmauern stehen noch.

Ein alkoholfreies Pils klang damals nach einem Wagnis. Das könnte die deutschen Kunden verärgern, sie abschrecken. So erzählt es heute der Braumeister Christoph Puttnies, 40 Jahre alt.

Die Idee, Biere ohne Alkohol zu brauen, gibt es schon lange. Im Jahr 1895 etwa meldete ein Dr. W. Nägeli dem Kaiserlichen Patentamt ein »Verfahren zur Herstellung alkoholfreien Bieres«. Das erste Massenprodukt kam jedoch Jahrzehnte später auf den Markt, im Jahr 1972 entwickelte es die Engelhardt-Brauerei in Ostberlin. »Aubi« hieß es, kurz für: Autofahrerbier. Ein Name, der das Image über Jahrzehnte prägte. Bier ohne Procente stand für Verzicht.

Um Bier zu brauen, stellt man, vereinfacht gesagt, eine Maische aus Malz und Wasser her. Nachdem der Malzrest rausgefiltert worden ist, folgt der Hopfen. Später wird Hefe in den abgekühlten Sud gegeben; sie startet den Gärprozess und wandelt den vorhandenen Zucker in Kohlensäure und Alkohol um. Es gibt Methoden, die dafür sorgen, dass an dieser Stelle so gut wie kein Alkohol entsteht. Ein anderer Weg ist es, nach dem Brauen dem Bier den Alkohol zu entziehen. Gerade diese Technik habe sich immer weiter verbessert, sagt Braumeister Puttnies.

So brauten sie dann auch das erste Alkoholfreie bei Störtebeker, nur für Schweden. Im Jahr 2007 stellten sie ihr erstes Null-Prozent-Bier für den deutschen Markt her, ein Weizen.

Das dritte Produkt folgte im Jahr 2018. Anderthalb Jahre lang hatten die Stralsunder Brauer daran gearbeitet, ein alkoholfreies Pale Ale zu produzieren. Als sie es im Sommer 2018 präsentierten, war es innerhalb weniger Tage ausverkauft. Bis Ende des Jahres braute Störtebeker fünfmal so viel wie geplant. Es war der erfolgreichste Produktstart in der Unternehmensgeschichte. Heute ist jedes zehnte verkaufte Bier der Brauerei ohne Alkohol.

In München arbeitet Thomas Becker am »Wow-Effekt«. Becker ist Professor für Brau- und Getränketechnologie an der Technischen Universität. Zurzeit gibt es

dort einige Forschungsprojekte, die sich auf alkoholfreie Biere fokussieren.

Becker sagt, er beobachte zwei Lager in der Braubranche. Die einen versuchten, normale Biere zu imitieren. Die anderen wollten neue Aromen entwickeln. »Je stärker man den Alkohol entfernt, desto eher muss man den zweiten Weg gehen«, sagt Becker.

Der Professor will nun das Gehirn überlisten. Alkohol stimuliert den trigeminalen Nerv. Er definiert, wie angenehm es sich anfühlt, etwas zu trinken, und wie gut es einem schmeckt. Alkoholfreie Weine und Biere wirken da manchmal etwas lasch. Doch es gibt Stoffe, die dort eine ähnliche Reaktion wie Alkohol auslösen, Chili etwa, Ingwer oder Menthol. »Dieses Gefühl fehlt meist noch«, sagt Becker. Daran will er arbeiten.

Auf der Schwäbischen Alb steht an einem Nachmittag im Juli ein Mann, der sich für den Weg des Neuen interessiert hat: Jörg Geiger ist gelernter Koch, jahrelang betrieb er ein Gasthaus in seinem Heimatort Schlat bei Stuttgart. Zum Aperitif reichten sie dort meist Sekt – und Apfelsaft. Doch Geiger wollte den Gästen etwas bieten, das ähnlich wertig ist, ohne dabei Sekt zu imitieren. Er erschuf eine Art Fruchtcocktail, leicht sprudelnd, nicht zu süß, und nannte ihn »Prisecco«, kurz für »Prickelt wie Sekt ohne Alkohol«.

Seine erste Edition im Jahr 2005 bestand hauptsächlich aus roten Beeren.

Inzwischen hat Geiger ungefähr 40 Geschmacksrichtungen im Angebot, er verkauft mehr als eine Million Flaschen im Jahr. Und geht dabei ungewöhnliche Wege. Mal nutzt er geröstete Austernschalen, um mehr Tiefe für ein Getränk zu bekommen. Mal unreife Äpfel und Eichenlaub, um herbe Aromen zu erzeugen. 200 Gewürze

und 70 Kräuter lagern in einem Versuchslabor; Geiger experimentiert mit Sauerklee und Waldmeister, Giersch und Dill.

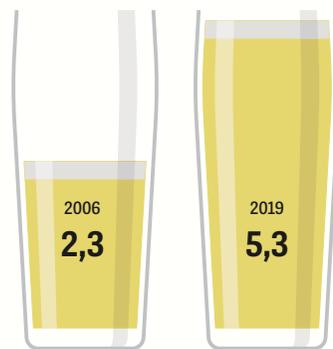
An diesem Nachmittag ist er auf die Alb gefahren, zur Kümmelernte. 300 Kilo Kümmel will er einlagern, zudem hat er schon vor Wochen Kümmelblüten gesammelt. Geiger überlegt, alkoholfreie Cocktails zu produzieren, auf Basis eines Null-Prozent-Aquavits. Oder einen neuen Prisecco auf Kümmelbasis. Stachelbeere könnte dazu passen, meint Geiger, denn der Kümmel brauche Säure.

Geiger sagt, es mache ihm eine diebische Freude, Leute über die Grenzen des Bekannten zu führen. Christopher Piltz

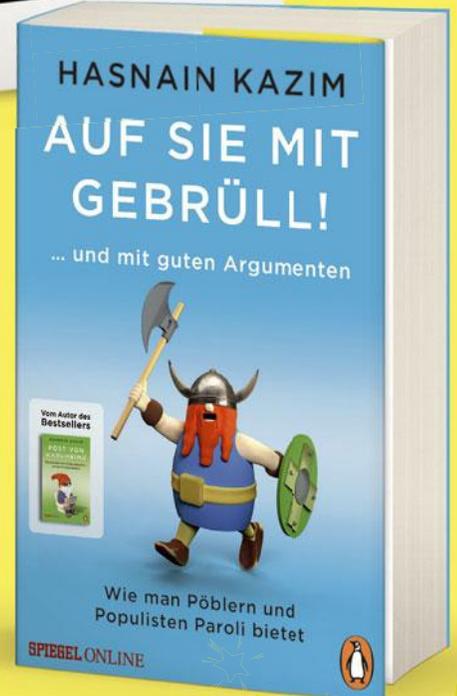
Geschmack gefunden

Absatz alkoholfreien Biers in Deutschland, in Millionen Hektolitern

Quelle: Brauer-Bund



Clever streiten will gelernt sein



Man muss sich wirklich nicht alles sagen lassen! Mit seinem neuen Buch macht Bestsellerautor Hasnain Kazim Lust darauf, sich mal wieder richtig zu fetzen. Dabei darf es gerne laut, hart und lustig zugehen: Hauptsache, man hat die richtigen Argumente parat, um dumpfem Hass und platten Parolen Einhalt zu gebieten. Eine dringend benötigte Anleitung für all die Diskussionen, denen wir sonst lieber aus dem Weg gehen.

208 Seiten | € 13,00 (D) | € 13,40 (A) | CHF 18,90 (empfl. VK-Preis)



Reporter

Familienalbum

Segelohren, 1954

Georg Jahn, 73, aus Velbert:
Von Geburt an war ich mit abste-
henden Ohren »gesegnet«. Sie
haben mich nie gestört, meine
Eltern auch nicht. Kurz nach mei-
ner Einschulung fingen meine
Mitschüler an, mich zu hänseln.
Ich war das »Eselsohr«, »Jumbo«
oder »Segelohr«. Kinder können
da sehr kreativ sein. Ich litt still
vor mich hin. Als meine Lehrerin
merkte, dass auch sie die Mitschü-
ler nicht stoppen konnte, suchte
sie das Gespräch mit meinen
Eltern. Unsere Verwandten hatten
ihnen von einem Kölner Schön-
heitschirurgen erzählt, der sich
auf gut betuchte Patienten spezia-
lisiert hatte. Zur damaligen Zeit
waren solche Eingriffe, die eher
an Filmstars vollzogen wurden,
extrem teuer und wurden gern
verdeckt gehalten.
Meine Mutter schrieb den Herrn
Professor an und fand offenbar
die richtigen Worte, einschließ-
lich der ehrlichen Schilderung un-
serer überschaubaren finanziel-
len Situation. Er machte meinen



► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns
Ihre Geschichte erzählen möchten?
Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

Eltern ein sehr menschliches
Angebot. Für 400 Mark woll-
te er mir helfen. 400 Mark
waren damals das Monats-
einkommen meiner Eltern.
Mein Vater arbeitete als
Dachdecker, meine Mutter
war Hausfrau. Sie zögerten
keinen Moment. In Köln
wurde ich dann vom Meister
persönlich verschönt. Um uns
weitere Kosten zu ersparen,
durften meine Eltern mich
nach mehreren Stunden wie-
der mit nach Hause nehmen
und erhielten die ungewöhn-
liche Erlaubnis, zwei Wochen
später den dicken Verband
in Eigenregie vorsichtig abzu-
nehmen. Meine Mutter weinte,
als sie meine »neuen Ohren«
sah, ich strahlte vor Glück. In
der Klasse verstummten die
Hänseleien schnell, und bereits
im zweiten Schuljahr erhielt ich
meinen ersten Antrag. Meinen
Eltern bin ich bis heute dank-
bar. Die Monate nach der Ope-
ration waren finanziell nicht
einfach. Im Lebensmittelladen
waren wir Stammkunden, wir
durften für eine Weile anschrei-
ben lassen. Ohren gut, alles gut!

Aufgezeichnet von
Barbara Hardinghaus

Gewerbe

Wie sieht in Zukunft ein Bordellbesuch aus, Frau Klee?

SPIEGEL: In Berlin haben jetzt die Bordel-
le wieder geöffnet, nach monatelanger
Corona-bedingter Schließung. Angeboten
werden dürfen »sexuelle Dienstleistun-
gen ohne Geschlechtsverkehr«. Was ist
darunter zu verstehen?

Klee: Erotische Massagen mit »Happy
End« zum Beispiel. Auch BDSM ist
erlaubt, also Rollenspiele, Fesselspiele.
Ab dem 1. September ist dann auch der
Geschlechtsverkehr wieder zulässig.
Unter strengen Hygieneauflagen.

SPIEGEL: Wie wird ein Bordellbesuch
dann aussehen? Mit Abstandsgebot?

Klee: Der Kunde macht zunächst einen
telefonischen Termin. Dann wird er
am Einlass gefragt, ob er gesund ist. Der
Kunde muss seine Kontaktdaten hinter-
lassen. Er muss einen Mund-Nasen-Schutz
tragen, so wie die Sexarbeiterin auch.
Nach dem Termin wird das Zimmer gelüf-
tet, Bettwäsche und Handtücher werden
gewechselt.

SPIEGEL: Der Mund-Nasen-Schutz muss
auch beim Sex getragen werden?

Klee: Ja.

SPIEGEL: Klingt wenig sinnlich.

Klee: Wir sind froh, dass die Bordelle
überhaupt wieder öffnen dürfen.
Viele Sexarbeiterinnen gerieten
durch Corona in existenzielle Nöte.
Dabei hatte unser Verband der
Politik schon im Mai ein fertiges
Hygienekonzept vorgestellt.

SPIEGEL: Wo lag das Problem?

Klee: Die Politik hat falsche Vorstellun-
gen von Prostitution. Als würden im
Bordell hundert Männer und Frauen
zusammen eine Orgie feiern! Aber
die Realität ist der Eins-zu-eins-Kontakt
in einem Zimmer.

SPIEGEL: Rechnen Sie, nach der langen
Schließung, mit einem Kundenansturm?

Klee: Nein. In den Niederlanden haben
die Bordelle seit Juli geöffnet. Und es
kommen schätzungsweise rund 20 Pro-
zent der Kunden – verglichen mit der
Vor-Corona-Zeit.

SPIEGEL: Folgt also ein Bordellsterben?

Klee: Das hat längst begonnen. JMG

Stephanie Klee ist Sexarbeiterin
und Vorstand im Bundesverband
Sexuelle Dienstleistungen e. V.



Denkmalsturz

Warum ein Künstler nicht traurig darüber ist, dass seine Melania-Trump-Statue nicht mehr steht

Am Morgen nachdem seine Statue in Flammen aufgegangen war, lag der Künstler Brad Downey in der slowenischen Stadt Izola im Bett und schlief, als sein Handy klingelte. Es war der 5. Juli, der Morgen nach dem US-amerikanischen Unabhängigkeitstag. Ein slowenischer Freund sei am anderen Ende der Leitung gewesen, erzählt Downey. Die Polizei habe sich bei ihm gemeldet, es habe einen Brand gegeben, sagte der Freund, ein Feuer bei seiner Melania-Trump-Statue, nahe der Stadt Sevnica. Downey setzte sich in ein Auto und fuhr nach Osten in Richtung Sevnica. Auf der Fahrt habe er über die vergangenen Monate nachgedacht, sagt Downey. Über die Kritik und die Schmähungen seiner Statue. Jetzt, dachte er, habe das ein Ende. Er sagt, das habe sich nicht schlecht angefühlt.

Im Frühjahr 2018 hatte Downey die Idee gehabt, eine Statue von Melania Trump, der Ehefrau von US-Präsident Donald Trump, in ihrem slowenischen Heimatort Sevnica aufzustellen. Er beauftragte einen slowenischen Kettensägenkünstler, ihr Abbild lebensgroß in einen Lindenbaum am Stadtrand zu sägen. Als Vorbild gab er dem Mann mit der Kettensäge ein Plakat, das die First Lady am Tag der Amtseinführung von Donald Trump zeigt. Auf dem Bild sieht sie kraftvoll und stolz aus, sie trägt ein blaues Kleid und winkt mit

der linken Hand, wie die Königin von England es tut. Downey sagt, er habe mit der Statue zeigen wollen, wie unterschiedlich Lebenswege sein können, denn der Kettensägenkünstler sei genau wie Melania Trump, damals noch Melanija Knavs, im April 1970 in der Stadt Novo Mesto geboren worden. 50 Jahre später sägt dieser für ein paar Dollar Skulpturen in Stämme, während jene im Weißen Haus wohnt. Der Gedanke habe ihn fasziniert, sagt Downey.

Downey wurde 1980 im US-Bundesstaat Kentucky geboren, er arbeitet als Künstler auf der ganzen Welt. Einmal sprühte er das Kaufhaus des Westens in Berlin frühmorgens grün an, ein anderes Mal schüttete er Sand zu einer winzigen Insel im Mittelmeer auf, stellte sich darauf und buddelte sich den Boden unter den Füßen weg. Doch keines seiner Kunstwerke hatte Downey so viel Aufmerksamkeit verschafft, wie die Darstellung der First Lady in Slowenien. Fotos davon



AFP / GETTY IMAGES

Trump-Skulptur, angesengter Baumstumpf



JURE MAKOVEC / AFP / GETTY IMAGES

IN SLOWENIEN

Statue von Melania Trump abgefackelt

Von der Website Faz.net

gingen um die Welt. Die Skulptur erinnert ein wenig an das Werk Dreijähriger, die Figuren aus Knete formen.

Die »New York Times« schrieb, die Statue habe kaum Ähnlichkeit mit Melania Trump. Auf Twitter und Facebook hieß es, sie wirke wie eine Vogelscheuche. Manche meinten, der Stamm sei derart entstellt, es sei eine Schande für ganz Slowenien. Die Kritik habe ihn geärgert, sagt Downey. Das Holz sei noch verwurzelt und nass gewesen, deshalb habe sein Kettensägenkünstler nicht richtig arbeiten können. Es sei ihm sowieso nicht um Ästhetik, sondern ums Konzept gegangen. Eine Statue der First Lady der USA, mitten in Slowenien. Er habe provozieren wollen.

Downey hat ein besonderes Verhältnis zu Statuen. Seine Kindheit verbrachte er auf verschiedenen Militärbasen in den USA, weil sein Vater Helikopter und Kampfpfjets flog. Seine Kindheit sei nicht immer leicht gewesen, sagt Downey. Er habe im Sandkasten unter Denkmälern von amerikanischen Kriegshelden gespielt, seine Schulwege seien gesäumt gewesen von Panzern und Relikten aus vergangenen Schlachten der USA. Patriotismus und Heldenverehrung, damit sei er aufgewachsen. Er habe deshalb ein gespaltenes Ver-

hältnis zu seiner Heimat. Er lebt schon lange nicht mehr dort, aber er verfolge die politische Situation im Land, »Black Lives Matter«, den Wahlkampf zwischen Joe Biden und Donald Trump.

In den USA und vielen anderen Ländern zerstören Demonstranten seit dem Tod des Afroamerikaners George Floyd Denkmäler. Meistens werden Statuen von Männern vom Sockel gerissen, die mit der Sklaverei zu tun hatten und mit der Ausbeutung von Schwarzen. Die Demonstranten sägen sie ab und versenken sie beispielsweise im nächsten Gewässer. Wer Statuen zerstöre, mache sich frei von Geschichte, unabhängig, das ist die Idee.

Als Downey am Mittag des 5. Juli Sevnica erreichte, habe er sein Denkmal völlig entstellt vorgefunden, sagt er. Das Gesicht und die Beine waren schwarz von Ruß,

ein Teil des ausgestreckten Arms war verbrannt. Downey vermutet, dass die Täter Autoreifen um die Skulptur gelegt und diese dann angezündet haben. Er könne nur spekulieren, warum sie das getan hätten, vielleicht, sagt er, weil sie Donald Trump mögen und mit der Statue nicht einverstanden waren. Vielleicht aber auch, weil sie etwas dagegen hatten, dass ein amerikanischer Künstler ihnen überhaupt ein Denkmal hinstellt. Vielleicht wollten sie sich davon befreien.

Downey schwört, dass er es nicht selbst gewesen sei. Derzeit arbeitet er an einer Reproduktion seiner Trump-Statue. Sie soll am selben Ort aufgestellt werden, an dem die alte verbrannt ist. Dieses Mal soll sie aus feuerfester Bronze sein.

Warum? Er sagt es nicht, man muss es sich selbst denken. Vielleicht meint er ja: So einfach ist es nicht, die Herrschenden vom Sockel zu reißen. Manchmal ist es ganz schön schwer. Max Polonyi

Im Grünen Winkel

Versprechen Vor fünf Jahren kam ein junger Mann aus Iran nach Deutschland. Mohammad Reza Rahimi wollte die Welt erobern und landete in der Psychiatrie.

Nun will er nur noch eines: nach Hause. *Von Timofey Neshitov und Milos Djuric (Fotos)*

Er sitzt in einer kleinen Wohnung am Rande von Leipzig und erzählt von diesem Tag, als er beschloss, in die Ferne zu ziehen, im Juli 2015. Mohammad Reza Rahimi sperrte sich in einem Zimmer ein. Er zog die Vorhänge zu, schaltete sein Handy aus, rollte sich auf dem Bett zusammen. Draußen lag Ghom, eine heilige Stadt der Schiiten, zwei Autostunden südlich von Teheran.

Er wartete auf die Schmerzen. Sie begannen in den Waden, zogen sich durch seine Beine, er spürte sie in seinem Bauch, irgendwann in der Brust. Sie raubten ihm erst den Appetit, dann den Schlaf.

Er hätte sich nie eingesperrt damals, sagt er, hätte nicht gekämpft gegen das Heroin in seinem Körper, wäre da nicht dieser Sommer gewesen. Zum ersten Mal in Rahimis Erinnerung war Ghom von Fernweh befallen, Nachbarn, Bekannte, Schulfreunde redeten von Europa, von großen Häusern, sauberen Straßen, guten Ärzten. Ein Land wurde dabei öfter erwähnt als alle anderen: Deutschland. Das Land von Mercedes und FC Bayern; Rahimi hatte als Kind davon gehört, wie man von einem Wunderland hört. In jenem Sommer schien Deutschland erreichbar, München, ein rotes Fähnchen auf Google Maps, 4357 Kilometer von Ghom entfernt.

Hunderttausende schlugen sich in jenem Sommer nach Deutschland durch, eine Flucht, die Rahimi auf seinem Handy verfolgte. Ausgebombte, Gefolterte, Erniedrigte aus Syrien, Irak, Eritrea, Afghanistan. Andere waren in Kenia aufgebrochen, in Serbien, Mazedonien.

Nach drei Wochen im Dunkeln zog Mohammad Reza Rahimi die Vorhänge zur Seite und packte seinen Rucksack; Handyladegerät, Abschlusszeugnis, ein Foto seiner Eltern, eine Wasserflasche. Anfang August, kurz vor seinem 20. Geburtstag, stieg er in ein Auto, das nach Nordwesten fuhr, Richtung Türkei. Es war der Beginn einer Reise, an dessen Ende er wieder in einem dunklen Zimmer sitzt, wieder allein, ein schlanker Mann mit Ringen unter den Augen. Das Zimmer liegt im Grünen Winkel, am Ende einer Sackgasse, es ist fast so groß wie sein Zimmer in Ghom.

Es ist ein Tag im Mai 2019, vor ihm liegt ein weißer Ordner, ein Geschenk der Ausländerbehörde. »Willkommen in Sachsen«



Geflohener Rahimi am Leipziger

steht darauf. Darin hat Rahimi sein Leben der vergangenen vier Jahre abgeheftet. Deutschzertifikat, Asylbescheid, Mahnschreiben der Leipziger Verkehrsbetriebe, ein Urteil des Verwaltungsgerichts. Manche Seiten sind zerknittert, andere fehlen, irgendwie ist ein Bodenwisch Tuch dazwischengeraten, er hat es mit abgeheftet.

Gäbe es diesen weißen Ordner nicht, seine Anwälte, die Sozialpädagogin Uta, Nachbarn, die Rückkehrberaterin der Ca-

ritas, wäre es schwer, den Weg von Mohammad Reza Rahimi nachzuzeichnen. Trotzdem lassen sich Teile seiner Erzählung nicht nachprüfen. Sie basieren auf seiner Schilderung.

Der SPIEGEL traf Rahimi, als er beschlossen hatte, Deutschland zu verlassen, vier Jahre nach seiner Ankunft. Warum will einer gehen, der es geschafft hat?

Mohammad Reza Rahimi macht eine Faust, legt seine Schläfe darauf, seine brau-

nen Augen starren auf den Boden, er will erzählen, wie er damals glaubte, die Welt würde ihm zu Füßen liegen, wenn er stark genug bleiben würde, um den Entzug zu schaffen. Er will erzählen, wer er damals war, dieser Mohammad Reza Rahimi, der wochenlang unter einer Decke schwitzte und betete, wovon er träumte, der Sohn einer Hausfrau und eines Tagelöhners, damals 19 Jahre alt, seit der Schulzeit heroinabhängig.

Rahimi hatte Iran nie verlassen. Hatte Fliesen gelegt in Ghom, Steine geklopft in Kaschan, Hühner gezüchtet, die längste Reise hatte er mit den Helden der Bücher gemacht, die er las.

Eines davon heißt Schahname, »das Buch der Könige«, ein Nationalepos aus dem 11. Jahrhundert. Rostam, ein Prinz aus dem heutigen Grenzgebiet zwischen Iran und Afghanistan, kommt mit sagenhaften Kräften auf die Welt. Als kleiner Junge erschlägt er einen tobenden Elefanten, später durchquert er eine Wüste, überwindet sieben Berge, tötet einen Drachen, eine Hexe, einen weißen Dämon. Schahname ist länger als das Nibelungenlied, länger als die Odyssee.

Der Tag, an dem Rahimi am Münchner Hauptbahnhof ankam – nach einer Fahrt in einem Gummiboot über die Ägäis, nach einem Fußmarsch durch Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn –, verschwimmt in seiner Erinnerung: Punks, die in der Bahnhofshalle Essen verteilen, Polizisten, die ihnen helfen. Junge und alte Deutsche, die Selfies machen, eine blaue Straßenbahn, ein Bett, eine Steckdose, ein Beamter, der ihm die Fingerabdrücke nimmt und ihn anlächelt.

Dieses Deutschland, das noch nicht wusste, wer gekommen war, wollte helfen. Rahimi hatte von dem Ruf der Kanzlerin gehört, als er noch in einem Taxi durch Österreich fuhr. »Wir haben so vieles geschafft«, hatte Angela Merkel an dem Tag in Berlin gesagt, »wir schaffen das.«

Mohammad Reza Rahimi fühlte sich angesprochen, ein junger Mann, der endlich was aus seinem Leben machen wollte, in einem Land, in dem keiner auf ihn gewartet hatte.

Die Beamten setzten Rahimi in einen Bus nach Chemnitz, schickten ihn nach Schneeberg, nahmen seinen Asylantrag entgegen, gaben ihm eine Nummer, Aufenthaltsgestattung J 1374815, verteilten ihn auf eine Flüchtlingsunterkunft in Leipzig nahe dem Friedenspark.

Deutschland stellte Rahimi nicht viele Fragen, aber es musste etwas mit ihm vorhaben, dachte er, bei all dem Aufwand. Es war ein Blind Date, bei dem keiner genau verstand, was der andere von ihm erwartete.

Für die Deutschen, die er in seinen ersten Monaten traf, war er der Mohammad,



Völkerschlachtdenkmal: »Wir schaffen das«

der von weit her geflüchtet war, der »Moa«, so nannten sie ihn bald im Jugendtreff in der Straße des 18. Oktober, neben der Flüchtlingsunterkunft.

Hier spielte er Billard, trank Cola, bekam Teddybären geschenkt.

Fast jeden Tag ging er zu Ota, so nannte er die Leiterin des Jugendtreffs. Uta Knospe, eine Frau, so alt wie Angela Merkel, die ihr Haar feuerrot färbte, die immer Zeit fand für eine Zigarette mit ihm, die nach Feierabend Arztpraxen abtelefonierte, wenn einer wieder Zahnschmerzen hatte. Eine Diplomlehrerin für Marxismus-Leninismus, Sozialpädagogin, Mutter dreier Kinder.

Mohammad sei nicht aufgefallen, sagt sie. »Es kamen damals so viele Mohammads, der hat meistens geschwiegen und gelächelt. Er war der nette Moa.« Der Junge in weißen Turnschuhen mit dem hochgestylten Haar. Mohammad Reza Rahimi habe viel geträumt in seinem ersten deutschen Herbst, er wollte Profifußballer werden, Restaurantchef, Literaturprofessor, er wollte singen, modeln.

Er wollte es schaffen, wie Tausende, Zehntausende, die hier ankamen, mit Fotos ihrer Eltern, mit den Erwartungen ganzer Familien, ganzer Dörfer im Gepäck.

Fast eine Million Menschen kamen 2015 nach Deutschland, um einen Asylantrag zu stellen. Einige machten Schlagzeilen als Spitzensportlerin, Firmengründer, Studentin, Vergewaltiger. Mohammad Reza Rahimi war einfach nur da.

Wenn man ihn heute fragt, wo er die meiste Zeit verbracht hat seit seiner Ankunft, führt Rahimi in den Jugendtreff. Dort sind die Wände gelb gestrichen, die Cola kostet 30 Cent, an der Tür hängt im August 2019 der Aufkleber »Drogen? Nein Danke!«.

Rahimi geht an den Billardtisch, sein Gegner ist Abdul, ein junger Mann aus Afghanistan, sein Nachbar im Grünen Winkel. Abdul ist jünger als er, macht eine Ausbildung zum Verkäufer, hat eine Frau kennengelernt. Im Gegensatz zu ihm hat Abdul seit zwei Jahren seine Aufenthaltsgenehmigung.

Am Billardtisch gewinnt Rahimi gegen ihn, zwei Partien hintereinander.

Seit dem Sommer 2015 ist der Jugendtreff ein Ort, an dem junge Geflohene sich begegnen, sich Handyfotos aus der Ferne zeigen und sich erzählen, wer was erreicht hat in Deutschland.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ließ Mohammad Reza Rahimi damals lange warten. Drei Monate, ein halbes Jahr, der Schnee schmolz in Leipzig, bald war ein Dreivierteljahr vergangen, in dem Rahimi nicht einmal die erste Anhörung hatte, nicht wusste, wie lange er bleiben darf. In jener Zeit habe er viel über den Mohammad nach-

gedacht, auf den Deutschland gewartet haben könnte.

Er färbte sich die Haare braun, meldete sich bei einem Fußballverein an und sang in einem Kirchenchor. Er lernte Deutsch, am Billardtisch.

Während er wartete, titelte die »Bild«-Zeitung nach der Kölner Silvesternacht: »So wütet der Sex-Mob in unseren Städten!« Mohammad Reza Rahimi sagt, er sei damals auf der Straße überfallen worden, in seiner Unterkunft seien Fenster eingeworfen worden. Ein Zimmernachbar sei zurückgekehrt nach Iran.

Rahimi sammelte Spenden für ein Mädchenschulprojekt in Kamerun. Er begann ein Praktikum beim Leipziger Pflegedienst Löwenherz, verteilte Essen, machte Betten.

Fast ein Jahr lang wartete er auf seine Anhörung beim Bamf. Die Einladung mit einem Bundesadler im Briefkopf endete mit den Worten: »Beachten Sie bitte, dass es unter Umständen zu Wartezeiten kommen kann.«

Als Mohammad Reza Rahimi nach Deutschland kam, stand Iran auf der Liste der Herkunftsländer weit hinter Syrien

Die Niederschrift seiner Anhörung ist ein sieben-seitiges Protokoll eines Missverständnisses.

oder Afghanistan. In Iran war kein Krieg, herrschte keine Hungersnot. Mohammad Reza Rahimi traf Iraner, die ihm erzählten, dass sie bei ihrem Asylantrag angegeben hatten, sie seien vom Glauben abgefallen.

Rahimi wollte nicht lügen.

Die Niederschrift seiner Anhörung ist ein sieben-seitiges Protokoll eines Missverständnisses.

Die Beamtin machte einen Datenabgleich, und Rahimi erfuhr, dass er aus Afghanistan gekommen sein soll. »Ich bin in Iran geboren«, sagte er, »habe mich nie in Afghanistan aufgehalten.«

Die Beamtin fragte, ob er in Afghanistan Personalpapiere besessen habe.

Rahimi legte eine Kopie seines iranischen Aufenthaltstitels auf den Tisch.

Die Beamtin wollte wissen, ob er Mitglied einer nicht staatlichen Gruppierung gewesen sei, vielleicht einer bewaffneten.

Rahimi erzählte vom Elend der Minderheiten in Iran.

Drei Wochen später bekam er einen Brief vom Bamf. Er begann mit den Worten »Sehr geehrte(r) Frau / Herr Rahimi«.

In dem Schreiben wurde Mohammad Reza Rahimi aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb von 30 Tagen nach Bekanntgabe dieser Ent-

scheidung zu verlassen. Sollte er diese Ausreisefrist nicht einhalten, werde er nach Afghanistan abgeschoben.

Auch dieses Schreiben liegt in seinem weißen Ordner im Grünen Winkel, dort hat er in die Tür seines Zimmers ein Loch getreten, auf seinen Oberarm hat er sich mit Zigaretten ein Wort eingebrannt: Gham. Traurigkeit.

Er will von seinen Eltern erzählen, er spricht jetzt mit einer tiefen, schüchternen Stimme. Sie wurden in Afghanistan geboren, gingen nach Iran, weil sie Hazara sind, eine Minderheit, schiitische Muslime, zweite Klasse in einem kaputten Land. Wenn er von der Flucht seiner Eltern spricht, zeichnet Rahimi mit dem Finger die Route in die Luft, als sei er dabei gewesen, »ich war schon Flüchtling«, sagt er, »bevor ich auf die Welt kam«.

Seine Eltern ließen sich in Ghom nieder, dort steht der Schrein der Fatima Maa-sume, einer Nachfahrin des Propheten Mohammed. An der Theologischen Hochschule von Ghom hatte Ajatollah Khomeini unterrichtet, der Anführer der Islamischen Revolution. Mohammads Eltern beteten jeden Tag.

Hazara leben sicherer in Iran als in Afghanistan, aber richtig willkommen sind sie auch dort nicht. Afghanische Geflohene dürfen den Ort nicht verlassen, an dem sie gemeldet sind. Sie dürfen nur in bestimmten Berufen arbeiten, ihren Aufenthaltstitel müssen sie jedes Jahr verlängern lassen. »Barbari« heißen sie im Volksmund.

In Deutschland, sagt Rahimi, hätten die Menschen ihn oft gefragt, was Hazara sind.

Wer erklären muss, wer er ist, versucht, sich mit den Augen der anderen zu sehen. »Wir fallen auf«, sagt Mohammad Reza Rahimi, »allein schon wegen unserer Schlitzaugen.« Er zieht seine Augen zu übertrieben engen Schlitzen.

In der Schule nannten sie ihn »Afghane«.

In Deutschland habe er es zum ersten Mal erlebt, dass jemand »Afghane« sagte und es nicht als Schimpfwort meinte.

Auf einem Foto, das ihn nach seiner Ankunft in Deutschland zeigt, beugt er sich zu einem blonden Jungen, legt dem Kind einen Arm um die Schulter, beide lächeln in die Kamera, Rahimi zeigt auf seine Wangen. Darauf hat er sich die afghanische Flagge gemalt. Grün, rot, schwarz.

Rahimi war plötzlich stolz auf ein Land, aus dem seine Eltern geflohen waren. Die Farben der Flagge waren verkehrt herum, es war egal. Es tat gut, auf irgendetwas stolz zu sein.

In seinem Asylbescheid las Mohammad Reza Rahimi, die Lage der Hazara in Afghanistan habe sich seit dem Ende der Taliban-Herrschaft »grundsätzlich verbessert«.

Aus den Nachrichten erfuhr er von einem Land, in dem Islamisten Hazara ent-



1 | Wohnhaus Grüner Winkel 2 | Duldungspapiere
3 | Kindheitsfoto in Ghom 4 | Billard im Jugendtreff
Er färbte sich die Haare braun, meldete sich bei einem Fußballverein an, sang in einem Kirchenchor

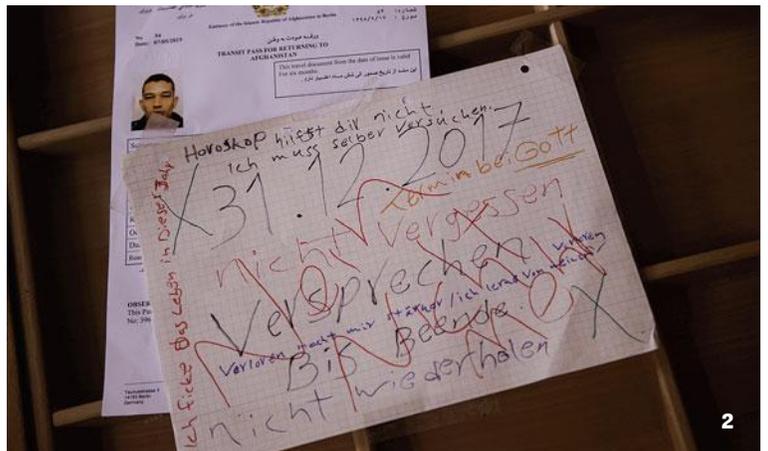




1

1 | Rahimi auf seinem Bett in Leipzig 2019
2 | Entzugsnotizen 3 | Rückkehrberatung der Caritas
4 | Brandnarbe am Arm

Er zog sich zurück in seine Wohnung, kaufte Whisky, schoss am Bildschirm auf laufende, sich duckende Menschen



2



4



3

fürten, die Kehlen durchschnitten, Selbstmordattentäter in ihre Versammlungen schickten und Schiiten vor Schreinen erschossen.

Eine »individuelle Verfolgung«, las er in seinem Bescheid, habe der Antragsteller nicht vorgetragen. Bei Rückkehr drohe ihm kein ernsthafter Schaden.

Mohammad Reza Rahimi gab diese Sätze bei Google Translate ein. Er verstand nicht, wie jemand, der sein Leben in Iran verbracht hatte, eine »individuelle Verfolgung« in Afghanistan hätte vortragen sollen. Er verstand das Wort Rückkehr nicht. Wie sollte man in ein Land zurückkehren können, in dem man nie war?

In dem Monat, in dem Rahimi aufgefordert wurde, Deutschland zu verlassen, wurde Angela Merkel in einem Interview gefragt, was sie von ihrem historischen Satz halte, ein Jahr danach. Der Satz werde etwas überhöht, sagte die Kanzlerin, es werde zu viel in ihn »geheimnist«. »So viel, dass ich ihn am liebsten kaum noch wiederholen mag.«

Mohammad Reza Rahimi klagte gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Bis am Verwaltungsgericht Leipzig ein Urteil falle, erklärte ihm seine Anwältin, könne ihn keiner abschieben.

Das Deutschland, das Rahimi loswerden wollte, gab ihm jetzt eine möblierte Wohnung im Grünen Winkel. Aus seinem Fenster blickte er auf eine Parzelle des Kleingartenvereins Grüner Winkel e. V. Er bekam 370 Euro im Monat und, ausgerechnet jetzt, einen Platz im Deutschkurs.

Es wurde seine erste eigene Wohnung. Rahimi ist ein guter Gastgeber, wenn man ihn besucht, serviert er Hähnchenschenkel von Aldi mit Nudeln und Salat, er kocht gern. In seiner Küche stapeln sich leere Bierdosen, vom Griff des Geschirrschranks baumelt eine Stoffmöwe.

Er hatte jetzt Nachbarn, den Rentner von nebenan, der immer an der Tür klopfte und Zigaretten schnorrte, Abdul, der Afghane aus dem Jugendtreff, mit ihm spielte Rahimi Computerspiele. Sie tauschten ihre Teddybären aus.

Abdul bekam seinen Asylbescheid, er durfte in Deutschland bleiben, Mohammad Reza Rahimi ging jeden Tag zum Briefkasten.

Etwa die Hälfte der Afghanen, über deren Asylantrag 2015 entschieden wurde, durften in Deutschland bleiben.

Mohammad Reza Rahimi heftete weiter seine Versuche, hier anzukommen, in den weißen Ordner.

Er meldete sich bei der Fitnesskette McFit an, ließ sein Abiturzeugnis übersetzen, er fand auf der Internetseite der Leipziger Universität die Mitarbeiterin, die ausländische Studierende betreute, beantragte ein Führungszeugnis, bestand einen Deutschtest für Zuwanderer, B1.

Als Kunde der Leipziger Verkehrsbetriebe bekam er eine individuelle Vorteilskarte zugeschickt, als Dankeschön. »Ob beim Shopping, in der Freizeit, bei Sport und Kultur oder in der Gastronomie«, sein Leben in Leipzig werde jetzt »exklusiver und günstiger«.

Mit der Straßenbahn fuhr er in den Leipziger Zoo und sah sich stundenlang Löwen hinter Glasscheiben an.

In diesem Herbst 2017 wählte Deutschland einen neuen Bundestag. Tausende zogen durch deutsche Städte, sie schrien, sie seien das Volk, und warteten vor jungen Männern wie Rahimi. Auf Plakaten hielt Frauke Petry, damals die Vorsitzende der AfD, ihren Säugling in die Kamera und fragte: »Und was ist Ihr Grund, für Deutschland zu kämpfen?«

Mohammad Reza Rahimi zog sich zurück in seine Wohnung im Grünen Winkel, kaufte Whisky, drückte sich Zigaretten an den Armen aus, schoss am Computerbildschirm auf laufende, sich duckende Menschen. Ganze Nächte habe er durchgespielt, sein Avatarnamen hieß »der einsame Afghane«.

Er schließt die Augen, auf seinem Handy macht er ein persisches Lied an.

Er ging nicht zum Arzt, nicht zu Uta. Er kaufte sich eine Dosis Heroin in einem Park am Hauptbahnhof.

Im Dezember wog er 15 Kilo weniger.

Wieder ging Mohammad Reza Rahimi in den selbst auferlegten Entzug, wieder schaffte er es, wieder allein. Auch diesen Versuch kritzelte er auf ein Blatt und heftete es in den weißen Ordner.

»31.12.2017. Termin bei Gott.«

»Ich muss selber versuchen. Nein, nicht wiederholen.«

»Versprechen, bis beende.«

Im Mai 2019 sitzt er an einem braunen Tisch, an der Wand vor ihm eine Weltkarte, eine Kinderzeichnung, ein Zitat: »... Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.« Bertolt Brecht. Flüchtlingsgespräche 1940/41.

Mohammad Reza Rahimi gegenüber sitzt eine Rückkehrberaterin der Caritas. Sie schiebt ihm seine Flugbuchung zu, Qatar Airways, 11. Juni, Frankfurt-Kabul. »Bist du schon mal geflogen?«

Er verneint.

»Du kannst 30 Kilo mitnehmen.«

»Ein Kilo reicht«, sagt er.

In den vergangenen 14 Monaten ist seine Klage abgewiesen worden, er ist durch einen Deutschtest gefallen, hat Fliesen gelegt, Päckchen sortiert bei der Deutschen Post, 12,50 Euro brutto.

Für Mohammad Reza Rahimi gibt es jetzt kein »Wir schaffen das« mehr. Es gibt nur noch: Ich schaffe das, ich bleibe clean, ich gehe und nehme so viel Geld wie möglich mit.

Wenn Rahimi heute von Angela Merkel spricht, fragt er: »Warum hat sie uns gerufen?« und greift sich mit beiden Händen an den Kopf. Deutschland, glaubt Rahimi heute, war das falsche Ziel für Leute wie ihn. Für Tausende, Zehntausende, die mit Träumen kamen, aber ohne Plan.

Er will nicht ein Abgeschobener werden, über den sich der Bundesinnenminister Seehofer an seinem nächsten Geburtstag freuen kann.

Er folgt lieber Seehofers Aufruf, der bundesweit auf Plakaten prangte: »Freiwillige Rückkehr. Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!«

Es ist vertraut für ihn, die Iraner bieten immer wieder Programme für Afghanen an, damit sie freiwillig nach Afghanistan zurückkehren.

»Weißt du, was ein Gate ist?«, fragt die Frau von der Rückkehrberatung. Eine Stunde vor Abflug werde ihm dort ein Mitarbeiter der Internationalen Organisation für Migration ein Kuvert mit 1000 Euro übergeben. Sie habe auch bereits mit der GIZ in Kabul gesprochen, nach einem halben Jahr werde er weitere 1000 Euro bekommen. Er könne auch einen Antrag auf Existenzgründung stellen, da gebe es bis zu 2000 Euro.

»Bitte«, sagt Mohammad Reza Rahimi.

Auf seiner Hinreise hatte er das Ersparte der Familie ausgegeben, 3500 Euro. Nach all den Jahren in Deutschland kann er nicht mit weniger zurückkehren.

Zwei Monate nach dem Tag, an dem er eigentlich in ein Flugzeug nach Kabul hätte steigen sollen, sitzt Rahimi auf einem Bett der PA 1, geschlossene psychiatrische Station, Sächsisches Krankenhaus Altscherbitz. Auf seinem Medikationsplan stehen Risperidon und Melperon, Neuroleptika, die Diagnose lautet: emotional instabile Persönlichkeitsstörung, Borderline-Typ.

Er geht raus in den Garten und erzählt, wie er, anstatt in den ICE zum Frankfurter Flughafen zu steigen, in einen Bus nach München gestiegen sei, die Stadt, die ihn willkommen heißen hatte. Wie er Panik bekommen habe bei dem Gedanken an Kabul, sich unterwegs mit Bier betrank und Uta Knospe anrief. Er wisse nicht mehr, was richtig und was falsch sei, habe er ihr gesagt, er wolle sich umbringen.

Die Diagnose einer »lebensbedrohlichen oder schwerwiegenden Erkrankung«

kann in Deutschland die Abschiebung verhindern. Die Behörden sollten von Rahimis Diagnose erfahren, die er bis zu diesem Krankenhausaufenthalt noch nicht einmal gekannt hatte. Uta Knospe suchte ihm einen Anwalt.

Rahimi stellte erneut einen Asylantrag.

An einem Sommerabend im August liegt Mohammad Reza Rahimi auf einer warmen Granitplatte vor dem Völkerschlachtdenkmal. Er mag es, wie die Kuppel sich im Wasserbecken spiegelt. Er legt sich die Hände unter den Kopf und blickt in den Himmel. Als Kind, sagt er, habe ihm seine Mutter oft die Sterne über Ghom gezeigt. Er schließt die Augen, auf seinem Handy macht er ein persisches Lied an.

Am nächsten Morgen steht Rahimi im Ankunftszentrum Leipzig vor Raum 207, er hat schlecht geschlafen, gleich beginnt seine zweite Anhörung. »Manchmal bin ich im Kopf so kaputt«, sagt er der Entscheiderin, die ihm gegenüber sitzt, »dass ich zwei Minuten nicht denken kann, ich will es aber heute unbedingt versuchen.«

Rahimi lehnt den Dolmetscher ab, er will diesmal selbst sprechen.

Die Entscheiderin blättert seine ärztlichen Atteste durch, sie fragt ihn, ob er heute Rauschmittel genommen habe.

»Nein«, sagt er.

Wann habe er erstmals Anzeichen seiner psychischen Erkrankung bemerkt?

Vor etwa zwei Jahren habe er versucht, einen Therapieplatz zu bekommen, Wartezeit sieben Monate.

Die Beamtin nickt verständnisvoll. Ob er sich an eine Suchtberatungsstelle gefunden habe.

»Nein«, sagt er, das brauche er nicht mehr. »Ich habe hier keine Zukunft gefunden.«

Am 11. September 2019, zwei Wochen nach seiner zweiten Anhörung, bekommt er ein Schreiben.

Er darf bleiben.

Die Sonne geht unter in Leipzig, Mohammad sitzt wieder auf seinem Bett im Grünen Winkel, es ist Mai 2020. Er zerbröseln ein braunes, erbsengroßes Bällchen, verteilt das Pulver auf einen Streifen Alufolie, erwärmt die Folie mit einem Feuerzeug, bis das Pulver flüssig wird, beugt sich darüber und zieht die Dämpfe durch einen Halm in die Lunge.

»Iranischer Mohn ist sauberer«, sagt er.

Mohammad Reza Rahimi weiß nicht mehr, wann er wieder angefangen hat mit dem Heroin. Im Winter irgendwann, sagt er, der Druck war weg, er hätte in Deutschland durchstarten können, Ausbildung, Lehre, Studium, er wollte nur noch einmal eine Folie rauchen. Dann kam Corona.

»Ich bin hier jeden Tag gestorben«, sagt Rahimi und weint. »Ich bin ein Scheißmensch.«

Er wolle keinen weiteren Tag mehr in Deutschland bleiben, nicht mehr über Deutschland reden, sich an nichts erinnern, nur gehen und seine Vergangenheit mit sich nehmen.

»Ich will meine Niere verkaufen«, sagt er. »Ich habe Schulden, meine Eltern sind krank.«

Mohammad Reza Rahimi, ein junger Mann, der vor fünf Jahren kam, hat in Deutschland keine Heimat gesucht, weil er noch nie eine hatte.

Er suchte nur sich selbst und lernte, er ist nicht verfolgt genug, um zu bleiben.

Er ist nicht radikal genug, um abgeschoben zu werden.

Er ist krank genug, um zu bleiben.

Uta Knospe ist inzwischen in Rente, sie lernt Türkisch und liest Hölderlin.

Kürzlich habe sich ein syrischer Arzt bei ihr gemeldet, auch er kam 2015, sie gab ihm damals 500 Euro, damit er seine Zeugnisse übersetzen ließ. Der Mann arbeite nun in einer Praxis, er habe es geschafft und wolle seine Schulden zurückzahlen.

Sie will dieses Geld Moa geben, damit er sich ein Ticket kaufen kann, nach Hause.

Am 5. August 2020, fünf Jahre nach seinem Aufbruch in Ghom, zieht Mohammad Reza Rahimi auf eine Entzugstation in Leipzig.



Rahimi in seiner Wohnung: »Ich habe hier keine Zukunft gefunden«

Mein Fall

Auf der Rückbank



Eine Tote im fernen Pakistan, mehrere Löcher im Körper und keine Zeugen. Nur der Ehemann, der behauptet, Unbekannte hätten von einem Motorrad aus geschossen. Sieht so ein perfekter Mord aus?

Gut zwei Jahre lag Fiza C. in ihrem Grab im Osten Pakistans, zwei Meter tief unter drei Steinplatten, bevor ihre Leiche von Totengräbern aus der Erde gehoben und nach Gujrat transportiert wurde, wo Wolfgang Eisenmenger, langjähriger Leiter des rechtsmedizinischen Instituts der Ludwig-Maximilians-Universität in München, sich über sie beugte, in einem Sektionshaus, das eher einem Schuppen glich.

Eisenmenger war am Tag zuvor aus München eingeflogen, begleitet von einem Schusswaffenexperten des bayerischen Landeskriminalamts, einem Spurensicherer des Polizeipräsidiums München, zwei Polizeibeamten und einem Staatsanwalt aus Landshut sowie einem Assistenten.

Die Gruppe hatte sich auf den Weg gemacht, weil in Landshut der Witwer von Fiza C. vor Gericht stand. Ashraf C., 1956 geboren in Pakistan, eingebürgert in Deutschland, Schweißer bei BMW, soll seine 35 Jahre alte Ehefrau an einem nebligen Abend im Januar 2003 mit mehreren Schüssen getötet haben, auf einer schmalen Straße nahe Jalalpur Jattan, in seinem Wagen, einem Suzuki Alto. Die Staatsanwaltschaft war überzeugt, dass Ashraf C. zwei Lebensversicherungen kassieren wollte, die er für seine Frau abgeschlossen hatte. Insgesamt ging es um 178 000 Euro. Ashraf C. bestritt die Vorwürfe, er behauptete, zwei Unbekannte auf einem Motorrad hätten auf seine Frau geschossen. Zeugen gab es keine.

Es war eine dünne Behauptung, aber sie war schwer zu widerlegen. Nur Indizien belasteten den Witwer. Die pakistanische Polizei hatte im Wagen Patronenhülsen gefunden. Das passte nicht zur Aussage, es sei von außen auf den Suzuki gefeuert worden. Auch soll Ashraf C. in den Wochen zuvor versucht haben, den Suzuki in einen Fluss zu lenken, wohl um seine Frau durch einen angeblichen Unfall zu töten. Aber das war kaum mehr als ein Gerücht, das in den pakistanischen Akten stand. Unklar war auch, wie Ashraf C. die Untersuchungshaft und Pakistan überhaupt hatte verlassen können,

Schmiergeld soll eine Rolle gespielt haben. Hätte nicht die Familie der Toten einen Anwalt in Deutschland engagiert, Ashraf C. wäre wohl nie angeklagt worden.

Der Leichnam von Fiza C. befand sich in recht gutem Zustand. Die Vorderseite war mumifiziert, trocken wie Leder. Eisenmenger konnte drei Einschüsse entdecken, in der linken Brust und im Bauch. Mehrere Rippen waren gebrochen, die Brustwirbelsäule wies eine Verletzung auf, das rechte Schulterblatt hatte ein Loch. Die pakistanische Polizei hatte nur eine Kugel im Wagen gefunden und keine in der Leiche.

Zunächst war zu klären, ob Fiza C. tatsächlich im Wagen von Kugeln getroffen worden war. Wenn das stimmte, müsste sich zumindest Blut auf den Sitzen finden lassen. Aber der Wagen war schon Monate zuvor von der Polizei freigegeben und von der Familie des Angeklagten verkauft worden.

Die deutschen Ermittler ließen nach dem Suzuki fahnden, der Wagen wurde gefunden, konfisziert, und Eisenmenger versprühte im Auto eine Flüssigkeit, die Blut im Dunkeln leuchten lässt. Es war tatsächlich Blut im Auto. Zu viel Blut. An vielen Stellen. Eisenmenger war überrascht, die pakistanische Polizei nicht. Die Beamten erklärten, dass es in Pakistan üblich sei, geschlachtete Tiere im Auto zu transportieren.

Sein Heimatland als Tatort gewählt zu haben schien sich zu lohnen für Ashraf C. Die pakistanische Polizei hatte den Wagen nach der Tat untersucht, und zwar angeblich genau. Doch die Deutschen entschieden sich, den Wagen erneut zu untersuchen, und zwar genauer. Jeden Winkel, jeden Quadratzentimeter. Sie wurden fündig.

Auf der Fahrerseite, verdeckt durch eine alte Kokosmatte, entdeckte der Waffensachverständige im Bodenblech eine deformierte Kugel. Eine zweite, ebenfalls verdeckt, steckte in der Ummantelung des Kardantunnels. Das war ein Etappensieg, aber noch kein Beweis für die Schuld des Angeklagten. Dafür war es nötig zu wissen, von wo geschossen wurde. Von außen in den Wagen hinein. Oder von innen. Der Suzuki war alt, die Sitze waren verschlissen und in einem schlechten Zustand. Mehr als zwei Jahre waren seit den Schüssen vergangen. Wie sollten Eisenmenger und seine Kollegen unter diesen Umständen nachweisen, überzeugend für die Richter im fernen Landshut, von wo geschossen wurde?

Der Waffenexperte hatte schließlich eine Idee. Er bat Eisenmengers Assistenten ins Auto, der setzte sich auf die Rückbank, steckte sich mehrere Zigaretten auf einmal an und begann, den Wagen vollzuqualmen.

Als der Rauch dicht genug war, setzte sich der Waffenexperte ins Auto, schaltete einen Minilaser an, drehte ihn so, dass der rote Laserstrahl nach oben zeigte, und hielt ihn dann über die Stelle, an der die erste Kugel eingeschlagen war. Er bewegte den Laser ein wenig hin und her, und plötzlich leuchtete der Strahl makellos gerade durch den Sitz des Wagens. Die Schussbahn der ersten Kugel war identifiziert, sie konnte nur im Innern des Wagens abgefeuert worden sein. Der Rauch machte den Laserstrahl gut genug sichtbar, dass den Richtern in Landshut ein überzeugendes Foto präsentiert werden konnte. Das Gleiche gelang mit einer weiteren Kugel.

Ashraf C. wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt. Er hat seine Strafe mittlerweile abgeessen und das Gefängnis verlassen, als freier Mann. Fiza C. dagegen liegt wieder in ihrem Grab, im Osten Pakistans, zwei Meter unter der Erde, drei Steinplatten über ihrer Gruft. Uwe Buse



Wolfgang Eisenmenger,

76, ist einer der renommiertesten Forensiker Deutschlands. Knapp 20 Jahre leitete er das Institut für Rechtsmedizin an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Im Jahr 2009 ging er in den Ruhestand.

Wirtschaft



Ausgetrocknete Ackerfläche in Brandenburg

Hitzewellen vernichten Umsatz

Klimawandel Besonders oft erleben Unternehmen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt Wetterextreme.

● Deutschlands Unternehmen leiden über die Jahre zunehmend unter Wetterextremen, dennoch ergreifen nur wenige Firmen Vorkehrungen dagegen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage von Wissenschaftlern der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr und des Münchner Ifo-Zentrums für Makroökonomik und Befragungen. Demnach verliert ein erheblicher Teil der Firmen durch extreme Wettersituationen an Umsatz, ihr Anteil habe über das vergangene Jahrzehnt deutlich zugenommen. Vor allem Hitzewellen und Trockenheit machen den Unternehmen zu schaffen, knapp zwei Drittel der Befragten gaben an, davon betroffen zu sein. Besonders häufig erlebten Betriebe aus

Thüringen und Sachsen-Anhalt diese Wetterextreme, seltener dagegen solche aus Süddeutschland. Fast die Hälfte der Unternehmen, 45 Prozent, büßen wegen Hitzewellen Umsatz ein, am stärksten betroffen sind die Textil- und Bekleidungsbranche, das Bauhauptgewerbe, die Bereiche Nahrung, Getränke und Tabak sowie der Einzelhandel. Viele Betriebe rechnen damit, dass sie in Zukunft noch häufiger extremen Wettersituationen ausgesetzt sein werden. Dennoch haben deutlich mehr als die Hälfte der Befragten, die Vorsorge für prinzipiell notwendig halten, noch keine Maßnahmen getroffen. Es bestehe also »erheblicher Anpassungsbedarf«, so die Wissenschaftler. **AJU**

Airbus-Turbinen Empfindliche Innovation

● Der Münchner Triebwerkhersteller MTU hat eine Schlappe bei der Entwicklung sparsamer und leiser Flugzeugturbinen hinnehmen müssen. Die Firma stellt mit dem US-Konzern Pratt & Whitney

das Antriebsaggregat für den angeblich besonders umweltfreundlichen Airbus A320 neo her. Bereits vor zwei Jahren klagten Kunden wie die Luft hansa über Fehler, etwa Vibrationen oder fehlerhafte Dichtungen. Die Probleme wurden beseitigt, doch nun gibt es neuen Ärger. Die Münchner hatten in der Niederdruckturbine Schaufeln aus dem Leichtbau-

werkstoff Titanaluminid eingebaut, um Gewicht zu sparen. Die Innovation wurde sogar durch das Luftfahrtforschungsprogramm des Wirtschaftsministeriums gefördert. Doch das Material ist hochempfindlich; der Instandhaltungsaufwand erwies sich als zu hoch. Die Teile mussten daher ausgetauscht und durch herkömmliche Schaufeln mit

nickelbasierter Legierung ersetzt werden. Die Kosten trugen MTU und Pratt & Whitney. Ein MTU-Sprecher sagt, die »Garantiewerte für einen niedrigeren Treibstoffverbrauch« würden dennoch eingehalten. Bis Jahresende sollen 1100 Triebwerke umgerüstet sein, ein Großteil der betroffenen Flugzeuge steht wegen der Pandemie ohnehin am Boden. **DD**

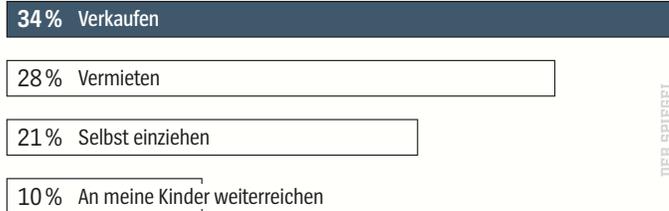
Immobilienerbe

Lieber verkaufen als selbst einziehen

● Was würden Erben am ehesten mit der Immobilie der Eltern machen? Mehr als ein Drittel würden das Haus oder die Wohnung verkaufen. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens Civey im Auftrag des Immobilien-Start-ups Wertfaktor. Civey befragte von Ende Juli bis Anfang August rund 1500 Personen, die zwischen 18 und 49 Jahre alt sind und deren Eltern eine Immobilie besitzen. Demnach würden 28 Prozent der Befragten die geerbte Immobilie vermieten. Selbst einziehen wollte nur jeder Fünfte. Jeder Zehnte würde die

Immobilie wiederum an die eigenen Kinder weiterreichen. Und wenn das Erbe ausbleibt, weil die Senioren beschließen, die Immobilie zu verkaufen, um sich eigene Wünsche zu erfüllen? Rund zwei Drittel der Befragten stünden dieser Entscheidung positiv gegenüber. Knapp ein Viertel wäre »etwas enttäuscht«, könnte den Schritt jedoch verstehen. Nur jeweils drei Prozent der Befragten gaben zu, »verärgert« zu sein, weil sie den Verkauf als egoistisch empfänden, oder »schockiert«, weil sie die Immobilie als finanzielle Absicherung eingeplant hatten. Laut der Umfrage haben bislang fast die Hälfte der Befragten noch keine Vereinbarung mit ihren Eltern über deren Immobilie getroffen. RWI

»Was würden Sie am ehesten mit einer von Ihren Eltern an Sie vererbten Immobilie machen?«



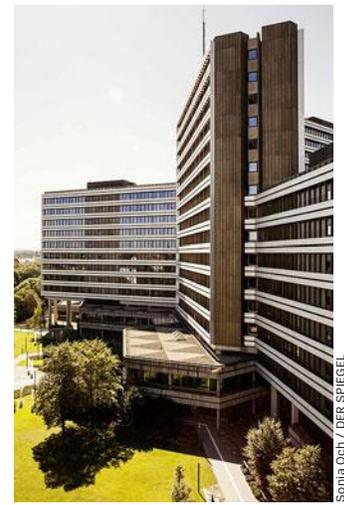
Civey-Umfrage vom 22. Juli bis 2. August; 18- bis 49-Jährige, deren Eltern eine Immobilie besitzen; 1506 Befragte; Stichprobenfehler: 3,1 Prozentpunkte; an 100 fehlende Prozent: »Teilverkauf«, »Etwas anderes«

DER SPIEGEL

Digitalisierung

Millionen Euro für die Heimarbeit

● Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat fast 13 Millionen Euro ausgegeben, um ihren Mitarbeitenden die Arbeit im Homeoffice zu ermöglichen. Sie reagierte damit auf ein Problem, vor dem in der Corona-Pandemie auch andere Behörden standen: Möglichst viele Angestellte sollten ins Homeoffice, hatten aber nicht die notwendige Ausrüstung. Die wurde nun teils in Rekordzeit beschafft, auch weil die Vergaberegeln lockerer gehandhabt wurden. Per Rundschreiben hatte das Wirtschaftsministerium Mitte März alle Beschaffer auf die »große Herausforderung« hingewiesen, durch »schnelle und effiziente« Vergabeverfahren den Dienstbetrieb der Verwaltung aufrechtzuerhalten – etwa durch verkürzte Fristen oder Vergaben ohne Bieterwettbewerb. Die Möglichkeit wurde genutzt, wie das Beispiel der BA zeigt. Die mit ihren rund 100 000 Beschäftigten besonders personalstarke Nürnberger Behörde gab unter Beru-



Sonja Och / DER SPIEGEL

BA-Zentrale in Nürnberg

fung auf Pandemie-Sonderregeln seither insgesamt knapp 13,8 Millionen Euro zur Erweiterung ihrer IT aus. Davon entfielen knapp 12,9 Millionen darauf, den Beschäftigten die Arbeit von zu Hause aus zu ermöglichen. Die Zusatzausgaben flossen unter anderem in sichere VPN-Zugänge, Notebooks, Headsets sowie erhöhte Serverkapazitäten. Nutznießer der Aufträge waren nach BA-Angaben unter anderem Fujitsu Technology Solutions, T-Systems International und das IT-Systemhaus Bechtle. ROM

Schulessen

Bund will Standards durchsetzen

● Bundesernährungsministerin Julia Klöckner (CDU) fordert die Bundesländer auf, Standards für Schul- und Kita-Essen verpflichtend einzuführen. »Das ist eine Investition in die Gesundheit unserer Kinder, hier darf es keine Ausreden mehr geben«, sagte Klöckner. Es geht um die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), die im Auftrag des Ernährungsministeriums entwickelt wurden. Sie betreffen unter anderem die Frage, welche Lebensmittel wie oft angeboten werden sollen, aber auch Hinweise zur Zubereitung (nicht zu oft frittieren oder panieren). Daneben aber auch etwa die Berücksichti-

gung von konfessionell geprägten Ernährungsgewohnheiten oder die Herkunft der Nahrungsmittel. Nach Angaben

der DGE sind die Standards für Schulen nur in Berlin, Hamburg und dem Saarland verpflichtend. Bremen bereite

gerade die Einführung vor. In Mecklenburg-Vorpommern werden die Standards den Schulen empfohlen, in Bayern und Baden-Württemberg gibt es besondere Modellprojekte. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ist als Ziel festgehalten, dass der Bund die Länder bei der Umsetzung der Essensstandards unterstützen solle. Das Bundesernährungsministerium fördert dafür nach eigenen Angaben sogenannte Vernetzungsstellen für Kita- und Schulessen aktuell mit zwei Millionen Euro im Jahr. »Von den Ländern erwarte ich, dass sie diese Qualitätsstandards jetzt auch überall verpflichtend anwenden«, so Klöckner. JOS



Oliver Diezke / picture alliance / dpa

Klöckner mit Kindern 2018

Land ohne Obdach

Gerechtigkeit Bis zu 40 Millionen Amerikaner drohen in der Coronakrise ihr Zuhause zu verlieren, weil sie die Mieten nicht mehr zahlen können. Noch wendet die US-Regierung den Absturz mit viel Geld ab. Doch die Sorge vor einer neuen Immobilien- und Finanzkrise wächst.

Mitten in der Coronakrise bekam Denise Briggs Post von ihrem Vermieter. Sie »wusste schon, was da drinstehen würde«, als der Umschlag sie erreichte, sagt die 55-Jährige aus Richmond bei San Francisco. Sie kannte die Standardsätze aus den Kündigungsschreiben, aber mit einem Rauswurf hatte sie nicht gerechnet, nicht jetzt, nicht während der Pandemie. Der Vermieter erklärte ihr dann am Telefon, er wolle sein Haus verkaufen, sie habe 60 Tage Zeit, ihre Wohnung zu räumen, auch das ist Standard. »Da bin ich erst mal total ausgeflippt«, sagt Briggs.

Kurz nach dem Ausbruch der Pandemie hatte sie ihren Job bei einer Non-Profit-Organisation verloren, der das Geld ausgegangen war. Briggs leidet an chronischen Atemwegsproblemen, sie gehört zur Risikogruppe. Sie hat keine Ersparnisse, ihre Kreditwürdigkeit – überlebenswichtig in den USA – ist schlecht. Das machte die Suche nach einer neuen Wohnung schwierig. »In dem Moment war ich sicher, dass ich auf der Straße ende«, sagt Briggs.

Es wäre ein Schicksal, das derzeit nach Meinung von Experten Millionen von Amerikanern droht. Erst nahm ihnen das Virus die Arbeit weg, jetzt könnten sie auch noch Haus oder Wohnung verlieren. Zwischen 30 und 40 Millionen Mieter müssen in den USA aufgrund der Covid-Krise damit rechnen, dass ihnen gekündigt wird, weil sie die Miete nicht mehr aufbringen können.

Diese Zahlen hat eine Gruppe von Fachleuten ermittelt, der Forscher des Massachusetts Institute of Technology und der Universität Princeton angehören. Zu den Autorinnen gehört die Wohnungsmarktpertin Emily Benfer von der Wake-Forest-Universität in North Carolina. Wenn die Regierung nicht reagiere, stehe dem Land »eine Lawine von Kündigungen« und eine Krise »beispiellosen Ausmaßes« bevor, sagt Benfer.

Die Mietermisere birgt nicht nur sozialen Sprengstoff – sie könnte auch den Kampf gegen die Pandemie erschweren, warnen Experten. Menschen mitten in einer Gesundheitskrise aus ihren Häusern zu vertreiben, berge ein höheres Risiko für die Ansteckung und Verbreitung von Covid-19, sagt Aaron Carr von der



Winnif Wintemeyer / DER SPIEGEL

Wohnmobilbewohnerin Evans in San Francisco: »Das verdammte Virus«

Mieterschutzorganisation Housing Rights Initiative. Die Katastrophe werde dann »zu einer Apokalypse«, fürchtet Carr. Und Ananya Roy, Ungleichheitsforscherin an der University of California in Los Angeles, sieht die USA auf Verhältnisse wie in den Dreißigerjahren zusteuern: »Das wird schlimmer als die Große Depression.«

Noch verhindert die Trump-Regierung den Absturz mit viel Geld. Trotz aller Kritik am katastrophalen Krisenmanagement des Weißen Hauses ist das Land ökonomisch bisher einigermaßen glimpflich davongekommen. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen explodiert, mehr als 55 Millionen Amerikaner haben seit März ihren Job verloren und einen Antrag auf staatliche Stütze gestellt. Doch im Frühjahr schnürte der Kongress ein billionenschweres Hilfspaket, das eine zusätzliche wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 600 Dollar vorsah – ein Betrag, der den üblichen Lohn vieler Arbeiter übersteigt und sie bisher oft davor bewahrte, ihre Miete nicht mehr zahlen zu können.

Zudem erließen 43 Bundesstaaten und die Hauptstadt Washington Regelungen, die Zwangsräumungen deutlich erschweren. Und die US-Regierung verabschiedete ein Gesetz, das zumindest jene Mieter schützt, die in staatlich subventionierten Wohnungen und Häusern leben.

Diese Regelung lief Ende Juli aus. Experten fürchten, dass das Heer der Obdachlosen, das schon vor der Coronakrise über eine halbe Million Amerikaner zählte, anschwellen wird. »So ungenügend die Schutzmaßnahmen auch waren, sie haben bisher das Schlimmste verhindert«, sagt der Jurist Zach Neumann von der Mieterschutzinitiative Covid-19-Eviction-Defense-Project. Er verweist auf eine aktuelle Erhebung der staatlichen Zensusbehörde. Danach konnten rund 20 Prozent der US-Mieter im Juli ihre Miete nicht pünktlich bezahlen. Und bereits jeder dritte Befragte ging davon aus, die Miete für den August vermutlich nicht aufbringen zu können. »Wir nähern uns einem Punkt, an dem es für sehr viele Menschen sehr eng wird«, sagt Neumann.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Der finanzielle Spielraum vieler Amerikaner ist begrenzt, das gilt nicht nur für die Unterschicht. Laut einer Studie der US-Zentralbank haben rund 40 Prozent der Bürger Probleme, eine unerwartete Rechnung von 400 Dollar zu begleichen. Familien in den teuren Großstädten an der West- und Ostküste sind oft auf mehr als ein Einkommen angewiesen, um die enormen Lebenshaltungskosten zu tragen.

Und sie bekommen nun ein Problem. Wegen der Pandemie haben etliche Schulbezirke, etwa in Los Angeles oder Washington, D. C., angekündigt, im August

Mehr Arbeitslose ...

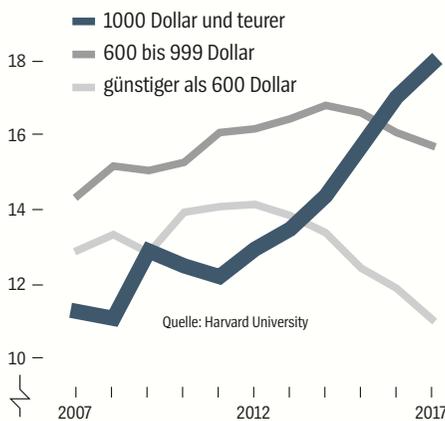
US-Arbeitsmarkt*, 4-Wochen-Durchschnitt, in Mio., saisonbereinigt

* Nur versicherte Arbeitslose
Quelle: US-Arbeitsministerium



... gestiegene Mieten ...

Vermietete Objekte in den USA, in Mio., nach monatlichen Mietkosten

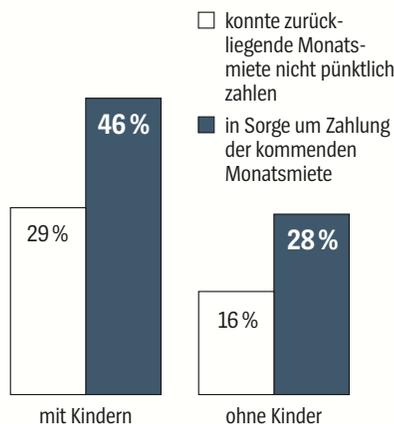


25%

aller Mieter verwenden zu Beginn der Coronakrise mehr als die Hälfte ihres monatlichen Haushaltseinkommens für das Wohnen.

... drohende Zwangsräumung

Anteil der US-Haushalte, die Probleme mit der Zahlung ihrer Miete haben



Quelle: Census, 16. bis 21. Juli 2020

nicht zum regulären Schulunterricht zurückzukehren. Das heißt: Die Familien bezahlen entweder eine teure Privatbetreuung, oder ein Elternteil quittiert den Job. Beides reißt ein Loch in die Haushaltskasse und in das Budget für die Miete.

Noch hoffen viele Amerikaner auf Rettung aus Washington, auf ein neues Stimulus-Paket. Weil Republikaner und Demokraten sich darauf bisher nicht einigen konnten, unterzeichnete Präsident Donald Trump am vergangenen Samstag ein Dekret, das die staatliche Arbeitslosenunterstützung verlängert, in abgespeckter Form. Die Stütze in Höhe von dann 400 Dollar pro Woche soll zu einem Viertel von den Bundesstaaten bezahlt werden – was viele Gouverneure rundweg ablehnen. Außerdem bezweifeln Demokraten wie einige Republikaner, dass Trump überhaupt das Recht hat, ohne Zustimmung des Kongresses ein solch milliardenschweres Hilfsprogramm aufzulegen.

Schlimmer noch: Offenbar will Trump den Schutz vor Zwangsräumungen wieder lockern. Ursprünglich hatte er erklärt, es bleibe dabei, dass Mieter staatlich subventionierter Wohnungen nicht auf die Straße gesetzt werden dürfen. In seinem Erlass ist davon nicht viel übrig geblieben. Nun steht dort lediglich noch, das Gesundheitsministerium solle »erwägen«, ob eine Verlängerung des Moratoriums für Zwangsräumungen überhaupt notwendig sei.

Die kalifornische Abgeordnete Maxine Waters von den Demokraten bezeichnete die »sogenannten präsidenten Erlasse« daher als »politischen Trick«. Trumps Ankündigung, er wolle die Menschen vor Kündigungen schützen, bedeute »gar nichts«, sagt Waters.

Vermieter, die auf Zahlung säumiger Monatsraten bestehen oder Mieter zur Kündigung drängen, stehen derzeit als herzlose Bösewichte da. Doch die Mieterkrise könnte sich rasch auch zu einer Vermieterkrise auswachsen. In den USA gehören etwa 40 Prozent der rund 48 Millionen Mietobjekte kleinen Privateigentümern, die ein Einfamilienhaus oder vielleicht einen einzelnen Wohnblock vermieten. Können sie wegen fehlender Einnahmen ihre Kredite nicht mehr bedienen, droht der Zwangsverkauf.

Was für Millionen Amerikaner vorerst nur eine Bedrohung darstellt, ist für Jennifer Evans, 48, längst Realität. Sie hat ihr Haus in der reichen kalifornischen Bay Area, wo finanziell schwächer Gestellte schon lange vom Wohnungsmarkt verdrängt werden, vor zwei Jahren verloren. Seit ein paar Wochen steht sie mit ihrem Wohnmobil auf einer Straße in der Nähe der San Francisco State University, wo sich Camper an Camper reiht, weil sie hier geduldet werden. »In letzter Zeit sind viele neue angekommen«, sagt Evans,

»muss wohl das verdammte Virus sein.«
Sie lacht bitter.

Zu Dutzenden stehen die Wagen hier den Gehsteig entlang, rollende Heimstätten für eine neue Klasse von Obdachlosen, die sich mehr leisten können als ein Zelt, aber keine Wohnung mehr haben. Manche der Wagen sind von wucherndem Gestrüpp umrankt, die Reifen platt, zur fahruntüchtigen Immobilie geworden.

Evans lebt mit ihren zwei Hunden in einem alten Ford Winnebago Chieftain, der ihr noch blieb, als sie ihr Haus verlor. Bis zum Sommer arbeitete sie als Schulbusfahrerin im kalifornischen Half Moon Bay. Dann erhielt sie die Nachricht, sie werde nicht mehr gebraucht. Ihre Tochter – »sie hat zum Glück noch ihren Job« – bringt ihr manchmal ihre zwei kleinen Kinder vorbei, damit die Großmutter auf sie aufpasst. Ohne das Notgeld vom Staat, sagt Evans, »weiß ich nicht, wovon ich mir etwas zu essen kaufen soll«.

Direkt nebenan, auf der anderen Seite der Straße, hinter einem hohen Zaun, flanieren braun gebrannte Männer in Shorts und weißen Schuhen unter der Nachmittagssonne über einen gut gepflegten Golfplatz, auf der Jagd nach ihrem Handicap.

In vielen amerikanischen Städten liegen Reichtum und Elend eng beieinander, manchmal auf zwei Seiten derselben Straße. Corona vertieft diese Gräben, die Ungleichheit wächst. Amerika erlebe eine neue Spaltung, sagt Sanjiv Das, Chef des Unternehmens Caliber Home Loans. Seine Firma, die siebtgrößte ihrer Art in den USA, vergibt Kredite an Hauskäufer. Und das Geschäft blüht. Denn während Millionen den Rauswurf aus der Mietwohnung fürchten müssen, wächst ein anderes Segment des Immobilienmarkts: der Verkauf von Eigenheimen. Er bekomme eine Flut von Hypothekenanträgen, sagt Das.



Jason Henry / The Guardian

Mieterin Briggs in Richmond, Kalifornien
60 Tage bis zur Räumung

In den vergangenen Monaten habe er die Belegschaft seines Callcenters verdoppeln müssen, um den Antragsstau abzarbeiten.

»Es gibt jetzt zwei Volkswirtschaften«, sagt Das. In der einen lebten diejenigen, die um Jobs und Wohnung bangen mussten oder beides schon verloren haben: die prekär Beschäftigten, etwa in den Restaurants oder der Reisebranche, deren Umsätze kollabiert sind. Die anderen hätten ihren Job noch und könnten sich ein Haus leisten, weil sie in Branchen wie der Tech-Industrie arbeiten, die vom Umbruch sogar profitieren.

Für den Käuferandrang mitten im schlimmsten Wirtschaftsabsturz der USA seit Jahrzehnten gibt es eine einfache Erklärung: Historisch niedrige Zinsen machen die Finanzierung des Hauskaufs so erschwinglich wie nie zuvor. »Eine 30-jährige Hypothek kostet heute unter drei Prozent«, erklärt Das. »Viele Leute haben das Gefühl, dass es günstiger ist, zu kaufen, als zu mieten.« Ausgerechnet die Pandemie beschleunigt den Trend.

Dass sich am Häusermarkt eine Spekulationsblase aufbaut, ähnlich wie die Subprime-Krise von 2008, die erst die US-Wirtschaft und dann die globale Finanzwelt in den Abgrund riss, glaubt Das nicht. Vor allem außerhalb der Städte seien die Preise immer noch moderat. »Es fühlt sich nicht an wie eine Blase«, sagt der Unternehmer, der während der Finanzkrise das Hypothekengeschäft der Citigroup führte.

Ganz anders sieht das Nancy Wallace, Professorin an der Berkeley Haas School of Business. Für sie braut sich gerade ein Sturm zusammen, ähnlich demjenigen von 2008. Während die Kreditvergabe der Banken nach der Subprime-Krise scharf reguliert wurde, durfte die Hypothekenbranche »unreguliert und mit dürftiger Kapitalausstattung« weiterarbeiten, sagt Wallace. Firmen wie Caliber Home Loans hätten den traditionellen Banken in den vergangenen Jahren einen wachsenden Teil des Geschäfts abgenommen. Zu den Kunden dieser Anbieter zählten Amerikaner mit moderaten oder niedrigen Einkommen – ausgerechnet jene Gruppe, die die Coronakrise besonders hart trifft.

»Die Zahl der säumigen Kredite steigt in diesem Bereich schnell«, warnt Wallace. Noch werde das Ausmaß des Problems von den Rettungsprogrammen des Kongresses und der Fed verschleiert. Sobald der Staat seine schützende Hand wegziehe, »wird das anders sein«.

Das Risiko, dass nach den Mietern bald massenhaft Vermieter ihre Immobilien verlieren, hält Susan Wachter für gering. Sie ist Professorin für Finanzen an der Wharton School der University of Pennsylvania. Denn bis auf Weiteres Sorge ein Gesetz dafür, dass säumige Hypothekenzahler keine Zwangsversteigerung fürchten müssten. Und die Politik, glaubt Wachter, »wird nachlegen, wenn es nötig ist«. Dass sich eine Immobilienkrise wie 2008 wiederholen könnte, will sie aber nicht ausschließen. Längst gebe es in der Politik Bestrebungen, die strenge Regulierung der Kreditvergabe zu lockern. So erwägt die Trump-Regierung eine Privatisierung der staatlich kontrollierten Hypothekenspezialisten Fannie Mae und Freddy Mac. »Wir haben die Lektionen nicht gelernt«, klagt Wachter.

Denise Briggs aus Richmond hat gelernt, dass Vermieter jetzt oft das Dreifache der Monatsmiete als Kaution verlangen. »Sie sagen, das sei notwendig, wegen der unsicheren Situation«, sagt Briggs.

Die Suche nach einer neuen Wohnung war schwierig, aber sie hatte Glück. Vor ein paar Tagen ist sie umgezogen, auch einen neuen Job hat sie gefunden. Ihr neues Zuhause ist teurer als das davor und liegt in einer schlechteren Gegend. Aber es geht weiter. »Ich stehe das durch«, sagt Briggs.

Guido Mingels, René Pfister, Ines Zöttl



Jose Perez / GC Images / Getty Images

Fahrgäste in Subway-Wagen in New York City: »Lawine von Kündigungen«



Zentrum von Makati nahe Manila: Eldorado für Geldwäsche, Kinderhandel, Glücksspiel und Terrorfinanzierung

Marsaleks Schattenreich

Finanzskandale Die Struktur des Betrugs bei Wirecard wird immer deutlicher: Bei deutschen Banken gab sich der Dax-Konzern solide und ließ sich Milliarden Euro – die dann in windigen Firmen in Singapur und auf den Philippinen verschwanden.

Die Firma MKG Tolentino Trading hat eine gute Auswahl populärer Geldscheine vorrätig: 20- und 100-Dollar-Scheine oder die bei Geldwäschern beliebten 500-Euro-Noten. »Wenn Sie Qualitätsfalschgeld für Kinofilme brauchen, rufen Sie uns an«, heißt es auf der Website der Firma. Sie scheint dem philippinischen Anwalt Mark Tolentino zu gehören, der eine Firma gleichen Namens betreibt.

Womöglich hat sich jemand mit der Internetseite aber auch bloß einen Scherz erlaubt, zu schön passt sie zu einem Job, den der Anwalt bis vor Kurzem ausübte: Der frühere Wirecard-Vorstand und mutmaßliche Betrüger Jan Marsalek engagierte ebendiesen Mark Tolentino. Und wer wäre geeigneter, Milliarden schätze vorzutauschen, als ein Falschgeldexperte?

1,9 Milliarden Euro soll Tolentino für Wirecard auf Treuhandkonten bei zwei philippinischen Banken verwaltet haben. So stellte es das mittlerweile insolvente Unternehmen aus Aschheim bei München dar. Bis sich im Juni offenbarte, dass das Geld zumindest auf den ominösen Konten überhaupt nicht existierte.

Mark Tolentino hatte bestritten, etwas mit dem Skandal zu tun zu haben. Inzwischen sollen jedoch Dokumente aufgetaucht sein, die belegen, dass er Geschäfte für Marsalek abwickelte – über die Firmen MKG Tolentino Trading und MKG Tolentino Enterprises. Eigentlich sollte er Ende Juli den Justizbehörden des Landes eine eidesstattliche Erklärung abgeben, dann kam Corona dazwischen. Über die Metropole Manila wurde unlängst erneut ein zweiwöchiger Lockdown verhängt –

Glück für Tolentino. Sein Anwalt äußert sich auf Anfrage nicht.

Aber auch ohne Tolentinos Aussage wird langsam klarer, was es tatsächlich mit den verschwundenen Milliarden auf sich hat und warum ausgerechnet die Philippinen zu einem der wichtigsten Schauplätze in dem Wirecard-Skandal wurden.

»Es gab ein offizielles Wirecard und ein von Marsalek geführtes Schattenreich daneben«, beschreibt ein Wirecard-Insider das System, das sich nun herauschält. Offiziell wickelte Wirecard Kreditkarten- und elektronische Zahlungen ab – für Firmen wie den Münchner Flughafen, den Telekommunikationsanbieter Orange oder das in vielen Ländern verbotene Onlineglücksspiel.

Schon deshalb geriet Wirecard früh in den Verdacht, sich an Geldwäsche zu be-

teiligen. Bei Prüfungen kam jedoch selten etwas heraus.

Der eigentliche Betrug spielte sich in einem Parallelsystem ab, das die Staatsanwaltschaft München I seit knapp zwei Monaten durchleuchtet. Die Ermittler werfen dem inhaftierten langjährigen Wirecard-Chef Markus Braun, Marsalek sowie weiteren führenden Managern vor, von Banken und Investoren 3,2 Milliarden Euro eingesammelt und womöglich in großen Teilen veruntreut zu haben. Braun weist die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück, Marsaleks Anwalt äußert sich nicht.

Ein um Wirecard aufgebautes Netzwerk von Satellitenfirmen erfüllte offenbar zwei Zwecke: Zum einen täuschte die Wirecard-Bande über sogenannte Drittpartner Umsätze vor, die es nicht gab, um die Illusion von der stark wachsenden Technologiefirma aufrechtzuerhalten. Zum anderen schleusten Marsalek und Co. womöglich über genau diese Firmen Geld aus dem Konzern wieder heraus und in ihre eigenen Taschen.

Wichtigster Schauplatz für die Masche war lange Zeit Singapur, eines der größten Finanzzentren der Welt, von dort aus steuerte Wirecard sein Asiengeschäft. Nun greifen die Behörden des Kleinstaats durch. In Kürze werden die Strafverfolger den Vorgänger Tolentinos vor Gericht anschlügen. Der Mann namens Shanmugaratnam Rajaratnam soll mit seiner Firma Citadelle – genau wie später Tolentino – Gelder auf Wirecard-Treuhandkonten vorgetauscht haben.

Das war entscheidend für die Betrugsmaschinerie: Um glaubhaft zu suggerieren, dass die Gewinne steigen, musste Wirecard wachsende Cash-Bestände vorweisen. Das wurde umso schwieriger, je mehr reales Geld aus dem Konzern abgezweigt wurde.

Treuhänder Rajaratnam spielte eine Doppelrolle. Er tauchte bei einer Reihe von Wirecards externen Partnerfirmen auf und gilt zugleich als Vertrauter eines gewissen Henry O'Sullivan. Dieser 45-jährige Brite soll gemeinsam mit Marsalek das Firmennetz aufgebaut haben, das den großen Schwindel kaschierte, so schildern es Insider. O'Sullivan war nicht erreichbar, Rajaratnams Anwalt lehnte eine Stellungnahme ab.

O'Sullivan soll hinter Firmen wie Senjo Group, Ocap und PXP Financial stehen. Sie alle erhielten offenbar über Jahre Kredite von Wirecard. Die argloseren unter den Wirecard-Mitarbeitern glaubten lange Zeit, Senjo und Co. hätten die Kredite genutzt, um echte Geschäfte zu machen, im Auftrag und auf Rechnung von Wirecard.

Das glaubten auch 15 große Banken, von der Commerzbank bis zur LBBW. Dieses Konsortium stellte Wirecard noch 2018 einen Kreditrahmen von 1,75 Milliarden Euro zur Verfügung. Wirecard rief regelmäßig Teile des Geldes ab und zahlte zwi-

Polizeipräsidium
München



Betrug in Milliardenhöhe

Die Staatsanwaltschaft München I, das Polizeipräsidium München und das BKA bitten um Ihre Mithilfe!

Jan MARSALEK, Ex-Vorstandsmitglied der Wirecard AG, steht in dringendem Verdacht, sich des gewerbmäßigen Bandenbetrugs in Milliardenhöhe, des besonders schweren Falls der Untreue und weiterer Vermögens- und Wirtschaftsstraftaten strafbar gemacht zu haben. Aktuell befindet er sich auf der Flucht.



Jan MARSALEK *15.03.1980



Foto: PP München

Können Sie Hinweise zum Aufenthaltsort von Jan MARSALEK geben?

Wir bitten Sie, Ihre Hinweise dem PP München unter **+49 (0) 89/2910-0** oder jeder anderen Polizeienstelle mitzuteilen. Außerdem können Sie hierfür das Kontaktformular der Polizei Bayern unter www.polizei.bayern.de nutzen. Ihre Hinweise können vertraulich behandelt werden!

Herausgeber und Verleger: PP München | August 2020

Fahndungsplakat für Ex-Vorstand Marsalek: Falsche Fährte auf den Philippinen

schonzeitlich manches davon wieder zurück, wie das bei solchen Kreditlinien üblich ist.

Vertreter des Bankenkonsortiums berichten, dass Wirecard im Dezember 2019 den Kreditrahmen weitgehend ausgeschöpft und im März um eine Verlängerung der Linie um weitere drei Monate gebeten habe. »Wir hielten das nicht für ungewöhnlich, da in dieser Phase wegen der Corona-Pandemie viele Firmen so viel Liquidität wie möglich aufgenommen haben«, sagt ein Vertreter des Konsortiums.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG führte zu dieser Zeit bereits eine Sonderprüfung der Wirecard-Bilanzen durch, die den Betrug schließlich auffliegen ließ. Was die Konsortialbanker nicht ahnten: Wirecard schleuste zumindest einen Teil des geliehenen Geldes bis zuletzt

über weitere Kredite an Senjo und Co. aus dem Konzern. Welche Personen die Kredite bewilligten und ob sie wussten, wohin das Geld tatsächlich floss, wird noch ermittelt. Selbst die Staatsanwaltschaft tut sich schwer, der Spur des Geldes im fernen Asien und in Steuerparadiesen wie Mauritius zu folgen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Mittel bei Marsalek, O'Sullivan und anderen an dem mutmaßlichen Betrug Beteiligten landeten.

Marsalek und O'Sullivan sollen gezielt Wirecard-Mitarbeiter in die Satellitenfirmen gesetzt haben, um diese und die Geldflüsse zu steuern. So wechselte noch Anfang 2020 der Wirecard-Manager Arne M. zu PXP Financial, um dort im Vorstand zu arbeiten. PXP wurde vor wenigen Jahren von Senjo übernommen. Ocap wird seit Anfang 2018 von einem ehemaligen Wire-

card-Manager geführt. Seine Ehefrau arbeitete zur selben Zeit in der Wirecard Asia Holding, die in großem Stil Kredite an Ocap vergeben hat.

Die Welt, die Marsalek und Freunde rund um Wirecard aufgebaut haben, ist klein, besonders in Singapur. Der Stadtstaat hat einen Ruf als sauberer, streng regulierter Finanzplatz zu verlieren. Deshalb gingen die Behörden schon länger gegen Wirecard und Leute wie Rajaratnam vor.

Marsalek wich aus. Er suchte einen neuen Treuhänder und einen anderen Ort, um sein Schattenreich aufrechtzuerhalten. Und fand ihn in Mark Tolentino in den Philippinen, die alles andere als ein sauberer Finanzplatz sind.

Lange galt der Inselstaat als Eldorado für Geldwäsche, Kinderhandel, Glücksspiel und Terrorfinanzierung. 2016 versuchten Hacker, knapp eine Milliarde Dollar von einem Konto der bangladeschischen Notenbank unter anderem auf ein philippinisches Konto zu überweisen. Der Betrug fiel zufällig wegen einer Adressdopplung auf. Trotzdem konnten die Räuber 101 Millionen Dollar erbeuten. 81 Millionen Dollar davon flossen durchs philippinische Bankensystem, wurden in Casinos gewaschen, über Makler auf Offshore-Konten ausgezahlt. Eine Blamage für die Philippinen.

2019 flog der Betrug der religiösen Kapa Community Ministry International auf. Die fromme philippinische Gesellschaft hatte es geschafft, geschätzt fünf Millionen Anleger mit einer monatlichen Rendite von 30 Prozent auf Lebenszeit zu locken.

»Firmen wie Wirecard suchen sich Länder wie die Philippinen aus. Sie fahnden gezielt nach den Schwächen im System und nutzen sie aus«, sagt der ehemalige FBI-Agent Stephen Cutler, der heute als Berater zur Bekämpfung der Geldwäsche in den Philippinen arbeitet.

Zwar stellt das Gesetz Finanzbetrug unter Strafe. Aber die philippinischen Behörden sind unterfinanziert und überlastet. Das Risiko aufzufliegen, sagt Cutler, sei überschaubar. »Die Zentralbank, die Börsenaufsicht und die Antigeldwäschebehörden mögen über viele gute und fleißige Mitarbeiter verfügen, was fehlt, sind die Fähigkeit und Bereitschaft dieser drei Organe, eine routinemäßige Überwachung und Überprüfung von Finanzinstitutionen durchzuführen.« Die Financial Action Task Force (FATF), ein internationales Gremium zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, droht deshalb, die Philippinen wieder auf ihre graue Liste zu setzen, sollte das Land seine finanziellen Schlupflöcher bis Februar 2021 nicht schließen.

Das wollen die Behörden unbedingt vermeiden. Casinos stehen unter strengerer Beobachtung; im Juli trat ein neues Antiterrorgesetz in Kraft, das die Finanzierung terroristischer Gruppen stoppen soll.



Jason Arrian Ravel / AP / picture alliance / dpa

Regierungsbeamte, Geldkoffer in Manila Chronisch überlastete Behörden

Der Wirecard-Skandal aber hat diese Anstrengungen erst einmal zunichtegemacht. Der Konzern eröffnete bereits 2007 eine Dependence in Manila. Und schickte den Deutschen Christopher Bauer dorthin, um das Asiengeschäft aufzubauen. Der verließ Wirecard schnell wieder und betrieb mit seiner Frau Belinda die Firmen Fröhlich Tours, PayEasy und Centurion. PayEasy gehörte zu den größten Empfängern von Wirecard-Krediten, 270 Millionen Euro sollen es zuletzt gewesen sein.

2018 soll PayEasy für fast 300 Millionen Euro Umsatz bei Wirecard verantwortlich gewesen sein – und rund ein Fünftel des operativen Gewinns geliefert haben. In Dokumenten der philippinischen Börsenaufsicht SEC, die dem SPIEGEL vorliegen, weist PayEasy 2018 jedoch Verluste in Höhe von 500 philippinischen Pesos (umgerechnet acht Euro!) aus, für die meisten Jahre liegen gar keine Finanzberichte vor.

Als Marsalek nach dem Auffliegen des Betrugs abtauchte, zog es ihn am 23. Juni auf die Philippinen, ehe er nach China weiterreiste. Zumindest legten das Daten der Einreisebehörden nahe. Zwei Tage nach der angeblichen Ausreise musste der philippinische Justizminister Menardo Guevarra eingestehen, dass Marsalek wohl



Quelle: Bergsträßer Anzeiger

Todesanzeige des Managers Bauer Schlüsselfigur im Wirecard-Skandal

eine falsche Fährte gelegt hatte. Er sei weder auf den Aufnahmen der Überwachungskameras zu sehen, noch habe sich sein Name auf einer Passagierliste befunden. Inzwischen wurden zwei Mitarbeiter der Einreisebehörden suspendiert.

Halfen philippinische Beamte einem mutmaßlichen Milliardenbetrüger beim Abtauchen? Interpol fahndet inzwischen öffentlich nach Marsalek. In Deutschland ist er seit Mittwoch Abend ausgeschrieben. Über die TV-Sendung »Aktenzeichen XY ... ungelöst« und Fahndungsplakate hoffen die Ermittler, Hinweise auf seinen Aufenthaltsort zu bekommen.

Das verschwundene Wirecard-Geld von 1,9 Milliarden Euro, so behauptet der philippinische Zentralbankchef Benjamin Diokno, sei nie in das Land gelangt. Eine solche Summe entspräche etwa fünf Prozent der philippinischen Fremdwährungseinlagen – so viel Geld könne kaum unbemerkt bewegt werden.

Gegen die Firmen des mutmaßlichen Wirecard-Zuarbeiters Bauer, PayEasy und Centurion, geht mittlerweile die Antigeldwäschebehörde vor. Bauer selbst können die Behörden nicht mehr befragen. Am 27. Juli postete seine Frau das Bild einer Urne mit dem Hinweis, dass ihr Mann verstorben sei. Wegen der Pandemie werden Verstorbene meist noch am selben Tag eingäschert. Wenige Tage später schalteten Bauers Angehörige in Deutschland eine Todesanzeige in einer hessischen Zeitung. Die philippinischen Behörden haben Bauers Tod bestätigt. Dass eine der Schlüsselfiguren in diesem Wirtschaftskrimi plötzlich umkam, führte rasch zu Spekulationen. Starb Bauer unter natürlichen Umständen? War es Mord, Selbstmord oder gar ein Trick, um sich aus dem Staub zu machen?

Die Philippinen sind nicht nur ein Tummelplatz für Finanzbetrüger, sondern auch ein Ort, an dem man seinen eigenen Tod relativ simpel vortäuschen kann. 2016 beschrieb die amerikanische Schriftstellerin Elizabeth Greenwood in ihrem Buch »Playing Dead«, wie sie in den Philippinen ihren eigenen Tod inszenierte, inklusive Sterbeurkunde, Leiche vom Schwarzmarkt und Beerdigung. Ein Bestattungsunternehmen in Manila bestätigt, dass vorgetauschte Tode nichts Ungewöhnliches seien. Der Preis für gefälschte Sterbeurkunden liege ungefähr bei 5000 philippinischen Pesos, umgerechnet etwa 80 Euro. Die dazugehörige Leiche kostet extra.

Ein Bekannter von Bauer bestätigte dem SPIEGEL jedoch, er habe den toten Christopher Bauer vor seiner Einäschierung im Krankenhaus identifizieren können. Es habe sich tatsächlich um Bauer gehandelt. Er soll an einer Blutvergiftung infolge einer Infektion gestorben sein.

Martin Hesse, Carsten Stormer

Ein Höllenspaß

Konsum In kaum einem anderen Land haben die Menschen so viel Freizeit und gieren so sehr danach, unterhalten zu werden, wie in Deutschland. Selbst Corona ändert daran wenig.

Gut, ein Junge hat mal angefangen zu würgen, als er die Torte vor sich sah; er stand mehr auf Herzhaftes. Doch das sei eine Ausnahme gewesen, versichert die Nürnberger Fotografin mit dem Künstlernamen Antje. Die meisten Kinder, die zu ihr ins Studio kämen, wühlten mit Wollust in Erdbeersahne oder Vanillecreme. Manche mutierten während des Fototermins zu einem wahren »Torten-Terminator«. Weil sie endlich dürfen, was sonst verboten ist: mit Essen spielen.

Dekadenz lässt sich früh erlernen. Der aus den USA importierte Trend des Cake-Smash-Shootings ist da vermutlich förderlich: Ein Kleinkind wird dabei fotografiert, wie es eine Torte zerstört. Die Bilder werden an seinem ersten Geburtstag der Verwandtschaft präsentiert, gerahmt oder aufgereiht auf einer Wäscheleine.

Antje, 42, hat daraus ein Geschäft gemacht. Sie ist darauf spezialisiert, Babybüchse und Neugeborene abzulichten, in letzter Zeit zunehmend auch Cake Smash. Preis: ab 250 Euro aufwärts. Die Torte werde danach noch gegessen, be-teuert sie. Ihre Fotoagentur heißt »Du bist ein Wunder«. So sehen die meisten Eltern ihren Nachwuchs, so behandeln sie ihn.

Wer es sich leisten kann, lässt die eigene Brut von Eventagenturen bespaßen. Die rücken zum Geburtstag mit echten Ponys und Elefanten an oder mit falschen Prinzessinnen im Glitzerkleid, inklusive Krönung des Kindes. Kostenpunkt: bis zu mehrere Hundert Euro. Es ist der perfekte Auftakt für ein Leben, dessen oberstes Ziel das eigene Amusement ist.

»Kaum ein Volk der Welt hat so viel freie Zeit wie wir«, sagt Ulrich Reinhardt, der an der FH Westküste das Freizeit-, Konsum- und Tourismusverhalten der Bundesbürger erforscht. Ihm zufolge widmen sich die Deutschen 1652 Stunden pro Woche ihrem Job, 2537 Stunden haben sie frei, suchen nach Zerstreuung. Den Titel des Reiseweltmeisters haben die Deutschen schon in den Neunzigerjahren abgegeben. »Dafür sind wir Freizeitweltmeister«, so Reinhardt. Entsprechend groß ist der Markt für die Entertainmentindustrie.

In diesem Jahr drückt Corona die Zahlen. In das Miniatur Wunderland, ein Ausflugsmagnet in Hamburg, kommen wegen der Abstandsregeln täglich nur noch 1500 statt der sonst in den Ferien üblichen 5000 bis 6000 Besucher hinein. Laut einer Umfrage erwarten die Firmen der Freizeitbranche, noch länger als ein Jahr von der Krise betroffen zu sein. Aber das liegt an

den Auflagen, nicht daran, dass die Menschen in Deutschland weniger unternehmungslustig geworden sind. Wer sich in der Branche umsieht, ahnt: Wenn die Pandemie einmal ausgestanden ist, wird der Nachholbedarf groß sein.

2019 gaben die Deutschen 188 Milliarden Euro für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus. Das sind rund elf Prozent ihres Konsumbudgets, damit belegen sie europaweit einen der Spitzenplätze. Sie können es sich erlauben, ihr Einkommen ist höher als in anderen Ländern.

Hinzu kommt, dass Kultur und Unterhaltung in Deutschland deutlich günstiger zu haben sind als anderswo. »Die Dichte der Freizeitangebote ist bei uns sehr hoch«, sagt Reinhardt. »Das hält die Preise unten.« Kinotickets etwa kosten deutlich weniger als in den übrigen europäischen Ländern, aufgrund der Vielzahl an Kinosälen, so der Forscher. Und die Freizeitgestaltung kann auch anstrengen: Einer Umfrage zufolge beklagen 58 Prozent der Befragten, sie nähmen sich oftmals zu viel vor.

Wie Ambitionen in Frust umschlagen, ist Mitte Juli im Tropical Islands (Eintritt pro Person: 46 Euro), dem Erlebnisresort mit künstlichem Südseeclima im brandenburgischen Krausnick, zu erleben. Eine Frau, die mit ihrer Familie mehrere Tage hier ver-



DubsteinWunder.de

**Kleinkind
beim Cake-Smash-Shooting**



Jannette Petri / DER SPIEGEL

**Gäste im Kerker-Restaurant
Bollesje in Rüdeseim**



Lisa Wassmann / DER SPIEGEL

**Tropical Islands
in Brandenburg**

bringt, lässt ihrem Ärger freien Lauf. Sie sei extra früh aufgestanden, um Liegen mit Handtüchern zu reservieren, »wie man das als gute Deutsche« macht. Aber weil die Schlange so lang war, hätten sie nicht mal mehr ein Frühstück bekommen. »Das ist die Hölle hier, der blanke Wahnsinn, wir machen das nur für die Kinder!«

Wer glückliche Menschen sehen will, findet sie in Rüdesheim. Die Stadt ist so idyllisch, dass es wehtut. Weinberge, Blick auf den Rhein. Hotels, die »Lindenwirt« oder »Zum grünen Kranz« heißen und Wirtshäuser, die »Rüdesheimer Kaffee« mit Asbach Uralt flambiert servieren. Andenkenläden verkaufen Nacktgartenzwerge, ein Geschäft bietet ausschließlich Weihnachtsdeko an, ganzjährig.

Und dann gibt es noch Astrid Climenti, 59, mit ihrem Gefangenensein. In ihrem Kellerlokal Bollesje, mundartlich für Gefängnis, bekommen die Gäste ein gestreiftes Häftlingskäppi aufgesetzt und werden von einem als Kerkermeister verkleideten Animateur gemaßregelt. Serviert wird ein viergängiges, gar nicht karges Mahl: Flammkuchen, Kartoffelsuppe, Hähnchenschenkel, Apfelkuchen.

An diesem Samstagabend Anfang Juli haben sich dafür drei Gruppen angemeldet: zwei Jungesellinnenabschiede und ein 50. Geburtstag; ferner zwei Abiturientinnen, die mal was erleben wollen.

Der Kerkermeister verkündet die Verhaltensregeln: Konversation während des Mahls ist untersagt, Toilettengänge sind schriftlich anzumelden, Anweisungen mit »Jawoll, Sir« zu beantworten. Hier unten habe sich seit dem 19. Jahrhundert der Kerker der Stadt Rüdesheim befunden, behauptet er. In Wahrheit war das Verließ zwei

Spielgeld

Jährliche Pro-Kopf-Ausgaben für Freizeit und Kultur in ausgewählten EU-Ländern 2018, in Euro

Dänemark	2780
Österreich	2260
Deutschland	2220
Frankreich	1460
EU-Durchschnitt	1380
Italien	1200
Spanien	1170
Tschechien	830
Portugal	770
Polen	610

Quelle: Eurostat

DER SPIEGEL

Häuser weiter, das heutige Bollesje diente bis vor wenigen Jahren als Weinkeller, aber so genau muss das ja niemand wissen.

Wichtig ist, dass die Sause nicht aus dem Ruder läuft. Nach einigen unrühmlichen Erfahrungen ermahnt Climenti ihre Gäste im Vorfeld, nicht schon angetrunken zu erscheinen. Randaliert wird selten, aber in fast jeder Gruppe gibt es einen Aufmüpfigen. Er wird dann Teil des Programms.

An diesem Abend ist es Manfred aus dem schwäbischen Burladingen, Mitglied der Geburtstagsgesellschaft und das, was man landläufig Urviech nennt. Quatscht er dem Kerkermeister dazwischen, wird er angebrüllt und mit Liegestützen oder Kniebeugen bestraft. Einmal muss er in eine Einzelzelle. Die Menge johlt. Andere Gäste kommen mit glimpflicheren Bußen davon, sie sollen aus einer Kartoffel etwas schnitzen.

Corona-bedingt gibt es einige Änderungen. Der kollektive Hofgang mit anschließendem Rennen durch die Gassen entfällt. Anstelle des gemeinschaftlichen Singens wird Aerosol-vermeidend gesummt. Zum Abschluss gibt es für alle einen Schnaps. »Das ist kein Morgenurin-Mittelstrahl«, belehrt der Kerkermeister, obwohl es so aussehe. Der Witz kommt gut an.

Das Bollesje ist ein Ausflug in eine andere Epoche, die Flucht in eine andere Welt. Auch wenn allen Beteiligten klar ist, dass sie Teil eines Laientheaters sind.

Nach demselben Prinzip funktionieren Freizeit- und Themenparks. Über hundert gibt es in Deutschland, mit mehr als 40 Millionen Besuchern jährlich und einem Umsatz von zuletzt 1,7 Milliarden Euro.

Die Parks hierzulande sind eher brav, verglichen mit jenen in anderen Teilen der Welt. Dem »Jeju Love Land« auf der südkoreanischen Insel Jejudo, das sich der menschlichen Sexualität widmet. Oder dem »Kingdom of the Little People« in Kunming, China, mit Shows von kleinstwüchsigen Menschen. Ein bizarrer Museumsbunker nahe dem litauischen Vilnius thematisiert das Überleben in der Sowjetzeit. Die »Holy Land Experience« in Orlando, Florida, stellt die Bibel nach. Der Plan, einen ähnlichen religiösen Park in Heidelberg zu errichten, scheiterte vor einigen Jahren am Einspruch der evangelischen Landeskirche.

Auch ein Freizeitpark mit elektrischem Stuhl, wie es ihn eine Zeit lang in Frankreich gab, wäre hierzulande kaum denkbar.

Dafür hat der Wilde Westen in Deutschland Einzug gehalten. Er fängt gleich hinter Passau an, in Pullman City, Familienkarte: 43 Euro. Westernreiter Peter Meier



Felix Hörhager / dpa

**Abenteurer Schweizer
im Windtunnel in Taufkirchen**



Minimatur Wunderland

**Venedig-Modell
im Hamburger Miniaturwunderland**



DER SPIEGEL

**Familie Palmer
in Pullman City**

Der KÖNIG der SPIONE

Auch als
E-BOOK
und
HÖRBUCH-
DOWNLOAD
erhältlich



320 Seiten mit Abbildungen, gebunden · € 20,00 (D)

Er nannte sich Murat Cem. Doch in den Akten heißt er nur VP01. Der Mann, der lange Zeit der wohl beste und wichtigste V-Mann Deutschlands war, blieb stets ein Phantom. Im verdeckten Einsatz für die Polizei überführte Murat Cem nicht nur Drogen- und Waffenhändler. Er klärte Morde auf und wurde zur wichtigsten Polizei-Quelle in der deutschen Islamistszene. Seine Warnungen vor Anis Amri verhallten ungehört: Es kam zum Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz. Die Polizei wollte ihren Zuträger kaltstellen, doch jetzt packt Murat Cem aus.

hat die Stadt 1997 gegründet, mit 20 Hektar Wald erfüllte er sich seinen Lebens Traum.

Meier nahm sein Hobby ernst, doch am Ende führte es ihn in die Insolvenz. 2011 übernahm ein Konsortium von sechs Unternehmerinnen und Unternehmern und machte die Anlage wirtschaftlich erfolgreich. Mittlerweile gibt es mehr als 1100 Schlafgelegenheiten, vom Tipi bis zum Bett im »Palace Hotel«.

Pullman City ist eine Welt mit angenehmen klaren Regeln. Pferde haben Vorfahrt, Hunde sind anzuleinen, geladene Colts untersagt. Durch Corona sind weitere Vorschriften hinzugekommen. Die Maskenpflicht gilt auch hier, im Saloon sieht jetzt jeder aus wie ein Bandit. Wer seinen Mundschutz zur falschen Zeit abnimmt, wird von den Marshals gemäßregelt.

Für das Ehepaar Palmer und seine beiden Kinder ist Pullman City eine Notlösung. Eigentlich wollte die Familie in diesem Sommer ins echte Amerika reisen, um für ein paar Wochen der hessischen Pro-

»Man kauft sich heute keine Bildschirme mehr, man kauft sich Bilder.«

vinz zu entfliehen. Papa John ist in Michigan geboren. Aus Angst vor der Pandemie schafften es die Palmers dann doch nur in den Bayerischen Wald. Mit Cowboyhüten und Lederstiefeln stapfen sie durch die staubigen Straßen und freuen sich, dass alles so echt wirkt.

Pullman City ist eine wilde Mischung aus Westernromantik und Geschichtskurs. Einerseits wirbt sie mit einem echten »Halbblut-Indianer«, der in einem hügeligen Erdhaus vom Genozid an seinem Volk berichtet. Andererseits verpflichtet die Stadt für ihre jährlichen »Karl-May-Spiele« eine bayerische Schlagersängerin. Die Mitarbeiter blicken streng, wenn man sie auf ihre »Kostüme« anspricht – das seien keine Kostüme, sondern »authentische Bekleidung«.

Deutschlands oberster Abenteuerer heißt Jochen Schweizer. Der frühere Stuntman fing 2004 an, Gutscheine für betreute Abenteuer in kleine, quadratische Präsentboxen zu packen, er versah sie mit zweibis dreistelligen Preisen und verkaufte sie über sein Internetportal.

Eine der Boxen heißt »Runter vom Sofa« (39,90 Euro), der Inhalt kann eine Alpaka-Wanderung sein, eine Kanutour oder eine Käse- und Weinverkostung. Jochen-Schweizer-Pakete sind Adrenalin in Schachteln, verbunden mit dem Gefühl, den Liebsten Sinnvolleres zu schenken

statt irgendwelchen Nippes fürs Regal. Vor drei Jahren verkaufte Schweizer sein Erlebnisgeschenkeportal für 108 Millionen Euro an ProSiebenSat.1.

Der Namensgeber arbeitet weiter an der Zukunft des Entertainments. Wie er sie sich vorstellt, ist südlich von München in Taufkirchen zu sehen, in der Jochen Schweizer Arena, Schweizer hat sie 2017 eröffnet, als »Multierlebnisdestination«.

Die Arena ist eine Art Indoor-Erlebnisfabrik, rund 15 000 Quadratmeter, bis unter die Decke mit Unterhaltung vollgestopft. Zukunft heißt hier nicht nur die Natur neu zu verpacken, sondern auch sie überflüssig zu machen.

In der Arena gibt es eine irrwitzig laute Standwelle für angehende Surfer (45 Minuten ab 59,90 Euro). Die Hausfassade kann man, an einem Seil befestigt, vertikal herunterlaufen. Hauptattraktion ist ein Windtunnel, der Kinder und leicht Gebliedene in 17 Meter Höhe bläst. Vier Minuten kosten 98,90 Euro.

Wer sich hineintraue, erklären Mitarbeiter, erlebe das Äquivalent eines Fallschirmsprungs aus mehreren Tausend Meter Höhe, ohne sich um seine Landung sorgen zu müssen. Bis jetzt habe sich beim »Bodyflying« noch niemand übergeben: »Der Wind drückt einem alles wieder rein.«

Vor dem Windtunnel sitzt Familie Röselers aus Rheinland-Pfalz. Ihr dreiwöchiger Abenteuerurlaub in den Alpen ist seit Kurzem vorbei, die vier haben eigentlich genug Adrenalin für ein ganzes Jahr getankt. Papa Martin beim Wildwasserrafting, Mama Jasmin beim Skydiving. »Das hier ist dagegen nur lauer Kaffee«, sagt sie. Die Röselers sind vor allem wegen ihres siebenjährigen Sohnes Finn-Noel hier. Als Mama das neueste Jochen-Schweizer-Buch las, schaute er ihr über die Schulter und verliebte sich in den Traum vom Fliegen.

Tatsächlich hat Schweizer die Jüngsten als besonders erlebniswütige Zielgruppe entdeckt. Es gibt Kindergeburtstagspakete (»Darauf fliegen alle Kids«) für den Windtunnel, Kostenpunkt: knapp 400 Euro. Und einen Hochseilgarten, der den wackligen Nachwuchs sicher von Plattform zu Plattform bringt.

Drei Monate lang stand die Arena in der Corona-Zeit still. Glaubt man den Mitarbeitern, hat sich das stark auf die Instagram-Accounts der Deutschen ausgewirkt. Viele Kunden schlugen vor allem deshalb hier auf, weil sich die Fotos so gut in den sozialen Medien machten. »Man kauft sich heute keine Bildschirme mehr, man kauft sich Bilder«, sagt einer der Angestellten.

Als Schweizer seine Erlebnisfabrik eröffnete, gab es für manche Attraktionen noch Jahresabonnements. Die hat er abgeschafft, die Leute kamen zu oft.

Alexander Kühn, Anton Rainer

Der neue starke Staat (V): In der Coronakrise lenkt die Regierung die Wirtschaft. Der Staat verteilt Zuschüsse, bürgt für Kredite, beteiligt sich an Firmen. Die Strategie ist teuer und



heikel. Wann wird aus dem Retter ein Vormund? Und wo gefährdet öffentlicher Einfluss den Wettbewerb? Eine SPIEGEL-Serie über das riskante Abenteuer für Staat und Markt.

Museum mit Spa

Immobilien Das Grandhotel auf dem Petersberg bei Bonn gehört dem Bund und verschlang jahrzehntelang Millionen. Warum tut sich die Regierung das an?

Eines stellt Joachim Burdack gleich klar: »Wir würden nie ein Objekt ankaufen, um ein Hotel zu betreiben.« Wir, das meint in diesem Fall die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), meint den Bund, meint den Staat. Wäre ja noch schöner, wenn sich eine Behörde dazu berufen fühlte, Hotelier zu spielen.

Es ist also ziemlich erklärungsbedürftig, dass der Staat trotzdem eine Herberge besitzt. Und dann so eine: das »Steigenberger Grandhotel & Spa Petersberg«, ein pompöser Klotz mit Marmorsaal, Sternekoche und Präsidentensuite. Gelegen am Rande Bonns, mit einer Auffahrt, die sich drei Kilometer durch den Wald schlängelt. Mit Barockkappelle und Dolmetscherkabinen, die so fest einbetoniert sind, dass es sich nicht lohnt, sie zu entfernen. Wer braucht so etwas?

Burdack formuliert es diplomatisch: »Wir haben es jetzt und sollten diesem Objekt mit seiner Geschichte gerecht werden.«

Den Treppenstufen etwa, die sich so flach hinabwinden, damit Staatsgäste – die britische Königin etwa oder der persische Schah – beim würdevollen Hinabschreiten nicht auf ihre Füße achten mussten.

Die Erklärungsnot des Staates, eine solche Luxusimmobilie zu besitzen, ist mit Händen zu greifen. »Es war uns wichtig, dass der Petersberg kein rein exklusives Fünfsternehotel für ein Etepetete-Publikum ist, sondern ein Wohlfühlort für jedermann«, sagt Burdack, der bei der BImA dafür zuständig ist. Um dem Volk zu signalisieren, dass das Hotel ja eigentlich sein Eigentum ist, verfielen die Beamten auf einen besonderen Kniff. Sie ließen neben dem Hotel einen Biergarten bauen – das höchstmögliche Maß an Volksnähe, das ein Grandhotel gerade noch verkraftet.

Die Gästehaus Petersberg GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der BImA. Die BImA verwaltet Immobilien und Grundstücke, die dem Bund gehören. Sie stellt Büros für Ministerien zur Verfügung, vermietet Wohnungen an Bundesbedienstete und bewirtschaftet 366 000 Hektar Waldfläche. Ein Luxushotel passt nicht wirklich ins Portfolio. Und es rechnet sich nicht einmal: Seit 2013 hat es den Staat 45 Millionen Euro gekostet. Los wird man den Kasten nicht mal so eben: Der Anspruch, dass der Ort jedermann zugänglich bleiben soll, vereitelte in der Vergangenheit zwei Verkaufsversuche.

Der Biergarten vom Petersberg, den es nur aus politischen Erwägungen gibt, ist ein Sinnbild dafür, was geschieht, wenn

der Staat sich aufmacht, Unternehmer zu spielen. Auf der einen Seite soll er verantwortungsvoll mit Steuergeld umgehen, auf der anderen kann er wirtschaftlich nicht so handeln wie die private Konkurrenz.

Tatsächlich ist der Petersberg mehr Museum als Hotel. Der britische Premierminister Neville Chamberlain wohnte hier, als er 1938 mit Adolf Hitler über die Sudetenkrise sprach. Nach dem Krieg hatte die Alliierte Hohe Kommission, das Kontrollgremium der westlichen Siegermächte, ihren Hauptsitz in dem Gebäude. Konrad Adenauer verhandelte hier das Petersberger Abkommen, der erste Schritt Deutschlands Richtung Souveränität.

Später brachte die Bundesregierung ihre Staatsgäste im Hotel unter. Da gehörte es noch der Familie des Parfümerieunternehmers Ferdinand Mühlens (4711). Für ein paar Jahre war es geschlossen, bis die Bundesregierung es als repräsentativen Ort für Staatsgäste neu entdeckte. 1979 ließ Bundeskanzler Helmut Schmidt das Haus kaufen. Damals war die Abgeschiedenheit ein Vorteil, weil nur eine Straße zum Anwesen führte. Die Schranke konnte geschlossen, Wachpersonal aufgestellt werden.

Der Bund zahlte rund 18 Millionen Mark, und schon damals gab es Diskussionen, ob der Preis für das heruntergekommene Hotel angemessen sei. Der Umbau kostete weitere 137 Millionen Mark und dauerte bis 1990. Dann beschloss die Regierung nach Berlin zu ziehen. Ein kaum genutztes Gästehaus bei Bonn – viel Sinn ergab das nicht. Auch der von der Regierung beschlossene Managementvertrag mit der Steigenberger-Gruppe, die das Haus bis heute betreibt und prozentual am Umsatz beteiligt wird, hat nicht geholfen, das Hotel in die schwarzen Zahlen zu bugsieren.

Das lag auch daran, dass Staatsgäste Vorrang hatten und je nach Sicherheitsstufe schon mal der ganze Berg abgeriegelt wurde. Jeder Gast, der ein Zimmer buchte, musste unterschreiben, dass ihm kurzfristig abgesagt werden kann, sollte ein Staatsgast anreisen. Das änderte sich erst 2013. Nach den zwei gescheiterten Anläufen, das Hotel zu privatisieren, entschied die Regierung, es zu behalten. Und noch mal zu renovieren.

Jetzt hofft Burdack, dass Corona vorbeigeht und das Geschäft wieder anzieht. Und er nicht mehr erklären muss, warum die Kosten für ein defizitäres Luxushotel vom Steuerzahler getragen werden sollen.

Nele Spandick



David Klämmer / DER SPIEGEL

Luxushotel Petersberg: Staatsgäste hatten Vorrang

Kassieren statt fördern

Arbeitsmarkt Zwei Milliarden Euro investiert der Staat jedes Jahr in berufliche Weiterbildung. Doch die Qualitätskontrollen greifen zu kurz, Beschwerden von Kursteilnehmern verpuffen.

Vera Trauheim* kann nicht mehr genau sagen, wie viele Bewerbungen sie geschrieben hatte, als sie aufgab. Es waren wohl um die 350, schätzt sie. Die promovierte Chemikerin hatte gehofft, einen Job zu finden, der ihren Qualifikationen entspricht. Vor allem wollte Trauheim raus aus der Arbeitslosigkeit. »Ich war verzweifelt«, sagt sie.

Eine Sachbearbeiterin im Jobcenter empfahl ihr eine Weiterbildung. Die Kosten würden über einen Bildungsgutschein erstattet.

Trauheim entschied sich, einen Kurs in der Programmiersprache Java bei Karriere Tutor zu belegen, einem großen Bildungsträger. Das Jobcenter bewilligte die Förderung.

Die Probleme begannen schon am ersten Kurstag. Trauheim hatte, so sagt sie, den versprochenen Leih-Laptop nicht erhalten und konnte sich nicht ins virtuelle Klassenzimmer einwählen. Danach sei der angebliche Vollzeitkurs auf zwei Stunden Unterricht am Tag geschrumpft, freitags habe er gar nicht stattgefunden. Lehrmaterial habe gefehlt oder sei von schlechter Qualität gewesen. Wegen technischer Probleme habe das System oft nicht funktioniert. Dabei hatte eine Beraterin die Teilnahme von zu Hause sogar angepriesen.

Laut Karriere Tutor entsprechen die Schwierigkeiten zum Kursstart »keineswegs dem Normalfall«. In solchen Fällen beantrage man üblicherweise »eine Verlängerung der Maßnahme auf unsere Kosten«.

Berufliche Weiterbildung gilt als ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Rund zwei Milliarden Euro flossen im vergangenen Jahr in die Förderung beruflicher Weiterbildung von Arbeitslosen und Beschäftigten, die Mittel stammen aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und aus Steuern. Knapp 160 000 Menschen belegen

pro Jahr Kurse nach dem Gutscheilverfahren. Der Markt ist riesig – und unübersichtlich. Tausende private Akademien, Institute und andere Einrichtungen bieten mehr als drei Millionen Kurse an.

Die Coronakrise wird die Erwerbslosenzahlen auf Monate, vielleicht Jahre hinaus nach oben treiben – und damit auch die Nachfrage nach staatlich finanzierter Weiterbildung.

Schon 2019 hatte die Bundesregierung die Förderung deutlich ausgeweitet, mit dem Mitte Mai beschlossenen »Arbeit von morgen«-Gesetz wurden die Summen aufgestockt, mit denen auch Beschäftigte gefördert werden sollen.

Doch wie gut ist das Geld investiert? Nicht nur der Fall Trauheim zeigt die

Schwächen des gigantischen Förderapparats: Es mangelt an effizienter Kontrolle der Anbieter und an weitreichenden Sanktionen gegen Abzocker, die das Geld gern nehmen, die versprochene Ausbildungsqualität aber schuldig bleiben.

So wie bei Martin Scheger*. Der belegte noch vor der Coronakrise eine SAP-Schulung beim Institut für Berufliche Bildung (IBB) in Nordrhein-Westfalen, nach eigenen Angaben einer der »größten und erfolgreichsten privaten Bildungsanbieter Deutschlands« mit über 400 Standorten. Scheger musste jeden Tag von acht bis 15.50 Uhr in einem kahlen, weiß gekachelten Büro mit vier Schreibtischen sitzen. In der Zeit fanden aber nur gut zwei Stunden Unterricht statt, und die virtuell. »Ich kam mir vor wie ein Sträfling«, sagt Scheger.

In den übrigen Stunden sollte er Mittagspause machen und sein »Wissen vertiefen«, der Dozent habe ihm dafür Arbeitsblätter geschickt. Die Multiple-Choice-Fragen konnte Scheger in wenigen Minuten beantworten. Zwei weitere Teilnehmer absolvierten im selben Raum eine Weiterbildung zur Betreuung dementer und psychisch kranker Menschen. Einer von ihnen berichtet, mit seinem Kurs ebenfalls sehr unzufrieden gewesen zu sein.

»Unser Qualitätsanspruch sieht grundsätzlich 50 Prozent des Lerntags für gemeinschaftlichen Unterricht und dozentengeleitete Aktivitäten vor«, kontert IBB-Chefin Bärbel Peters. In Einzelfällen könne davon abgewichen werden, etwa wenn Dozenten ausfielen. Auch bräuchten Teilnehmer unterschiedliche Vorkenntnisse und Lernfähigkeit mit. Da könne es schon mal sein, dass Kurse nicht den Erwartungen entsprächen.

Aber »Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit« stünden »an oberster Stelle«, so Peters. »Wenn uns dabei Grenzen gesetzt sind und jemand unzufrieden ist, bedauern wir das sehr.«

Die Qualität der Weiterbildung wird in Deutschland sorgfältig überwacht – zumindest in der Theorie. Alle Anbieter und Kurse müssen nach »Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung«, kurz AZAV, anerkannt sein. Ohne ein solches Zertifikat gibt es keine staatliche Förderung. Spätestens alle fünf Jahre muss das Gütesiegel erneuert werden. Zudem sind jährliche Audits vorgesehen.



Peter Juelich / DER SPIEGEL

Lehrgangsteilnehmerin Trauheim: Zwei Stunden Unterricht am Tag

* Name geändert.

Doch das System ist anfällig. Die Zertifikate werden von sogenannten Fachkundigen Stellen vergeben, 36 Firmen dürfen sie ausstellen. Bezahlt wird die Prüfung wiederum von den Bildungsträgern selbst. Aber allein die Fachkundigen Stellen dürfen einem Kurs oder Träger die Zulassung entziehen. »Da ist Einflussnahme programmiert«, sagt Arnfried Gläser von der Gewerkschaft Ver.di, der den Markt seit Jahren betreut. Nur selten wird eine Zulassung entzogen.

Beschwerden von Kursteilnehmern verpuffen leicht im Zuständigkeitsdschungel. Wer wie Trauheim Mängel melden will, soll sich an seinen Ansprechpartner in der Arbeitsagentur oder im Jobcenter wenden. Sie sollen Kritik an jene Kollegen weitergeben, die die Kurse vor Ort betreuen und die Anbieter unangekündigt besuchen dürfen; auch den Prüfdienst Arbeitsmarktdienstleistungen können sie einschalten.

Die Kontrollinstanz der Bundesagentur für Arbeit beschäftigt 21 Prüfkkräfte, die im vergangenen Jahr mehr als 1000 Mal ausrückten, meist zu Routinechecks. Ganze 50 Mal wurden sie aufgrund von Beschwerden tätig.

Auch Kursteilnehmer Scheger beklagte sich über die SAP-Schulung bei seiner Sachbearbeiterin. Die habe ihm mitgeteilt, er habe die Präsenzpflicht mit dem IBB vereinbart. Breche er den Kurs ab, drohe ihm eine Kürzung des Arbeitslosengelds. »Ich habe einen kleinen Sohn, meine Frau ist in Elternzeit, das Risiko wollte ich nicht eingehen«, sagt er. Auch die meisten anderen Teilnehmer, mit denen der SPIEGEL gesprochen hat, zogen ihre Kurse trotz Unzufriedenheit durch. Am Ende lockt schließlich ein Zertifikat.

Thorsten Köhler* schloss seine Fortbildung zum Social Media Manager dagegen nicht ab – Karriere Tutor warf ihn aus dem Kurs. Er stachele andere Teilnehmer durch übertriebene Kritik auf, hieß es zur Begründung. Zuvor hatte Köhler den Kurs auf einer Bewertungsplattform kritisiert: Die Software sei dauernd abgestürzt, Links und Grafiken seien veraltet, schrieb Köhler, die Dozenten hätten kein einziges Fallbeispiel behandelt. »Teilweise sind YouTube-Erklärvideos besser als dieser Kurs.«

Das Unternehmen entschuldigte sich unter Köhlers Eintrag. Der Kurs werde überarbeitet, viele Verbesserungen habe man schon umgesetzt. Der Tonfall der Antwort: freundlich. Fast gleichzeitig bekam Köhlers jedoch Post von einem Anwalt. Er solle es unterlassen zu behaupten, die Ge-

schäftsführung habe auf seine Beschwerde nicht reagiert. Für den Fall einer Wiederholung dieser Aussage solle er sich verpflichten, eine mehrere Tausend Euro hohe Vertragsstrafe zu zahlen. Eingeschüchert unterschrieb Köhler eine entsprechende Erklärung – und zahlte die Kosten für den Anwalt der Gegenseite in Höhe von rund tausend Euro danach in Raten ab.

Nach weiteren Konflikten kündigte das Unternehmen Köhlers Vertrag. Geschäftsführerin Andrea Fischer schrieb in einer E-Mail: »Wir möchten Sie ... darauf hinweisen, dass Ihnen untersagt ist, Unwahrheiten bezüglich unseres Instituts zu verbreiten.« Karriere Tutor teilte auf Anfrage mit, der Teilnehmer habe »den Kursablauf gestört«. Als er »uneinsichtig« geblieben sei, habe man mit dem Kostenträger eine Abmahnung abgestimmt. Nur in zwei Fällen sei man bisher gegen Teilnehmer anwaltlich vorgegangen.

Dass die Qualitätskontrollen bürokratisch und mitunter wenig effizient sind, dürfte nicht nur Anbietern entgegenkommen. »Jeder Arbeitssuchende, der in einer Weiterbildung steckt, egal wie sinnig oder unsinnig sie ist, taucht nicht in der Arbeitslosenstatistik auf«, sagt Ver.di-Mann Gläser.

Die Bundesagentur für Arbeit weist solche Kritik zurück. Gut jeder zweite Absolvent einer beruflichen Weiterbildung mit Abschluss habe ein halbes Jahr später einen sozialversicherungspflichtigen Job gefunden, der dem Ziel der Fortbildung entspreche.

Verbände, Träger und Gewerkschaften beklagen seit Langem, die vom Staat gezahlten Kostensätze erlaubten es Bildungsträgern kaum, bessere Qualität anzubieten. Zwischen 5,87 Euro (Hauswirtschaft) und 58,73 Euro (Erwerb eines Führerscheins) darf eine Unterrichtsstunde je Teilnehmer kosten, so hat es die Bundesagentur für Arbeit festgelegt. »Die Sätze sind – trotz einer Erhöhung am 1. Juli – noch viel zu niedrig und berücksichtigen nicht ausreichend die gestiegenen Mieten und Personalkosten«, sagt Stefan Sondermann, Geschäftsführer des Bundesverbands der Träger beruflicher Bildung.

Das Arbeitsministerium scheint das erkannt zu haben. Die Bundesregierung arbeite an einer Novellierung, die eine Anpassung der Kostensätze und Gruppengrößen vorsieht, heißt es. Eine Reform der Qualitätskontrollen ist dagegen nicht geplant. Lisa Duhm, Heike Klovert

3,6

Millionen Angebote werden auf dem Portal für berufliche Aus- und Weiterbildung der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt.

Quelle: BA;
Stand: 11. August

Die GESCHICHTE der GEHEIMDIENSTE vom Mittelalter bis heute

Auch als **E-BOOK ERHÄLTlich**

JETZT bequem von zuhause aus kaufen



240 Seiten mit Abbildungen, gebunden · € 20,00 (D)

Geheimdienste haben ein schillerndes Image: Es changiert zwischen dem Glamour von James Bond, der Verruchtheit von Mata Hari und der Skrupellosigkeit des Mossad.

SPIEGEL-Autoren und Geheimdienstexperten enthüllen anhand von berühmten Agenten die spektakuläre Geschichte der Geheimdienste von den Höfen der Könige und Kaiser bis zum Cyberwar der Zukunft.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag

DER SPIEGEL

5 Sommerprämien zur Wahl

Jetzt einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!



bonvelo

bonvelo BLIZZ Singlespeed Bike

Stabiler Stahlrahmen, Flip-Flop-Nabe für Freilauf und Fixed Gear. 4 Farben und 4 Größen zur Wahl. Zuzahlung: € 199,-.

Wählen Sie Ihre Lieblingsfarbe:





Stand-up-Paddle-Surfboard im Set

Hochwertiges Allround-Board für Anfänger und Fortgeschrittene. Maße: 320 x 76 x 15 cm. Zuzahlung: € 139,-.



JBL Flip 5 Bluetooth-Lautsprecher

Robust und wasserdicht. Bis zu 12 Stunden Spielzeit. Maße: 181 x 69 x 74 mm. Ohne Zuzahlung.



Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Modell »Full Control Home« mit Druckregulierung. Ideal für größere Flächen rund ums Haus. Ohne Zuzahlung.



Polar-Fitnessuhr »Ignite«

Die neue Generation mit GPS, Farb-Touch-TFT-Display und vielen nützlichen Funktionen. Ohne Zuzahlung.

Einfach jetzt bestellen:

 **abo.spiegel.de/p20**

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur €5,30 statt €5,50 je Ausgabe.

Ausland



Jean Aurelio Prudence / AFP

Ein Bewohner von Mauritius schöpft verzweifelt Öl ab, denn seitdem der japanische Frachter MV »Wakashio« rund zwei Kilometer vor dem Inselstaat havariert ist, droht dem Urlaubsparadies im Indischen Ozean eine Umweltkatastrophe. Die »Wakashio« hat seit vergangener Woche bereits mehr als ein Viertel ihrer etwa 4000 Tonnen Öl an Bord verloren. Hilfskräfte gelangten wegen der rauen See zunächst nicht an den Unglücksort.

Jetzt ist die Presse dran

Analyse Mit Höchstgeschwindigkeit raubt die chinesische Regierung Hongkong die letzte Freiheit.

● Eines konnte das Regime in Peking der Protestbewegung in Hongkong nicht nehmen: ihren Ideenreichtum. Als die Polizei an diesem Montag den prodemokratischen Verleger Jimmy Lai festnahm, gewann dessen Unternehmen »Next Digital« an der Börse mehr als 1000 Prozent an Wert. Lais Unterstützer kauften aus Solidarität massenhaft Aktien der Medien-Holding auf. Ihr Protest bleibt symbolisch. Viel können die Hongkonger nicht mehr tun, um Pekings Zugriff auf ihre Stadt zu stoppen. Die Geschwindigkeit, mit der die Metropole gerade ihrer Freiheit beraubt wird, ist atemberaubend.

Seitdem das Staatssicherheitsgesetz in der Nacht auf den 1. Juli in Kraft trat, genügt es, Aufkleber mit Protestslogans bei sich zu tragen, um festgenommen zu werden. Kinder werden

verhaftet, weil sie im Internet über Politik diskutieren. Prominente Aktivisten wie Nathan Law fliehen ins Exil, über anderen wie Agnes Chow schwebt ein Verfahren; ihnen drohen im schlimmsten Fall lebenslange Freiheitsstrafen. Einige der populärsten Oppositionskandidaten für die Parlamentswahl hatte die Regierung bereits ausgeschlossen, der Urnengang selbst wurde um ein Jahr auf September 2021 verschoben. Der Juraprofessor, der die Vorwahlen der Prodemokraten organisierte, wurde von seiner Universität gefeuert.

Jetzt ist die Presse dran: Rund 200 Polizisten durchsuchten am Montag neun Stunden lang die Räume von »Apple Daily«, der Redaktion, die zur Mediengruppe von Jimmy Lai gehört. Außer dem Verleger und vier seiner Angestellten wurden dabei auch beide Söhne Lais festgenommen, später kamen sie gegen Kautionsfrei. Der Medienmogul Lai hatte mit seiner Verhaftung gerechnet. Dass die Behörden nun auch seine Familie ins Visier nehmen, ist ein Vorgehen, wie man es von der Mafia kennt. Die Regierungsgegner quittieren die Repression auf ihre Art: Vor einem Restaurant, das einer von Lais Söhnen betreibt, stehen die Gäste inzwischen Schlange. Georg Fahrion

Syrien

Hotspot Damaskus

● Wenn man dem Regime von Diktator Baschar al-Assad glaubt, existiert Corona in Syrien praktisch nicht. Gerade einmal 889 Fälle vermeldete das syrische Gesundheitsministerium Anfang dieser Woche. Tatsächlich aber breitet sich die Seuche in dem Bürgerkriegsland wohl unkontrolliert aus. Zu diesem Schluss kommt das Washingtoner Middle East Institute in einem aktuellen Bericht. Ein Hotspot sei die Provinz Damaskus. Experten schätzen, dass es allein dort mehr als 100 000 Infektionsfälle geben könnte. Mismanagement und Korruption

begünstigten die Ausbreitung der Pandemie. In den sozialen Medien zeichnen Syrerinnen und Syrer ein verheerendes Bild der Lage: Sie berichten von kranken oder verstorbenen Angehörigen; es häufen sich Nachrufe, Beileidsbekundungen, Hilferufe. Unter den Kranken und Toten sind auch viele Ärzte und Krankenschwestern. »Bitte, ich appelliere an Sie«, schreibt ein syrischer Arzt in einem offenen Brief an die Regierung, »leiten Sie sofortige und dringende Schritte ein, bevor es zu spät ist«.

Die Pandemie trifft Syrien in einer Zeit, in der Wirtschaft und Gesundheitssystem auch ohne das Virus am Boden



Medizinisches Personal in einem Krankenhaus in Damaskus

sind. Die Lebensmittelpreise haben sich vervielfacht, etwa die Hälfte der Bevölkerung ist von Hunger bedroht; viele Krankenhäuser wurden in den

bald neun Jahren des Krieges zerstört. Es fehlt an Schutz-ausrüstung, Tests, medizinischen Gütern und Fachpersonal, um der Krise beizukommen. MST

Geopolitik

Erdoğan's Botschaft



Die Türkei und Griechenland streiten um Gasvorkommen in der Ägäis. Nach einer Intervention von Bundeskanzlerin Angela Merkel einigten sich die beiden Nachbarstaaten im Juli auf Gespräche. Nun jedoch lässt Ankara erneut Schiffe in griechischen Gewässern nach Rohstoffen suchen. Athen versetzt sein Militär in Alarmbereitschaft. Der Direktor des Instituts für Auslandsbeziehungen der Panteion-Universität in Athen Constantinos Filis, 43, warnt vor einer Eskalation im Mittelmeer.

SPIEGEL: Herr Filis, worum geht es beim Streit zwischen Griechenland und der Türkei?
Filis: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat ein Forschungsschiff in Gewässer geschickt, die Griechenland für sich beansprucht. Die Seegrenzen mögen zwar umstritten sein, trotzdem ist die Türkei nicht berechtigt, in diesem Raum Untersuchungen durchzuführen. Was Ankara macht, ist eindeutig illegal.
SPIEGEL: Was will Erdoğan erreichen?

Filis: Er will in der Ägäis Fakten schaffen zugunsten der Türkei. Seine Botschaft lautet: »Ich bin hier der Chef.«

SPIEGEL: Wie ernst ist die Lage?

Filis: Wenn die EU keine eindeutige Botschaft aussendet, dass das Handeln der türkischen Regierung Folgen hat, könnte Erdoğan die Situation weiter eskalieren. Ich glaube aber immer noch an den Erfolg der Gespräche.

SPIEGEL: Die Türkei und Griechenland sind beide in der Nato. Was kann Europa tun?

Filis: Erdoğan muss wissen, dass er wirtschaftlich einen hohen Preis bezahlt, wenn er so weitermacht. Wenn er sich an die Gesetze hält, könnte ihm die EU Vorteile anbieten, eine verstärkte Zollunion oder bessere Bedingungen beim Flüchtlingsdeal.

SPIEGEL: Würden Sanktionen die Türkei nicht nur weiter von Europa entfremden?

Filis: Nein, im Gegenteil. Je sicherer sich Erdoğan fühlt, umso weiter entfernt er die Türkei von der EU.

SPIEGEL: Welche Rolle sollte Deutschland dabei spielen?

Filis: Merkel ist die einzige Regierungschefin, die Einfluss auf Erdoğan nehmen kann. Es ist ein glücklicher Zufall, dass Deutschland aktuell die EU-Ratspräsidentschaft führt. GEC

Großbritannien

Navy gegen Flüchtlinge

● Die britische Regierung hat angekündigt, Flüchtlinge mit harten Maßnahmen an der Überquerung des Ärmelkanals zu hindern. Hilfsorganisationen befürchten deshalb, dass die Zahl tödlicher Bootsunglücke zwischen Frankreich und Großbritannien zunehmen könnte.

»Wenn die Briten anfangen, Menschen zurückzuschleppen, wird das dazu führen, dass die noch gefährlichere Routen über den Kanal wählen«, sagt Frances Timberlake, die für die NGO Refugee Women's Centre im französischen Dunkerque arbeitet. Die Migranten könnten dann versuchen, von versteckten Orten an der Küste aus auf-

zubrechen, um Grenzen auszuweichen. Die Zahl der Flüchtlingsboote im Kanal hat zuletzt zugenommen – offenbar vor allem, weil Migranten kaum mehr eine Chance sehen, sich in Lastwagen nach Großbritannien zu schmuggeln.

In diesem Jahr schafften bereits mehr als 4000 Migranten die Überfahrt in kleinen Schlauchbooten, mehr als in der Vergangenheit. Die steigenden Zahlen haben die britische Öffentlichkeit aufgeschreckt. Rechtspopulist Nigel Farage spricht von einer »Invasion«. Fernsehreporter berichteten live von Booten und filmten Migranten bei der Überfahrt.

Die britische Regierung möchte die Route über den Kanal nun dichtmachen und arbeitet gemeinsam mit französischen Behörden an

einem Aktionsplan. Innenministerin Priti Patel brachte zuletzt den Einsatz der Navy ins Spiel, um die Migranten aufzuhalten. Am Montag flog ein Transportflugzeug der Royal Air Force Kontrollschleifen über dem Kanal. SLÜ



Aufgegriffene Migranten bei Dover

In den Ruinen einer Stadt

Libanon Nach der Katastrophe von Beirut wächst die Wut auf die Mächtigen – selbst die Bewohner der Stadtpaläste sehnen eine Revolution herbei.
Von Christoph Reuter, Thore Schröder und Lorenzo Tugnoli (Fotos)

Manchmal ist es nur ein Rieseln. Aber es hört nicht auf, das Klirren, Splintern, Krachen von hunderttausendfach geborstenem Glas. Auch eine Woche nach der gigantischen Explosion am Abend des 4. August, deren Druckwelle anfangs mit 2500 Metern pro Sekunde durch Beirut jagte, ist die Luft der Stadt erfüllt vom unaufhörlichen Sound zerspringender Fenster und Scheiben.

Tausende Helfer und Nachbarn fegen Scherben aufeinander, Bagger schieben die wachsenden, in hellem Türkis schimmernden Haufen zusammen, manchmal stürzen noch ganze Glasfronten aus höheren Stockwerken nach unten. Es ist das Geräusch einer zutiefst verwundeten Stadt.

2750 Tonnen Ammoniumnitrat, ein hochexplosiver Grundstoff für Dünger wie für Sprengstoff, explodierten im Hafen der libanesischen Hauptstadt – das Ergebnis einer Kettenreaktion unfassbarer Ignoranz des Staates, seiner Sicherheitsdienste, von Armee und Behörden. Die Wucht der Explosion verwüstete die Wohnungen und Häuser von etwa 300 000 Bewohnern, tötete laut der libanesischen Anwaltskammer 240 Menschen und verletzte mehr als 6000.

Jeden Abend ziehen jetzt Demonstranten in Richtung Parlament, werfen Steine, die Polizei antwortet mit Tränengas. Die Regierung von Premier Hassan Diab ist am Montagabend nach knapp sieben Monaten zurückgetreten und bis zum Antritt einer Nachfolgeregierung nur noch kommissarisch im Amt. »Die Korruption ist größer als der Staat«, sagte Diab zum Abschied, »und der Staat ist gelähmt von der herrschenden Seilschaft, die er weder konfrontieren noch loswerden kann.«

Proteste und Rücktritte gab es im vergangenen Herbst schon einmal, als das kriminelle Schneeballsystem der Zentralbank implodierte, was die libanesische Währung ins Bodenlose und das Land in die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten riss. Auch damals protestierten Zigtausende über Monate hinweg, Premier Saad Hariri trat zurück. Es besserte sich aber nichts.

Jahrzehntelang hat vor allem die Hisbollah, die schiitische Milizpartei, die Gefahr einer israelischen Bedrohung herauf-



Blick auf Beirut aus einer zerstörten Wohnung: »Dieser verdammte Staat tut nichts, um den

beschworen. Instinktiv dachten die meisten Überlebenden in den Minuten nach der Explosion an eine Rakete, einen Luftangriff aus Israel. Umso bitterer ist die Erkenntnis, dass wieder einmal die völlige Gleichgültigkeit ihrer eigenen Eliten die Libanesen ins Verderben gestürzt hat. »Es klingt komisch, aber eine israelische Rakete wäre mir lieber gewesen«, erzählt ein Unternehmer aus dem Südlibanon, der zum Helfen nach Beirut

gekommen ist: »Die Wirklichkeit ist so demütigend.«

Alle Illusionen, die die Libanesen über ihren Staat noch hatten, sind zerborsten wie die Panoramafenster der Hochhäuser mit Meerblick. Die Hisbollah und die anderen Machthaber wollen nicht weichen. Und sie haben die Waffen. Auf der anderen Seite wächst die Wut, seitdem die Stadt aus dem Schock erwacht. Inzwischen verlieren auch jene die Hoffnung,

die den Libanon trotz allem nie aufgeben wollten. Selbst Palastbesitzer und Ex-Bürgermeister fordern die Revolution.

Rasend vor Zorn zertrümmert ein Mann am Montagmorgen den letzten intakten, leeren Fensterrahmen im Innenhof und brüllt einem davonfahrenden Kleinlaster hinterher: »Ich werfe es auf die Straße! Ich werfe alles mitten auf die Straße«, bis ihn seine Frau beruhigt.

Der Kleinlaster ist das erste Lebenszeichen der Stadtverwaltung, sechs Tage nach der Katastrophe. Nur weigert sich der Fahrer, Trümmer mitzunehmen, die nicht am Straßenrand gestapelt sind. Darum sollten sich doch die Bewohner kümmern.

»Dieser verdammte Staat tut nichts, um den Menschen zu helfen, gar nichts«, wütet Pierre Aisa, der jahrelang Bürgermeister in Baabda war, dem mondänen Vorort Beiruts, wo der Staatspräsident seinen Sitz hat. Nun kümmert er sich um seine 85-jährige Schwiegermutter, die die Detonation verletzt überlebt hat.

Immer wieder münden Gespräche in Wut und Bitterkeit, manche denken sogar laut über Gewalt als letzte Lösung nach. Dem Architekten Ely Boustany gehört eines der ältesten Häuser in Mar Mikhael, einem der schwer getroffenen Viertel. Zwei Jahre lang habe er es restaurieren lassen. »Wir haben alle Immobilienhaie weggeschickt, die es kaufen, abreißen und einen Apartmentblock hierhinsetzen wollten«, erzählt er und balanciert über eine halb verschüttete Treppe nach oben.

Er zeigt die originalgetreu restaurierten, tiefrot bemalten Wände im Salon, die kalligrafischen Zitate der legendären Sängerin Fairouz und libanesischer Dichter über Beirut im nächsten Raum: »Wir wollten ein Kleinod Beiruter Geschichte restaurieren als Hotel. Es hätte nur vier, fünf Zimmer gehabt, aber es war mein Herzensprojekt.« Das Hotel sollte Anfang des Jahres eröffnet werden. »Dann kam die Wirtschaftskrise, wir hofften auf den Sommer. Dann kam Corona. Und nun das.«

Nach der Explosion habe er die Stadtverwaltung angerufen, die Kulturbehörde, die Bauverantwortlichen, »zwei Tage lang hing ich am Telefon, um Hilfe zu erbitten. Dann kam ein Schnösel von der Stadt und meinte, das Haus sei ja alt und aus Sandstein gewesen, kein Wunder, dass es eingestürzt sei. Das war's.«

Er hält inne, schluckt, sucht nach Worten: »Es hat hier keinen Sinn mehr. Wenn Sie das Haus kaufen wollen, bitte.«

Gemmayze, das Zentrum der Zerstörung direkt gegenüber den Speicherhallen, ist christlich, aber stets auch ein Mikrokosmos der Beiruter Welten gewesen. Arme Neuankömmlinge ließen sich in Hafennähe nieder, Superreiche wie die im 18. Jahrhundert aus Konstantinopel übergesiedelte Sursock-Familie bauten sich ihre Paläste



Menschen zu helfen, gar nichts«



Passanten nahe dem Explosionszentrum im Hafens: »Es hat keinen Sinn mehr«

auf dem Hügel am Südrand des Viertels. Vor zehn, fünfzehn Jahren wurde Gemayze schick, kamen Bars und Restaurants ins Viertel. Aber immer noch waren da die lebenden Relikte aus den goldenen Vorkriegszeiten: Nasri Dekmak und sein verwunschener Eckladen, spezialisiert auf die Reparatur von Kronleuchtern. »Super Out«, ein Geschäft, das noch bespielte Kassetten verkaufte. Und Roupen Sulahian, dessen Vater 1952 einen florierenden Handel mit Kugellagern für große Maschinen eröffnet hatte – das Interieur war bis zum Dienstagabend unverändert geblieben.

Alles verwüstet, zerstört. Sulahian sitzt jetzt zwischen den Trümmern seines Lebens und erzählt zögernd, dann immer lebhafter davon, was er, der Laden und seine Familie alles überstanden haben, um erlauben zu lassen, was dieser Untergang bedeutet. »Im Bürgerkrieg lag die ›Grüne Linie‹, die Front, 100 Meter von hier.« Ein Splitter von damals steckt noch in einer Vitrinenleiste. »Aber wir hatten weiterhin geöffnet, denn das Geschäft lief! Damals gab es mehr als 300 große Firmen im Land. Wir hatten die Generalvertretung von FAG, dem westdeutschen Kugellagerhersteller.«

Sein Großvater sei 1932 nach Beirut gekommen, »er war als kleiner Junge in einem Korb auf einem Esel während des

osmanischen Genozids an den Armeniern aus Gaziantep geschmuggelt worden. Wir haben geschuftet, seit drei Generationen, um uns eine gute Existenz aufzubauen. Der Libanon war meine Heimat, ich wollte hier nie weg. Aber nun?«

Dass ihm nichts geschehen sei, liege daran, dass er bereits um 14 Uhr geschlossen habe und nach Hause gegangen sei, »seit der Wirtschaftskrise kommt ja kaum noch Kundschaft. Von den 300 Firmen sind noch 22 übrig, die anderen haben über die Jahrzehnte aufgegeben.«

Hoch über ihm, in einem halbwegs bewohnbar gebliebenen Pavillon seines parkartigen Gartens, sitzt Roderick Sursock, 67 Jahre alt, Erbe des Familienpalasts, als ein halbes Dutzend Deutsche in Schutzkleidung und Helm anklopft. Die Disaster-Experten vom Technischen Hilfswerk und der Partnertruppe International Search and Rescue (Isar) gehen Haus für Haus ab, um die Statik zu überprüfen. Torgen Mörschel, ein nüchterner Isar-Statiker mit Blick für Details, schaut auf die meterlangen Risse in den tragenden Mauerteilen des Palasts, dessen Fassade sich dort bereits nach außen wölbt. Stabilisiert werde sie noch vom Gewicht des Daches, sagt Mörschel, »aber wenn jetzt kräftiger Wind kommt und es entlastet, könnte das erst die Mauer zum Einsturz bringen, worauf-

hin dann das kollabierende Dach alles zusammenbrechen lassen könnte.«

160 Jahre, anderthalb Jahrzehnte Bürgerkrieg, Machtwechsel und zwei Weltkriege hat der Sursock-Palast fast unversehrt überstanden. Beiruts Vorzeigeschloss. Nun hängt sein Schicksal an einem Windstoß. Roderick Sursock nickt matt. Auch er wird später sagen, dass nur eine Revolution helfe, nur Gewalt dieses System beseitigen könne.

Tausende freiwillige Helfer strömen seit der Explosion herbei mit Besen, schleppen Schutt und Scherben aus den Wohnungen. Sie kommen aus Beirut, aus Saida im Süden, aus Akkar hoch im Norden. Die Stadtverwaltungen kleiner Orte wie Keserwan und Jounieh schicken Bagger und Lastwagen. Suppenküchen und Erste-Hilfe-Stationen werden von der Caritas und kleinen NGOs betrieben. Sie eröffnen Registraturstellen unter freiem Himmel, wo die Nachbarn sich eintragen und auflisten können, was sie am dringendsten brauchen. Die Vereinigung der Immobilienmakler verteilt metergroße Plastikfolien als Fensterersatz. Die deutschen »Orientshelfer« haben ihre Gulaschkanone, einst von der Bundeswehr gespendet, aus einem Flüchtlingslager in der Bekaa-Ebene geholt und einige syrische Flüchtlinge gleich mit dazu, die nun Mahlzeiten zu den Alten und Ge-

brechlichen in ihren Trümmerwohnungen bringen.

Am Sonntagmittag baut Pater Eli aus dem Bergort Bkfeir einen improvisierten Altar direkt vor der riesigen Ruine der Elektrizitätsverwaltung auf, »um Trost zu spenden, gerade jetzt, gerade hier!«. Die kleine Gemeinde singt an gegen das Schepern und Klirren der Umgebung: »Herr, um deine Gnade bitten wir!« Ein junger Vollbärtiger in Che-Guevara-T-Shirt hört gar nicht mehr auf, sich zu bekreuzigen.

Schon in den ersten zwei Tagen sind die Profis der Katastrophenhilfe aus Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien eingetroffen. Die Aufteilung der Stadtviertel in Sektoren, damit sich nicht Teams aus verschiedenen Ländern gegenseitig auf den Füßen stehen, haben die Briten übernommen. Die Italiener und Franzosen suchen im Hafen nach Leichen. Die Deutschen sind vor allem im südlichen Hügelzug unterwegs.

Am Donnerstag vergangener Woche schritt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron durch die Rue Gouraud, Gemmayzes zertrümmerte Hauptstraße. Die Menge jubelte ihm zu, nannte ihren eigenen Präsidenten einen Terroristen und rief »Revolution!«. Als sei Macron der Erlöser auf Stippvisite. Sechs Tage später kam Bundesaußenminister Heiko Maas zur Besichtigung des Trümmerfelds im Hafen.

Gefühlt sind alle da. Nur der libanesische Staat nicht. Allein Soldaten und Polizisten bewachen die Trümmer, warnen Passanten davor, einsturzgefährdeten Gebäuden zu nahe zu kommen. Oder bedrängen Hauseigentümer zu unterschreiben, dass sie für den Zustand ihrer Häuser verantwortlich seien, sobald sie sie betreten.

Es gibt nicht die kleinste Geste der Veröhnung, keinen staatlichen Versuch, all den obdachlos Gewordenen zu helfen. Keiner der im Geflecht aus Staat und Korruption zu Milliarden Gewordenen hat sich zu Wort gemeldet oder gar gespendet. Als hätte die Druckwelle vom Dienstag auch die letzte Illusion über Willen und Fähigkeit der Herrschenden und ihrer Parteigänger in den Apparaten hinweggesprengt.

Für die Bewohner von Gemmayze waren es an jenem Dienstag nur winzige Entscheidungen und Zufälle, die über Leben und Tod entschieden. Der syrische Arbeiter Saïd verließ um kurz vor sechs den Hafen, der Rotkreuzmitarbeiter Ayman holte um 18.01 Uhr sein Auto vom Parkplatz, der sieben Minuten später nur noch ein Inferno aus zerrissenem Metall war. Die junge Krankenschwester Jessica Bazdjian beschloss, schon eine Stunde früher zu ihrer Nachtschicht ins St.-George-Krankenhaus im Viertel Geitawi zu kommen.

Als die Druckwelle das Krankenhaus traf, hatte Jessica Bazdjian gerade den Eingang passiert. »Ihre Kollegen sagen, die

große Glastür habe sie getroffen«, sagt ihre Schwester Rosaline. Vier Minuten zuvor hatte Jessica ihrer Mutter noch eine WhatsApp-Nachricht geschickt, wie jeden Tag: »Ich bin angekommen.«

Der Rest der Familie erlebte die Explosion in ihrem Zuhause im Vorort Bsalim. Jessica war plötzlich nicht mehr zu erreichen. Also fuhren alle los, und als sie in den Stau vor der Stadt kamen, stellten sie ihre Autos ab und ließen sich von Fremden auf Motorrädern weiterbringen. »Als wir bei der Klinik ankamen, war alles dunkel und zerstört«, erinnert sich Rosaline.

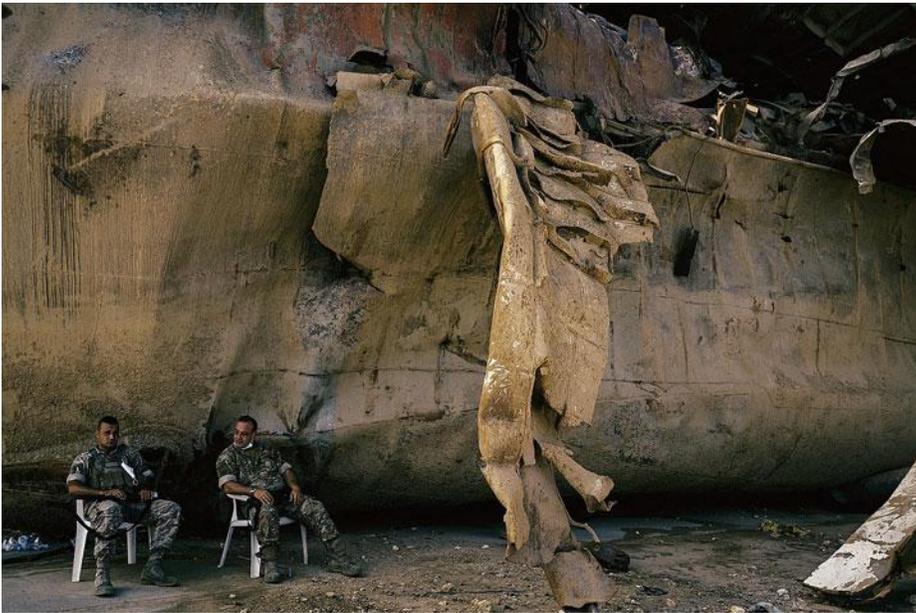
Schwerverletzte wurden auf der Straße versorgt, unter Handylampen. Ihre Schwester erkannte Rosaline an deren weißen Turnschuhen: »Der Boden um sie herum war voller Blut. Jessica hatte ein Loch im Hals.« Gestorben mit 23 Jahren. Ihre Kol-

legen hatten noch um sie gekämpft, zweimal Adrenalin direkt ins Herz gespritzt. Vom libanesischen Staat haben die Bazdjians auch eine Woche nach Jessicas Tod nichts gehört. »Aber wir mussten am nächsten Tag schon früh morgens den Leichnam abholen«, sagt Vater George, »sie hatten ja keinen Strom mehr im Krankenhaus für die Toten. Selbst darum hat sich keiner von denen da oben gekümmert.«

Zur Trauerfeier für die insgesamt vier ums Leben gekommenen Krankenschwestern kommen Hunderte am Montagabend, sitzen in der Ruine des einstigen 385-Betten-Krankenhauses. Das Blut auf dem Boden ist zu schwarzroten Flecken festgetreten. Zwei Priester, ein römisch-katholischer und ein griechisch-orthodoxer, halten den Gottesdienst. Ganz vorn schluchzend die Mütter und Schwestern der vier



Messe für Todesopfer, Straßenszene: Zufälle entschieden über Leben und Tod



Soldaten vor Schiffswrack, Gedenkfeier in der Innenstadt: »Wir haben versagt«

Toten. Ihre Porträts stehen zwischen Dahlien- und Rosengebüden neben einer Ikonen des heiligen Georg, des Drachentöters.

Eine Klavierspielerin intoniert die Filmmusik von »Das Piano«. »Wir wünschten uns, wir hätten mehr tun können, viel mehr«, sagt eine Kollegin in ihrer Abschiedsrede: »Wir haben versagt, aber wir waren einfach überwältigt.«

Inmitten der Schicksale dieser Stadt bedeutete manchmal der Tod der einen das Überleben der anderen.

Als der Diensthabe der Beiruter Feuerwehrzentrale in Quarantäne, dem Armenviertel östlich des Hafens, um fünf vor sechs am jenem Dienstag den ersten Notruf von Polizisten erhielt, dass es im Hafen brenne, fragte er nach: »Ich machte ihnen klar, dass ich doch keinen Löschzug losschicke, solan-

ge wir nicht wissen, was da brennt«, erinnert sich Wachleiter Raymond Farah im Interview mit Al Jazeera. »Ein Offizier der Staatssicherheit rief zurück, sagte, da brenne nur eine Halle mit Feuerwerkskörpern. Also gab ich Befehl zum Ausrücken.«

Ein Routineeinsatz, so schien es. Neun Feuerwehrmänner und eine Rettungssanitäterin sprangen in die Wagen, rasten die kurze Strecke zum Hafen, wurden von Bewaffneten am Tor durchgewinkt. Farah war in dauerndem Funkkontakt mit ihnen, »sie sagten, irgendetwas stimmt hier nicht. Das Feuer ist riesig, und es klingt unheimlich.« Er möge Verstärkung schicken. Raymond Farah schlug Alarm, alle verfügbaren Feuerwehrleute griffen ihre Helme, zogen sich die schweren Schutzjacken an, rannten die Treppen runter zu den Fahr-

zeugen, als der Schlag das Gebäude traf. Brennend heiße Luft, die Wucht des Drucks und ein Geschosshagel aus Glassplittern und Mauerbrocken rasten durch die oberen Stockwerke.

Unten in der Garage war es sicherer. Farah, unverletzt, half Verwundeten, winkte auf der Straße einen Mopedfahrer heran, der ihn zum Hafen brachte: »Als wir uns durchgeschlagen hatten in die Nähe des Epizentrums, war kein Löschzug, kein Krankenwagen mehr zu sehen. Als ob sie verdampft wären.« Er suchte verzweifelt nach seinen Leuten. »Aber das Größte, was wir fanden, war so groß wie eine Hand.«

Es waren die falschen Angaben der Hafensicherheit, die den Tod der ersten zehn besiegelten – aber zugleich jene 100 oder mehr retteten, die sonst zu einem Großeinsatz ausgerückt wären. Und nur wegen des letzten Notrufs der Todgeweihten rannten die anderen nach unten, wo sie geschützt waren.

Niemand von den Wachhabenden im Hafen habe von der fatalen Gefahr gewusst, sagt Raymond Farah: »Hätten sie gewusst, was da lagerte, wären sie doch alle gerannt. Nur die oberen Befehlsränge waren im Bild.«

Das waren sie seit Jahren. Seit 2014, als das Ammoniumnitrat vom festgesetzten Frachter Rhosus in den Hafen gebracht worden war, hatte dessen Verwaltung immer wieder den Abtransport gefordert. Jetzt schieben Innenministerium, Zoll, Staatssicherheit und Armee die Verantwortung den jeweils anderen zu. Dass ein Untersuchungsteam der Staatssicherheit noch zwei Wochen vor dem 4. August ein alarmierendes Memo an Staatspräsident und Premier verschickte, bestreiten die Empfänger nicht.

Staatspräsident Michel Aoun verkündete, er habe die Sicherheitsbehörden angewiesen, »das Nötige zu tun. Ich bin nicht verantwortlich.« Was habe er mit dem Hafen zu tun? Da hätten andere ihre Pflicht tun müssen. Auch der zurückgetretene Premier Diab gab an, die Warnung weitergeleitet zu haben, umgehend sogar.

Passiert ist nichts.

Das heißt, etwas ist doch passiert. Genau so viel, die Katastrophe auszulösen, die verhindert werden sollte. Um wenigstens die Löcher im Blech der Halle zu schließen, sei ein Trupp Syrer beauftragt worden, sie zuzuschweißen, erzählte ein Angehöriger der Staatssicherheit der Nachrichtenagentur Reuters. Nur habe den Syrern niemand gesagt, dass Tonnen Ammoniumnitrat und überdies auch noch beschlagnahmte Feuerwerkskörper in der Halle lagerten.

Es war der Funkenflug der Schweißarbeiten, der die Feuerwerkskörper in Brand setzte. Dessen Hitze ließ schließlich das Ammoniumnitrat detonieren.

Die Erbin

USA Kamala Harris ist die erste schwarze Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin. Wer ist die Frau, die die Demokraten in die Zukunft führen soll?

Vielleicht ist es ja ein Zeichen der Hoffnung, wenn im chaotischen und pandemiegeplagten Amerika des Spätsommers 2020 einmal das Erwartete eintritt. Amerika hat genug böse Überraschungen erlebt, und so tat Joe Biden am Dienstag genau das, was die Kommentatoren und Sterndeuter Washingtons seit Wochen vorausgesagt hatten: Er holte sich die Senatorin Kamala Harris als Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin an die Seite – eine Frau, die auf den ersten Blick wie die perfekte Wahl im Kampf gegen einen Präsidenten wirkt, dessen Markenzeichen das Unberechenbare ist.

Harris ist politisch erfahren, sie sitzt seit fast vier Jahren im US-Senat und gewann davor zwei Wahlen zur Generalstaatsanwältin von Kalifornien. Sie gilt als moderate Demokratin, weshalb es Donald Trump schwerfallen wird, sie als durchgeknallte Linke zu karikieren, die das Weiße Haus zur Zentrale einer sozialistischen Weltregierung umfunktionieren wird.

Und nach dem Tod George Floyds ist es mehr als nur ein Symbol, dass Biden zum ersten Mal in der Geschichte der USA eine dunkelhäutige Frau zum »running mate« berufen hat.

In aller Regel ist die Kandidatenkür zum Vizepräsidenten ein Vorgang, der vor allem die Journalisten in Washington elektrisiert; die Wähler sind da deutlich abgeklärter. Sie nehmen nur Notiz, wenn sie so gründlich danebengeht wie zuletzt im Jahr 2008, als Sarah Palin, einst Gouverneurin von Alaska, die außenpolitische Sachkenntnis des republikanischen Präsidentschaftsbewerbers John McCain mit dem bemerkenswerten Kommentar untergrub, sie verstehe allein deshalb etwas vom Weltgeschehen, weil sie von ihrem Haus in Alaska aus Russland sehen könne.

In diesem Jahr aber liegen die Dinge anders. Sollte Biden im November Trump schlagen, wäre er mit 78 Jahren der älteste Präsident in der US-Geschichte. Kaum jemand glaubt, dass Biden im Jahr 2024 für eine zweite Amtszeit antreten wird. Er hat sich selbst schon einmal als »Übergangspräsidenten« bezeichnet, weshalb die Nominierung der 55-jährigen Harris auch eine Vorentscheidung über die Zukunft der Demokraten ist.

Harris verfügt zweifellos über die Härte, die es im Washingtoner Nahkampf braucht. Bei den Demokraten ist unvergessen, mit welcher schneidender Kälte sie vor knapp zwei Jahren im US-Senat Brett Kavanaugh in die Mangel nahm, Trumps umstrittenen Kandidaten für den Obersten Gerichtshof. Viele Parteifreunde freuen sich jetzt schon auf den 7. Oktober, wenn Harris in einem TV-Duell gegen Trumps Vize Mike Pence antritt, einen frömmlichen Evangelikalen aus Indiana.

Harris, so viel lässt sich jetzt schon sagen, wird sicher keine Skrupel haben, Pence mit unangenehmen Fragen zu trakieren. Etwa mit der, wie er es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, einem Präsidenten zu dienen, der seine Ehefrau mit einem Pornostar betrogen hat. So gesehen ist die ehemalige Generalstaatsanwältin eine gute Ergänzung für Biden, der auf der Fernseh Bühne zuweilen wirkt, als hätte er seinen Sprechzettel in der Garderobe vergessen.

Ob Harris auch Wahlen gewinnen kann, ist eine andere Frage. Sie hat zwar einen der beiden kalifornischen Sitze im US-Senat für sich geholt, aber der Staat an der Westküste liegt inzwischen fast so sicher in der Hand der Demokraten wie Bayern in der Hand der CSU. Als sie sich im vergangenen Jahr um die demokratische Präsidentschaftskandidatur bewarb, versank ihre Kampagne in einem Strudel aus Personalquerelen und politischem Opportunismus.

Harris' größtes Problem ist, dass bis heute niemand so recht weiß, wofür sie eigentlich steht. Ihr Programm für die Präsidentschaftskandidatur lautete: ich, Kamala. Sie begann ihre Bewerbung mit einem Bekenntnis zu einer allgemeinen Kran-

kenversicherung – bis sie merkte, dass sie das Stimmen der moderaten Wähler kosten könnte. Wer Harris als Generalstaatsanwältin kennengelernt hatte, rieb sich die Augen, als auf der Wahlkampfbühne plötzlich die Bürgerrechtsaktivistin Harris stand.

Ihr bisher größter Fernsehmoment war, als sie im Juni vorigen Jahres bei einer Debatte Biden recht unverhohlen des Rassismus bezichtigte. Es sei sehr »schmerzhaft« für sie gewesen, wie Biden in den Siebzigerjahren mit anderen Senatoren versucht habe, das »busing« zu torpedieren, das schwarzen Schülern die Chance gibt, in die oft besser ausgestatteten Schulen der weißen Vororte zu fahren. Damals habe es in Kalifornien ein kleines Mädchen gegeben, das von dieser Politik profitiert habe. »Dieses kleine Mädchen war ich«, sagte Harris.

Es war ein berührender Auftritt – bis sich herausstellte, dass Harris heute zum Bus Thema eine ähnliche Position vertritt wie damals Biden.

Der Auftritt zeigte wie unter einem Brennglas Harris' Stärken und Schwächen: ihre Fähigkeit, eloquent eine Attacke zu reiten – und im Eifer des Gefechts die Wirkung ihrer Worte zu unterschätzen. Wenn sie ernsthaft glaubt, Biden sei ein verkappter Rassist, warum will sie ihm dann als Vizepräsidentin dienen?

Es spricht für Bidens Professionalität, dass er ihr den Angriff von damals offenbar verziehen hat. Aber ob die Demokraten Harris die Zukunft des Landes und der Partei in der Zeit nach Biden anvertrauen, muss sich erst noch zeigen. Der Bedarf an politischer Wendigkeit ist nach vier Jahren Trump jedenfalls erst einmal mehr als gedeckt. René Pfister



Demokraten Biden, Harris: Die Härte, die es im Washingtoner Nahkampf braucht



Venezolanische Migranten in Bucaramanga, Kolumbien: »Maduro hat unser Land zerstört«

Federico Ries / The New York Times / laif

Zurück ins Chaos

Venezuela Zehntausende Menschen, die aus dem Land geflohen waren, wollen wieder nach Hause. Die Regierung bremst jedoch – und verursacht an der Grenze ein humanitäres Drama.

Es ist Dienstagfrüh um acht, als sich Robert Noriega mit seiner Frau, seinem vierjährigen Sohn Jesús und etwa hundert anderen Venezolanern in eine Schlange einreihet. Die Gruppe steht in der kolumbianischen Grenzstadt Cúcuta auf dem Gelände der Migrationsbehörde. Jeden Augenblick, hieß es, werde ein Bus vorfahren, der sie zur Brücke bringe, die seit Beginn der Pandemie geschlossen ist. Noriega will mit seiner Familie zurück nach Venezuela.

»Vamos!«, ruft er mit aufgekratzter Stimme in sein Handy. Durch die Kamera erkennt man seine Schutzmaske, auf die ein breit grinsender Mund gezeichnet ist, aber Noriegas Augen, die darüber hervorgucken, wirken matt und müde. 27 Tage Fußmarsch liegen hinter ihm, knapp tausend Kilometer durch die Anden. Die meiste Zeit des Weges, sagt Noriega, habe

er Jesús getragen. Nachts, wenn sie am Rand der Serpentina ihr Zelt aufschlugen, habe er aus Furcht vor Überfällen kaum geschlafen.

Zwei Jahre ist es erst her, dass Noriega in die umgekehrte Richtung lief. Er war einer von viereinhalb Millionen Venezolanern, die vor der Armut, dem Hunger und einer allgemeinen Perspektivlosigkeit flohen. In Cali, im Westen Kolumbiens, hatte er einen Job gefunden, als Wachmann einer Bäckerei. Dann aber kam das Virus, der Lockdown, und es brauchte niemand mehr einen Mann, der eine geschlossene Tür bewachte.

Deshalb ist Noriega jetzt einer von Zehntausenden Flüchtlingen, die die Pandemie zur Umkehr zwingt.

90 000 Venezolaner, schätzt Víctor Bautista, der in Cúcuta die Migrationsbehörde leitet, seien seit Mitte März in ihre Heimat

zurückgekehrt. Es sind Menschen, die in den Metropolen Südamerikas die Jobs erledigten, die andere nicht machen wollten. Sie arbeiteten als Hilfskräfte, die auf dem Bau die Steine schleppten, standen an Ampeln und putzten die Scheiben anhaltender Autos, oder wuschen wie Noriegas Frau in einer Restaurantküche die Teller. Zahllose Migranten verloren durch die Pandemie praktisch über Nacht ihre prekäre Existenz.

Viele konnten wie Noriega irgendwann die Miete nicht mehr zahlen. Ohne Aufenthaltspapiere fehlt ihnen in den Gastländern zudem der Zugang zu medizinischer Versorgung und staatlichen Hilfen. Weil sie in der Not nicht wissen, wohin sie gehen sollen, laufen sie einfach zurück nach Hause – in ein Land, dessen Wirtschaft schon vor der Pandemie am Boden lag und in den vergangenen Monaten noch weiter in den Abgrund glitt.

Es ist ein humanitäres Drama, das sich im toten Winkel der Weltöffentlichkeit abspielt. Grenzstädte wie Cúcuta, sagt Víctor Bautista, seien heute Krisengebiete.

Im Juni hat seine Behörde an der Grenze ein Durchgangslager eingerichtet, wo es Betten für die Migranten gibt, Duschen und drei Mahlzeiten am Tag. Aber der Platz ist begrenzt. 500 Leute können sie aufnehmen, aber es sind Tausende, die sich zurzeit in der Stadt befinden. Die Menschen hocken auf den Bürgersteigen, entlang der Zufahrtsstraßen zu den Grenzbrücken, sie siedeln auf den matschigen Grünflächen im Hinterland, wo sie sich aus Pappkartons und Plastikplanen windschiefe Verschlüge zusammenbauen. In diesen slumartigen Camps gibt es kein Wasser, keine Toiletten, keine Abstandsregeln.

Dann warten sie. Dicht an dicht, während die 161 Intensivbetten in Cúcuta zu 100 Prozent belegt sind.

Der Grund für den Stau ist, dass Venezuela nur eine begrenzte Zahl von Rückkehrern ins Land lässt. Jeden zweiten Tag dürfen 300 Menschen die Grenze passieren. Mehr kommen nicht durch.

Anfang April, als noch nicht abzusehen war, dass so viele Migranten kommen würden, freute sich der venezolanische Präsident Nicolás Maduro noch über die Rückkehrer. »Willkommen, Brüder und Schwestern«, rief er über Twitter all jenen Landsleuten zu, die dem »Wildwestkapitalismus« in Ländern wie Kolumbien, Ecuador oder Peru den Rücken kehren wollten. Mit der Zeit aber erkannte Maduro in den Heimkehrern ein Gesundheitsrisiko. Zuletzt bezeichnete er sie als »Biowaffen«, die das »kolumbianische Virus« nach Venezuela einschleusten, um seine Regierung zu destabilisieren.

Maduros Sorge, dass die Pandemie endgültig in Venezuela Fuß fasst, ist nicht ganz unbegründet. Lange schien es so, als könnte er das Virus mithilfe strenger Ausgangssperren kontrollieren. Ihm spielte in die Karten, dass es inzwischen nur noch wenige internationale Flüge nach Venezuela gibt und das Virus dadurch kaum von außen ins Land getragen wird. Aber zuletzt stiegen die Zahlen bestätigter Covid-19-Fälle erstmals stärker an, vor allem in der Grenzregion zu Kolumbien.

In einem heruntergewirtschafteten Land wie Venezuela kann die Pandemie schnell tödlich werden. Nach Jahren der Misswirtschaft fehlt es in den Krankenhäusern der großen Städte nicht nur an Beatmungsgeräten. Oft fehlt sogar der Strom, der sie am Laufen halten würde.

Um eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern, hat Maduro in Grenznähe einige Quarantänelager einrichten lassen. Vierzehn Tage müssen die Rückkehrer in diesen provisorischen Unterkünften aus-

harren. Die Begrenzung auf wenige Hundert pro Woche ist eine Folge der knappen Kapazitäten.

»Biowaffen«, sagt der Rückkehrer Robert Noriega kopfschüttelnd. »Maduro ist der Terrorist. Er hat unser Land zerstört.«

Später, als er endlich mit seiner Familie im Bus sitzt, schickt er über WhatsApp Bilder von dem Ort, an den er nun zurückkehrt. Noriegas Eltern haben ein paar Hektar Ackerfläche, auf denen sie Mais und Yucca anbauen. Als er mit seiner Frau und seinem Sohn vor zwei Jahren fortging, genügte das, was diese Felder an Ertrag abwarfen, kaum zum Überleben. Jetzt sieht er die Farm als Zufluchtsort, wo er zumindest vor dem Virus sicher ist.

Wenn er überhaupt so weit kommt, ohne sich zu infizieren. Die Quarantäneeinrichtung, die hinter der Grenze auf ihn wartet, ist in den Augen des venezolanischen Oppositionellen Tomás Guanipa aufgrund ihrer Hygienebedingungen und Enge »eine Konzentrationslagerartige« Bruststätte für Covid-19.

Um die staatliche Quarantäne zu umgehen, wählen viele Rückkehrer den Weg über die grüne Grenze. Anderen fehlt schlicht das Geld, um wochenlang auf einen Platz im Durchgangslager der kolumbianischen Migrationsbehörde zu warten, die den legalen Rückweg organisiert. Die Kirche, sagt Víctor Manuel Ochoa, der Bischof von Cúcuta, verteile in der Stadt und an den Zugängen zum Wald Tausende Boxen mit Reis, Thunfisch und Mehl. Mehr könnten sie derzeit nicht tun.

Für Noriega waren die »trochas«, wie die illegalen Pfade durch den Wald heißen, keine Option. »Zu gefährlich«, sagt er. »Zu viele Überfälle.« Und es ist auch deshalb



Rückkehrer Noriega mit Sohn Jesús

»Zu viele Überfälle«

riskant, weil man nicht weiß, was auf der anderen Seite geschieht. Wer die Quarantäneeinrichtung in Venezuela durchläuft, kann im Anschluss mit von der Regierung gecharterten Bussen weiterreisen. Wer über die grüne Grenze geht, weiß nicht, wo er landet.

»Illegale Rückkehrer töten ihre Familien«, hat Maduro kürzlich gezürnt. Später ließ er eine Mailadresse einrichten, über die Venezolaner all jene denunzieren können, die sich nicht an die Einreiseregeln halten. Wenig überraschend berichteten die Medien im Juli von gewalttätigen Übergriffen. Es wirkt, als seien Leute wie Noriega, die einfach nur nach Hause wollen, die neuen Sündenböcke für all das, was schiefläuft in Maduros Staat.

Venezuela, das über die größten bekannten Ölreserven der Welt verfügt, ist heute das ärmste Land in Südamerika. Als die Ölpreise im Frühjahr stiegen, wurde das Benzin so knapp, dass die Lieferketten unterbrochen waren und auf den Feldern die Traktoren stillstanden. Jeder dritte Venezolaner habe nicht genug zu essen, hieß es in einem Bericht des Welternährungsprogramms, bevor die Pandemie den Rest der Wirtschaft zum Erliegen brachte. In der vergangenen Woche hat die letzte Ölbohrplattform im Orinoco-Becken ihren Betrieb eingestellt.

Trotzdem scheint es so, als sei das Virus für Maduro ein willkommener Verbündeter. Durch den landesweiten Lockdown ist es ihm gelungen, die Opposition aus den Straßen zu verbannen. Juan Guaidó, der Präsident der Nationalversammlung, der sich im vergangenen Jahr zum Interimspräsidenten erklärte, kommuniziert zurzeit vor allem über die sozialen Medien, wenn er denn Strom hat.

Der Widerstand gegen die Regierung wird schwächer, auch weil Maduro in den vergangenen Monaten Dutzende Journalisten und Ärzte einsperren ließ, die seinen Umgang mit der Pandemie kritisierten. Gleichzeitig versucht Maduro, sein ums Überleben kämpfendes Volk gnädig zu stimmen, indem er im Fernsehen die Ankunft iranischer oder chinesischer Frachtschiffe feiert, die tonnenweise Öl, Lebensmittel und humanitäre Hilfsgüter liefern.

Das Land, in das Noriega jetzt nach zwei Jahren zurückkehrt, unterscheidet sich nicht so sehr von dem, das er verlassen hat. Was sich für ihn ändern wird, ist, dass er sein Leid nicht mehr allein in der Fremde schultern muss.

Die Frage ist, wie lange er überhaupt bleiben wird. Am Tag, bevor er mit seiner Familie über die Grenze trat, bekam er einen Anruf seines früheren Chefs in Cali. Die Bäckerei, sagte der Mann, mache jetzt wieder auf. Marian Blasberg



Julien Daniel / DER SPIEGEL

Vorstadtbewohner Kebe, Tur auf Hochhausdach: »Wir sind doch niemand«

Tanzende Sterne

Frankreich Im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois, der besonders hart von der Pandemie getroffen wurde, drehen Jugendliche mithilfe eines preisgekrönten Regisseurs einen Film über das Leben in der Banlieue. Sie hoffen, der Trostlosigkeit zu entkommen. *Von Britta Sandberg*

Eine der ersten Regeln, die man in Clichy-sous-Bois lernt, klingt absurd, aber wer sie einmal gehört hat, vergisst sie nicht mehr. Sie lautet: niemals zu nah an der Hausfassade stehen bleiben. Es könnte etwas von oben runterfallen. Zum Beispiel Gebäudeteile, die auch die provisorisch gespannten Fangnetze an den Häuserwänden nicht aufhalten könnten.

»Manchmal fliegen aber auch Fernseher, Kühlschränke oder Blumentöpfe nach unten!«, sagt Mahmadou Kebe und grinst.

Kebe, 22, und sein Kumpel Doğukan Tur, 20, stehen am Rand des Parkplatzes vor einem dieser beigebraunen Gebäuderiegel, aus denen sich ihr Viertel, die Cité Le Chêne-Pointu in Clichy-sous-Bois, zusammensetzt.

Es ist einer der Orte der französischen Republik, an denen der heilige Grundsatz der »égalité«, der Gleichheit, schon

vor Jahrzehnten außer Kraft gesetzt wurde.

In den Eingangshallen der Hochhäuser bröckelt Putz von der rußgeschwärzten Decke. Wasserlachen stehen am Boden, verrostete Briefkästen hängen lose an der Wand. Drinnen stinkt es nach Müll, im Erdgeschoss hat jemand mit schwarzer Farbe auf die Wand gesprüht: »Achtung, die Eltern, die an diesem Treppenaufgang wohnen, haben ihre Kinder nicht erzogen.«

Mahmadou Kebe und Doğukan Tur leben hier, seit sie denken können. Kebe kam als Kleinkind mit seiner Familie aus Mali nach Frankreich; Tur, dessen Eltern aus der Türkei stammen, wurde hier geboren. Die beiden kennen alle Regeln, alle Codes in Clichy-sous-Bois. Sie wissen, wie man auf die Dächer der Hochhäuser kommt, an den einzigen Ort, wo sie die Enge ihrer Wohnungen hinter sich lassen können, die hier nur F2, F3 oder F4 hei-

ßen – je nachdem, wie viele Zimmer sie haben. Sie wissen, in welchem Haus der Aufzug noch geht und in welchem nicht. Sie wissen, dass man nicht lange hinschauen darf, wenn auf dem Parkplatz Drogen gehandelt werden.

Was sie nicht gelernt haben: welcher Weg aus dieser Trostlosigkeit führen könnte. Denn so heruntergekommen Clichy-sous-Bois auch sein mag, es ist ihre Heimat.

»Ich hänge an diesem Ort, ich will hier nicht weg«, sagt Kebe, »in Clichy werde ich nicht komisch angeschaut wie in Paris. Die Leute halten zusammen bei uns, weil alle in derselben Scheiße sitzen.«

Kebe und Tur tragen die Uniform der Vorstadtjungs: Baseballcaps, Sneaker und Trainingshosen von Puma und Nike. Kebe trägt außerdem eine gefälschte Louis-Vuitton-Tasche und eine dicke Silberkette um den Hals. Wenn er lacht, blitzt ein silberner Schneidezahn in seinem Mund.

Mit Unterstützung des preisgekrönten Regisseurs Ladj Ly drehen Kebe und Tur gerade einen Film über das Leben in der Vorstadt, das Porträt einer Welt der Vergebenen. Während der Corona-Pandemie starben im Département 93, zu dem Clichy-sous-Bois gehört, mehr Menschen als in jeder anderen Region Frankreichs. Die Sterblichkeitsrate stieg um fast 120 Prozent im Vergleich zum Vorjahr; zum Höhepunkt der Krise, in der Woche vom 30. März bis zum 5. April, lag die Steigerung der Todesfälle sogar bei 295 Prozent.

In Clichy-sous-Bois leben mehr Übergewichtige, mehr Diabetesranke und Risikopatienten als in vielen anderen Teilen des Landes. Trotzdem stehen im Département pro Kopf dreimal weniger Intensivbetten zur Verfügung als in Paris. Wenn es noch einen Beweis dafür braucht, dass die Pandemie in Frankreich Geringverdienender, Einwanderer und Arme mehr traf als andere, Clichy-sous-Bois ist der Beleg.

Auch die weltweiten »Black Lives Matter«-Proteste haben die Menschen hier besonders bewegt: Rassismus gehört in den Vorstädten, in denen vor allem Einwanderer und ihre Nachfahren leben, zum Alltag. Tur und Kebe sind mit willkürlichen Kontrollen und Polizeigewalt groß geworden. »Irgendwann gewöhnst du dich an ihre ständigen Sticheleien. Wie sie es genießen, dich zu provozieren, wenn sie dir in ihrer Uniform gegenüberstehen und dir das Gefühl geben, dass du ein Nichts bist«, erzählt Tur. Als Jugendlicher wurde er von einem Polizisten zusammengeschlagen; der Beamte ging straffrei aus. Er ist noch immer im Viertel. »Aber inzwischen verstehen wir uns echt gut.«

Tur hat eine abgebrochene Automechanikerlehre hinter sich, danach hat er eine Zeit lang beim französischen TÜV gearbeitet. Irgendwann hatte er gar keine Arbeit mehr. Die größte Konstante in seinem Leben heißt Clichy-sous-Bois, nur rund zehn Kilometer von Paris entfernt und trotzdem wie durch eine unsichtbare Demarkationslinie vom Wohlstand und Reichtum der Hauptstadt abgeschnitten.

Ein »Failed State« im Miniaturformat: Die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei den 15- bis 24-Jährigen bei 29 Prozent. Das Durchschnittseinkommen pro Familie gehört mit 15 543 Euro zu den niedrigsten in ganz Frankreich, die Armutsrate ist fast dreimal so hoch wie in Paris. Und trotz aller Versprechungen wechselnder Bürgermeister im Rathaus des 30 000-Einwohner-Orts und verschiedener Präsidenten im Élysée-Palast, der eine Autostunde entfernt ist und doch unendlich weit weg scheint, hat sich seit Jahren an diesen Verhältnissen nicht viel geändert.

Jedem in diesem Land müsse es unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion möglich sein, seinen Weg zu gehen,

hat Präsident Emmanuel Macron am Nationalfeiertag im Juli gesagt. In Clichy-sous-Bois gilt dieses Versprechen nicht. Es liegt da wie eine große, offene Wunde.

Die meisten weißen Franzosen kennen das Leben in den Vorstädten nur als Karikatur, wie es im Wahlkampf der Rechtspopulistin Marine Le Pen erscheint – oder aus dem Kino. Vor 25 Jahren porträtierte der Spielfilm »La Haine« (»Hass«) erstmals auf bedrückende Weise in Schwarz-Weiß-Bildern das trostlose Leben in der Vorstadt. Der damalige Premierminister Alain Juppé verordnete seinem ganzen Kabinett eine Spezialvorführung des Films. Die Politiker sollten einen Teil ihres Landes sehen, den sie selbst nicht kannten.

Seit dem vergangenen Jahr gibt es einen neuen Film, der das Leben in der Banlieue porträtiert – und das Traurige ist, dass seit 1995 nicht viel besser geworden ist. Er heißt »Les Misérables« (»Die Elenden«, wie der Roman von Victor Hugo) und erzählt vom Leben in Clichy-sous-Bois.

Sein Regisseur heißt Ladj Ly, 42 Jahre alt, in Mali geboren, hier aufgewachsen und inzwischen einer der erfolgreichsten Filmmacher Frankreichs. Für »Les Misérables« erhielt er auf dem Festival in Cannes den Preis der Jury, später den »César« für den besten Film des Jahres. Bei den Oscars wurde er als bester fremdsprachiger Spielfilm nominiert. Seither gilt Ly in der Vorstadt als Held, denn er hat gezeigt, dass auch einer von ihnen es schaffen kann. Und er hat ihre Welt sichtbar gemacht.

An einem Sommerabend Ende Juli steht der Regisseur in blauem Poloshirt, mit Sonnenbrille und schwarzem Cap auf einem Gewerbehof in Clichy und isst gegrillte Lammwürstchen. Die Filmschule, die er 2018 hier gegründet hat, hat zum Abschluss des Schuljahres zu einem Sommer-

fest geladen. Am Grill steht der Hauptdarsteller des Films, den Tur und Kebe gerade drehen. Auch die beiden sind gekommen, sie kennen Ly seit Langem. Mahmadou Kebe hat einst im selben Häuserriegel gewohnt wie die Familie des Regisseurs.

In Lys Film, das ist das Bemerkenswerte, sind alle Opfer desselben Systems: die Polizisten, deren Geschichte er erzählt; die Jungen, die von den Beamten brutal verfolgt werden; und die Mütter, die sich um ihre Söhne sorgen, weil die nie nach Hause kommen.

»Les Misérables« sei ein Alarmruf, den er an die Politiker seines Landes richte, hat Ly in Interviews gesagt. Im vergangenen Jahr lud er Präsident Macron ein, sich mit ihm den Film dort anzuschauen, wo er gedreht wurde. Macron sagte ab, ließ sich aber eine Kopie in den Élysée schicken. Danach erklärte der Präsident, er sei zutiefst erschüttert über das, was er da gesehen habe. Als wäre das Elend auch ihm bis dahin verborgen geblieben.

Ly hat allen Hollywood-Angeboten, die auf Cannes folgten, eine Absage erteilt. »Mir geht es darum, den Jungen hier den Zugang zu einer Welt zu öffnen, die für sie bisher verschlossen war«, sagt der Regisseur auf dem Sommerfest, während er an der Motorhaube eines Autos lehnt. »Ich möchte ihnen Dinge möglich machen, wie so sollte das nicht auch hier gehen?«

Er weiß, wie mies die Wohnungen in Clichy-sous-Bois sind, wie schlecht die Schulen und wie groß der Hass. Sein Vater arbeitete bei der Müllabfuhr in Paris. Mit zehn wurde Ly zum ersten Mal von der Polizei kontrolliert, die Beamten nannten ihn einen »Makaken«, einen Affen, aber er verstand damals das Wort noch nicht. Rassismus, so wird Ly sagen, habe ihn von Kind auf begleitet, er sei sicher mehr als



Regisseur Ly: »Ich möchte ihnen Dinge möglich machen«



Drehbuchautorin Chauvellier mit dreien ihrer zehn Kinder, Treppenhauseingang, Filmset in Clichy-sous-Bois: »Die Leute hier halten zusammen,

tausendmal von der Polizei kontrolliert worden in seinem Leben. »Die Polizeigewalt, über die gerade alle reden, ertragen wir hier seit 20 Jahren.«

Die »École Kourtrajmé«, die er mitten im Krisengebiet gegründet hat, ist eine Kampfansage an die traditionellen Eliteschulen der Republik. Sie ist gebührenfrei und für alle zugänglich, Abitur oder Diplome sind keine Voraussetzung. 30 Schüler werden jedes Jahr angenommen. Die Ausbildung dauert ein Jahr, das Netzwerk von Regisseuren, Produzenten und Kameraleuten, das Ladj Ly über die Jahre aufgebaut hat, steht den Schülern auch danach zur Verfügung. Es ist das bewährte »Alumni«-Prinzip der Eliteuniversitäten weltweit, nur dass es diesmal auch für Schulabbrecher angewendet wird.

Tur und Kebe sind Teil eines Lehrgangs für Jugendliche aus den beiden Gemeinden Clichy-sous-Bois und Montfermeil: Zwölf von ihnen absolvieren jedes Jahr ein Drehbuchseminar, sieben Monate lang, zwei Abende die Woche. In den vergangenen Monaten unterrichteten Filmemacher wie Spike Lee, George Lucas und Mathieu Kassovitz, der Regisseur von »La Haine«.

»Wir konnten denen Fragen stellen, total irre«, sagt Tur, eine »histoire de ouf«, wie er sagt. »Ouf« steht für »fou«, verrückt. Zum Vorstadtlang gehört es, die Buchstaben der Wörter umzudrehen. Zurzeit ist ziemlich viel »ouf« in ihrem Leben.

Vor wenigen Wochen waren sie zusammen mit Ly in Marseille, wo er eine weitere Filmschule eröffnet hat. Kebe hat zum ersten Mal in seinem Leben mit einem Mikrofon in der Hand vor 250 Gästen gesprochen und von seinem Drehbuch erzählt. »Die ha-

ben uns wie Könige empfangen, dabei sind wir doch niemand«, sagt er, »es war, als ob wir nicht mehr dieselben Personen wären.«

Sie machen gerade eine merkwürdige Erfahrung. Man hört ihnen zu und nimmt sie ernst – das kannten sie bisher nicht.

»Du sagst, du bist auf der École Kourtrajmé von Ladj Ly, und die Leute schauen dich anders an«, ergänzt Tur. Selbst die Polizisten im Viertel begegneten ihnen respektvoller. »Die fragen auf einmal, wie es mit den Dreharbeiten so läuft.«

Elektriker, Mechaniker oder ein Job bei Amazon auf Stundenbasis, das sind nor-

»Jeden Morgen hat mich meine Lehrerin angeschrien – ob ich pünktlich war oder nicht.«

malerweise die Aussichten hier – wenn es gut läuft. Wenn es schlecht läuft, bleibt man bei den Eltern wohnen, solange es geht. Nie hat den beiden jemand gesagt, dass sie auch Kinoregisseure, Schauspieler oder Drehbuchautoren werden könnten.

»Solange ich denken kann, wurde ich nur entmutigt. Jeden Morgen in der Schule hat mich meine Lehrerin angeschrien, egal ob ich pünktlich war oder nicht. Die Leute sehen nur Clichy-sous-Bois als Adresse, sie sehen, dass du schwarz bist und Mahmoud heißt. Das reicht. Irgendwann hast du keine Lust mehr auf den Zirkus.« Kebe sagt, er habe schon mit zwölf angefangen, mit dem Handy kleine Filme zu drehen. Es sei nur niemandem aufgefallen.

Fragt man Kebe, wie viele sie in seiner Familie zu Hause sind, fängt er an, mit beiden Händen mitzuzählen und Namen aufzusagen, so, als ob er das wirklich nicht auswendig wüsste. Bei acht hört er auf, er hat sieben Brüder und Schwestern, mit den Eltern sind sie zu zehnt. Kebe hat noch nie allein in einem Zimmer geschlafen. »Mein Leben findet sowieso woanders statt«, sagt er, »draußen, auf den Dächern, auf dem Parkplatz. Du sitzt auf Motorhauben, in Autos und drehst die Musik laut auf. Dann machst du Party.«

Er hat nie länger gearbeitet, immer nur Zeitverträge gehabt. Bis er sich vergangenes Jahr bei der École Kourtrajmé bewarb. Ihr Drehbuch haben sie zu fünf geschrieben, Tur, er und drei Freunde, die er sich aussuchen durfte. Es erzählt die Geschichte eines jungen Mannes aus Mali, der nach Clichy-sous-Bois kommt, um seinen Cousin zu suchen. In den Briefen, die dieser nach Hause geschickt hatte, klang das wie ein Paradies. Die ewige Lüge vieler Auswanderer. Einmal angekommen, muss der Protagonist entdecken, dass sein Cousin mit krummen Geschäften Geld macht. Bis zum Monatsende reicht es aber nie.

Sie hätten zeigen wollen, wie hart es im Vorort ist, sagt Tur. Die Leute sollen wissen, auf was sie sich einlassen, und lieber zu Hause bleiben als herzukommen.

Letztendlich ist Clichy-sous-Bois ein großes urbanes Missverständnis. Der irre Architektentraum aus den Sechzigerjahren, dass hier Mittelklassefamilien preiswerte, moderne Wohnungen in Hauptstadtnähe erwerben können, ging nicht auf. Die damals angekündigte Metrolinie sowie die Autobahn nach Paris wurden



weil alle in derselben Scheiße sitzen«



Fotos: Julien Daniel / DER SPIEGEL

nie gebaut, die Wohnungen verrotteten schnell, und die Mittelklasse fand andere Wohnorte attraktiver. Das Viertel Chêne-Pointu gilt inzwischen als die heruntergekommenste Wohnsiedlung Frankreichs. Bis 2030 soll sie angeblich abgerissen werden, ein Plan, der es umso unwahrscheinlicher macht, dass die Wohnungen renoviert werden. So lange müssen sie hier mit dem zurechtkommen, was sie haben.

Die vergangenen zwei Tage haben Tur und Kebe in der Wohnung ihrer Freundin Gladys Chauvellier gedreht, einem F4-Apartment, gut 60 Quadratmeter, vier Zimmer. Der Vermieter verlangt beim Einzug prinzipiell keine Gehaltsbescheinigungen, sondern die Bestätigung der Kindergeldbezüge vom Staat, das ist sicherer.

Chauvellier ist 41 und hat zehn Kinder im Alter von 2 bis 22 Jahren, acht davon wohnen noch bei ihr. In jedem Zimmer der Wohnung stehen extrabreite Stockbetten. Sie selbst schläft nachts auf dem roten Kunstledersofa im Wohnzimmer, in dem nichts, absolut nichts darauf hindeutet, dass sie hier schon seit vier Jahren lebt – kein Bild an der Wand, kein Foto.

Während des acht Wochen langen Lock-downs hat sie die Wohnung kaum verlassen. Ab und an seien die Kleinen zum Fußballspielen draußen auf den Parkplatz gegangen, mehr nicht. »Es hat uns als Familie eher noch enger zusammengeschweißt«, sagt Chauvellier, die alle im Viertel nur »La Daronne«, die Chefin, nennen, weil sie ihr Leben und ihre zehn Kinder im Griff hat, obwohl sie seit Jahren alleinerziehend ist.

Chauvellier ist die einzige Frau im Drehbuchteam. Wochenlang haben sie zusam-

men an der Entwicklung des Stoffs gelesen, anschließend haben sie das Drehbuch mithilfe des spanischen Regisseurs, den ihnen die Schule an die Seite gestellt hatte, noch einmal überarbeitet. Es sei das erste Mal in ihrem Leben gewesen, dass sie sich mit anderen zum Arbeiten getroffen habe, sagt sie. In ihrem Film, der einmal als Webserie ausgestrahlt werden soll, spielt sie eine der Hauptrollen. »Normalerweise mag ich es nicht, Befehlen zu folgen. Aber diesmal fand ich es gut. Es hat mir gefallen, dass es eine Struktur, eine Ordnung gab.«

Der letzte Drehtag findet auf einer riesigen Betonfläche in Clichy-sous-Bois statt. Auf dem Boden liegen Glassplitter und verrostete Einkaufswagen, daneben üben Kinder, nur auf dem Hinterreifen Fahrrad zu fahren. Es ist ein Freitagnachmittag im Juli. Kebe schaut konzentriert auf den Kontrollmonitor für die Kamera, Chauvellier ist da, Tur steht neben dem Kameramann.

Khalid, der Jüngste aus ihrem Team, trägt ein mintgrünes Outfit, dazu weiße Golfschuhe mit weißen Socken. Golfen, so wollten es die Drehbuchautoren, ist die heimliche Leidenschaft des Protagonisten, den Khalid spielt. Er soll den Ball abschlagen wie ein Profi, der Regisseur hat ihm gezeigt, wie das geht. Es wird eine der letzten Einstellungen sein – ein Golfball, der durch die Banlieue fliegt.

Um 19.06 Uhr ruft der erste Regieassistent laut »Drehschluss«. Alle schauen erschrocken. Sie wissen, dass hier gerade etwas zu Ende geht, was vielleicht nicht wiederkommen wird. Tur und Kebe haben sich für den ganzjährigen Studiengang ab Oktober beworben. Und Chauvellier

schreibt nun abends, wenn ihre Kinder im Bett sind, neue Drehbücher auf ihrem Handy. In ihrem Wohnzimmer hängen Zettel mit verschiedenfarbigen Punkten an der Wand, mit denen sie Haupt- und Nebendarsteller markiert hat, aufgeteilt nach einzelnen Folgen – genau so, wie man es ihnen im Drehbuchseminar beigebracht hat. Aber der Traum, es ihrem großen Vorbild Ladj Ly nachzutun, wird nicht für alle aufgehen. Denn auf viele Hoffnungen werden auch Enttäuschungen folgen.

Am Abend gibt es für das Filmteam einen kleinen Umtrunk auf der Terrasse des Cafés Aram im Einkaufszentrum von Clichy-sous-Bois. Der spanische Regisseur Fabien Mariano Ortiz hat sich Stichworte für eine Rede auf seinem Handy notiert. Ein Glas in der Hand, steht er auf und beginnt zu sprechen. Er lobt Chauvellier für ihre herausragende schauspielerische Leistung: »Mit so einem Geschenk hatte ich ernsthaft nicht gerechnet.« Er lobt Kebe für seine unaufgeregte, warmherzige Art und sein Talent, während der Dreharbeiten immer alles möglich zu machen.

Dann wendet er sich Tur zu, dem coolen, wortgewandten Tur, der in den vergangenen Wochen immer wieder die Führung im Team übernommen hat. Es klingt feierlich, als er sagt, nur wer wie Tur immer nach dem besten Bild, der besten Einstellung suche und versuche, das Chaos in sich zu bekämpfen, werde irgendwann die Sterne zum Tanzen bringen. Alle erheben das Glas, alle applaudieren. Tur aber zieht sich seine schwarze Kappe ins Gesicht. Die anderen sollen nicht sehen, dass er weint.

Everybody's Despot

Analyse Warum weder Brüssel noch Moskau Interesse an Lukaschenkos Sturz haben

Wir Belarussen sind friedliche Menschen.« So beginnt die Nationalhymne von Belarus, und auf diesem Grundsatz beruhte bislang auch die Herrschaft Alexander Lukaschenkos. In 26 Jahren an der Macht hat der Autokrat gelernt: Wenn das Volk seiner überdrüssig wird, dann reicht der zur Schau gestellte Einsatz von Gewalt, um es schnell wieder zu befrieden. Die Angst der Belarussen vor einem Bürgerkrieg war bisher stets größer als ihr Zorn über Unrecht.

Das erklärt die Härte, mit der Lukaschenko in dieser Woche seinen sechsten – und offenkundig manipulierten – Wahlsieg als Präsident mit Knüppeln verteidigt hat. Gegenkandidatin Swetlana Tichanowskaja, deren Kundgebungen massenhaften Zulauf hatten, wurde ins Exil nach Litauen gezwungen, Protestierende wurden festgenommen, das Internet blockiert.

Ob die Belarussen das diesmal hinnehmen, ist ungewiss. Dass sie es überhaupt so lange mit Lukaschenko ausgehalten haben – während die Nachbarn in Kiew schon mehrfach ihre Führung stürzten –, hat viele Gründe.

Belarus ist anders als die Ukraine. Die Gesellschaft ist weniger gespalten, der Staat funktioniert besser, die Elite ist klein und hörig. Es gibt keine Oligarchen mit eigenen Parteien und Fernsehkanälen. Der Kiewer Maidan 2014 samt Folgen – Verlust der Krim, Krieg, Entwertung der Währung – hat die Belarussen eher abgeschreckt als angespornt.

Aber die Voraussetzungen für Lukaschenkos politische Langlebigkeit liegen auch jenseits der Landesgrenzen. Belarus befindet sich zwischen einem erstarkenden Russland und einer erweiterten EU. Zwar beschuldigt der Präsident mal die eine, mal die andere Seite, sie betreibe seinen Sturz. Aber das Gegenteil ist wahr: Weder Moskau noch Brüssel sind an Lukaschenkos Sturz interessiert. Dabei hat er beide Seiten schon vor den Kopf gestoßen.

So wie die Zugvögel im Frühjahr nach Norden und im Herbst nach Süden fliegen, so bewegt sich Lukaschenko in vorhersehbaren Zyklen zwischen den Polen Ost und West. Jede Wahl treibt ihn Richtung Moskau, schließlich kann die EU nicht anders, als Fälschungen und Repressionen zu beklagen. Jeder Streit über Energiepreise treibt ihn zurück in Richtung Brüssel, schließlich bezieht Minsk sein Gas und Öl aus Russland.

Russland ist der weitaus nähere, einflussreichere Pol. Dennoch hat Lukaschenko die Krim-Annexion nie offiziell anerkannt. Er hat auch Putins Druck, die Integration der beiden Staaten voranzutreiben, standgehalten. Der »Unions-Staat«, den Belarus und Russland 1996 gebildet haben, besteht bis heute vor allem auf dem Papier. Putins »Eurasischer Wirt-

schaftsunion« hat Lukaschenko sich zwar angeschlossen, aber nur gegen teure Zugeständnisse.

Wenn Moskau wollte, könnte es Lukaschenko vermutlich loswerden und durch eine gefälligere Figur ersetzen – in einer Art umgekehrtem Maidan. Ein prorussischer Umsturz in Minsk wäre aus Moskaus Sicht eine willkommene Revanche für den prowestlichen in Kiew 2014. Tatsächlich ist die Opposition bei dieser Präsidentschaftswahl 2020 viel russlandfreundlicher als früher: Einer ihrer Köpfe hat seine gesamte Karriere in Russlands Staatskonzern Gazprom gemacht, ein anderer ist aus Minsk nach Moskau geflohen.

Aber die Risiken eines solchen Vorhabens übersteigen bei Weitem seinen Nutzen. Moskau lehnt »Farbrevolutionen«, Umstürze durch Straßenproteste, grundsätzlich ab. Sie wären den eigenen Bürgern ein schlechtes Beispiel, und ihr Verlauf lässt sich schwer kontrollieren. Was, wenn man am Ende nach Kiew auch Minsk an den Westen verlore?

Besser ist es für Moskau, Lukaschenko im Amt zu belassen, aber ihm die Flügel zu stutzen. Je mehr Gewalt er jetzt einsetzt, desto enger bindet er sich an Moskau, weil er es sich mit der EU verscherzt. Die wirtschaftliche Stagnation in Belarus wird ein Übriges tun, ihn abhängiger zu machen. Kurz: Moskau ist an Lukaschenkos fortwährender Herrschaft interessiert, nicht weil er prorussisch wäre (er ist bloß pro Lukaschenko), sondern weil es den Preis nicht zahlen mag, ihn loszuwerden.

Die EU wiederum hat längst bewiesen, dass sie geopolitische Interessen über demokratische Grundsätze stellt. Aus Angst, sie könnte Lukaschenko in Moskaus Arme treiben, übt sie sich seit

Jahren in Zurückhaltung. Als Lukaschenko 2010, ebenfalls nach einer Präsidentschaftswahl, Straßenproteste niederschlug und gleich sieben Gegenkandidaten ins Gefängnis warf, reagierte Brüssel zwar mit Sanktionen gegen 170 Einzelpersonen, Lukaschenko eingeschlossen. Aber schon 2016 hob sie die wieder auf. Die EU fürchtet Moskaus Einfluss mehr, als sie ihre eigenen Grundsätze liebt.

Und so hat EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen am Montag mit einem windelweichen Twitter-Statement auf die jüngsten Ereignisse in Minsk reagiert. Sie stellte sogar eine »engere und intensivere Partnerschaft zwischen EU und Belarus« in Aussicht. Immerhin erwägen die EU-Außenminister nun, die Sanktionen gegen das Land zu reaktivieren.

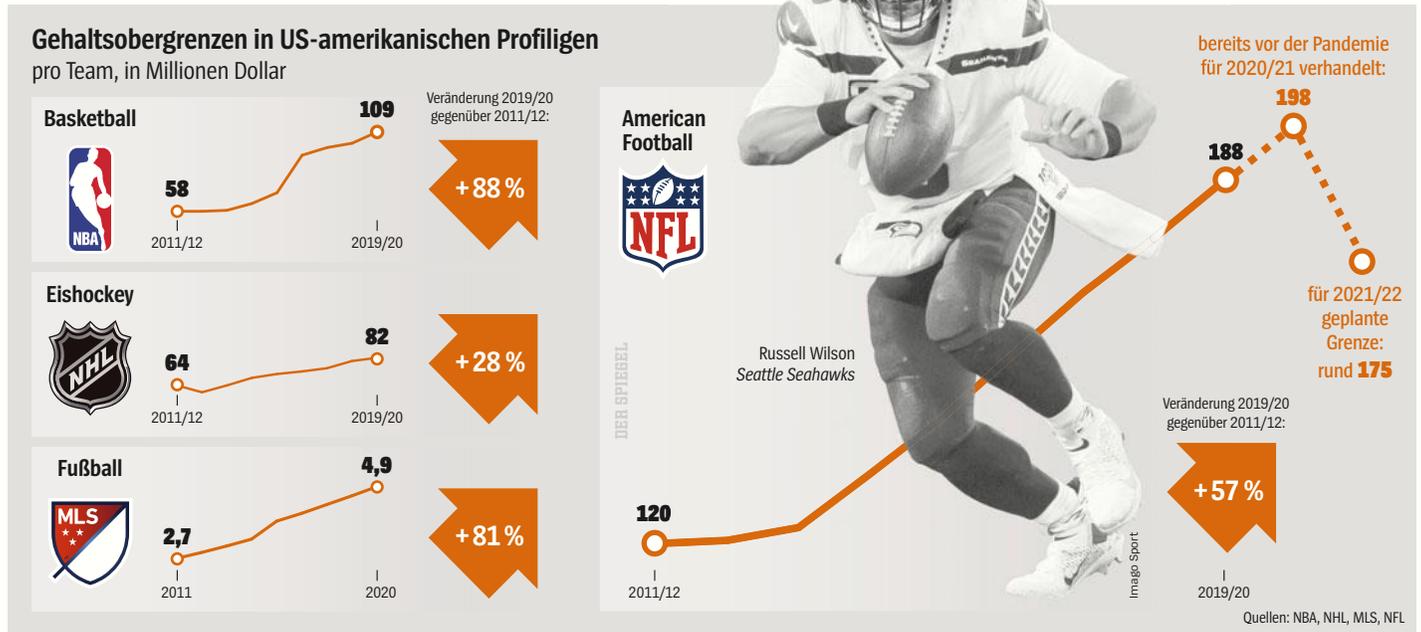
Lukaschenko wird sich dadurch bestätigt fühlen. Er weiß: Brüssel und Moskau können noch sehr lange mit ihm auskommen – länger jedenfalls als die friedlichen Belarussen, deren schier unerschöpfliche Geduld mit ihm nun doch langsam zu enden scheint. Christian Esch



Polizisten, Demonstrant in Minsk

Natalia Fedosenko / TASS / dtdp images

Sport



Die Deckelung der Gehälter von Profimannschaften wird immer häufiger auch in Europa gefordert. Jüngst haben Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages bestätigt, dass der sogenannte Salary Cap nach amerikanischem Vorbild mit EU-Recht vereinbar sei. Funktionäre glauben, dass Maximalbeträge für Gehälter die ausufernden Vereinsetats im Fußball einbremsen und einen gerechteren Wettbewerb der Klubs schaffen können.

Gut zu wissen

Warum arbeiten so wenige Frauen als Trainerin?

● Der FC Bayern München gab jüngst das neue Trainerteam seiner Frauenmannschaft bekannt – und bekam dafür Kritik, besonders in den sozialen Medien. Sechs Übungsleiter beschäftigt der deutsche Vizemeister, eine Frau ist nicht dabei. So berechtigt der Ärger über die Männerbetreuer für das Damenteam ist, eine Ausnahme sind die Münchner damit nicht. In der kommenden Saison sind alle Cheftrainer in der Frauenbundesliga männlich. Nur ein Posten ist noch vakant.

Die Besetzung der Chefposten legt ein strukturelles Defizit im deutschen Fußball offen. Obwohl immerhin 15,7 Prozent aller Mitglieder des Deutschen Fußball-Bundes weiblich sind, gelangen nur wenige Frauen in leitende Ämter. Lediglich 8,5 Prozent aller Trainerämter waren laut dem Sportentwicklungsbericht 2018 mit Frauen besetzt. Keine Überraschung sei das, so Ilse Hartmann-Tews von der Deutschen Sporthochschule in Köln, »Fußball gilt immer noch als Männer-

Domäne.« In den Vorständen der Vereine sind mehr als 90 Prozent der Funktionäre männlich.

Frauen haben es unter diesen Voraussetzungen schwer. »Sie werden seltener gefragt, ob sie Interesse an einer Ausbildung zur Trainerin haben«, sagt Hartmann-Tews, die in Köln das Institut für Soziologie und Genderforschung leitet.



Cheftrainerin Wübbenhorst in Lotte

Viele Frauen kämen gar nicht auf die Idee, eine Trainerlaufbahn einzuschlagen. Zum einen sei Frauensport in der medialen Berichterstattung extrem unterrepräsentiert, zum anderen gebe es oft gesellschaftliche Vorbehalte. »Frauen als Trainerinnen sind nicht selten Zielscheibe von geschlechtsbezogener Diskriminierung«, sagt Hartmann-Tews. Außerdem fehle im schlecht bezahlten Frauensport der finanzielle Anreiz.

Aber es gibt Lichtblicke. Imke Wübbenhorst trainiert seit April den Männer-Regionalligisten Sportfreunde Lotte, zuvor war bereits die ehemalige Nationalspielerin Inka Grings beim SV Straelen als erste Frau Trainerin eines Viertligisten. Wübbenhorst hat zudem die Ausbildung zur Fußballlehrerin abgeschlossen – als einzige Frau unter 24 Teilnehmern. »Solche Personen sind wichtig«, sagt Ilse Hartmann-Tews. Sie würden dabei helfen, Vorbehalte abzubauen, und fungierten als Vorbilder. JOK



Geliebter Gipfel

Alpinismus Vor 200 Jahren wurde die Zugspitze erstmals bestiegen. Heute ist Deutschlands höchster Berg ein Spielplatz für Hobbybergsteiger – die oft sich und andere gefährden.

Martin Hangen / DER SPIEGEL

Touristen auf der Zugspitze: In Turnschuhen und T-Shirt zum Kreuz

Dunkle Wolken ziehen auf. Binnen wenigen Minuten ist der Gipfel nicht mehr zu sehen. Der Bergführer Thomas Schmitt steht auf einem Felsabsatz in einer Wand an der Nordseite der Zugspitze in rund 2300 Meter Höhe. Er ordnet seine Karabiner.

»Wer hier die Orientierung verliert und von der richtigen Aufstiegslinie abkommt, für den kann es schnell sehr ernst werden«, sagt Schmitt. Sein Blick fällt fast senkrecht in die Tiefe. Weit unten im Tal leuchtet dunkelblau der Eibsee.

Schmitt klettert an einem Donnerstag Ende Juni mit einem Kunden durch die »Eisenzeit«, eine vor sieben Jahren bekannt gewordene Tour auf Deutschlands höchsten Berg. Die Morgenluft ist warm, ein leichter Wind weht. In rund 150 Meter Entfernung saust die Kabine der Zugspitze-Seilbahn an den Bergsteigern vorbei. Das Surren der Rollen auf der Tragtrosse ist gut zu hören.

Am 27. August wird auf der Zugspitze ein Jubiläum gefeiert. An diesem Datum vor 200 Jahren wurde sie erstmals offiziell bestiegen. Der Tiroler Vermessungsingenieur Josef Naus, der Partenkirchner Bergführer Johann Georg Tauschl und ein Helfer marschierten vom Zugspitzplatt aus bis zum Gipfel.

Die alpine Wildnis, die die Pioniere seinerzeit vorfanden, gibt es schon lange nicht mehr. Kein anderer Berg in den deutschen Alpen wurde so rigoros erschlossen wie die Zugspitze. Drei Seilbahnen bringen heute aus unterschiedlichen Richtungen Touristen hinauf zur Aussichtsplattform auf dem Gipfel. Eine startet im österreichischen Ehrwald, eine vom Gletscher auf dem Zugspitzplatt, wo die Zahnradbahn endet, und eine nahe dem Eibsee.

Vergangenes Jahr kamen weit mehr als 600 000 Besucher auf die Zugspitze, das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl von Düsseldorf.

Auch Bergsteiger erklimmen den Riesen im Wettersteingebirge in Massen. 2019 waren es nach Berechnungen der Bayerischen Zugspitzbahn (BZB) 25 000. In diesem Jahr rechnet das Unternehmen mit mehr als 30 000 Gipfelstürmern.

Besonders beliebt bei Alpinisten ist der mit Fixseilen, Tritten und Haken gesicherte Höllental-Klettersteig. Dort kämpfen sich bei gutem Wetter Hunderte Bergsteiger im Gänsemarsch hinauf. In schwierigen Passagen kommt es wegen des Andrangs zu Staus.

Oben angekommen, genießen die Sportler dann vor der Alpenvereinshütte Münchner Haus bei Bier und Erbsensuppe die Aussicht. Die meisten sparen sich den mühsamen Abstieg und fahren mit der Seilbahn zurück ins Tal.

Die »Eisenzeit« gehört zu den Aufstiegsrouten, in die sich Hobbyalpinisten nur

mit Bergführer wagen sollten. Die Tour führt anfangs entlang eines Steigs, der zum Bau des Tunnels für die Zahnradbahn vor fast hundert Jahren angelegt wurde. In manchen Abschnitten hängen noch alte Sicherungshaken und Stahlseile gefährlich lose im Fels. An einer Schlüsselstelle muss man eine wackelige Eisenleiter hinaufsteigen.

Vor zwei Jahren kamen Kletterer von der richtigen Aufstiegslinie ab und geritten in brüchiges Felsgelände. Eine Frau stürzte ab. Sie mussten mit dem Hubschrauber geborgen werden.

Gegen Mittag stapft Bergführer Schmitt ein Schneefeld hinauf. Seinen Gast führt er am kurzen Seil. Anschließend klettern die Männer durch eine steile Rinne bis zum Grat in 2700 Meter Höhe. Bergdohlen kreisen vor den Felsflanken. Der Gletscher im Höllental ist zu erkennen. Schmitt seilt zuerst seinen Begleiter ab zum Höllental-Klettersteig, der aus nordöstlicher Richtung auf den Gipfel führt. Ein Dutzend Bergsteiger hangelt sich im Dunst



Martin Hangen / DER SPIEGEL

Bergführer Schmitt

»Den Leuten fehlt es an Respekt«

an den Halteseilen hinauf. Zwei Männer sind in kurzer Hose und ohne Helm unterwegs. Schmitt warnt die beiden vor Stein Schlag.

Der Bergführer überholt auf dem Weg zum Gipfel Alpinisten, die in der Höhe nur noch mühsam vorankommen. Eine Bergsteigerin traut sich nicht, über einen mit Schnee bedeckten Grat zu laufen. Schmitt nimmt die Frau ans Seil und bringt sie in sicheres Gelände.

Thomas Schmitt, 50, stammt aus Krün im Werdenfelser Land. Der staatlich geprüfte Bergführer, der eine große Ruhe ausstrahlt, bringt Klienten auf berühmte Gipfel in Österreich, den Dolomiten oder auf das Matterhorn in der Schweiz. Sein wichtigster Arbeitsplatz aber ist die Zugspitze.

Er kann sie von seinem Haus aus sehen. Hunderte Kunden hat er schon sicher hinaufgebracht. Nach der Fertigstellung

der neuen Eibsee-Seilbahn vor zweieinhalb Jahren holte Schmitt Gerüste, die nicht mehr gebraucht wurden, aus der Nordwand. Einmal machte ihn der Berg berühmt. Als bei Bauarbeiten ein Teil des vergoldeten Gipfelkreuzes von einem Kran abgeschlagen wurde, gehörte Schmitt zu dem Team, das das Bruchstück in der Felswand wieder einsammelte. TV-Sender berichteten von der Bergungsaktion.

»Die Zugspitze ist mein Brötchengeber«, sagt Schmitt. Der Rummel und Kommerz am Berg gehen ihm jedoch inzwischen zu weit. Alpenschulen und Alpenvereinsgruppen verstopfen die Aufstiegsrouten. Vergangenes Jahr geriet Schmitt in der »Eisenzeit« in einen Steinschlag, den eine unerfahrene Seilschaft ausgelöst hatte. Die Klettersteige ziehen viele unbedarfte und unvorsichtige Bergliebhaber an, die sich in Sicherheit wiegen wegen der Steighilfen.

Die meisten Hobbyalpinisten sparen sich das Geld für einen Bergführer. Schmitt hat schon Abenteurer erlebt, die trotz Gewitterwarnung Richtung Gipfel aufbrachen. Er hat Kandidaten gesehen, die in riskanten Teilstücken auf allen vieren krabbelten.

Die Zahl der Bergunfälle im Zugspitzgebiet steigt nach Angaben der Bergwacht Hochland seit Jahren an. Vorigen Sommer rutschte ein Mann unterhalb des Gipfels der Zugspitze auf einem Schneefeld aus und stürzte in die Tiefe. Im Juni mussten mehrere Wanderer, die die Schneelage falsch eingeschätzt hatten, in einer großen Rettungsaktion geborgen werden. Im Juli rückten Bergretter in Ehrwald aus, weil entkräftete Bergsteiger im Gipfelbereich wegen eines nahenden Unwetters einen Notruf abgesetzt hatten.

»Den Leuten fehlt es an Respekt vor den Gefahren im alpinen Gelände«, sagt Schmitt. Er arbeitet ehrenamtlich bei der Bergwacht. Mit seinen Kameraden debattiert er oft darüber, ob es sinnvoll wäre, an den Einstiegen zu den Klettersteigen das eine oder andere Fixseil abzubauen, um wenigstens die blutigsten Anfänger abzuschrecken.

Dagegen wehrt sich jedoch der Deutsche Alpenverein (DAV), der viel Geld verdient mit dem Boom des Bergsports. Der DAV, der im Wettersteingebirge Hütten betreibt, hatte vor 20 Jahren 600 000 Mitglieder, jetzt sind es 1,3 Millionen. Vor allem bei jungen Leuten ist es in den vergangenen Jahren zum Trend geworden, durch die Berge zu wandern, Kletterwände und Gipfel zu bezwingen.

DAV-Sprecher Thomas Bucher räumt zwar ein, dass sich vor allem die Zugspitzregion in einen »großen Spielplatz« verwandelt habe. Auf den Forstwegen sind Wanderer und Mountainbiker unterwegs, unterhalb der Alpspitze starten Gleit-



Der Berg ruft

Aufstieg zur Zugspitze durch das Höllental

schirmflieger, in den Klettersteigen hängen die Bergsteiger. »Aber es ist besser, die Massen an gut erschlossenen Bergen zu konzentrieren, als dass die Leute sich überall in den Alpen verteilen«, so Bucher.

Der Streit um den ausufernden Zugspitz-Tourismus tobt seit Jahren. Die Einheimischen sind genervt von zugeparkten Zufahrten, zertrampelten Wiesen, vermüllten Waldpfaden und dem Rattern der Rettungshubschrauber, die an manchen Tagen mehrmals zu Einsätzen fliegen.

Andererseits ist der Berg der Motor für den Fremdenverkehr im Werdenfelser Land. Als die Seilbahnen wegen der Pandemie wochenlang nicht fahren durften, verfasste die Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen, Elisabeth Koch (CSU), einen »Hilferuf« an den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder. »Eilt, dringend« stand auf dem Brief. Der Stillstand bedrohe Arbeitsplätze und das Tourismusgeschäft der Marktgemeinde, schrieb die Rathauschefin.

Seit dem 30. Mai sind die Anlagen wieder in Betrieb – mit strengen Hygieneauflagen. Es dürfen maximal 3000 Besucher pro Tag auf die Zugspitze. In Vor-Corona-Zeiten waren es 8000.

Der Dalai-Lama, Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, Kardinäle, die Toten Hosen waren zu Besuch auf Deutschlands höchstem Gipfel. 2008 gab Bundestrainer Joachim Löw dort den Kader für die Europameisterschaft bekannt.

Peter Huber, der langjährige Betriebsleiter der Bayerischen Zugspitzbahn, sagt: »Dieser Berg wirkt wie ein Magnet.« Und er füllt die Kassen. Mit dem Slogan »Top of Germany« vermarktet die BZB die Zugspitze. Die Kabinen der 50 Millionen Euro teuren Eibsee-Bahn können bis zu 580 Besucher pro Stunde auf den Berg transportieren. Im Geschäftsjahr 2018/19 kauften mehr als 625 000 Touristen ein Ticket, das für Erwachsene in diesem Sommer 59,50 Euro kostet.

Oben gibt es Souvenirstände und zwei Museen. Es werden Konzerte auf der Zugspitze veranstaltet. Im Restaurant Panorama 2962 können die Gäste Fondue essen und durch bodentiefe Fenster die Aussicht bewundern.

Wer sich traut, kann von der Aussichtsplattform über eine kleine Stahleiter und einen schmalen Pfad zum höchsten Punkt der Zugspitze hinaufsteigen. Dort prallen dann unter dem Gipfelkreuz die Welten

aufeinander, wenn Ausflügler in Turnschuhen und T-Shirt auf die Bergsteiger treffen, die sich in schweren Stiefeln, mit Helm und Seil hochgearbeitet haben.

Die Erstbesteiger der Zugspitze rammten zum Zeichen ihres Erfolgs einen Stock, an den ein rotes Tuch geknüpft war, in den Boden. Das heutige Gipfelkreuz ist 4,88 Meter hoch. Es thront auf einem Ständer, der übersät ist mit Aufklebern. Unter anderem Fußballfans des FC St. Pauli und des 1. FC Kaiserslautern haben Sticker hinterlassen.

»Manchmal gehen wir rüber und kratzen den Mist ab, aber es hilft nichts, nach ein paar Wochen ist alles wieder vollgeklebt«, sagt Hansjörg Barth.

Der stämmige Wirt des Münchner Hauses schneidet auf dem Tisch in der Küche einen Schokoladenkuchen auf. Seine Frau zapft Weißbier für die Besucher, die draußen an den Tischen darauf warten, dass sich eine Lücke in den Wolken auftut. Bei guter Sicht sind von der Zugspitze die Allianz-Arena in München, der Großglockner, die Dolomiten und die Berge des Engadins zu sehen.

Das Münchner Haus wurde 1897 erbaut, inzwischen steht die Hütte unter Denkmalschutz. Wenn Barth, 71, nachts mal muss, pinkelt er in einen Kübel neben dem Bett, weil das einzige WC tief im Keller liegt.

Seit 38 Jahren arbeitet Barth auf der Zugspitze. Sein Vater und Großvater waren bekannte Alpinisten, die vielen Verirrten das Leben gerettet haben. Bis heute müssen Bergführer im Münchner Haus für die Brotzeit nicht bezahlen.

»Die Zugspitze ist ein gerechter Berg«, sagt Barth. Dank der Seilbahnen könnten auch Alte, Kinder und Menschen mit Behinderung die Aussicht genießen.

Allerdings vertragen die Gipfel nicht noch mehr Besucher. Der Müll, den die Touristen und die vielen Bergsteiger hinterlassen, sammelt sich inzwischen sogar in den Spalten der Gletscher.

Am späten Nachmittag nimmt Thomas Schmitt die Seilbahn hinunter zum Eibsee. Viereinhalb Stunden hat der Bergführer für den Aufstieg zur Zugspitze benötigt. Keine zehn Minuten dauert die Fahrt zurück ins Tal.

Er macht aus der Kabine mit dem Handy ein paar Fotos von der Nordkante der Zugspitze, die jetzt von der Sonne angeleuchtet wird. Es gibt dort eine alte, lange vergessene Route auf den Gipfel. Schmitt und ein befreundeter Bergsteiger haben sie ausgekundschaftet. Sie wollen die Tour wiederbeleben und die Aufstiegslinie so weit mit Haken absichern, dass sie für Bergführer begehbar ist, nicht aber »für Hinz und Kunz«. Keine festen Seile. Keine Tritte. Keine Leitern.

Keine Staus. Er könne es kaum erwarten, sagt Schmitt. Gerhard Pfeil

»Ziemlich einzigartig«

Leichtathletik Sprinter Deniz Almas über seinen Exotenstatus als »Turbotürke« und die kulturellen Barrieren seiner Disziplin

Almas, 23, Sportstudent und Obergefreiter der Bundeswehr aus Altburg, einer Gemeinde von Calw, gewann am vergangenen Wochenende in 10,09 Sekunden die deutsche Meisterschaft über 100 Meter.

SPIEGEL: Herr Almas, die Leichtathletik beklagt seit Jahren, dass die Sportart nicht mehr attraktiv ist. Wie sind Sie zum Sprint gekommen?

Almas: Ganz klassisch. In der ersten Klasse hieß es: Der Deniz rennt am schnellsten, der Deniz springt am weitesten – warum nicht Leichtathletik? Ich habe als Kind viel ausprobiert: Turnen, Tischtennis, war viele Jahre im Fußballverein.

SPIEGEL: Wieso blieben Sie bei der Leichtathletik?

Almas: Mit 15 hat mir mein Trainer gesagt: Pass auf, du hast Talent, das sollten wir fördern. Von da an bin ich sechsmal die Woche nach Sindelfingen gefahren, wo ich unter professionelleren Bedingungen trainieren konnte. Das wäre ohne die Unterstützung meiner Eltern nicht möglich gewesen. In anderen Familien würde, vielleicht auch kulturell bedingt, nicht der Sinn dahinter erkannt werden: Warum musst du sechsmal die Woche trainieren, um dich ein bisschen zu bewegen? Mach lieber eine Ausbildung.

SPIEGEL: Der Kugelstoßer Mehmet Yari may sagte 2012, dass er in seiner Leicht-

athletiklaufbahn keinen einzigen anderen Deutschtürken bei Wettkämpfen oder in Vereinen gesehen habe. Wie ist Ihre Erfahrung?

Almas: Ähnlich. Spontan fällt mir kein einziger ein, dem ich auf größeren Meisterschaften begegnet bin. Mit meinem Hintergrund bin ich wohl ziemlich einzigartig.

SPIEGEL: Welche Erklärung haben Sie dafür?

Almas: Nun ja, wenn wir ehrlich sind: Leichtathletik ist nun mal die Vorzeige-Alman-Sportart. Typisch deutsch. Man rennt, wirft, springt, alles wird vermessen – ein Sport für Statistiker.

SPIEGEL: Und warum soll das nichts für türkischstämmige Kinder sein?

Almas: Ich habe den Eindruck, dass Geduld nicht unbedingt zur türkischen Mentalität gehört. Da kann es dann sein, dass einer den Sport hinschmeißt, wenn es mal in einem Wettkampf nicht so gut läuft.

SPIEGEL: Im Fußball geht man auch nicht nach jedem Spiel als Sieger vom Platz.

Almas: Aber die Perspektive ist eine andere. Ich kann eine Partie verlieren, aber dennoch Profi werden und Millionen verdienen. In der Leichtathletik ist diese Denkweise noch nicht angekommen, wengleich sich auch hier gutes Geld verdienen lässt, zumindest in der internationalen Spitze. Zudem muss man bedenken:

Fußball ist in der Türkei absoluter Volkssport – da kommt ein Vater nicht unbedingt auf die Idee, sein Kind zum Leichtathletiktraining zu schicken. Und denken Sie an Kinder aus Familien, die mit sehr wenigen Mitteln nach Deutschland kamen. Wer so aufwächst, sieht den Fußball als große Chance für einen sozialen Aufstieg. Die Möglichkeiten sind dort ja auch größer als etwa in der Leichtathletik – selbst in der dritten Liga sind die Gehälter ordentlich.

SPIEGEL: Ihr Vater ist türkischstämmig, Ihre Mutter ist Deutsche. In sozialen Medien bezeichnen Sie sich als »Turbotürken«. Spielen Sie mit Ihrem Migrationshintergrund?

Almas: Den »Turbotürken« hat ein Freund von mir vor ein paar Jahren erfunden, ich fand das witzig und habe es dann übernommen. In meinem Elternhaus habe ich beide Kulturen kennengelernt, aber da ich die Sprache nicht beherrsche, identifiziere ich mich nicht als Türke.

SPIEGEL: Sie sind in einem 3000-Einwohner-Dorf in Baden-Württemberg aufgewachsen. Waren Sie da »der Türke«?

Almas: Absolut nicht, ich hatte und habe einen sehr bunten Freundeskreis und habe nie die Erfahrung machen müssen, ausgegrenzt zu werden aufgrund meines Namens oder meines Aussehens.

SPIEGEL: Mesut Özil beklagte bei seinem Rücktritt aus der Fußballnationalmannschaft Rassismus in Deutschland, er selbst sah sich Anfeindungen ausgesetzt. Sie sind neun Jahre jünger, hatten Sie es einfacher?

Almas: Ich glaube, dass es von Generation zu Generation selbstverständlicher wird, dass sich Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund in Deutschland als eins begreifen. Das bedeutet natürlich, dass meine Generation aus den Fehlern ihrer Vorgänger gelernt hat. Özils Fall ist in diesem Zusammenhang aber schwierig, denn am Ende hat er sich ja selbst ins Aus geschossen, indem er mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan anbandelte. Als Sportler sind wir nun mal medial so stark präsent, dass wir auch eine gewisse Vorbildfunktion ausüben müssen.

SPIEGEL: Nun sind Sie deutscher Hallen- und Freiluftmeister. Es heißt, Sie hätten schon Anfragen aus der Türkei bekommen.

Almas: Anfragen ist zu viel gesagt. Es gibt die Möglichkeit, bei Teamwettbewerben für türkische Vereine zu starten, da dürfen dann auch eine begrenzte Anzahl an Ausländern gemeldet werden. Ich glaube, einige Vereine hoffen, dass ich auch einen türkischen Pass besitze, damit ich dort ohne Probleme starten könnte. Aber das ist ja nicht der Fall.

Interview: Thilo Neumann



Michael Kappeler / dpa

Meister Almas am 8. August in Braunschweig: »Der Deniz rennt am schnellsten«



Sarianto Sembiring / Xinhua / Eyevine / latif

Bis auf siebeneinhalb Kilometer Höhe reicht die Aschesäule des Sinabung im Norden der indonesischen Insel Sumatra. Der Vulkan ist Anfang dieser Woche ausgebrochen; zuvor gab es bereits kleinere Eruptionen. Bis zu einem Ausbruch im Jahr 2010 war der Sinabung mehr als tausend Jahre lang ruhig. Inzwischen mussten viele Menschen ihre Häuser in der Umgebung des Feuerbergs aufgeben.

Der Flug der Viren

Analyse Warum sich Waldbrände am besten eignen, um die Corona-Pandemie in Worte zu fassen

● Der Wald brennt, und wir alle sind die Bäume darin. Die Funken springen von Baum zu Baum. Und je stärker der Wind, desto schneller steht der Forst in Flammen. Mit diesem Bild beschreibt einer der Artikel, die die Linguistin Elena Semino von der britischen Universität Lancaster ausgewertet hat, die Ausbreitung der Corona-Pandemie. Die Windstärke steht dabei für die Reproduktionszahl, die Funken sind die Viren, die von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Semino ist Expertin für Metaphern. Mit Feuerbildern, so das Ergebnis ihrer Untersuchung, lasse sich die Bedrohung durch die

Pandemie am besten veranschaulichen – und das in vielen Sprachen. Feuermetaphern gehören »zweifelloso zu den nützlichsten sprachlichen Werkzeugen, die uns zur Verfügung stehen«, schreibt die Wissenschaftlerin. Unter einem Waldbrand könne sich jeder etwas vorstellen, auch ohne selbst schon einmal einen erlebt zu haben. Anders verhält es sich mit der vielfach bemühten Meeresmetaphorik. Wenig treffend ist etwa die Vorstellung von einer ersten oder zweiten Welle – oder gar das dem Friseurhandwerk entlehnte Bild von der »Dauerwelle«.

Da ist das Feuer vielseitiger: Wie ein Brand verläuft die Seuche in Phasen, mal flammt sie auf, mal lodert sie nur noch, mal taucht sie, schon besiegt geglaubt, in kleinen Funken und Glutnestern wieder auf. Abstand und Quarantäne wiederum entziehen dem Feuer die Nahrung, Masken bremsen die Viren, die von Menschen ausgeatmet werden und wie Funken neue Feuer entfachen. Und so wie eine Holzhütte schneller Opfer von Flammen werden kann als ein massiv gebautes Haus, so trifft auch die Pandemie die Armen härter als die Reichen. Und noch etwas macht die Feuerbilder überlegen: Während Wellen immerfort an die Küsten schwappen, ist jeder Brand auch irgendwann gelöscht. Julia Koch

Archäologie

»Weltgeschichte an einem kleinen Ort«



Dieter Vieweger, 62, Direktor des Deutschen Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des

Heiligen Landes in Jerusalem, über eine überraschende Entdeckung bei seinen Ausgrabungen am Zionsberg

SPIEGEL: Herr Vieweger, Ihre Entdeckung besteht darin, etwas nicht gefunden zu haben. Das müssen Sie uns erklären.

Vieweger: Wir gingen bis jetzt davon aus, dass Jerusalem im 8. Jahrhundert v. Chr. den Zionsberg mit umfasst habe. Die Stadt der Könige aus dem Alten Testament wäre damit bereits eine bedeutende Metropole gewesen, sechsmal größer als bei der Eroberung durch König David rund 200 Jahre früher. Aber die Mauer, die dies beweisen sollte, haben wir nicht gefunden. Es gibt sie an dieser Stelle nicht.

SPIEGEL: Jerusalem war damals also viel kleiner als gedacht. Woher stammt der nun widerlegte Mythos?

Vieweger: Er geht auf den Mönch Bargil Pixner zurück, Benediktiner in der Dormitio-Abtei auf dem Zionsberg. In den Achtzigerjahren datierte er eine Stadtmauer, die sich noch weitgehend in einem Steilabhang befand, in die Eisenzeit um 720 v. Chr. Dort haben wir jetzt ein zwölf Quadratmeter großes Areal bis zur Tiefe von 5,50 Meter abgetragen – in der Julihitze eine ziemliche Plackerei.

SPIEGEL: Worauf stützte Pixner seine Theorie?

Vieweger: Er hat eisenzeitliche Scherben an der Mauer gefunden – so wie in dieser Gegend alle anderen Archäologen auch. In unserem Grabungsbefund liegt ihr Anteil bei ungefähr fünf Prozent. Das bedeutet, während der Eisenzeit gab es hier Landwirtschaft und Viehzucht, die

Bauern und Hirten haben Scherben hinterlassen. Aber Vorsicht: Eine Mauer darf man nicht aufgrund solcher Funde datieren. Man muss schauen, welches die jüngste Scherbe ist, die ins Fundament und in die Füllung zwischen den Mauersteinen gelangte. Sie stammt von den Bauarbeitern, die die Mauer errichteten, und lag nicht schon vorher herum.

SPIEGEL: Um eine aus Steinen aufgeschichtete Mauer zu datieren, muss man sie öffnen?

Vieweger: Richtig. Man muss sie mühsam zerschlagen, bis hinunter ins Fundament, und alle dadurch freigelegten Scherben sorgfältig sammeln. Erst daraus kann man auf das Alter der Mauer schließen. Die Steine selbst verraten nichts. In der Biblischen Archäologie haben wir es immer wieder mit Wunschenken zu tun. Das dürfte auch bei Pixner eine Rolle gespielt haben: Wo es bedeutende Könige gab, muss auch eine große Stadt gewesen sein. Manchmal ereignet sich die Weltgeschichte eben auch an einem kleinen Ort. Das ist doch ein schöner Gedanke.

SPIEGEL: Könnte es sein, dass Sie die eisenzeitliche Mauer einfach nur um ein paar Meter verpasst haben?

Vieweger: Nein. Wir sind an einem ganz tiefen Abbruch, das natürliche Hinnom-Tal lässt da nach außen keine Luft mehr. Und nach innen hin haben wir ja schon überall gegraben.

SPIEGEL: Dass das alttestamentliche Jerusalem durch eine Stadtmauer geschützt wurde, steht allerdings fest.

Vieweger: Es war die Mauer, die der assyrische König Sancherib 701 v. Chr. nach seinen eigenen Aufzeichnungen belagerte und die durch Nebukadnezar II. bei der Eroberung der Stadt 586 v. Chr. weitgehend zerstört wurde.

SPIEGEL: Wissen Sie, wo sie verlief?

Vieweger: Jetzt ist die Uhr erst einmal auf null gestellt. Ich sehe zwei Möglichkeiten, wo sie gestanden haben könnte. Wir werden als Nächstes versuchen, mit dem Radar unter die Erde zu schauen. Und dann muss man graben. Bis man dafür die nötigen Genehmigungen hat, wird es allerdings dauern. DIP



Ausgrabungsteam am Zionsberg

Fußnote

600

Mal mehr Weizen als heutzutage ließe sich wohl erzeugen, wenn die Pflanzen nicht auf Äckern, sondern in Hochhäusern angebaut würden. In solchen vertikalen Farmen könnte das Getreide etwa in zehn Stockwerken gedeihen, mehrmals im Jahr wären Ernten möglich. Der Ackerbau der Zukunft benötigt weniger Flächen, Wasser und Pestizide – andererseits viel Energie fürs Kunstlicht, wie US-Forscher im Fachblatt »PNAS« berichten.

Psychologie

Tricks beim Trinkgeld

● Menschen geben offenbar mehr Trinkgeld oder Spenden für wohltätige Zwecke, wenn sie dabei etwas über sich selbst verraten können. Das berichten die Psychologin Jacqueline Rifkin von der Universität von Missouri in Kansas City und ihre Kollegen im »Journal of Marketing«. Für eines ihrer Experimente stellten sie Gläser für Trinkgeld auf den Tresen eines Cafés: Jeweils 45 Minuten lang standen dort abwechselnd nur ein Glas oder zwei Gläser, eines mit der Aufschrift »Katzen«, das andere mit »Hunde«. Ergebnis: Konnten die Cafégäste zwischen zwei Gefäßen wählen und damit für ihr Lieblingstier abstimmen, verdoppelte sich die Trinkgeldsumme. In einem anderen Versuch baten die Forscher um Spenden für das US-amerikanische Rote Kreuz. Konnten die Probanden dabei ihre Eisvorlieben (Schoko oder Vanille) preisgeben, gaben sie im Schnitt 28 Prozent mehr Geld, als wenn sie nicht danach gefragt wurden. Das funktioniert, so Rifkin, »weil es Menschen von Natur aus motiviert, ihre Überzeugungen und Empfindungen auszudrücken«. JKO

»Veraltete AKW sind ein reales Risiko«

»Der Atomausstieg führt jedes Jahr zu über 1000 Toten«

SPIEGEL-Streitgespräch Können wir uns mit der Kernenergie vor dem Klimakollaps retten? Oder sind Reaktoren zu gefährlich und zu teuer? Darüber debattieren der britische Atomkraftkritiker Paul Dorfman und der schwedische Ingenieur Staffan Qvist.



Atomkraftgegner Dorfman, -befürworter Qvist

Dorfman, 64, vom University College London ist Vorsitzender der »Nuclear Consulting Group«, einer internationalen Gruppe von Experten und Aktivisten, die sich mit Fragen der Kernenergie und der Strahlenmedizin, der Weiterverbreitung von Atomwaffen und der Nachhaltigkeit von Energiesystemen beschäftigen.

Qvist, 34, promovierte in Nuklearingenieurwesen an der University of California in Berkeley und forscht seitdem in den USA und in Schweden zur Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Atomkraft. Derzeit betreibt er eine Energieberatungsfirma in Großbritannien. Mit dem Politologen Joshua Goldstein hat er das Buch »A Bright Future: How Some Countries Have Solved Climate Change and the Rest Can Follow« verfasst.

SPIEGEL: Herr Dorfman, Herr Qvist, ist die Klimakrise eine willkommene Gelegenheit für Lobbyisten, die gefährliche Atomenergie erneut zu propagieren – mit dem Versprechen, die Menschheit vor der globalen Erwärmung zu retten?

Qvist: Ich erhebe Einspruch gegen die Formulierung dieser Frage! Sie verdächtigt jeden, der Argumente für die Atomkraft findet, ein Lobbyist zu sein – und entwertet seine Argumente. Gute, sachliche Argumente: etwa, dass die Kernkraft eine Energiequelle ist, die kein Treibhausgas produziert; die den zusätzlichen Vorteil hat, nicht vom Wetter abhängig zu sein. Aber ja, die Tatsache, dass sie klimafreundlich ist, zählt unbestreitbar zu den Hauptgründen, warum wir die Kernenergie als Teil des Energiesystems betrachten sollten.

SPIEGEL: Sie sehen das anders, Herr Dorfman?

Dorfman: Warum sollte jemand ein Kernkraftwerk bauen? Erneuerbare Energien sind viel billiger. Die Klimakrise wird uns hart und schneller treffen, als wir erwartet hatten – aber das spricht eigentlich sogar gegen die Kernkraft.

SPIEGEL: Warum?

Dorfman: Der Klimawandel stellt die Menschheit vor einzigartige Herausforderungen. Wir müssen bereits Mitte des Jahrhunderts CO₂-neutral sein. So schnell lassen sich nicht einmal genügend Reaktoren bauen, um diejenigen AKW zu ersetzen, deren Laufzeit vor 2050 zu Ende geht.

SPIEGEL: Dann hat Deutschland mit dem Ausstieg aus der Kernenergie die richtige Entscheidung getroffen?

Dorfman: Absolut. Es gibt immer noch kein Endlager für Atommüll, und ein wirtschaftlicher Betrieb von Kernkraftwerken ist unmöglich. Viele Sicherheitsfragen sind ungeklärt. Auch die Versorgungsunternehmen in Deutschland sagen klar, dass sie einen Wiedereinstieg in die Kernenergie nicht einmal in Erwägung ziehen würden. Die einzige politische Partei, die gegen die



Robert Grähn / eurotutbild.de / picture alliance / dpa

Stillgelegtes Kernkraftwerk Stade: »Eine der schlimmsten Entscheidungen für das Klima«

Abschaltung ist, ist die in Teilen rechts-extreme AfD. Die auch den Klimawandel leugnet.

Qvist: Ich kenne die deutsche Politik nicht, aber nur weil die falschen Leute der gleichen Meinung sind, heißt das doch nicht, dass die Sache falsch ist, für die man eintritt. Für mich ist der deutsche Atomausstieg eine schreckliche Entscheidung, eine der schlimmsten Entscheidungen für die Umwelt und das Klima, die jemals getroffen wurden. Eine Studie zeigt, dass der Ausstieg jedes Jahr zum Tod von über 1000 Menschen geführt hat – wobei die Millionen Tonnen CO₂, die freigesetzt wurden, noch gar nicht berücksichtigt sind. Und der Ausstieg ist noch nicht einmal abgeschlossen!

SPIEGEL: Lassen Sie uns das kurz erklären: Sie beziehen sich darauf, dass wir wegen des Atomausstiegs vermehrt Kohlekraftwerke nutzen. Und dass durch den Kohle Rauch und seine Schadstoffe – Schwefeldioxid, Stickoxide, Quecksilber, Arsen – viele Menschen ums Leben kommen?

Qvist: Ganz genau.

SPIEGEL: Der Ausstieg führte aber auch zu massiven Investitionen in saubere Energie, Wind und Sonne, die es ohne diese Entscheidung nicht gegeben hätte.

Qvist: Es stimmt, Deutschland hat Fantastisches fürs Klima getan, hat sehr früh viel

Geld in Wind- und Solarenergie investiert. Man muss Deutschland dafür loben. Und dafür, dass es eine Menge Technologien entwickelt hat, die wir für eine treibhausgasarme Zukunft brauchen. Die Entscheidung, die Kernkraftwerke vorzeitig abzuschalten, ist allerdings ein Schandfleck auf der Leistungsbilanz.

SPIEGEL: In welcher Hinsicht?

Qvist: Deutschland wird bis 2025 mehr als 500 Milliarden Euro für die Energiewende ausgegeben haben. Die Folge sind durchgängig steigende Strompreise – während die CO₂-Emissionen im Gegenzug kaum gesunken sind. Und der deutsche Energiemix bleibt klimafreundlich. Im Jahr 2022, wenn die letzten Reaktoren außer Betrieb gehen, werden sich die Probleme noch verschärfen. Bei dem Tempo, mit dem Deutschland saubere Energie zu seinem Mix addiert, würde die Welt mehr als ein Jahrhundert brauchen, um CO₂-frei zu werden. Dabei sind die deutschen Atomkraftwerke nicht einmal unwirtschaftlich. Sie sind wunderbar funktionierende Anlagen. Einige von ihnen...

Dorfman: Moment, lassen Sie uns an dieser Stelle mal über die Problematik der veralteten Atomkraftwerke sprechen...

Qvist: ... einige der Anlagen, die abgeschaltet werden sollen, wie im Emsland und in Grohnde, sind wahrscheinlich die am

besten betriebenen Kraftwerke auf dem Planeten. Sie abzuschalten ist ein Affront gegen die Ingenieurskunst, das Klima, die Umwelt – die Menschheit!

Dorfman: Das Gegenteil ist der Fall. Veraltete Kernkraftwerke haben ein sehr reales Risiko für schwere Unfälle. Sie sind kaum oder gar nicht gegen terroristische Angriffe gewappnet, gegen Flugzeugabstürze und Auswirkungen des Klimawandels wie den Anstieg des Meeresspiegels. Alles Faktoren, die bei der Konstruktion dieser Reaktoren nicht bedacht wurden.

SPIEGEL: Dennoch müssen wir so schnell wie möglich CO₂-frei werden, um die globale Erwärmung zu stoppen. Wie bekommen wir das hin?

Qvist: Die beliebte Antwort lautet: Wir nutzen nur noch erneuerbare Energien. Aber dass Wind und Sonne als verlässliche Systeme zu einem vernünftigen Preis zu haben wären, gehört ins Reich der Fantasie. Zwar werden sie immer billiger, sind allerdings nicht rund um die Uhr verfügbar. Und Batterien, die ganze Städte tage- oder wochenlang mit Strom versorgen könnten, sind nicht in Sicht. Aber es gibt ja bewährte Modelle für eine rasche CO₂-Minderung: Frankreich und mein Heimatland Schweden haben ihre Netze vor Jahrzehnten dekarbonisiert, Deutschland stößt fast achtmal so viel Kohlendioxid pro Kilowatt-

ziertere Reaktoren mit immer mehr Sicherheitsvorrichtungen gebaut. Das hat die Kosten in die Höhe getrieben. China und Südkorea können heute Reaktoren zu einem Sechstel dessen errichten, was die USA dafür aufwenden. Längerfristig entwickeln Dutzende von neu gegründeten Unternehmen neue Reaktoren, die potenziell Elektrizität günstiger als mit fossilen Brennstoffen erzeugen. Es geht darum, solche Reaktoren zu standardisieren und sie in großen Mengen zu produzieren.

Dorfman: Das sind Hirngespinnste. Keine dieser Innovationen hat bisher funktioniert. Immer wenn es um das Atomkraftwerk der Zukunft geht, heißt es, nun sei das nächste große Ding endlich gefunden. So wie Frankreichs natriumgekühlter Astrid-Reaktor – den haben sie gestoppt.

Qvist: Astrid ist ein Misserfolg, ja, aber es sind derzeit ungefähr 30 neue Reaktor-konzepte am Start, einige davon mit ordentlich Risikokapital. Nehmen Sie das ganze Sortiment der SMR, also der kleinen modularen Reaktoren.

SPIEGEL: Die haben nichts mehr zu tun mit den gigantischen Atomkraftwerken der Vergangenheit ...

Qvist: So ist es, das sind sehr kleine, konventionelle Siedewasserreaktoren, die bis Ende des Jahrzehnts auf den Markt kommen werden. Die US-Firma NuScale steht kurz vor dem Abschluss des Genehmigungsverfahrens für ihren SMR und hat bereits einen Kunden. Es wäre verrückt, denen keine Chance zu geben.

SPIEGEL: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Kernenergie aus dem Green Deal der EU ausgeschlossen, mit dem die europäischen Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null gebracht werden sollen ...

Qvist: ... ja, und das ist sehr, sehr schädlich. Die EU, die von Ländern wie Deutschland, Luxemburg und Österreich unter Druck gesetzt wird, torpediert alles, was mit Atomkraft zu tun hat.

Dorfman: Aus guten Gründen: um dem EU-Haushalt nicht zu schaden. Sehen Sie, in der Vergangenheit wurden die Nuklearanlagen größer, damit die Kosten sinken.

Das nennt man Größenvorteil. Und jetzt sagen Sie plötzlich, dass die Größenvorteile nicht wichtig sind und auf magische Weise durch die Wirtschaftlichkeit der Massenproduktion von Minireaktoren ersetzt werden können?

Qvist: Möchten Sie, dass solche Innovationen Erfolg haben?

Dorfman: Das ist für mich nicht der Punkt. Es gibt einfach nicht die Kapazität, genügend Kernkraftwerke zu bauen, um uns bei der Lösung der Klimakrise zu helfen. Selbst wenn Sie willens und in der Lage wären, all die ungelöstesten Probleme zu überwinden, die hohen Kosten, Unfallgefahr, Abfallentsorgung, Proliferation und unflexible Systeme – wir haben keine unbegrenzten Mittel zur Verfügung.

SPIEGEL: Die Internationale Energieagentur hat gerade anerkannt, dass das Wachstum der erneuerbaren Energien in jüngster Zeit eingebrochen ist. Kann sich die Welt dennoch allein auf sie verlassen?

Dorfman: Wir müssen das Kapital, das wir für die Dekarbonisierung haben, so einsetzen, dass für jeden ausgegebenen Euro in kürzester Zeit die beste CO₂-Reduktion erzielt wird. Die Kernenergie ist da nicht wettbewerbsfähig, erneuerbare Energien und Energieeffizienz reduzieren die Treibhausgase deutlicher und schneller.

Qvist: Über die Dekarbonisierung des Stromnetzes hinaus müssen wir fossile Brennstoffe im Verkehr, in der Industrie und beim Heizen ersetzen. Wir müssen den schnell wachsenden Energiebedarf der ärmeren Länder decken und das Netz auf eine Milliarde Menschen ausweiten, denen es heute an Strom fehlt. Das ist ohne Atomkraft einfach nicht möglich!

SPIEGEL: Immer noch stammen mehr als 80 Prozent der weltweiten Primärenergie aus fossilen Quellen. Wind und Sonne liefern weniger als zwei Prozent. Der weltweite Verbrauch wird in 30 Jahren voraussichtlich um etwa 50 Prozent höher sein als heute. Wie bekommen wir das hin?

Dorfman: Wir müssen eine grüne Wasserstoffwirtschaft mit all ihren Komponenten schaffen: Energieeffizienz, Speicherung und Zusammenschaltung der Stromnetze. Das Letzte, was man in einem solchen System braucht, ist Kernenergie, denn die ist entweder an oder aus – sie taugt nicht zu dem, was wir Laständerungen nennen ...

SPIEGEL: ... Sie meinen das flexible Hochfahren und Zuschalten, wenn die Erneuerbaren ausfallen.

Qvist: Wind und Sonne sind wunderbar! Ich bin doch nicht gegen irgendwas, ich bin für alles. Aber Kernenergie ist die einzige treibhausgasarme Wärmequelle, die wir haben. Damit können wir Fern- und Prozesswärme für die Industrie bereitstellen. Und effektiven Wasserstoff erzeugen. So wird die Kernenergie flexibel an das Strom-



Er/ Getty Images

Sonnenwärmekraftwerk in Nevada: »Deutlicher und schneller Treibhausgase reduzieren«

netz angeschlossen, so werden fortwährend 100 Prozent Leistung bereitgestellt.

Dorfman: Deutschland und andere Länder haben neue Offshore-Windparks im Visier, die der umweltfreundlichen Wasserstoffproduktion dienen sollen. Dafür brauchen wir keine Kernenergie.

Qvist: Aber nehmen wir an, Sie haben eine Woche Flaute; Sie haben nicht viel Sonne, weil Winter ist. Sie haben nicht viel Wasserkraft. Woher kommt Ihre Energie?

Dorfman: Es ist eine Kombination; wir müssen das über Wasserstoff, Verbindungsstrassen und über vernünftige Lastverteilung erreichen – es könnte sogar in der Sahara erzeugte Solarenergie für die Stromversorgung von Teilen Europas genutzt werden. Und wir brauchen Speicher.

Qvist: Welche Art von Speicher? Wenn Sie Batterien meinen, dann reden wir hier über unvorstellbare Kosten für einzelne Netze. Wenn Sie Wasserstoff meinen, muss man Elektrolyseanlagen und Wasserstoffspeicher bauen. Für all diese Dinge muss man bezahlen.

SPIEGEL: Gaskraftwerke sind sehr flexibel. Warum nicht mit ihnen die erneuerbaren Energien ergänzen?

Qvist: Das funktioniert, aber es ist eine fossile Energiequelle, die ebenfalls viel CO₂ ausstößt und die Luft verschmutzt.

SPIEGEL: Die Idee besteht darin, das fossile Gas irgendwann durch synthetisches Gas zu ersetzen, das aus Wasserstoff hergestellt wird.

Qvist: Auch hier müssten Sie in die gesamte Infrastruktur investieren, und das müssen Sie in die Kosten mit einkalkulieren. Wir haben noch keine Wasserstoffwirtschaft. Und übrigens, glauben Sie, dass diese sicherer als die Atomkraft wäre? Ich bin mir da nicht so sicher.

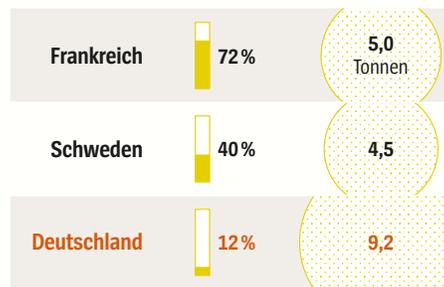
SPIEGEL: Sie scherzen?

Qvist: Ganz und gar nicht. Die Kernkraft ist, statistisch gesehen, die sicherste Form von Energie, die die Menschheit je in großem Maßstab genutzt hat. Im Gegensatz zu Grubenunglücken, Gasexplosionen und vor allen dem Rauch aus der Kohleverbrennung, der, wie gesagt, sehr viele Menschen tötet, haben in gut 60 Jahren Kernenergie nur drei Unfälle die Öffentlichkeit in Angst und Schrecken versetzt: Three Mile Island, Tschernobyl und Fukushima. Und selbst bei diesen katastrophalen Ereignissen sind nicht viele Menschen direkt durch Strahlung getötet worden. Auch die Wasserkraft, die eine wunderbare CO₂-arme Stromquelle ist, hat eine weitaus schlechtere Sicherheitsbilanz als die Kernenergie. Dämme sind geplatzt, Tausende von Menschen gestorben.

Dorfman: Das Problem mit der Kernenergie ist: Wenn etwas schiefgeht, geht es wirk-

Strahlend sauber

Energiebilanz 2018



Quellen: Europäische Kommission, World Nuclear Association

lich schlimm schieft. Ich bin Berater der irischen Regierung zum Thema Strahlenrisiko. Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben, aus der klar hervorgeht, dass Irland im Falle einer schweren Verseuchung durch einen Atomunfall wegen der Auswirkungen auf die Landwirtschaft bankrottgehen würde. Deswegen ist es problematisch, wenn Sie das Risiko schlicht anhand von Leichenzählungen bemessen.

SPIEGEL: Verblissen nicht sämtliche Gefahren durch die verschiedenen Energiequellen gegen das existenzielle Risiko des Klimawandels?

Dorfman: Das Problem ist doch: Wir alle treffen unterschiedliche Annahmen und kommen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Bleiben wir also bei dem, was wir wissen, und zwar, dass Strahlung für die menschliche Gesundheit gefährlich ist. Eine einflussreiche Studie in Deutschland, die KiKK-Studie, hat gezeigt, dass Cluster von Leukämiefällen bei kleinen Kindern eher in der Nähe von Atomkraftwerken zu finden sind...

Qvist: ... diese Studie wurde widerlegt; sie hatte andere Faktoren neben der Strahlung nicht angemessen berücksichtigt. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Strahlung und Leukämie in der Nähe von Atomkraftwerken.

Dorfman: Jede Strahlenschutzorganisation der Welt wird Ihnen sagen, dass es so etwas wie eine sichere Strahlendosis nicht gibt. Und bei einem Atomunfall geht es nicht nur



Dorfman, Qvist, SPIEGEL-Redakteure*

»Das ist pure Angstmacherei«

um Krebserkrankungen wie Leukämie. Da geht es um eine ganze Reihe anderer Dinge, die in der Folge geschehen. Einschließlich dessen, dass womöglich die Stabilität des Erbguts in den kommenden Generationen nicht gegeben ist. Die Komplexität der Debatte ist geradezu atemberaubend – warum sollten wir Geld in eine derart gefährliche Technologie investieren wollen? Und ich habe noch nicht einmal angefangen, darüber zu reden, wie gefährlich der Atommüll ist.

Qvist: Ziviler Atommüll hat noch nie jemandem geschadet. Wir haben ihn 60 Jahre lang in 35 Ländern gelagert, und es ist eigentlich kein Thema. Hoch radioaktiver Atommüll ist ein winziger Bestandteil in der Masse an gefährlichen Materialien, die wir als Gesellschaft produzieren, darunter giftiges Arsen, Quecksilber und Blei, die ewig halten. Und zukünftig werden wir in der Lage sein, Atommüll als Brennstoff in neuen Reaktortypen zu verbrennen.

Dorfman: So einfach ist das nicht. Wir haben hoch radioaktive Abfälle, mittel- und schwach radioaktive Abfälle. Es gibt die Idee, dass wir ein tiefes Loch graben und sie loswerden können. Neue Forschungen zeigen jedoch, dass die Materialien, die die USA und andere Länder zur Lagerung hoch radioaktiven Atommülls verwenden wollen, sich wahrscheinlich schneller abbauen, als man bisher wusste.

Qvist: Das ist pure Angstmacherei, tut mir leid. Wie viele Menschen sind durch zivilen Atommüll gestorben? Nicht einer. Es ist ein gelöstes Problem. Die finnische Atomaufsichtsbehörde hat die Pläne für ein Endlager in der Nähe von Olkiluoto genehmigt. Es befindet sich im Bau und wird bald fertig sein...

Dorfman: Aber wird es funktionieren? Das steht noch zur Debatte. Wir werden es erst in tausend Jahren wissen.

SPIEGEL: Herr Dorfman, Sie sind 64 Jahre alt, Herr Qvist, Sie sind 34. Ist unsere Diskussion ein Generationenstreit?

Qvist: Ich glaube, ja. In Schweden sehen Sie, dass sich die junge Generation zunehmend für die Atomkraft ausspricht, weil sie darin eine effiziente Maßnahme gegen den Klimawandel sieht. Wir sehen, dass sich die Meinungen schnell ändern können, wenn falsche Vorstellungen durch Fakten korrigiert werden. In Umfragen sind nur noch elf Prozent gegen Atomkraft.

Dorfman: Wenn Sie diese Frage in Deutschland stellen würden, würden Sie wohl deutlich andere Antworten bekommen. Ich glaube nicht, dass es sich um eine Generationenfrage handelt. Alle machen sich Sorgen über den Klimawandel. Die Frage ist, wie wir darauf reagieren – darüber müssen wir reden!

Qvist: Ausnahmsweise stimme ich Ihnen zu.

SPIEGEL: Herr Qvist, Herr Dorfman, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Philip Bethge (l.) und Rafaela von Bredow am University College London.

Erschreckend einfältig

Karrieren Kenza Ait Si Abbou hat schlechte Erfahrungen mit künstlicher Intelligenz gemacht. Das ist gut, denn sie arbeitet selbst an der Technologie.

Kenza Ait Si Abbou braucht nur eine kurze Anekdote, um zu erklären, wie wenig die meisten Menschen über künstliche Intelligenz (KI) wissen. Bei einem Workshop mit Kindern zwischen fünf und zwölf Jahren fragte die Managerin, wer denn wohl intelligenter sei: Amazons Sprachbox Alexa oder der Mensch? Die Antwort der Kinder: Alexa – weil sie alle Fragen beantworten könne.

Anschließend programmierten die Kinder gemeinsam mit Wissenschaftlern selbst kleine Roboter, fütterten sie mit Fragen und verbanden sie mit Alexa. Am Ende hatten die Mädchen und Jungen ihre Meinung geändert. Der Mensch sei doch intelligenter als die Maschine: »Weil ich sage, was sie machen soll«, so ein Kind.

Die Missverständnisse und Ängste vor künstlicher Intelligenz, ihre Gefahren und Chancen sind das Lebensthema von Ait Si Abbou. Nicht nur weil die 39-Jährige für die Deutsche Telekom an der Technologie arbeitet und den Bereich leitet. Die Ingenieurin hat selbst erlebt, wie rasch Algorithmen benachteiligen. Sie hat ein Gespür bekommen für das Gute und das weniger Gute, das selbstlernende Maschinen schaffen können. Nun hat sie darüber ein Buch geschrieben: »Keine Panik, ist nur Technik«*.

Sie selbst sagt übrigens nie »künstliche Intelligenz«, sie will jene nicht verschrecken, die damit etwas Unheimliches verbinden. Sie sagt KI – so wie andere PS oder IQ sagen. Es soll ganz selbstverständlich klingen.

Ait Si Abbou steuert von Berlin aus ein globales Team von 120 Personen. Sie sollen Abläufe im Konzern automatisieren, der oft noch erschreckend analog tickt. Da werden Störungen und Alarmwerte händisch überwacht, wird bei Ausschreibungen mit Leitz-Ordern gearbeitet. Die Algorithmen sollen Abhilfe schaffen, Muster erkennen, aus Daten technische Regeln machen.

Ait Si Abbou ist die Frau hinter den Algorithmen – und wie viel Macht ihr das verleiht, weiß sie selbst nur zu gut.

Ein Beispiel: Wenn Ait Si Abbou ihren Vornamen anfangs in ihr Smartphone tippte, machte die Rechtschreibkorrektur des Geräts daraus lange unverdrossen: Kenya. Den Vornamen Kenza, in Marokko absolut üblich, kannte die KI-basierte Schreibhilfe nicht. Die Entwickler hatten bei der Programmierung offenbar Datensätze verwendet, die keine arabischen Vornamen enthielten. Erst nachdem Ait Si Abbou ihren Namen Dutzende Male eingegeben hatte, verstand die KI, dass sie ihn wohl nicht in Kenya ändern muss.

Es ist nur ein kleines Ärgernis, zeigt aber: Mächtiger als die KI sind die Menschen, die ihr sagen, was sie zu tun hat, und damit das Weltbild der Maschinen bestimmen. Je mehr KI in alle Lebensbereiche vordringt, desto wichtiger wird, wer sie prägt. Künstliche Intelligenz entschei-



Hendrik Gerggen

Ingenieurin Ait Si Abbou

»Sind wir Menschen wirklich so simpel?«

det heute mit, wer bei Jobs eingestellt und ausgesiebt wird, sie wählt Partner aus, kommuniziert bei Social Media, steuert Wahlkämpfe, operiert in Krankenhäusern.

Gute Programmierer gestalten das Leben leichter, gerechter. Aber »Programmierer machen ihre Arbeit nicht immer gut«, sagt Ait Si Abbou. Sie sagt bewusst Programmierer, denn schon das ist Teil des Problems.

Bei Facebook etwa liegt der Anteil der Frauen in der Entwicklung von KI nur bei 15 Prozent, wie das AI Now Institute herausgefunden hat. Nur vier Prozent der Beschäftigten sind Schwarze. »Der Prototyp des Entwicklers ist weiß, westlich, männlich, jung«, sagt sie. »Seine Perspektive auf die Welt überträgt er in die Entwicklung der Technik. Das ist fatal.«

Kenza Ait Si Abbou wurde 1981 in Fès im Nordosten Marokkos geboren. Als 18-Jährige ging sie, ohne ein Wort Spanisch zu sprechen, nach Valencia, um Elektrotechnik zu studieren. Sie lernte Spanisch und Katalanisch, nebenbei Deutsch, dann Chinesisch und Japanisch. Mit Arabisch, Französisch und Englisch wuchs sie ohnehin auf, ihre Mutter war Englischlehrerin. Sie arbeitete als Entwicklerin in Barcelona, hängte einen zweiten Abschluss als Wirtschaftsingenieurin dran – und bewarb sich in Deutschland. Ohne Erfolg.

Die Frage, warum sie abgelehnt worden war, ließ sie nicht los. Lag es daran, dass die automatisierten Bewerbungstools Männer mit deutschen Namen bevorzugten? Sie bewarb sich erneut in Deutschland, scheiterte wieder und fragte bei einem Unternehmen nach. Es lag nicht am Geschlecht, sondern daran, dass der Algorithmus alle Bewerber aussortierte, die keine Praktika vorweisen konnten. Dass Ait Si Abbou bereits drei Jahre lang in Spanien als Ingenieurin und Projektmanagerin gearbeitet hatte, schnallte die KI nicht.

Die Ingenieurin hat sich mit den Algorithmen der Datingplattform Tinder auseinandergesetzt – und war einigermaßen sprachlos. Anders als bei konkurrierenden Plattformen lägen der Suche nur vier Parameter zugrunde: Alter, Geschlecht, Entfernung, Optik. Vor allem Optik. Bis Anfang 2019 setzte Tinder darauf, dass jene User besonders weit oben im Ranking standen, die besonders oft nach rechts gewischt, also als besonders attraktiv wahrgenommen wurden. Scheinbar weniger Attraktive oder anderweitig interessante Menschen landeten im Nirwana der App.

Den sogenannten Elo-Score hat Tinder inzwischen ersetzt, aber der neue funktioniert nach ähnlichen Kriterien. »Sind wir Menschen wirklich so simpel?«, fragt Ait Si Abbou. »Und vor allem: Sind wir so berechenbar, dass ein Algorithmus weiß, wen wir mögen und wen nicht?«

Weil sie solche KI-Einfältigkeit nervt, versucht Ait Si Abbou derartige Fehler bei der Telekom zu vermeiden. 2018 organisierte sie einen Hackathon nur für Frauen. Binnen 48 Stunden sollte analysiert werden, warum es chronischen Frauenmangel in IT-Berufen gibt. Die Gewinnerinnen des Hackathons fanden per Algorithmus heraus, dass ein Großteil der Stellenanzeigen Begriffe enthielt, die für Frauen schlicht abschreckend klingen.

»Wir müssen das Bewusstsein der Leute wecken«, sagt Ait Si Abbou. Gerade jetzt, wo die Systeme der Zukunft gebaut würden. Eine Alexa-Sprachbox gibt es bei ihr zu Hause nicht, da kann ihr Sohn noch so sehr betteln. Und wenn sie ihre Freundin besucht, bittet sie darum, das Gerät während des Besuchs auszuschalten. Janko Tietz

* Kenza Ait Si Abbou: »Keine Panik, ist nur Technik«. Gräfe und Unzer; 224 Seiten; 16,99 Euro.

Insel der Methusalems

Evolution Forscher haben das Erbgut der Brückenechsen entschlüsselt. Die urtümlichen Tiere gingen einst aus einer Katastrophe hervor. Jetzt könnten sie helfen zu verstehen, warum wir altern.



Frans Lamting / National Geographic

Wissenschaftsobjekt Brückenechse in Neuseeland: Drei Zahnreihen und ein zum Himmel gerichtetes Scheitelauge

Tuataras stehen mit dunklen Mächten im Bund. Wann immer einem der Ureinwohner in Neuseeland eines dieser urtümlichen Reptilien über den Weg läuft, fürchtet er sich. Denn ein Maori weiß: Dann liegt Unheil in der Luft.

Nicola Nelson erforscht die Brückenechsen, wie die Tuataras auch genannt werden, seit 30 Jahren. Die Biologin der Victoria-Universität in Wellington kennt die Reaktion der Maori: »Wenn ich ihnen eine dieser Echsen hinhalte, gucken viele einfach weg. Auf keinen Fall wollen sie die Tiere anfassen«, erzählt sie.

Doch so unheimlich die gut einen halben Meter langen Tuataras den Maori auch sind, so genießen sie dennoch großen Respekt in Neuseeland, sie gelten als Kostbarkeit der Natur. In der Tat ist das Bild, das sich die Wissenschaft von den Brückenechsen macht, demjenigen der Maori gar nicht so unähnlich. Auch für

Biologen sind Tuataras Tiere von außergewöhnlichem Wert, und das Unheilvolle ist Teil ihres Wesens. Denn sie sind hervorgegangen aus der verheerendsten Katastrophe, die dem Leben auf der Erde je widerfahren ist.

Äußerlich könnte selbst ein Fachmann den Tuatara für einen Leguan halten. »Die Besonderheiten treten erst unter der Haut zutage«, erklärt Nelson. Das Skelett der Tuataras weist viele Abweichungen von anderen Echsen auf. Besonders der Schädel sieht aus, als wäre er aus Versatzstücken von Reptil, Vogel und Säugetier zusammengesetzt.

Soeben hat ein internationales Team das Erbgut der Brückenechse entziffert. Im Genom stießen sie auf Merkmale, die ebenso erstaunlich sind wie die anatomischen Eigenheiten dieser Tiere. »Wir haben zum Beispiel Sequenzen gefunden, die wir sonst nur von Säugetieren kennen«, sagt Stefan Probst vom Frankfurter Sen-

ckenberg Forschungszentrum, einer der mehr als 60 an dem Genomprojekt beteiligten Wissenschaftler.

Der Tuatara, das offenbare Skelett wie Genom, ist eine Spezialanfertigung der Evolution. Die Tiere blicken auf eine 250 Millionen Jahre lange eigenständige Stammesgeschichte zurück. Während ihre nächsten Verwandten, die Gruppe der Eidechsen und Schlangen, zu einer der artenreichsten Wirbeltierordnungen aufstiegen, hat nur eine einzige Spezies von Brückenechsen bis in die Gegenwart überdauert: eben der in Neuseeland heimische Tuatara. So sehr ähneln sie ihren Urahnen aus dem Erdzeitalter der Trias, dass manche Wissenschaftler die Brückenechsen als Überlebende einer längst vergangenen Zeit betrachten. »Wir sprechen von einem lebenden Fossil«, erklärt der Genforscher Probst.

Das macht das jetzt veröffentlichte Genom besonders interessant, denn es öffnet

sich damit der Blick auf eine Umbruchzeit in der Geschichte des Lebens: Vor etwa 250 Millionen Jahren, als die Brückenechsen entstanden, hatte gerade ein Inferno der Erde heimgeschaut.

Der Einschlag eines Himmelskörpers? Ein abrupter Klimawandel? Die Vergiftung von Ozean und Atmosphäre? Horizontweit brodelnde Vulkane? Noch streiten die Forscher darüber, was genau am Ende des Perm-Zeitalters passiert ist. Sicher ist nur, dass die Fossilien ein beispielloses Massensterben bezeugen. Bis zu 95 Prozent aller Arten auf Erden wurden damals ausgelöscht.

Eben noch waren in den Ozeanen prachtvoll geharnischte Kopffüßer durch Wälder aus wogenden Seelilien gegliedert, und an Land waren behäbige Lurche durch mächtige Farnwälder gewechselt. Dann, ganz plötzlich, brach Ödnis an. In den Sedimenten, die sich nach der Katastrophe abgelagert haben, finden sich nur noch vereinzelt die Versteinerungen von Tieren. Einzig die Pilze gediehen prächtig.

Nicht viele Kreaturen schafften es, durch diese schwierige Zeit zu kommen. Doch diese wenigen wurden belohnt: Aus ihnen gingen die künftigen Bewohner der Erde hervor. Das Leben formierte sich neu, aus dem Untergang vergangener Welten ging eine andere, noch artenreichere, noch aktivere Fauna hervor. Und einer der Gründerväter aus jener Zeit war der Urahn des Tuataras.

Während der Trias waren die Brückenechsen weltweit verbreitet. Einige von ihnen lebten auch auf dem Territorium des heutigen Deutschland. Gerade erst hat die Paläontologin Gabriela Sobral mit zwei Kollegen die fossilen Überreste eines nahen Verwandten des Ur-Tuataras aus Vellberg bei Schwäbisch Hall beschrieben. Das Tier hatte eine Länge von weniger als zehn Zentimetern, es lebte vor rund 240 Millionen Jahren, und es trägt typische Merkmale von Brückenechsen. »Leider ist der Schädel nicht vollständig erhalten«, erklärt Sobral. »Das macht eine genaue Bestimmung schwierig.«

Von dem Begriff des »lebenden Fossils« hält sie wenig. Heutige Brückenechsen als Überlebende der Trias zu betrachten lasse außer Acht, dass sich diese Tiergruppe seither durchaus fortentwickelt hat. Im Laufe der Jahrmillionen durchlebten auch die Brückenechsen Blütezeiten, in denen sie Artenreichtum hervorbrachten. »Es gab Spezies, die im Wasser heimisch waren, während andere vegetarisch lebten«, sagt Sobral. Dass am Ende ausgerechnet eine Art überlebte, die der Urform der Brückenechsen äußerlich ähnlich sieht, betrachtet die Paläontologin als Zufall.

Genforscher Prost und seine Kollegen machen sich unterdessen daran, den

Eigenheiten des Tuataras in seinem Erbgut nachzuspüren. Auffällig ist zum Beispiel die zweite Zahnreihe, die im Gaumen sitzt. Die Zähne des Unterkiefers beißen dabei genau zwischen die beiden oberen Reihen. Das erlaubt es den Brückenechsen, anders als den meisten Reptilien, ihre Beute zu zerschneiden.

Vielleicht noch ungewöhnlicher als die Bezeichnung ist das dritte Auge des Tuataras. Vor allem bei Jungtieren ist dieses deutlich auf dem Schädeldach zu erkennen. Das zum Himmel gerichtete Scheitelauge kann zwar nicht scharf sehen wie die beiden anderen, nimmt aber Helligkeit wahr. Biologen vermuten, dass dieses eigentümliche Organ der Steuerung des Tag-Nacht-Rhythmus dient.

Das größte Interesse aber zieht das extrem hohe Alter auf sich, das die Brückenechsen erreichen können. Gern würden die Forscher verstehen, wie im Erbgut einer Spezies die typische Lebensspanne programmiert ist, die ein Tier zu erwarten hat. Um das herauszufinden, wenden sich die Altersforscher den Methusalems der Tierwelt zu. Einer von ihnen ist der Tuatara.

Langzeitstudien sind rar, deshalb ist noch immer unklar, wie alt eine Brücken-

echse werden kann. Hundertjährige scheinen unter ihnen keine Seltenheit zu sein, einige Forscher halten es sogar für denkbar, dass Tuataras 150 oder 200 Jahre lang leben können.

Zu einer gewissen Berühmtheit hat es der angeblich 122-jährige Henry gebracht, der Bewohner des Tuatariums im neuseeländischen Invercargill. Soweit bekannt, zeigte er zeitlebens kein Interesse am anderen Geschlecht, bis er im Alter von 111 Jahren doch noch Vater wurde. Die Mutter seiner Kinder, so gaben seine Betreuer damals bekannt, sei knapp 80 Jahre jung.

Tatsächlich fanden die Genforscher im Erbgut der Spezies Indizien, die zumindest zum Teil das Erreichen solch biblischen Alters erklären könnten. Bei der Sequenzierung des Brückenechsen-Genoms wandten sie ihre besondere Aufmerksamkeit einer Gruppe von antioxidativ wirkenden Proteinen zu, die im Ruf stehen, das Altern zu verlangsamen. Die Forscher stießen auf die Erbanlagen von insgesamt 26 solcher Moleküle – das sind mehr als beim Menschen.

Mehr noch als für das Überleben der Individuen interessiert sich die Biologin Nicola Nelson für das der Art. Tuataras gelten zwar nicht als unmittelbar bedroht. Auf den kleinen Felsinseln rund um Neuseeland gedeihen sie prächtig. Sorgen bereitet der Biologin indes der Klimawandel. Sie sieht die akute Gefahr einer Vermännlichung der Spezies.

Denn Brückenechsen zeichnen sich dadurch aus, dass die Umgebungstemperatur der Gelege darüber bestimmt, welches Geschlecht ein sich entwickelnder Embryo ausbildet. Bei durchschnittlich 21 Grad Celsius sind am Ende beide Geschlechter gleich häufig vertreten. Doch schon eine geringe Abweichung von diesem Wert kann das Verhältnis drastisch verschieben: Ein Grad nach unten – und fast alle geschlüpften Jungtiere sind weiblich; ein Grad zu viel – und die große Mehrheit ist männlich.

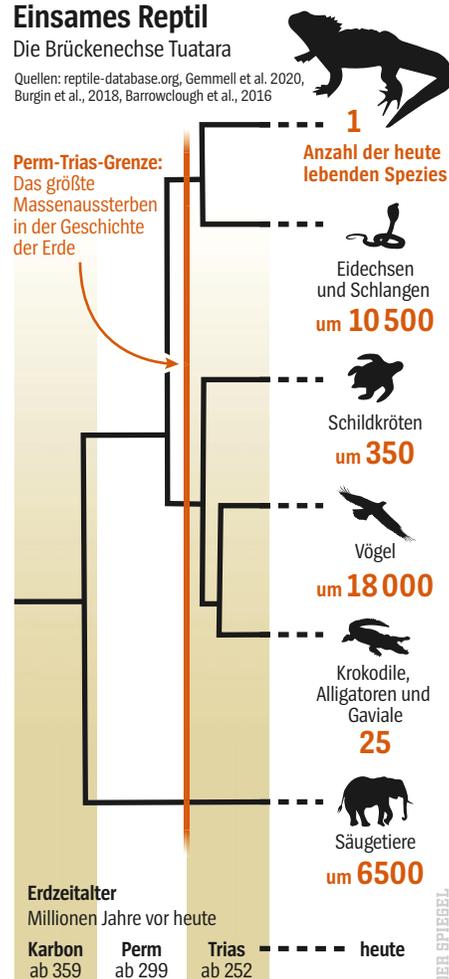
Möglicherweise können die Weibchen durch die Wahl ihrer Eiablagestellen das Geschlechterverhältnis steuern. Gerade auf kleinen Inseln, wo wenig Ausweichmöglichkeiten bestehen, könnte dies aber schwierig sein. »Bisher wissen wir nicht, ob sich die Tiere auf diese Weise an den Klimawandel anpassen können«, sagt Nelson.

Die Gefahr zumindest, dass in einer immer wärmeren Welt den Brückenechsen die Weibchen ausgehen, bestehe durchaus. Auf einer der Inseln hat Nelson eine Volkszählung durchgeführt – mit beunruhigendem Ergebnis: Zwei von drei Tuataras waren Männchen. Johann Grolle

Einsames Reptil

Die Brückenechse Tuatara

Quellen: reptile-database.org, Gemmill et al. 2020, Burgin et al., 2018, Barrowclough et al., 2016





Bernd Träsberger, Foto: Kai-Annett Becker

Werke der Künstler Bernd Träsberger, Rainer Fetting



Rainer Fetting, Foto: Anja Elisabeth Witte

Stadtgeschichte

Narben zeichnen

● Einen »Schutthaufen bei Potsdam« nannte Bertolt Brecht 1948 Deutschlands mal gebeutelte, mal glitzernde, getriebene Metropole, seitdem haben sich das Gesicht Berlins und seine Topografie immer wieder geändert. Der Schutthaufen hatte Sonderstatus und wurde zum Symbol, erstarkte wieder und schwächelt ökonomisch noch immer. Den Blick der Kunstwelt auf Berlin seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt nun die

Ausstellung »Gezeichnete Stadt« (Berlinische Galerie, bis 4. Januar 2021). Obwohl der Anlass der Ausstellung historisch ist (vor 100 Jahren wurden acht Städte und einige Landstriche zu Groß-Berlin zusammengelegt), sparten sich die Kuratoren das chronologische Herangehen. Die künstlerischen Spuren, die Berlin auf Papier hinterlassen hat, sind ohnehin alles andere als geradlinig: Man sieht urbane Biotope, architektonische Verwachsungen, Zeichen der Gewalt und topografische Verwirrungen, 69 Künstlerinnen und Künstler interpretieren hier eine Stadt. Heraus sticht das muntere Großstadtpersonal aus Diven, Hipstern und künstlerischer Boheme. Eine Binnensicht auf urbane Vielfalt, bei der es darum zu gehen scheint, historische Narben zu verarzten. CPA

#MeToo

Aus für Professor

● Der nach Vorwürfen der sexuellen Belästigung massiv umstrittene Professor Gerhard Henke arbeitet nicht mehr an der Kunsthochschule für Medien Köln (KHM). Das teilte die Rektorin Ende Juli in einem internen Rundbrief mit. In der Mail, die dem SPIEGEL vorliegt, heißt es: »Ebenfalls zum Ende Juli scheidet Profes-

sor Henke aus dem Dienst an der KHM aus.« Nach Informationen des SPIEGEL endete Henkes Dienst damit frühzeitig. Nach massiven Protesten von Studierenden und dem Boykott seiner Seminare hatten sich die Anwälte beider Parteien darauf geeinigt. Im Mai 2018 hatte der SPIEGEL über die Vorwürfe gegen Henke berichtet. Sechs Frauen hatten den damaligen WDR-Fernsehfilmchef belastet, da-

runter die Moderatorin und Schriftstellerin Charlotte Roche. Der Westdeutsche Rundfunk trennte sich von Henke, der unter anderem als »Tatort«-Koordinator tätig war. An der KHM war er aber weiterhin als Professor für Kreative Produktion und Redaktion aktiv. Dagegen protestierten die Studierenden im Februar 2019 mit einem offenen Brief, in dem sie seinen Rücktritt forderten.

Henke selbst bestreitet die Vorwürfe. Klagen gegen Charlotte Roche und den SPIEGEL ließ er fallen. Die Kunsthochschule für Medien Köln äußerte sich auf SPIEGEL-Anfrage nicht, da es sich um personenbezogene Daten handelt. Auch Henkes Anwalt machte keine inhaltlichen Angaben. Henke selbst ließ eine E-Mail des SPIEGEL mit Bitte um eine Stellungnahme unbeantwortet. RED

Kino

Verzweifelt Begehren

● Dieser Film kommt über einen verschlungenen Umweg ins Kino. Ursprünglich sollte das Psychodrama »Kopfplatzen« bereits im Frühjahr anlaufen. Aber nach dem Shutdown im März brachte der Verleih die tragische Geschichte des pädophilen Architekten Markus (Max Riemelt), der mit sich und seinen Neigungen ringt, kurzentschlossen auf einer Videoplattform heraus und verbuchte erstaunlich hohe Abrufzahlen. Nun ist der Film des Regisseurs Savaş Ceviz



Riemelt

endlich auf der Leinwand zu sehen. Ceviz und sein starker Hauptdarsteller gehen das

Thema, das in der Öffentlichkeit immer wieder für sehr emotionale Debatten sorgt,

möglichst unaufgeregt und vorurteilsfrei an. Tatsächlich gelingt es ihnen, den Zuschauer in den Kopf ihres Protagonisten zu versetzen, einen Ort, an dem man sich alles andere als wohlfühlt. Doch auf diese Weise machen sie die innere Zerrissenheit ihres Helden erfahrbar. Immer wieder sucht Markus um Rat, auch bei Therapeuten. Er will wissen, wie er sich und seine Triebe kontrollieren kann. Weil er jedoch immer mehr das Gefühl bekommt, dass ihm dies trotz aller Anstrengungen nicht gelingen will, droht er zu verzweifeln. Ein intensiver, bisweilen nur schwer zu ertragender, tieftrauriger Film. **LOB**

Literatur

Unverblümt ehrlich

● Sie ist anders als all ihre Familienangehörigen, denn sie ist die Erste, die einen Collegeabschluss vorzuweisen hat; und sie ist anders als die meisten ihrer Kolleginnen und Kollegen in der Kulturredaktion einer Zeitung, denn sie ist schwarz. Die 25-jährige Londonerin Queenie, Titelheldin dieses aufwühlenden Debütromans, sucht ihren Platz im Leben – und dabei geht jede Menge schief. Sie liebt weiße Männer, was bei Großmutter und Tante schlecht ankommt; sie trödeln bei der Arbeit, womit sie ihre Chefin sauer macht; sie spricht nicht

gern über ihre Gefühle, ein Umstand, mit dem ihr Freund nicht zurechtkommt. Bis Queenie zu sich stehen kann, muss die widerborstige, manchmal verzweifelte, verwirrte Icherzählerin einiges durchmachen – zu viel gefühllosen Sex, Verlorenheit zwischen den Kulturen, allgegenwärtigen Rassismus. Gleich zu Beginn des Romans wird der Ton gesetzt: Queenie befindet sich zur Untersuchung bei einer Gynäkologin, die redete »ein bisschen zu fröhlich und schob dabei ohne weitere Vorwarnung etwas in mich rein, das sich anfühlte wie der am wenigsten ergonomische Dildo der Welt«. Die Sprache in »Queenie« bleibt unverblümt. Das ist jedoch keine Attitüde, sondern wirkt ehrlich, manchmal witzig, manchmal eher bitter. Die Autorin Candice Carty-Williams, 31, erhielt für ihren Roman im Rahmen der British Books Awards die Auszeichnung »Book of the Year« – als erste Schwarze. Sie freute sich, doch sie sei auch »traurig und verwirrt« gewesen, weil diese Premiere so überfällig gewesen sei. Nach Lektüre ihres Buches können weiße Leser hoffentlich besser verstehen, was sie meint. **KS**

Candice Carty-Williams: »Queenie«. Aus dem Englischen von Henriette Zeltner-Shane. Blumenbar; 544 Seiten; 22 Euro. Erscheint am 18. August.



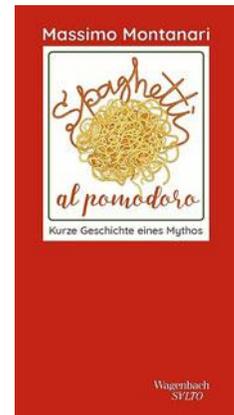
Carty-Williams

Kulinarik

Mit Biss

● Ein Buch ersetzt keine Ferien. Aber in diesem Sommer, diesem Ostsee- und Nordsee- und Baggerseesommer, diesem Italiensehnsuchtsommer, da trifft dieses Buch auf einen Riesenhunger. »Spaghetti al pomodoro« heißt es, zubereitet von Massimo Montanari, einem italienischen Historiker. Nun kann man Spaghetti mit Tomatensoße auch an Nord- und Ostsee essen und womöglich sogar am Baggersee. Aber jemanden, der ein ganzes Buch über sie schreibt, wird man dort nur schwer finden. Und was für ein Buch! Ein Buch wie Spaghetti al pomodoro.

Es kommt einfach daher, nur 144 Seiten dick, aber es macht lange satt. Wer es gelesen hat, kann mit Wissen prahlen, das mehr Eindruck macht als jede Urlaubsanekdote: Im Mittelalter kochten viele Menschen im heutigen Italien ihre Nudeln stundenlang; sie schwenkten sie in Butter, nicht in Olivenöl; die Tomatensoße gaben sie erstmals im 19. Jahrhundert dazu, genannt »die spanische Soße«. Montanari findet auf einem Teller Spaghetti mehr als Pasta und Parmesan, Tomaten und Basilikum, Montanari findet die großen



Themen der Gegenwart: Heimat, Herkunft, Identität – Reizwörter hitziger Debatten. Montanaris Thesen sind al dente, sein Buch hat Biss. Das volkstümliche Gericht, ein Symbol der nationalen Esskultur Italiens, unterzieht er einer historischen Dekonstruktion, er zerlegt es in seine Zutaten und Zubereitungsarten und verfolgt deren Wandel über die Jahrhunderte hinweg. Am Ende der Bildungsreise ist klar: So machtvoll das Signal kultureller Zugehörigkeit auch sein mag, das ein Gericht aussendet, so divers sind oft die Einflüsse, die es geprägt haben. **TOB**

Massimo Montanari: »Spaghetti al pomodoro. Kurze Geschichte eines Mythos«. Aus dem Italienischen von Victoria Lorini. Wagenbach; 144 Seiten; 19 Euro. Erscheint am 20. August.



Gavin Bond / AUGUST

Filmmacher Nolan 2017: »Gut darin, Krisen zu überstehen«

»Seit ich im Geschäft bin, schwimme ich gegen den Strom«

SPIEGEL-Gespräch Der Regisseur Christopher Nolan steht für intelligente Blockbuster. Sein neuer Actionfilm »Tenet« ist die Hoffnung der Branche, in diesem Jahr doch noch Geld zu verdienen. Weil er an die Macht des Kinos glaubt – trotz Streaming.

Der Brite Christopher Nolan, 50, ist einer der erfolgreichsten Regisseure Hollywoods. Seine Filme – darunter »Batman Begins« (2005), »Inception« (2010) oder »Dunkirk« (2017) – haben insgesamt viereinhalb Milliarden Dollar eingespielt. Seine Geschichten sind oft komplexe, verrätselte Gedankenspiele, deshalb gilt er als einer der wenigen Filmemacher, die intellektuelle Blockbuster drehen.

Mit seinem neuen Film »Tenet«, der angeblich mehr als 200 Millionen Dollar gekostet hat, erfüllte er sich den lang gehegten Traum, eine Art James-Bond-Thriller zu drehen. Nolans Superagent, der die Welt in »Tenet« vor dem Untergang retten soll und dabei gegen einen russischen Oligarchen kämpfen muss, ist allerdings schwarz; er wird von dem Amerikaner John David Washington gespielt.

Ursprünglich sollte »Tenet« am 17. Juli anlaufen, doch zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Filmtheater wegen der Corona-Pandemie geschlossen. Nolan setzte sich dafür ein, dass der Film noch in diesem Sommer ins Kino kommt. Viele Hollywoodstudios haben ihre potenziellen Blockbuster ins nächste Jahr verschoben oder verzichteten gleich ganz auf einen Leinwandstart und bringen sie auf Video- oder Streamingplattformen heraus.

Die ersten Planungen für dieses Gespräch begannen bereits im Februar. Im Laufe der Monate wurde es noch öfter verschoben als der Filmstart. Ende Juli fand es schließlich statt, per Telefon. Nolan, bei persönlichen Treffen bislang immer ein geistreicher, amüsanter und cooler Gesprächspartner, war diesmal spürbar angespannt.

SPIEGEL: Herr Nolan, die gesamte Filmbranche hofft, dass Ihr Film »Tenet« das Kino wiederbelebt.

Nolan: Kein Druck! Nicht wahr?

SPIEGEL: Tatsächlich waren die Erwartungen an einen Film selten so hoch.

Nolan: Es gibt immer Herausforderungen, mit denen man zuvor nicht rechnen konnte. So etwas wie die Pandemie eben.

SPIEGEL: In Hollywood ging es bislang darum, schneller zu sein als die Konkurrenz. Jetzt ist es umgekehrt. Keiner will der Erste sein, der einen großen Kinostart riskiert. Bis auf Sie.

Nolan: Es gibt ein hohes Maß an Unsicherheit. Wir haben versucht, den bestmöglichen Film zu machen. Die Studios müssen dann entscheiden, wann und wie sie den Film herausbringen.

SPIEGEL: Aber Sie haben sich schon im März dafür ausgesprochen, die Kinos möglichst bald wieder aufzumachen.

Nolan: Wann und wo das geschieht, müssen natürlich die Behörden entscheiden. Ich habe damals, in einem Artikel für die

»Washington Post«, lediglich dafür plädiert, das Schicksal der vielen Leute, die im Filmgeschäft arbeiten, nicht aus den Augen zu verlieren. Es besteht nicht nur aus glamourösen Stars und überbezahlten Regisseuren. Die ganz normalen Leute halten es am Laufen.

SPIEGEL: Der Start von »Tenet« wurde immer wieder verschoben, jetzt soll der Film am 26. August anlaufen. Haben Sie sehr dafür gekämpft?

Nolan: Wieso reden wir darüber? Ich dachte, in diesem Gespräch geht es um den Film.

SPIEGEL: Geht es doch.

Nolan: Wir sind mitten in dieser Krise. Keiner weiß, wie sie weitergeht. Ich bin froh, dass der Film fertig geworden ist. Das war schwer genug.

SPIEGEL: Hatten Sie »Tenet« schon abgedreht, als die Krise begann?

Nolan: Ja.



Scene aus »Tenet«: »Eine Welt, die überlebensgroß und aufregend ist«

Das Gespräch führte der Redakteur Lars-Olav Beier.

SPIEGEL: In wie vielen Ländern haben Sie »Tenet« gedreht?

Nolan: In sieben. Ich ziehe gern mit der Kamera durch die Welt. Das ist meine Leidenschaft. Deshalb bin ich Filmemacher geworden.

SPIEGEL: Ihr Held, ein Superagent, der im Film »der Protagonist« genannt wird, jettet um den Globus wie James Bond.

Nolan: Ich will den Zuschauern das Gefühl geben, in eine Welt einzutauchen, die überlebensgroß, unbekannt und aufregend ist. Schon bei »Inception« dachte ich, einem Bond-Film sehr nahe gekommen zu sein. »Tenet« geht noch einen Schritt weiter.

SPIEGEL: Was fasziniert Sie an den Bond-Filmen eigentlich so sehr?

Nolan: Dass man sie auf der großen Leinwand sehen muss. Dass sie einen an Orte mitnehmen, die man niemals selbst besuchen könnte.

SPIEGEL: Ist das heute, da die Menschen sehr eingeschränkt reisen können, noch wichtiger?

Nolan: Auf jeden Fall! Das ist Eskapismus. Der Film nimmt dich mit in eine andere Welt.

SPIEGEL: Weltflucht ist also nicht prinzipiell schlecht?

Nolan: Wenn sie die Realität verleugnet, schon. Doch die Stärke von Hollywoodfilmen liegt darin, dass sie den Zuschauer in ihre eigene Wirklichkeit versetzen können. Für die Dauer eines Films werden Unterschiede zwischen den Menschen aufgehoben, es entsteht eine Gemeinschaft. Ich glaube, dass uns das Kino einander näher bringen kann, über Kulturen und Klassen hinweg. Das wollen wir auch mit »Tenet« schaffen.

SPIEGEL: Es ist ein Film voller spektakulärer Bilder geworden, die man so auf der Leinwand noch nicht gesehen hat. In manchen Szenen bewegen sich die Helden vorwärts und rückwärts durch die Zeit.

Nolan: Ich will dem Kino mit »Tenet« einen Energiestoß geben und die Zuschauer vor der Leinwand in den Bann ziehen. Ich will ihnen das bieten, wonach sie sich sehnen, wenn sie ins Kino gehen.

SPIEGEL: Es könnte künftig deutlich schwieriger werden, Filme wie »Tenet« zu machen. Mit jedem Drehort steigt das Infektionsrisiko.

Nolan: Aber es macht die Filme viel reichhaltiger, wenn man vor Ort dreht. Jeder Schauplatz trägt ganz eigene Bilder und Töne bei. Das können Sie im Studio oder mit visuellen Effekten nicht erreichen.

SPIEGEL: Trotzdem vertrauen viele Regisseure zunehmend auf digitale Bilder.

Nolan: Seit ich im Blockbuster-Geschäft bin, schwimme ich gegen den Strom. Ironischerweise entwickelt sich das Kino durch den technischen Fortschritt auch ein Stück weit zurück. Früher haben Hollywoodregisseure fast nur im Studio gedreht.



Szene aus »Batman Begins«, 2005
»Mit der Realität hält Software nicht mit«

Dort hatten sie mehr Kontrolle, die Realität ist ja immer ein Unsicherheitsfaktor. Erst in den Sechzigerjahren begriff man, dass man auch in echten Häusern drehen kann statt in gebauten Dekors. Und jetzt spielen die Geschichten in digitalen Häusern.

SPIEGEL: Entfernen sich Hollywoodfilme dabei zunehmend von der Realität?

Nolan: Seitdem man am Computer Welten erschaffen kann, die es in Wirklichkeit nicht gibt, boomt das Fantasykino. Ich dagegen gehe an meine Filme heran wie die Regisseure in den Siebzigerjahren. Leichte Kameras, Drehs auf der Straße, das ist meine Welt.

SPIEGEL: Warum ist es Ihnen so wichtig, dass der Zuschauer die physische Wirklichkeit in Ihren Filmen spürt?

Nolan: Gerade die jungen Leute, die wir nach Testvorführungen von »Tenet« befragt haben, waren baff, weil sie solche Bilder noch nie gesehen hatten. Dabei haben wir Tricks verwandt, die es zum Teil schon in der Stummfilmzeit gab. Manchmal muss man sich auf alte Techniken besinnen, um frische Bilder zu erzeugen.

SPIEGEL: Sie sind Purist?

Nolan: Nur bei meiner eigenen Arbeit. Jeder Regisseur muss für sich die richtige Herangehensweise finden. James Cameron hat in »Avatar« mit digitalen Bildern eine dreidimensionale Welt erschaffen. Viele

»Ich will dem Kino einen Energiestoß geben, die Zuschauer vor der Leinwand in den Bann ziehen.«

Regisseure kriegen das nicht hin. Ich drehe lieber mitten in der Wirklichkeit, möchte von ihr umgeben sein und selbst entscheiden, wo ich die Kamera hinstelle. Das will ich nicht der Software überlassen. Die kann mit der Realität nicht mithalten.

SPIEGEL: Heutzutage besteht die Gefahr, dass Dreharbeiten abgebrochen werden müssen, wenn der Star an Covid-19 erkrankt. Versicherungen kommen für solche Fälle bislang nicht auf. Könnte da nicht eine Software helfen, mit der man Schauspieler digital ersetzen kann?

Nolan: Wir reden schon seit 30 Jahren darüber, dass Schauspieler durch digitale Doubles ersetzt werden könnten. Klar, die Technologie eröffnet uns gewisse Optionen. Es wäre billiger, Menschenmengen am Computer zu erzeugen. Trotzdem drehe ich Massenszenen gern mit Komparsen. Aber grundsätzlich wird die Entwicklung des Kinos natürlich von kommerziellen Interessen bestimmt.

SPIEGEL: Wie sehen Sie die Zukunft des Kinos? Branchenexperten prophezeien, dass im Kino bald nur noch Blockbuster laufen und kleinere, persönliche Filme bei den Streamingdiensten gezeigt werden.

Nolan: Die Trennung in Blockbuster und persönlichere Filme finde ich falsch. Es gibt große Filme, die sehr persönlich sind, und kleine, die sehr unpersönlich sind. Die Zukunft des Kinos hängt davon ab, dass Regisseure Geschichten erzählen, die ihnen am Herzen liegen. Es reicht nicht, wenn sie nur Produkte herstellen wollen, die sich verkaufen.

SPIEGEL: Wie persönlich kann ein Blockbuster sein, der von Kansas City bis Shanghai beim Publikum ankommen muss?

Nolan: So persönlich wie ein kleiner Art-house-Film. Seit Jahren wird darüber gemurmelt, dass Blockbuster immer mehr Geld kosten und zudem zunehmend den Markt beherrschen. Dabei besteht der Witz genau in der Spannung zwischen dem Wunsch der Filmemacher, sich individuell auszudrücken, und den enormen Mengen von Geld, die dafür nötig sind.

SPIEGEL: Steven Spielbergs Film »Der weiße Hai«, mit dem 1975 die Ära des modernen Blockbusters begann, kostete 7 Millionen Dollar. Das Superheldenepos »Avenegers: Endgame«, das voriges Jahr ins Kino kam, mehr als 350 Millionen. Gibt es irgendein anderes Produkt auf der Welt, dessen Herstellungskosten sich in der gleichen Zeit verfünffacht haben?

Nolan: Klar, bei Autos war es nicht so. Aber ich kann mir vorstellen, dass wir in 30 Jahren über die 350 Millionen ähnlich müde lächeln werden wie heute über Spielbergs 7 Millionen.

SPIEGEL: Ernsthaf?

Nolan: Nachdem mein zweiter Batman-Film »The Dark Knight« in Nordamerika mehr als 500 Millionen Dollar eingespielt

hatte – eine unfassbare Summe, wie ich immer noch finde –, hieß es, dieser Rekord werde nie mehr überboten. Seither haben einige Filme sehr viel mehr Geld eingespielt, manche sogar fast das Doppelte.

SPIEGEL: Ist es denn gar kein Problem, dass die Filme immer teurer werden?

Nolan: Beim »Weißen Hai« war der Druck viel niedriger als bei »Avengers: Endgame«, der das vorläufige Finale einer rund 20 Filme umfassenden Superhelden-Saga bildete. Alle – das Studio, die Filmemacher und die Zuschauer – wollten das Maximum.

SPIEGEL: Das ist bei Ihnen kaum anders.

Nolan: Meine Filme haben eine Menge Geld gekostet, aber ein Vielfaches davon eingespielt. Sie sind effizient. Die entscheidende Frage ist: Was bekommen die Studios, die sie finanzieren, und die Zuschauer, die sie sich ansehen, am Ende für ihr Geld?

SPIEGEL: Brauchte die Filmindustrie in Zeiten wie diesen statt solch riesiger Tanker nicht kleinere und wendigere Boote?

Nolan: Aber die gibt's doch! Wer hätte gedacht, dass eine koreanische Produktion mit dem Titel »Parasite« den wichtigsten Oscar gewinnen und mehr als eine Viertelmilliarde Dollar einspielen würde? Allein »Parasite« zeigt, dass weit mehr möglich ist, als häufig behauptet wird. Oft kann man die Trends nur im Rückblick klar erkennen.

SPIEGEL: Manche Trends sind allerdings schon jetzt offensichtlich. Die Streamingdienste, die in den vergangenen Jahren sehr viele Zuschauer gewonnen haben, erleben durch die Pandemie einen enormen Boom. Droht das Kino bei dieser Umwälzung auf der Strecke zu bleiben?

Nolan: Schon in den Fünfzigerjahren fürchteten viele, dass der Siegeszug des Fernsehens das Ende des Kinos bedeuten könnte. In den Achtzigern wurde die Videokassette populär, und sofort hieß es, in Zukunft würden die Leute Filme nur noch zu Hause gucken. Das Kino wurde schon so oft totgesagt. Doch es hat sich noch immer erholt, oft war es stärker als zuvor, weil es sich neue Einnahmequellen erschließen konnte. Nicht zuletzt deswegen geht es in der Filmindustrie heute um so viel Geld.

SPIEGEL: Sie glauben, dass auch die Streamingdienste von Gegnern zu Partnern werden könnten?

Nolan: Das sind sie bereits. Das Geld, das wir einnehmen, indem wir die Ausstrahlungsrechte unserer Filme an Streamingdienste oder Fernsehsender verkaufen, ermöglicht es uns, noch größere Bilder auf die Leinwand zu bringen. Das Kino ist ziemlich gut darin, Krisen zu überstehen.

SPIEGEL: Herr Nolan, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (–) **Stephenie Meyer**
Biss zur Mitternachtssonne
Carlsen; 28 Euro

Der Vampirhype will nicht enden: Jetzt hat die Schöpferin der »Twilight«-Saga Edwards Sicht auf die Liebe und das Blut-saugen aufgeschrieben.
- 2 (6) **Robert Seethaler**
Der letzte Satz
Hanser Berlin; 19 Euro
- 3 (1) **Bernhard Schlink**
Abschiedsfarben
Diogenes; 24 Euro
- 4 (2) **Delia Owens**
Der Gesang der Flusskrebse
Hanserblau; 22 Euro
- 5 (4) **Marco Balzano**
Ich bleibe hier
Diogenes; 22 Euro
- 6 (5) **Renate Bergmann**
Dann bleiben wir eben zu Hause!
Ullstein; 8 Euro
- 7 (3) **Karin Slaughter**
Die verstummte Frau
HarperCollins; 24 Euro
- 8 (8) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem. Das Lied von Vogel und Schlange
Oetinger; 26 Euro
- 9 (7) **Susanne Matthiessen**
Ozelot und Friesennerz
Ullstein; 20 Euro
- 10 (10) **Laetitia Colombani**
Das Haus der Frauen
S. Fischer; 20 Euro
- 11 (12) **Benjamin Myers**
Offene See
DuMont; 20 Euro
- 12 (11) **Donna Leon**
Geheime Quellen
Diogenes; 24 Euro
- 13 (13) **Pascal Mercier**
Das Gewicht der Worte
Hanser; 26 Euro
- 14 (9) **Lee Child**
Der Bluthund
Blanvalet; 22 Euro
- 15 (17) **Charlotte Wood**
Ein Wochenende
Kein & Aber; 22 Euro
- 16 (–) **Stephen King**
Blutige Nachrichten
Heyne; 24 Euro
- 17 (19) **Monika Helfer**
Die Bagage
Hanser; 19 Euro
- 18 (15) **Nicholas Sparks**
Wenn du zurückkehrst
Heyne; 20 Euro
- 19 (–) **Elizabeth Strout**
Die langen Abende
Luchterhand; 20 Euro
- 20 (–) **Victoria Mas**
Die Tanzenden
Piper; 20 Euro

Sachbuch

- 1 (–) **Mary L. Trump**
Zu viel und nie genug
Heyne; 22 Euro
- 2 (2) **Ferdinand von Schirach / Alexander Kluge**
Trotzdem
Luchterhand; 8 Euro
- 3 (1) **Richard David Precht**
Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens
Goldmann; 20 Euro
- 4 (4) **Philippa Perry**
Das Buch, von dem du dir wünschst, deine Eltern hätten es gelesen
Ullstein; 19,99 Euro
- 5 (3) **Maja Göpel**
Unsere Welt neu denken
Ullstein; 17,99 Euro
- 6 (–) **Markus Gabriel**
Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten
Ullstein; 22 Euro

Der Philosoph fordert eine neue Moral und letztlich eine neue Aufklärung – gegen den angeblichen Wertehinismus unserer Zeit.
- 7 (7) **Bas Kast**
Der Ernährungskompass
C. Bertelsmann; 20 Euro
- 8 (8) **Michelle Obama**
Becoming
Goldmann; 26 Euro
- 9 (5) **Frank Thelen**
10 x DNA
Frank Thelen Media; 19,99 Euro
- 10 (9) **Hans-Werner Sinn**
Der Corona-Schock
Herder; 18 Euro
- 11 (12) **Peter Hahne**
Seid ihr noch ganz bei Trost!
Quadriga; 12 Euro
- 12 (13) **Lily Brett**
Alt sind nur die anderen
Suhrkamp; 15 Euro
- 13 (10) **Dirk Steffens / Fritz Habekuß**
Über Leben
Penguin; 20 Euro
- 14 (18) **Stephen Hawking**
Kurze Antworten auf große Fragen
Klett-Cotta; 20 Euro
- 15 (15) **Kübra Gümüşay**
Sprache und Sein
Hanser Berlin; 18 Euro
- 16 (14) **Kathrin Passig / Aleks Scholz**
Handbuch für Zeitreisende
Rowohlt Berlin; 20 Euro
- 17 (19) **Rutger Bregman**
Im Grunde gut
Rowohlt; 24 Euro
- 18 (–) **Bill Bryson**
Eine kurze Geschichte des menschlichen Körpers
Goldmann; 24 Euro
- 19 (17) **Tim Präse**
Jan Fedder. Unsterblich
Heyne; 22 Euro
- 20 (16) **Margot Käßmann**
Nur Mut! Die Kraft der Besonnenheit in Zeiten der Krise
bene!; 12 Euro



Hermann-Bredelhorst / POLARIS / laif

Golf von Neapel: »Wer hierbleibt, hat keine Chance«

Oben und unten

Metropolen In Elena Ferrantes neuem Roman »Das lügenhafte Leben der Erwachsenen« entdeckt ein Mädchen die Bedeutung unterschiedlicher sozialer Klassen. Die heimliche Hauptrolle spielt wie so oft Neapel.

Ein Hügel steht symbolisch für die zwei Welten, die in Neapel nebeneinander existieren. Er birgt ein Versprechen. Wer oben wohnt, hat es geschafft; die Stadt bietet ihm Postkartenansichten des Golfs von Neapel, von Vesuv und historischem Zentrum. Im Stadtteil Vomero stehen viele Villen und Landhäuser im prunkvollen Jugendstil. Es heißt, die Luft im Vomero sei kühler oben auf dem Hügel.

Neapel unten, das ist eine andere Stadt; eine der immer wieder reproduzierten Süditalienklischees: Camorra, Armut, jugendliche Banden (sogenannte Babygangs), Prostitution, kleine Gassen mit weißer Wäsche auf den Leinen, Dreck, der

Geruch von Frittierfett, dicht vorbeifahrende Mofas, ältere Frauen auf Holzstühlen vor ihren Wohnungen, die ständig präsenste Gefahr des aktiven Vulkans.

Mit dieser Dualität Neapels beschäftigt sich Elena Ferrante in ihrem neuen Roman »Das lügenhafte Leben der Erwachsenen«; Hauptfigur ist die 13-jährige Giovanna, eine Schülerin aus einer wohlhabenden Akademikerfamilie, die die eigene Klasse erst im Abgleich mit dem Leben einer geächteten Tante entdeckt. Die ungebildete, rotzige Vittoria arbeitet als Putzfrau, hat keine Kinder und lebt in der falschen Gegend Neapels.

Es ist Ferrantes erster Roman nach der »Neapolitanischen Saga«. Die vier Bestseller über die jahrzehntelange Freundschaft der Frauen Lila und Lenù wurden ein Welt-erfolg, allein die deutsche Ausgabe verkaufte sich laut Suhrkamp einschließlich

E-Books und Taschenbüchern zwei Millionen Mal; weltweit mehr als 15 Millionen Mal. Eine Koproduktion aus Rai und HBO machte aus der Saga eine Serie, die Rechte an dem neuen Roman hat sich Netflix gesichert.

Zu dem Hype um Ferrante gehört auch, dass trotz vieler Recherchen und Thesen bis heute unklar ist, wer sich wirklich hinter dem Pseudonym verbirgt. Nahe kommen kann man ihr aber über die Stadt. Viele ihre Romanfiguren sind spezifisch als Bewohner bestimmter neapolitanischer Gegenden angelegt. Und gerade weil in der Stadt die Herkunft so relevant ist, geht es bei Ferrante auch oft um Klasse und sozialen Aufstieg.

In den Bestsellern über Lila und Lenù stieg die eine auf, während die andere im alten Viertel zurückblieb. In einem Essayband erklärte Ferrante einmal ihr schwie-

Elena Ferrante: »Das lügenhafte Leben der Erwachsenen«. Aus dem Italienischen von Karin Krieger. Suhrkamp; 415 Seiten; 24 Euro. Erscheint am 29. August.

riges Verhältnis zu der Stadt: Es »ist meine Heimatstadt, und ich kann nicht von ihr lassen, auch wenn ich sie verabscheue«. Sie lebe woanders, nur dort könne sie Erlösung finden und wieder mit Überzeugung schreiben.

Ferrantes neuer Roman spielt in den Neunzigerjahren, den Eltern der Schülerin Giovanna ist der Aufstieg gelungen. Die Familie lebt im Rione Alto, Tante Vittoria in der Zona Industriale, einer Straße mit zwei abgeschotteten Wohnkomplexen, die jeden Fan des Neorealismus ausflippen lassen würden, so trist sind sie. Als Giovanna mit ihrem Vater die Tante besucht, beschreibt sie dessen Gemütswechsel: »Er wurde immer finsterer, je tiefer wir in eine andere Stadt eindringen, die aus Reihen schäbiger Wohnblocks bestand, aus verblassten Mauern, Industriehallen, Schuppen und Hütten, Grünstreifen voller Müll, tiefen Schlaglöchern voller vor Kurzem gefallenen Regenwasser, fauler Luft.«

Tante Vittoria wohnt nicht weit vom Gefängnis Poggioreale entfernt, berühmt vor allem wegen der dort inhaftierten Camorrabosse. Gleich daneben liegt das Büro- und Geschäftszentrum Neapels; dort residieren Unternehmen wie Olivetti oder der Energiekonzern Enel, eine Landschaft voller Wolkenkratzer, ein Hauch New York mitten im Nichts.

Wer es von unten in das Rione Alto geschafft hat, kehrt nicht zurück, lässt alles hinter sich, so wie Giovannas Vater. »Wir wohnten in der höchsten Gegend von Neapel, und um irgendwo hinzukommen, mussten wir zwangsläufig immer nach unten. Mein Vater und meine Mutter gingen gern nur bis zum Vomero hinunter, und das schon mit einigem Widerwillen«, schreibt Ferrante.

Im Verlauf des Romans wird Giovanna immer mehr mit dem Leben der Tante, mit dem Leben in der Zona Industriale konfrontiert, sie entdeckt eine neue Welt, die weniger behütet ist, dafür voller Gefühle und Schimpfwörter. Eine für sie fremde Welt, die nicht weiter vom Rione Alto entfernt sein könnte, obwohl nur eine Viertelstunde Autofahrt dazwischenliegt.

Heute ist das Viertel oben auf dem Berg, das für einen Aufstieg – im wörtlichen und metaphorischen Sinne – steht, ein Ort ohne Grün; dafür aber mit geschlossenen Wohnanlagen, mahnenden Schildern – »Proprietà Privata«, Privatgrundstück – und Portiers.

Dazwischen blüht das Leben. Gemüse, Fisch, Fleisch in den Auslagen, Arztpraxen, Cafés mit Außenbereichen. Zwischen einem Optiker und einer Parfümerie liegt ein Barbershop in Sechzigerjahre-Ästhetik mit viel Holz und Marmor.

Fragt man die drei Männer, die hier arbeiten, nach Elena Ferrante, fällt ihnen

dazu nichts ein, es scheint ihnen egal zu sein. Stattdessen wollen sie lieber über Deutschland sprechen. »In Deutschland funktioniert alles. Wahnsinn, wie Sie die Coronakrise gemeistert haben«, sagt ein Rothaariger.

Für sie ist Deutschland die Vorstellung von Arbeit und Ordnung. Deshalb verlasen heute vor allem die gut ausgebildeten, jungen Menschen das Land.

In der Geschichte gab es das schon einmal, in den Fünfzigerjahren, mit dem Unterschied, dass vor allem Arbeiter kamen, um in deutschen Fabriken zu arbeiten. Viele Südtaliener zogen damals innerhalb des Landes nach Norden. Oben gab es Arbeit bei Fiat, Ansaldo, Breda. Auch diese Aufstiegsgeschichte eines ganzen Landes spiegelt sich in Ferrantes Romanen. Lenù schafft es in der Bestsellersaga an die Elitehochschule Scuola Normale Superiore von Pisa.

»Unrealistisch« findet Buchhändler Raimondo Di Maio diesen sozialen Aufstieg; er sei »damals unmöglich« gewesen, »und heute erst recht«. Seine Buchhandlung Dante & Descartes liegt unterhalb des Hügels, nah an den berühmten Universitäten L'Orientale und Federico II. Einst war die ganze Straße voller Buchhandlungen, die Studenten kauften hier Bücher für ihre Kurse.

Mittlerweile reihen sich Copyshops an Vintageklamottenläden, an den Hauswänden prangen Parolen: »Senza Frontiere Senza Padroni«, ohne Grenzen, ohne Herrscher; »Potere Proletario«, proletarische Macht.

Im Laden liegen überall neue und alte Bücher, auf dem Boden, der Treppe, in den Regalen. Eine Fotowand zeigt berühmte Autorinnen und Autoren, Pier Paolo Pasolini zum Beispiel, beim Fußballspiel



Buchhändler Di Maio
»Wie eine Seifenoper«

len. Daneben hängt eine Kreidetafel mit Leseempfehlungen.

Der Buchhändler Di Maio ist ein kleiner Mann, der fast hinter den Büchern in seinem Laden und der Mund-Nasen-Maske verschwindet; seine Augen darüber glänzen, wenn es um Literatur geht. Angesprochen auf Ferrante sagt er: »Die ›Neapolitanische Saga‹ habe ich aus Buchhändlerpflicht gelesen.« Wie er sie fand? »Wie eine Seifenoper, ein Märchen.« Und das neue Buch? Habe er nicht gelesen. Dann fügt er beschwichtigend hinzu: »Ferrante war für uns Buchhändler gut, die Menschen haben sich nachts in Schlangen vor die Buchhandlungen gestellt, um den nächsten Band zu kaufen.« Außerdem habe Ferrante das Image der Stadt nachhaltig verbessert.

Es werden private Touren zu den Schauplätzen der neapolitanischen Saga angeboten, zum Schuhgeschäft in der Piazza dei Martiri, wo Lila als junge Frau arbeitet, und natürlich zum Rione Luzzatti, dem Viertel, in dem Lenù und Lila in den Fünfzigerjahren aufwachsen.

Eine Bar an einer Straßenecke im Rione Luzzatti, drinnen sieht es aus wie in unzähligen italienischen Bars: gleich am Eingang die Kasse, dunkle Holzvertäfelung, Alkoholfaschen vor einer Spiegelfront, Kaffeemaschine. »Die Touristen kommen, aber sie verschwinden schnell wieder«, sagt die Frau hinter dem Tresen.

Kein Wunder. Die Gründe, länger zu bleiben, sind rar. Prachtbauten gibt es hier nicht. Die Farbe der meisten Häuser erinnert an ausgetrocknete Erde. Im Zentrum eine Gartenanlage, Bänke unter Bäumen. Die Luft schmeckt salzig. Jetzt im Sommer brennt die Sonne auf den trüben Asphalt, die Straßen sind menschenleer.

Die Serienadaption von »Meine geniale Freundin« wurde gar nicht im Rione Luzzatti gedreht. Stattdessen baute man das Viertel, so wie es in den Fünfzigerjahren aussah, außerhalb Neapels nach. Gegenüber der Bar verweisen lediglich Street-Art-Werke auf die Serie, sie zeigen unter anderem einen vergrößerten, schattenartigen Umriss der beiden Freundinnen Lenù und Lila.

Die Serie lief zur besten Sendezeit im öffentlich-rechtlichen Sender Rai, war so bedeutend wie in Deutschland »Babylon Berlin«. Anders als oben auf dem Hügel haben hier unten viele eine Meinung zu Ferrante. Oder zumindest dazu, wie ihr Viertel dargestellt wird.

»Haben Sie die Serie gesehen?«, fragt eine andere Frau in der Bar, während sie den Marmortresen wischt. »Ich fand sie miserabel.« Das Leben hier im Viertel werde schlimmer dargestellt, als es in Wirklichkeit sei. »Hier wohnen gute Menschen.«

Ein Kunde, der die Bar betritt, relativiert: Er lebe seit 60 Jahren hier, »manche

Wortmassagen

Literatur Der israelische Schriftsteller David Grossman ist ein Meister des therapeutischen Schreibens. Sein neuer Roman erzählt, wie sich das Trauma des Verrats in einer Familie fortpflanzt.

Dinge stimmen schon, zum Beispiel die Unterteilung in einen alten und einen neuen Teil«. Beide Frauen schauen ihn fragend an. »Im alten Viertel gibt es keine Aufzüge, im neuen schon.« Dann beginnt er ungefragt, seine Geschichte zu erzählen: Scheidung, Kinder weg, Krankheit als Folge schwerer körperlicher Arbeit. Der Mann deutet auf eine Ruine auf der anderen Straßenseite, früher ein Kino. »Warum tut die Politik nichts für diese Gemeinde?«

Der Buchhändler Di Maio hat vor einiger Zeit angesichts des Ferrante-Booms überlegt, einen Ferrante-Stadtplan anzubieten, schließlich sei sein früherer Buchladen die Inspiration für die Buchhandlung gewesen, in der Lenù arbeitet. Er entschied sich dagegen und gab stattdessen ein kleines Büchlein von Walter Benjamin und Asja Laci über Neapel heraus.

Es stört ihn ein wenig, dass der Erfolg der »Neapolitanischen Saga« den vieler anderer guter Bücher aus Neapel überstrahle. Das kulturelle Erbe, das, was die meisten heutzutage mit der Stadt im Süden verbänden, beschränke sich meist auf Ferrante. Dabei soll sie doch gar nicht hier leben. »Wer in Neapel bleibt, zahlt einen Preis. Kultur wird in Rom und Mailand gemacht. Wer hier unten bleibt, hat keine Chance.«

Er wisse, wer hinter dem Pseudonym Elena Ferrante stecke, behauptet Di Maio. »Es sind Anita Raja, ihr Mann Domenico Starnone und der Autor Goffredo Fofi. Alle drei zusammen.« In einem Enthüllungartikel in »Il Sole 24 Ore« hat ein Investigativjournalist zu belegen versucht, dass es sich bei Ferrante um die in Neapel geborene Raja handelt, die in Ferrantes Verlag als Übersetzerin arbeitet, und ihren Mann, den Schriftsteller Starnone. Der Verlag beantwortete damals keine Fragen zur Identität, Fofi sagte in einem Interview 2017, dass er nur zwischen dem Verlag und einem Filmemacher vermittelt habe.

Ist es für Literatur überhaupt wichtig zu wissen, wer genau schreibt, und würde die Identität des Autors oder der Autorin das Werk beeinflussen? »Nein«, sagt der Buchhändler.

Er habe vor einigen Jahren einen Anruf bekommen und sei gefragt worden, ob er 50 Bücher von »Meine geniale Freundin« haben wolle, zum Preis von zwei Euro pro Stück. »Ganz klar Fälschungen. Aber ist es nicht toll, dass Ferrantes Bücher es sogar an Orte schaffen, an denen nicht die Möglichkeit besteht, so viel Geld auszugeben für Literatur?«

Elena Ferrantes Werk schafft ein Moment, in dem die Kategorien Oben und Unten verwischen – und sei es nur für die Stunden, die man braucht, ein Buch zu lesen oder eine Serie zu schauen. Ein kleiner Moment der Utopie. Enrico Ippolito

Da sitzt er vor einem Bild mit grünen Bäumen in seiner Wohnung bei Jerusalem, etwas blass, und spricht mit weicher Stimme über die katastrophale Explosion, die ein paar Tage zuvor Beirut erschüttert hat. Der israelische Schriftsteller David Grossman, 66, redet über die Möglichkeiten des Friedens und der Annäherung zwischen den verfeindeten Ländern, die sich aus dieser Katastrophe ergeben könnten: »Wissen Sie, auf meine naive Art möchte ich daran glauben, dass es der Beginn einer besseren Beziehung zwischen Israel und Libanon sein könnte.«

Er erwähnt die Hilfsangebote aus Israel, das Rathaus in Tel Aviv, das in den Farben der Flagge des Libanon leuchtete. David Grossman ist ein Optimist von leiser, ungeheurer Kraft. Sein Sohn Uri ist als Soldat bei einem Einsatz im Libanon ums Leben gekommen, nur wenige Stunden

»Wir halten mit aller Macht am Schweigen fest, aus Angst, dass sonst alles einstürzt.«

vor Eintritt einer Waffenruhe, die Grossman in einem öffentlichen Appell gefordert hatte. Grossman selbst weist darauf hin: »Es fällt mir nicht leicht, darüber zu sprechen, aber in dieser Woche ist es 14 Jahre her, dass er im Libanon fiel. Die Libanesen müssten eigentlich meine Feinde sein. Aber sie sind es nicht.«

David Grossman ist ein linker Friedenskämpfer, Befürworter der Zweistaatenlösung, ein großer Romancier, gewiss ein Nobelpreisträger der Zukunft, der in seinen Werken immer wieder Menschen in ausweglosen Situationen in Bewegung setzt. Menschen, die gefangen sind in Hass oder Angst oder einer bestimmten Vorstellung vom Leben, und die sich – durch irgendeinen Impuls von außen oder innen – aus den Zwängen befreien, die sie gefangen halten. Sein Meisterwerk ist der Roman »Eine Frau flieht vor einer Nachricht«, der 2008 erschien. Es ist die Geschichte eines angekündigten Todes: Ofer, der Sohn der Israelin Ora, zieht als Freiwilliger in den Krieg im Westjordanland. Seine Mutter ist erstarrt vor Angst und be-

schließt, vor der befürchteten Nachricht seines Todes zu fliehen. Es braucht immer zwei, denkt sie, um eine schreckliche Nachricht Wirklichkeit werden zu lassen. Einen Absender und einen Empfänger. Sie flieht, und wie um den Sohn zu schützen, erzählt sie im Gehen seine Geschichte. Eine Art Schutzzaun aus Wörtern. Er funktioniert leider nicht.

Grossman selbst wollte mit dem Roman auch eine Art magischen Schutzraum für den Sohn errichten. Kurz bevor der Roman fertig war, fiel Uri im Krieg. »Ich ging damals zu meinem Freund, dem Schriftsteller Amos Oz, und sagte ihm: Ich weiß nicht, ob ich den Roman retten kann. Und Amos sagte zu mir: ›Ich glaube, der Roman wird *dich* retten.««

So ist es gekommen. Grossman erzählt, wie das Schreiben ihn gerettet hat. Ihn, den säkularen Juden, der nicht an ein Leben nach dem Tod glaubt, hat die Möglichkeit, schreibend etwas Lebendiges zu erschaffen, erlöst. »Wunder aus Licht« nennt er das. Es klingt ganz sachlich und selbstverständlich, wie etwas, für das er dankbar ist.

Die Hauptfigur seines neuen Romans, »Was Nina wusste«, der nächste Woche auf Deutsch erscheint, ist vor einer ganzen Weile in sein Leben gestürmt, erzählt Grossman. Das Buch ist eine Parabel über die Vererbung eines Traumas*. Eine Frau rief ihn an, »sie hatte eine Stimme wie der erste israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion«, sagt er. Grossman hatte an dem Tag einen Artikel in der Zeitung »Haaretz« veröffentlicht, der Text war ihr wohl nicht links genug. Sie war Kommunistin, sprach Hebräisch mit starkem osteuropäischen Akzent.

Der Name der Anruferin war Eva Panić-Nahir, 1918 auf dem Balkan geboren, eine eminente Persönlichkeit, ihre außergewöhnliche Lebensgeschichte war in Jugoslawien recht bekannt, der Schriftsteller Danilo Kiš hat ihr im Fernsehen eine ganze Sendereihe gewidmet. Aber sie wollte unbedingt, dass Grossman ihr Leben erzähle. Es entstand eine enge Freundschaft zwischen den beiden. Grossman spricht voller Wärme von ihr und ihrer Kunst, Menschen für sich und ihre Geschichte zu gewinnen.

* David Grossman: »Was Nina wusste«. Aus dem Hebräischen von Anne Birkenhauer. Hanser; 352 Seiten; 25 Euro.



Corinna Kern / DER SPIEGEL

Autor Grossman in der Jerusalemer Vorstadt Mevaseret Zion: Geschichten wie Schutzzäune

Sie starb vor fünf Jahren im Alter von 96 Jahren, und er begann, ihre Lebensgeschichte aufzuschreiben.

»Was Nina wusste« ist die Geschichte von drei Frauen, Großmutter, Mutter und Tochter. Es ist die Geschichte einer durch Schweigen, Verrat und Treue vergifteten Familie. Die nach dem Vorbild Eva Pantić-Nahirs gestaltete Großmutter heißt Vera im Roman, sie ist kämpferische Kommunistin, wird nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Arbeitslager auf der Gefängnisinsel Goli Otok in Titos Jugoslawien ein-

gesperrt. Ihr Mann, der Kollaboration mit Stalin beschuldigt, hat sich zuvor im Gefängnis das Leben genommen. Als sie verhaftet wird, ist ihre Tochter Nina sechs Jahren alt. Sie lässt sie zurück, ohne Eltern.

Ein Trauma, das das Leben der Tochter fortan bestimmt. Ihre Gefühle sind von diesem Moment an wie eingefroren. Sie zieht später mit ihrer Mutter, die nach drei Jahren aus »Titos Gulag« freigelassen wird, nach Israel. Aber heimisch wird sie nirgends mehr. Eine Frau flieht vor einem

Trauma um die Welt. Ein Mensch ohne Mimik, eine in sich gefangene Frau, die auch nicht durch die Liebe ihres Mannes zu befreien ist. Die beiden bekommen eine Tochter, sie heißt Gili und wird ihr Leben lang den Moment verfluchen, in dem ihre Eltern sich kennenlernten. Die Tochter dieser Eismutter zu sein, die die Familie bald verlassen sollte, das setzt das Trauma in der nächsten Generation fort.

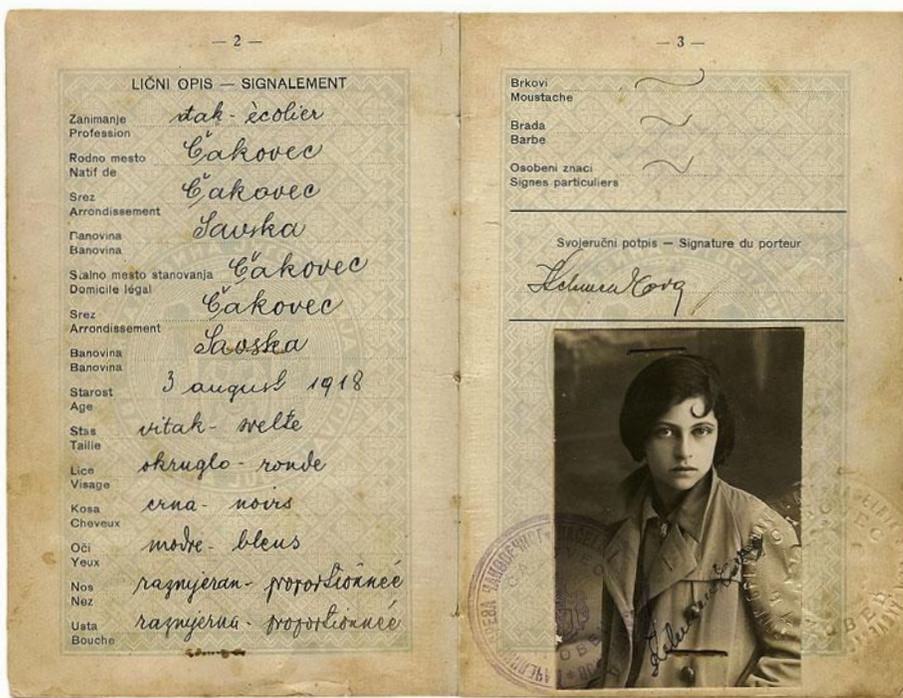
Wie kommt man da raus? Das sind die Momente, die den Romancier Grossman interessieren. Im Gespräch nennt er das die »verspannten Muskeln unseres Bewusstseins«, dort halte er sich schreibend gern auf. Das Schreiben sei eine Art Seelenmassage, und er liebe es zu beobachten, wie sich die verspannte Seele langsam entspanne. David Grossman ballt jetzt eine Faust vor seinem Computer und sagt, dass jede Faust einmal eine offene Hand gewesen sei. Die Rückverwandlung – »das ist es, was ich erreichen will«.

Von seinen Romanfiguren erzählt er wie von sich selbst. Von den Punkten und Momenten im Leben, von denen wir alle nichts wissen wollen, die wir umschweigen und die sich verhärten, je länger das Leben geht. »Wir wollen da nicht dran denken. Wir sind Kämpfer. Wir halten mit aller Macht an diesem Schweigen fest. Aus Angst, dass sonst alles einstürzt. Vielleicht ist es ein Fehler, dass wir so gute Kämpfer sind. Wir sind immer in Alarmbereitschaft und erstarren dabei. Und vergessen dabei die Beweglichkeit des Lebens, ja das Leben selbst.«

Ein literarisch-therapeutischer Ansatz. Auch für ihn selbst ist das Schreiben eine Massage. »Es gibt noch so viele verspannte Muskeln in mir. So viele verborgene, durch Angst blockierte Orte. Aber ich bin unterwegs.«

Das ist es, was das Lesen von Grossmans Büchern auf so sanfte Weise mitreifend macht: Es kommt etwas in Fluss, was für immer festgefroren schien. Im neuen Buch ist es die Feier zum 90. Geburtstag der Matriarchin, wo es beginnt. Nina, die Tochter, die inzwischen in der Arktis wohnt, in der heimlichen Hoffnung, sich dort von Eisbären auffressen zu lassen, ist widerwillig zur Feier erschienen. Alle hoffen, dass sie ein paar lobende Worte über die Mutter sagen wird, so wie es sich gehört. Aber es geht nicht. Es ist nichts Gutes da, das gesagt werden könnte. Nur Verlassenheit und Schweigen.

Aber die Enkelin ist da. Gili heißt so viel wie »Freu dich!«, aber es fällt ihr schwer, den Auftrag ihres Namens zu erfüllen. Immerhin hat sie die Kraft und das Interesse, den Urgrund des Schweigens der Familie zu suchen. Sie will einen Film drehen, einen Familienfilm. Mit der Großmutter und möglichst auch mit der Mutter will sie auf die Gulag-Insel, auf der die heu-



Identifikationspapier der Schülerin Panić-Nahir, um 1935: Figur aus der Welt der Wirklichkeit

te greise Dame einst gefangen war und jeden Tag Felsen einen Berg hinaufrollen musste wie Sisyphos.

Gili kennt die Insel, als wäre sie selbst dort inhaftiert gewesen. Sie ist bei ihrer Großmutter aufgewachsen: »Ich kenne Goli Otok, als wäre ich da geboren. Ich könnte dort Touristen herumführen. Für eine Arbeit über die Wurzeln unserer Familie hab ich schon in der siebten Klasse ein Modell von der Insel aus Karton gebaut.«

Also: auf nach Goli Otok. Mit einer »liebenden Kamera« will die Enkelin die Familiengeschichte aufzeichnen. So wie Grossman mit liebendem Blick auf seine Figuren schaut und sich ihnen anverwandelt. Hass steht am Anfang: »Selbst in den Folterkellern der UDBA (Geheimpolizei Jugoslawiens) in Belgrad und sogar bei den Aufseherinnen im Lager auf der Nackten Insel hat man mich nicht so gehasst, wie meine Tochter mich hasst«, so die 90-jährige Vera über ihre Tochter. Und sie fragt sie: »Geht das jetzt so unser ganzes Leben lang, Nina?« Und Nina sagte: »Und noch darüber hinaus.«

Woher dieser Hass? Klar, sie war als kleines Mädchen plötzlich allein – aber was konnte ihre Mutter dafür? Wieso diese Vorwürfe ein Leben lang? »Kein Verhältnis ist so voller geheimer Spannungen wie das zwischen einer Mutter und ihrer Tochter«, sagt Grossman. In diesem Fall ist es aber so, dass Vera etwas verschweigt. Um sich zu schützen und ihre Tochter auch.

Denn sie hätte damals nicht in den Gulag gehen müssen. Man hat sie vor die Wahl gestellt. Entweder bestätigen, dass

ihr toter Mann ein Stalinist und Verräter gewesen sei; dann hätte sie zu ihrer Tochter zurückkehren dürfen, als freier Mensch. Oder eben: stark bleiben. Treu bleiben über den Tod hinaus. Die Ehre des geliebten Mannes schützen und die Tochter alleinlassen. Sie hat sich für den toten Mann entschieden.

Nina hat das nicht gewusst, aber geahnt. Und weil das Schweigen mit dem Alter immer raumgreifender und lebensbestimmender wird, bricht die Basis ihres Lebens weg. Vera hat Angst, ihrer Tochter die Wahrheit zu sagen, und Nina hat Angst, sie zu hören.

Doch Nina hat Demenz, im Anfangsstadium. Grossman suggeriert im Roman, die Krankheit könne eine Folge eines lebenslangen, willentlichen Vergessens sein. Er hat das nicht recherchiert, mit niemandem besprochen, aber es erscheint ihm vorstellbar. Jedenfalls will Nina, bevor die Krankheit akut wird, sich selbst ihr eigenes Leben erzählen und ihrer Familie. In die Kamera hinein. Sie reisen gemeinsam auf die Insel, das Reden beginnt.

Es ist schön und befreiend, Grossman bei seinen schreibenden Entspannungsübungen zu folgen und zu erleben, wie die Fäuste sich langsam öffnen. Vera ist eine fantastische Figur – eine fanatische Ideologin, warmherzig und kühl entschlossen zugleich, lebenskundig und doch blind für ihre Nächsten. Leider lässt Grossman seine eingewanderte Heldin durchweg mit starkem osteuropäischen Akzent reden. Vielleicht wirkt das im hebräischen Original noch authentischer, in der deutschen Übersetzung klingt es eher unbeholfen.

Dazu kommt, dass ausgerechnet David Grossman, der über sein Schreiben sagt, jedes zerstörte Klischee sei ein persönlicher Triumph, seine eingewanderte Heldin über den Balkan Dinge sagen lässt wie: »Ihr sagt ›Krieg‹, aber Krieg im Balkan ist nicht wie Krieg in Israel. Auf Balkan hat Krieg andere Logik. Krieg auf Balkan bedeutet zuallererst Vergewaltigung. Hier wird vergewaltigt, nicht weil Soldat Frau will. Er vergewaltigt sie mit Revolver am Kopf, damit sie seinen Samen zur Welt bringt. Danach will auch ihr Mann sie nicht mehr. Das ist Logik vom Krieg.« Und etwas weiter: »Dem Balkan macht das Spaß. Sie haben noch etwas von dem, was Türken mit ihnen gemacht haben. Etwas Abnormales ist übrig geblieben.«

Im Roman wirkt das sonderbar deplatziert. Dennoch bleibt der Kern des Buchs davon unberührt. Grossman lässt die Fäuste sich langsam öffnen. Vera Enkelin Gili fragt sich selbst: »Wer bin ich eigentlich, wenn ich Nina nicht hasse?« Und sie kennt auch die Antwort: Dieser Hass ist längst das bestimmende Element ihres Lebens geworden. Es braucht Mut und Kraft und Optimismus und Selbsterkenntnis, das zu ändern.

Hier liegt der persönliche und der politische Kern dieses weltöffnenden Romans von David Grossman, in dessen Leben es Momente gab, in denen der Hass groß geworden war. Im Gespräch sagt er: »Ich merkte, dass ich dafür einen hohen Preis zahle. Ich schrumpfe mich selbst. Ich mache mich selbst zu einem Spiegelbild meines Feindes. Und das ist fürchterlich.«

Er erzählt von einem Minister der Likud-Partei, der vor einer Weile genau dort unter dem Baumbild saß, wo Grossman nun sitzt, und sagte, dass die Linken so naiv seien. Auch in 100 Jahren werde es keinen Frieden mit den Palästinensern geben. Es gebe einfach endlose Kriege. »Und ich«, sagt Grossman nun, »dachte mir: Wissen Sie, vielleicht haben Sie recht. Ich weiß nicht, was in 100 Jahren sein wird, nicht mal, was in 100 Minuten sein wird, aber ich weiß, dass vieles davon abhängt, wie wir, die Israelis, uns verhalten. Wenn wir jetzt nicht anfangen, uns zu ändern, wird der Krieg sicher noch mehr als 100 Jahre dauern. Aber vielleicht erkennen wir irgendwann, dass diesen Krieg niemand gewinnen kann.«

In seinem Roman finden drei Frauen, die eigentlich nur durch Hass verbunden sind, eine Art Frieden. Dass Schreiben die Welt nicht ändert, weiß David Grossman auch. Er ist nicht naiv. Er zeigt der Welt nur andere Möglichkeiten des Lebens auf.

Wie hält Grossman seinen Optimismus lebendig? Er lacht. »Es ist natürlich umgekehrt: Der Optimismus hält mich lebendig.« Volker Weidemann

Zurück zu den Wurzeln

Neues aus der SPIEGEL-Welt: Wie man zu seinem individuellen Ernährungsstil findet, erklärt die aktuelle Ausgabe von **SPIEGEL WISSEN**.



Unsere Vorfahren wussten: Wenn man rohes Gemüse eine Zeit lang in Salzwasser lagert, wird es haltbar – und auch noch bekömmlicher

Vorratshaltung haben viele Menschen in den vergangenen Monaten intensiv betrieben – häufig zum ersten Mal, denn die ständige Verfügbarkeit von Lebensmitteln, ob im Supermarkt oder im Bioladen, hat es überflüssig gemacht, die vielfältigen Techniken für Zubereitung und Haltbarmachung von frisch geerntetem Gemüse und Obst, von Milch, Fleisch oder Fisch zu beherrschen, die unsere Vorfahren in Hunderten oder Tausenden Jahren entwickelt haben. Wir kaufen Konserven, haben aber verlernt, wie man konserviert.

Fast vergessen war lange das Fermentieren, eine Art Neoklassiker der Haltbarkeit. Schon der Name klingt wenig appetitlich, eher nach Chemiesaal als nach feiner Küche. Dabei ist das Fermentieren für viel mehr geeignet als nur für Sauerkraut, das immerhin den Ruf der Deutschen weltweit als »Krauts« geprägt hat. In der asiatischen Variante kennen es viele als Kimchi, was ebenfalls fermentierter Weißkohl ist. In jüngster Vergangenheit genießt das Fermentieren neue Aufmerksamkeit, nicht nur weil weltberühmte Restaurants wie das Noma in Kopenhagen es propagieren. Es macht vor allem harte Gemüsesorten bekömmlicher, enthält Vitamine und ist auch noch dazu gut für die Darmflora. Im Alltag nehmen viele Menschen ohnehin regelmäßig fermentierte Lebensmittel zu sich, vor allem Milchprodukte wie Joghurt oder Kefir.

Und wie fermentiert man nun selbst, etwa Karotten? Man putzt die orangefarbenen Stecken, schneidet sie in kleine

Stücke und füllt sie (mit Kräutern oder Gewürzen) in Einmachgläser mit Bügeln, die keinen Dichtungsring haben dürfen. Dann werden die Möhren im Glas festgestampft und mit einem Stein beschwert, damit sie nicht nach oben treiben und Kontakt zur Luft bekommen. Das Glas wird mit Salzwasser aufgefüllt (drei bis vier Gramm Salz pro Liter), dann schließt man den Deckel und stellt das Glas kühl und am besten dunkel. Nach einer Woche darf man dann kosten.



Weitere Themen der Ausgabe »Essen, was mir guttut«

- Check: Welcher Esstyp bin ich?
- Warum es Männern so schwerfällt, ihre Essgewohnheiten zu ändern
- Individuelle Ernährung statt Trenddiät
- Popcorn de luxe – Manufakturen entdecken das Handgemachte neu

SPIEGEL WISSEN erscheint viermal im Jahr und beleuchtet ein Thema unserer heutigen Lebenswelt – auf dem neuesten Stand der Forschung und mit praktischer Alltagshilfe. *Erhältlich im Abonnement (abo.spiegel-wissen.de), im Zeitschriftenhandel und unter amazon.de/spiegel. 132 Seiten; 9,90 Euro.*

Eine Spur gediegen

Kunstbetrug Ein leitender Museumsmann in Oldenburg verkaufte privat ein Bild aus der öffentlichen Sammlung, setzte so seine Existenz aufs Spiel – und den Ruf der Stadt.

Friedrich Scheele ist der Mann, über den in der niedersächsischen Stadt Oldenburg in diesen Wochen oft geredet wird und der dabei zu einem immer größeren Rätsel zu werden scheint.

Der promovierte Historiker, Jahrgang 1960, will selbst nicht sprechen, er könnte sich wohl auch nur schwer erklären. Er hat ein Bild unterschlagen, obwohl absehbar war, dass das nicht gut gehen konnte.

Seit 2009 war Scheele als Amtsleiter zuständig für diverse Einrichtungen der Stadt Oldenburg. Ihm unterstanden etwa das Stadtarchiv, das Horst-Janssen-Museum und auch das Stadtmuseum, für das er 2012 ein Bild des Malers Franz Radziwill ankaufte. Dieses kleinformatige Stillleben trägt den Titel »Fingerhut und weißer Krug«, es ist auf karge Art düster und deshalb untypisch für den 1983 verstorbenen Künstler, der oft als magischer Realist bezeichnet wird; geschaffen hat er es 1938.

Der in der Wesermarsch geborene Radziwill, der 1933 der NSDAP beitrug, später aber als »entarteter Künstler« angeprangert wurde, wird in Oldenburg sehr geschätzt. Im Landesmuseum und im Stadtmuseum sind viele Werke von ihm vorhanden. Den Ankauf eines solchen Gemäldes hätte wohl jedes andere Museum mit einer Pressemitteilung gefeiert. Scheele verzichtete darauf, die 25 000 Euro aber ließ er ordnungsgemäß vom »Fachdienst Stadtkasse« anweisen. Der Neuzugang erhielt eine Inventarnummer des Stadtmuseums. Ins Depot jedoch gelangte dieses Bild wohl nie.

Stattdessen veräußerte es Scheele drei Jahre später – an ein Unternehmen in der Nachbarschaft des Museums, nur 150 Meter entfernt. Die Öffentlichen Versicherungen Oldenburg erwarben es Anfang 2015 für 32 100 Euro. Ein ziemlich außergewöhnlicher Vorgang, Kunst aus städtischem

Besitz wird hierzulande nur selten verkauft. Doch Scheele gab das Bild als sein privates Eigentum aus und kassierte das Geld.

Im Mai 2020 flog der Diebstahl auf. Der Versicherer hatte das Werk für eine Ausstellung nach Dangast, dem langjährigen Wohnort des Künstlers, ins dortige Franz Radziwill Haus verliehen. Eine Expertin kannte offenbar das Bestandsbuch des Stadtmuseums und wunderte sich, dass das Bild in der Schau als »Privatbesitz« gekennzeichnet war. Vieles ließ sich nun schnell klären.

Auf Fotos wirkt Scheele eine Spur gediegen, nicht wie jemand, der wegen 32 000 Euro zum Kriminellen wird. Mit seinem Job in Oldenburg hatte er es weit gebracht. Darüber hinaus hatte ihn die Universität vor Ort gebeten, Lehraufträge zu übernehmen, er war Vorsitzender des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen.

Schon Jahre zuvor war Scheele allerdings von seinem Arbeitgeber, der Stadt Oldenburg, abgemahnt worden, weil er für ein Buch einen Aufsatz über einen Künstler abgeschrieben haben soll. Endgültig überwarf man sich mit Scheele, weil er seine vertraglich festgelegten Arbeitswochenstunden nicht eingehalten haben soll. Ende 2015 kam es zur Trennung, ein Prozess wurde 2016 mit einem Vergleich abgewendet. Scheele zahlte wohl zu viel erhaltenes Geld zurück.

Über Scheeles Motiv, ein Bild zu verkaufen, das nicht seines gewesen sei, wisse er nichts, sagt sein Anwalt Kim Müller.

Aber sein Mandant habe nichts zu befürchten. Im damaligen Vergleich sei eine Abgeltungsklausel enthalten, die alle Ansprüche für erledigt erkläre, »seien sie bekannt oder unbekannt«. Weil der finanzielle Schaden unter 50 000 Euro liege, handle es sich um »ein Vergehen im normalen Strafraumen«, das sei verjährt.

Zwar habe Scheele vor ein paar Wochen eine von der Stadt geforderte Summe bezahlt – das aber sei freiwillig geschehen, betont Müller. Scheele bereue die Tat ja.

Ein ehemaliger Mitarbeiter nennt Scheele kompetent, inspirierend, bescheiden, ihm sei es ein Rätsel, warum er das getan habe. Der frühere Kollege sagt auch, dass so etwas genauso woanders passieren könne. In vielen Museen gebe es keine vollständigen Inventare, lasse sich wenig überprüfen. Tatsächlich kamen im Landesmuseum in Oldenburg vor 20 Jahren Grafiken abhanden, nur blieben die verschwunden.

Jürgen Krogmann, der Oberbürgermeister von Oldenburg, sagt Ähnliches – dass dieser Fall eine Warnung sein sollte, für andere Städte, andere Museen, dass man daraus lernen müsse. Das heißt nicht, dass er Scheele in Schutz nimmt. Der SPD-Politiker Krogmann ist seit 2014 in diesem Amt. In seinem Büro hängt sonst ebenfalls ein Radziwill-Bild, aber das ist gerade verliehen. Krogmann hat die Strafanzeige gegen Scheele unterschrieben. Noch läuft das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, er geht aber davon aus, dass der Vorgang am Ende sehr wohl »zu strafrechtlichen Konsequenzen führt«.

Auf den Versicherer will Krogmann nichts kommen lassen. Vielleicht hätte man dort die Vorgeschichte des Bildes besser prüfen müssen, doch das Unternehmen sei wegen des Imageschadens gestraft genug. Auch deren Manager selbst sehen keine Mitschuld. Die Öffentlichen Versicherungen bieten inzwischen das Bild der Stadt als Dauerleihgabe an, auch ein Rückkauf sei möglich. Die Stadt will bald darüber entscheiden.

Scheele dürfte sich vor allem selbst geschadet haben. In den vergangenen drei Jahren war er bei einer Touristikagentur der Gemeinde Rastede angestellt, wo er für die Sanierung eines historischen Palais Fördergelder einsammeln sollte und damit erfolgreich war.

Der dortige Bürgermeister sagt, dass Scheele eine Bereicherung gewesen sei. Dann erfuhr er von der Sache aus Oldenburg. Scheele wurde zum Oktober gekündigt. Ulrike Knöfel



Radziwill-Stillleben »Fingerhut und weißer Krug«, 1938

Wohl nie ins Depot gelangt

Eike Knopf, VG BILD-KUNST, Bonn 2020

Rassisten und andere Monster

Serienkritik »Lovecraft Country«
erzählt Horrorgeschichten
aus den Fünfzigerjahren – sie sind
zum Teil ziemlich real.

Ab 17. August bei Sky

Nichts gegen Serien, die ihre Spannung behutsam entwickeln, aber oft zieht es sich doch, bis es dann endlich mal zur Sache geht. Anders in »Lovecraft Country«: Die erste der zehn Episoden läuft gerade mal zweieinhalb Minuten, da hat der junge schwarze Held schon einen Sprint durch einen Horrorparcours absolviert.

In der atemberaubenden Eröffnungssequenz sehen wir ihn zu heroisch tönender Musik, wie er in Uniform im Schützengraben mit dem Bajonett Gegner ersticht. Plötzlich wechseln die Bilder von schwarz-weiß zu Farbe, und vom Himmel schießen Ufos ihre Laserkanonen ab. Und schließlich wird der Soldat auch noch von einem Monster mit Tentakeln angegriffen. Rettung erscheint in Form des legendären schwarzen Baseballstars Jackie Robinson, der die Kreatur mit seinem Schläger zerlegt – um selbst verspeist zu werden.

Dann erwacht der junge Atticus Freeman (Jonathan Majors), Koreakriegsheimkehrer und Horrorfan, auf einem der hinteren Sitze eines Überlandbusses aus seinem Traum. Es ist das Jahr 1955, die US-Gesellschaft ist segregiert, Schwarze dürfen nicht im vorderen Teil reisen. Es gibt berühmte schwarze Sportler wie eben Robinson, aber fast keine berühmten schwarzen Filmschauspieler, auch nicht in den für die Zeit typischen Gruselschockern über Aliens und fliegende Untertassen.

»Lovecraft Country« ist da eine Art Wiedergutmachung für die Rassentrennung, die auch Hollywood lange Zeit betrieben hat. Die HBO-Serie greift die Horrorfilme der Fünfziger auf – und setzt sie rigoros mit schwarzen Heldinnen und Helden in Szene.

Im Zentrum stehen Atticus und dessen Verwandte und Freunde, die in den Bundesstaaten unterwegs sind, um Material für einen Reiseführer mit dem Titel »The Safe Negro Travel Guide« zu sammeln. Solche Handbücher gab es tatsächlich; sie halfen schwarzen Durchreisenden in den Bundesstaaten, in denen die Segregationsgesetze besonders brutal durchgesetzt wurden, sichere Unterkünfte zu finden. Der Terror, dem Atticus' Truppe ausgesetzt ist, geht also von zwei Seiten aus: von blutrünstigen Monstern und rachelüsternen Untoten, aber auch von mörderischen Hinterwäldlern und reaktionären Sheriffs. Gegen die Rassisten wirken die Monster fast niedriglich.

Manchmal kommen sie Atticus und den Seinen sogar zu Hilfe. Etwa in der Episode, in der die Gruppe durch eine sogenannte Sundown Town fährt, eine jener Städte, die Schwarze damals durchquert haben mussten, bevor die Sonne untergeht. Nachdem ein Polizist sich mit seinen Handlangern an die Afroamerikaner dranhängt, um sie zu lynchen, platzen

vampirische Mischwesen in die Szenerie, die aussehen wie riesige Mehlwürmer mit spitzen Beißerchen. Sie tun sich an den Weißen gütlich und lassen die Schwarzen entkommen.

Die Vorlage zu dem mit vielen Splattereffekten und Lichtgewittern in Szene gesetzten Spukpanorama ist ein Roman von Matt Ruff. Dessen Titel »Lovecraft Country« bezieht sich auf H. P. Lovecraft, den US-amerikanischen Wegbereiter der fantastischen Literatur.

Ruffs Buch funktioniert als Hommage und Demontage zugleich. Mag Lovecraft mit seinen Storys über fantastische Parallelwelten das Genre auch vorangetrieben haben – er propagierte in seinen Schriften die Vorherrschaft der Weißen. Es liegt eine schöne Ironie darin, Motive aus dem Werk des Rassisten Lovecraft aufzugreifen, um über schwarze Selbstermächtigung zu erzählen. Kreative Umwertung statt Cancel Culture, sozusagen.

Die Serienverantwortlichen folgen grundsätzlich der Geschichte des Schriftstellers Ruff, laden das Fünfzigerjahre-Setting aber mit Verweisen auf die Gegenwart auf. Die darin gezeigte Polizeigewalt kann man nicht anschauen, ohne an das Video zu denken, das den Tod George Floyds zeigt. Der Soundtrack setzt sich unter anderem aus aktuellen Hip-Hop-Tracks zusammen.



Darsteller Majors, Jurnee Smollett: Lustvoller Perspektivwechsel

Songs sind hier oft identitätsstiftend. Besonders ist das in der furiosen Folge zu sehen, in der es um eine schwarze Bluessängerin in Chicago geht, die wie die legendäre Bessie Smith über den Alkohol und den Teufel singt. Die Absturzkünstlerin, die für ein paar Gläser Whiskey in Bars auftritt, geht hier ein ganz eigenes Bündnis mit dem Teufel ein: Als eine Art Gestaltenwandlerin kann sie zwischen Körpern wechseln und beginnt ein Doppelleben – als schwarze Bluessängerin und weiße Kaufhausangestellte.

Ein Perspektivwechsel, der lustvoll ausgespielt wird. Die Serienschöpfer schwelgen in den unterschiedlichen Szenerien, dem spießigen Wohlstand des Konsumtempels und dem musikalischen Reichtum im Schwarzenviertel. Gleichzeitig zeigen sie in ihrem formvollendeten Horror-Zeitengemälde, wie die weiße Mittelschicht in den Fünfzigern den schwarzen Lifestyle und den entfesselten Rock'n'Roll für sich entdeckte.

Auch davon erzählt »Lovecraft Country«: von den Fantasien, Begierden und Projektionen, die auf den schwarzen Körper gerichtet sind – und die genregemäß in blutigem Exzess zerstört werden. Christian Buß

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFDIREKTOR Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Hüsgen

BLATTMACHER Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann, Birger Menke

CREATIVE DIRECTOR Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

CHEF VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Thomas Schäfer, Jörn Sucher, Gesine Block (stellv.) *Online:* Patricia Dreyer, Anselm Waldemann; Melanie Alhmeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasiński, Jonas Leppin, Florian Merkel, Dr. Jens Radt (Multimedia), Daniel Raacke, Janko Tietz, Martin Wolf

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz, Christina Elmer (stellv.); Friederike Freiburg, Bente Kirschtling, Ole Reifmann, Dr. Susanne Weingarten

SPIEGEL Jule Lutteroth, Alexander Neubacher; Malte Müller-Michaelis

REPORTER Ulrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbiuwiet

Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Witrock. Wolf Wiedemann-Schmidt (Teamleitung Innere Sicherheit); *Redaktion:* Nicola Abé, Maik Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Heyer, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Marius Mestermann, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röbel, Lydia Rosenfelder, Jonas Schabbe, Christoph Schult, Christian Tevs, Severin Weiland. *Autoren, Reporter:* Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann *Politik Hamburg:* Benjamin Schulz (Nachrichtenchef), Milena Hassenkamp, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung:* Jörg Diebel, Cordula Meyer, Hendrik Tjernieden, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.). *Redaktion:* Birte Bredow, Annette Bruns, Lisa Duhm, Katrin Elger, Sarah Heidi Engel, Silke Fokken, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Charlotte Klein, Annette Langer, Gunther Latsch, Roman Lehberger, Benjamin Maack, Peter Maxwell, Miriam Olbrisch, Alexander Preker, Ansgar Siemens, Andreas Ulrich, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Annette Großböngard, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzirler, Dr. Klaus Wiegand. *Berlin:* Andreas Wassermann. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT/NETZWEIT *Leitung:* Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Judith Horchert (Netzweil), Isabel Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.). *Redaktion:* Benjamin Biddler, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Gniwie, Simon Hage, Henning Juergens, Alexander Jung, Dr. Matthias Kaufmann, Nik Klawitter, Matthias Kemp (Teamleitung Netzwerk), Alexander Kühn, Hans Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schultz, Carolin Wahneback, Robin Wille. *Autoren, Reporter:* Michaela Schiefel *Berlin:* Christian Reiermann (Teamleitung); Patrick Beuth, Simon Book, Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Krüger, Cornelia Thomsen, Anne Seith, Gerald Trautvetter. *Autoren, Reporter:* David Böcking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rojko, Raniah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Maria Stöhr, Christoph Titz, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSEN *Leitung:* Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.). *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Susanne Götzte, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Kerstin Kullmann, Julia Merlot, Emil Netzler, Jörg Römer, Hilmar Schmudt, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung), Katharina Höller (Teamleitung), Sebastian Maas, Jan Petter, Sophia Schürmer (Teamleitung), Maximilian Senff, Carolina Torres, Hanna Zobel, Lou Zucker. *Reporter:* Marc Röhlig. *Video:* Sarah Klöfer, Hoai Phuong Tran Thi

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammelehle, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.). *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Christian Buß, Ilona Knöfel, Carola Padberg, Hannah Piarczyk, Tobias Rapp, Katharina Stiegelmann, Claudia Voigt, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Andreas Borchofte, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorriss, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann

Reporter *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stuff (stellv.). *Redaktion:* Mail: Großkathöfer, Barbara Hardinghaus, Timofey Neshtov, Dialia Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Marc Hujaer, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Sapp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion:* Peter Ahrens, Anne Armbricht, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Benjamin Naack, Marcus Krämer, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann

INVESTIGATION Sven Becker, Rafael Buschmann, Roman Höfner, Nicola Naber, Philipp Seibt, Christoph Winterbach, Michael Wulzinger. Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

MEINUNG UND DEBATTE Lothar Gorriss, Stefan Kuzmany

LEBEN *Leitung:* Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus. *Redaktion:* Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Markus Decker, Detlef Hacke, Mareen Keller, Heike Klovert, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Ker (Teamleitung Gesundheit), Eva Lehnen, Philipp Löwe, Bettina Musall, Anne Otto, Sandra Schulz, Julia Stanek, Nina Weber. *Autoren:* Enrico Ippolito, Mariame Wellershoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON KARRIEREMAGAZIN NEW MEDIA) *Leitung:* Helene Endres. *Redaktion:* Florian Gontek, Mareen Hoffmann, Verena Töpfer

GESCHICHTE *Leitung:* Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. *Redaktion:* Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klüfmann, Dr. Danny Kringiel, Joachim Mohr, Frank Patalong, Dr. Johannes Saltzwedel

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel. *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Alexandra Klaußner, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gertred Alfeis, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Liken, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulm, Sandra Waage

PRODUKTION Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Rebecca von Hoff, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Claudia Jeczawitz, Mascha Zuder, Mareile Mack (stellv.); Claudia Idt, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philipp Gebhardt, Thorsten Gerke, Felix Gienger, Niklas Hauser, Daniel Hoffmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Elisabeth Koll, Petra Konopka, Matthias Krug, Theresa Lettner, Nasser Manouchehri, Parvin Nazami, Peer Peters, Jens Rensing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anke Wellnitz. *Mail:* foto@spiegel.de

SPYGLIT Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT *Leitung:* Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufer, Kristian Heuer, Eisa Hundertmark, Louise Jessen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Rödiger

TITELBILD *Teamleitung:* Katja Kollmann, Johannes Unselt; Suze Barrett, Iris Kullmann

INFOGRAFIK *Teamleitung:* Cornelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr; Ludger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter

INTERACTIVE *Teamleitung:* Olaf Heuser, Hanz Sayami; Alexander Epp, Guido Griffl, Michael Abke, Kalinoszki, Marco Kasang, Chris Kurt, Aida Marquez Gonzalez, Michael Niestedt, Dawood Ohada, Bernhard Riedmann

DESIGN/UX *Teamleitung:* Alexander Trempler; Katja Braun, Anna van Hove

KORREKTOR Sebastian Hofer

TEXTPRODUZING *Leitung:* Helke Grusdas, Stefan Schütt (stellv.); Christoph Brüggemeier, Wagner Oscher, Gesche Sager, Holger Uhlig, Valerie Wagner

DATENJOURNALISMUS *Leitung:* Marcel Pauly; Roger Dambeck, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA UND LESERDIALOG *Leitung:* Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.). *Redaktion:* Sarah Angerstein, Kai Bonte (Forum), Veronike Brüggemann, Dennis Deuermeyer, Fabian Domeyer, Inken Dworak (Projektleitung Snapchat), Ariane Fries (Teamleitung Community), Eva Horn, Ties Kozok, Petra Mater, Jonathan Miske, Lina Moreno, Christian Neeb, Johanna Röhr, Robert Schlösser, Mara Veigel

SEO *Leitung:* Maximilian Rau. Bastian Midasch, Insa Winter

BENTO *Leitung:* Viktoria Bolmer, Julia Rieke. Franziska Bulban (Teamleitung), Helene Flachsenberg (Teamleitung), Katharina Höller (Teamleitung), Sebastian Maas, Jan Petter, Sophia Schürmer (Teamleitung), Maximilian Senff, Carolina Torres, Hanna Zobel, Lou Zucker. *Reporter:* Marc Röhlig. *Video:* Sarah Klöfer, Hoai Phuong Tran Thi

VIDEO *Leitung:* Franke Böger, Anne Martin (stellv.). *Redaktion:* Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Benjamin Denes (Leitung Formatentwicklung), Birgit Großekathöfer, Janita Hämäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Carolin Katschak, Eckhard Klein, Fabian Pieper, Rachelle Poupplier, Charlotte Schönberger, Leonie Voss, Katharina Zingerle

CHEF VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dirk Schulze, Martin Stümening

Redaktion: Lenne Kafka, Matthias Kirsch, Christina Pohl, Sabine Schaper, Sebastian Spaltek

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MAGDEBURG Christopher Piltz, Tel. 0391 54428740, christopher.piltz@spiegel.de

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 45459590

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ACCRA Anne Backhaus, anne.backhaus@spiegel.de

BANGALORE Laura Höflinger, laura.hoeffinger@spiegel.de

BOSTON Martin Schläk, Tel. +1 929 2172432

BRÜSSEL Peter Müller (Büroleitung), Markus Becker, Rue Le Titiën 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 495 22849-61

KAPSTADT Fritz Schaap, P.O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa, fritz.schaap.extern@spiegel.de

LONDON Jörg Schindler, joerg.schindler@spiegel.de

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Perelouk Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Philipp Oehmke, Marc Pitzke, Samiha Shafy, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 217583, rvnewyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Georg Fahriön, Bernhard Zand, Tel. +86 10 65233541

ROM Frank Hornig, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingsel, Tel. +1 212 2217583, rvnewyork@spiegel.de

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge, Charlene Optenstein

TEL AVIV P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

TIJUANA Sonja Peteranderl, sonja.peteranderl@spiegel.de

WARSAU Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr, walter.mayr@spiegel.de

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Giorgos Christides, Arno Frank, Jochen-Martin Gutsch, Dr. Claus Hecking, Felix Hutt, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Aleksandar Sarovic, Jurek Skrobal

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltzsch, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovacs, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Orner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlosarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisiko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Steiger, Dr. Marc Theodor, Andrea Thall, Nils Ulrich, Peter Wahl, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Anzeigen: André Pätzold
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 75 vom 1. Januar 2020
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media
Vertrieb: Christoph Hauschild
Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Stark Druck, Pforzheimer
Die Inhaltsseiten dieser SPIEGEL-Ausgabe sind auf Recyclingpapier gedruckt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

INTERNET www.spiegel.de

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbriefe@spiegel.de. Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADD

Ombudsstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilman Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540, Fax: 040 3007-2966. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter www.amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 275,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnentenservice Persönlich erreichbar Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnentenservice, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnentenservice, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 5,30 pro gedruckte Ausgabe

für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.

Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten
Straße, Hausnummer oder Postfach
PLZ, Ort
Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)
Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten
SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)



Nachrufe



Gene Howard / Inter-Topics

Trini Lopez, 83

Seine Karriere begann er Ende der Fünfzigerjahre als Rock-'n'-Roll-Sänger und -Gitarrist. Dann entdeckte Frank Sinatra den in Texas geborenen Sohn mexikanischer Einwanderer in dem legendären Klub P.J.'s in Hollywood – und bald gelang Trinidad (»Trini«) López III. ein Welthit: Pete Seegers Protestfolksong »If I Had a Hammer« wurde durch Lopez zu einem lässigen, tanzbaren Ohrwurm und machte den talentierten Entertainer zu einem der ersten Popstars lateinamerikanischer Herkunft. In den Sechzigerjahren gehörte Lopez zu den beliebtesten Showgrößen in der Nachtclubszene von Las Vegas und hatte weitere Hits mit schmissigen Folk- und Gospel-Coverversionen wie »Lemon Tree« oder »Michael«. Parallel begann er eine – weniger erfolgreiche – Karriere als Schauspieler. Seinen größten Leinwandauftritt hatte er 1967 in Robert Aldrichs Kriegsfilm »Das dreckige Dutzend«. Trini Lopez starb am 11. August in Palm Springs, Kalifornien, an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung. BOR

Adin Steinsaltz, 83

Er war erst 27 Jahre alt, als er sich an die Aufgabe seines Lebens machte: Im Jahr 1965 begann Adin Steinsaltz, ein junger Lehrer aus Jerusalem, den Talmud zu übersetzen, jene 1500 Jahre alte Schrift, in der die Gesetze und Traditionen des Judentums festgehalten werden. Generationen von Studenten hatten sich mit dem zumeist auf Aramäisch geschriebenen Urtext herumgeplagt, Steinsaltz wollte das Werk endlich der Allgemeinheit in modernem Hebräisch zugänglich machen. 45 Jahre brauchte er für die mehr als 2700 Doppelseiten, am Ende, im Jahr 2010, lag der Talmud in mehr als 40 Bänden vor, übersetzt und kommentiert vom Autor selbst. Steinsaltz war 1937 in Palästina geboren worden und wuchs in einer liberalen Familie auf, seine Eltern waren Sozialisten, ein Lehrer weckte sein Interesse für das orthodoxe Judentum. Inzwischen liegen Übersetzungen des Mammutwerks ins Englische und viele andere Sprachen vor. Er habe natürlich damals nicht gewusst, »welchen immensen Aufwand das Ganze erfordern würde«, sagte Steinsaltz später, aber es sei ohnehin besser, »wenn man nichts weiß über die Schwierigkeiten, die vor einem liegen«. Rabbi Adin Steinsaltz starb am 7. August in Jerusalem an einer Lungenentzündung. DY

Ruth Gassmann, 85

So einfach geht das mit der Fortpflanzung: Der Vater legt seinen Samen in die Mutter. Und am Ende kommt ein Baby heraus. »Helga – vom Werden des menschlichen Lebens« hieß der biedere Aufklärungsfilm, der 1967 in die Kinos kam. Er verhalf Ruth Gassmann, der Darstellerin der Titelheldin, zu einer Berühmtheit, auf die sie manchmal gern verzichtet hätte. Millionen Menschen weltweit begleiteten die werdende Mutter Helga auf ihrem bangen Weg von der Befruchtung bis zur Niederkunft. Erstmals war eine echte Geburt im Kino zu sehen, reihenweise kippten die Zuschauer um. SPD-Gesundheitsministerin Käte Strobel, streng auf Wissenschaftlichkeit pochend, hatte den Film in Auftrag gegeben. Dass Sex mit Lust zu tun haben könnte, zeigten erst die – nicht mehr staatlich gesponserten – Fortsetzungen »Helga und Michael« (1968) sowie »Helga und die Männer« (1969). Wieder spielte Gassmann die Hauptrolle. Trotz ihrer Blitzpopularität wurde nichts aus einer großen Schauspielkarriere; Gass-



Friedrich / Interfoto

mann reüssierte als Regieassistentin und Sängerin. »Die »Helga« nehme ich mit ins Grab«, sagte Deutschlands oberste Aufklärerin 2017 im SPIEGEL-Interview. Ruth Gassmann starb am 7. August in München. KIK

Fips Asmussen, 82

Als Kneipenwirt in Hamburg wollte er seine Gäste unterhalten. Und weil das mit Witzen besonders gut funktionierte, machte er das Erzählen von Witzen zu seinem Beruf. Rund ein halbes Jahrhundert lang betrieb Fips Asmussen, geboren als Rainer Pries, mit erstaunlicher Beharrlichkeit das Handwerk, flache und gern auch schlüpfrige Scherze



Michael Loevitz / laif

unter das Volk zu bringen. Als Alleinunterhalter lebte er von der enormen Geschwindigkeit seines Vortrags und einem ebenso enormen Repertoire an Pointen. Damit prägte er ein ganzes Berufsbild, bevor es das Wort Comedian im Deutschen überhaupt gab. So viele Witze erzählte er in seinem Leben, dass es bisweilen den Anschein hatte, er wäre selbst einer geworden. Tatsächlich war seine proletarische Kunstfigur, angesiedelt zwischen Fernfahrer und Koberer auf der Reeperbahn, das Ergebnis harter Arbeit – und er selbst ein Entertainer vom ganz alten Schlag. Als Phänomen einer vergangenen Epoche war er für eine Karriere beim Fernsehen nicht gemacht. Asmussen blieb bei seinen Leisten: auf der Bühne während ausgedehnter Tournées. Zuletzt pflegte er seine Legende vom beschaulichen Querfurt in Sachsen-Anhalt aus, wohin er sich mit seiner Frau Barbara zurückgezogen hatte. Dort starb Fips Asmussen am 9. August. FRA

Bäuerin sucht Schau

● Die »Tagesschau«-Sprecherin **Linda Zervakis**, 45, lebt ein bisschen den Traum ihrer Mutter Chrissi Zervakis. »Ich wollte immer gerne ins deutsche Fernsehen«, schreibt die Moderatorin in ihrem Buch »Etsikietsi. Auf der Suche nach meinen Wurzeln«, das am 18. August erscheint. Den »Wunsch nach Scheinwerferlicht« habe ihre Mutter ihr mitgegeben. Diese ging einst für ein paar Wochen heimlich auf eine Schauspielschule in Thessaloniki, bekam sogar eine Rolle in einem Film angeboten. Aber der Vater verbot das Engagement: »Das ist doch kein Beruf. In unserer Familie wird man von jeher Bauer oder Bäuerin.« Jahre später ging Chrissi Zervakis als Gastarbeiterin in eine Fahrradfabrik nach Quakenbrück, betrieb dann einen Kiosk im Hamburger Stadtteil Harburg. So wurde Hamburg zur Heimat ihrer Tochter Linda. »Ich mag Berlin, Köln oder Frankfurt«, schreibt Linda Zervakis. »Aber nur mit einer Rückfahrkarte nach Hamburg im Gepäck.« Vor der Kamera fühle sie sich wohl, auch wenn die Nachrichtenlage schlecht sei. Ein Grund: »Im grellen Licht verschwinden die Falten, die meisten zumindest.« TOB



Elissavet Patrakiou



Brad Trent / REDUXPICTURES / laif

Falsches Zwitschern

● Der Schriftsteller **Salman Rushdie**, 73, appelliert an Twitter-Chef Jack Dorsey, ein falsches Zitat zu eliminieren. Es handelt sich um einen islamfeindlichen Satz, der Rushdie über den Kurznachrichtendienst ohne Beleg einer Quelle zugeordnet wird. Sinngemäß heißt es darin, dass Muslime, egal wo auf der Welt sie lebten, ob sie arm,

reich, gebildet oder ungebildet seien, nur ein Ziel hätten: durch Terrorismus alles zu zerstören. Es ist nicht das erste Mal, dass diese hasserfüllte Aussage dem indisch-britischen Autor unterstellt wird. Bereits 2015 kursierte dieser Post, über den Rushdie jetzt auf Twitter schreibt, er sei ein »fake tweet«, und er selbst habe »niemals etwas in der Art« gesagt, deshalb solle der Text endlich gelöscht werden. Rushdie, der 1989 wegen seines Romans »Die Satanischen

Verse« von Ajatollah Khomeini unter eine Fatwa gestellt wurde – ein Aufruf an Muslime, ihn zu töten –, tritt immer wieder für das Recht auf freie Rede und demokratische Auseinandersetzung ein. Man müsse auch über den Islam diskutieren können, forderte er schon 2015. Die grobschlächtige Islamophobie, für die das Zitat steht, dürfte er damit kaum gemeint haben. Bisher allerdings hat Twitter auf Rushdies Bitte nicht reagiert. KS

Moderatorin als Mängelwesen

● Die USA sind gesellschaftlich gespalten: schwarz und weiß, arm und reich, Trump und Anti-Trump. Seit Kurzem gibt es ein weiteres Schlachtfeld: mit oder ohne Ellen. Es geht um **Ellen DeGeneres**, 62, Moderatorin der nach ihr benannten Show. Ihr Motto »Be kind!« (»Sei nett!«) machte sie in den USA berühmt, die Wohlfühlatmosphäre ihre Talkshow populär. Nicht so nett war der Shitstorm, der sie erfasste, nachdem Dutzende Mitarbeiter bei BuzzFeed berichtet hatten, hinter den



Angel Marchini / SOPA Images / LightRocket via Getty Images

Kulissen seien diskriminierende Kommentare Normalität, sexuelle Belästigung und Rassismus würden hingenommen. Kurz: Ohne Kameras gehe es toxisch zu. Dann kam DeGeneres' Frau, die Schauspielerinnen Portia de Rossi: Sie »brach ihr Schweigen«, wie »Page Six«, ein Klatschorgan, etwas übertrieben ankündigte. Offenbar hatten ihre Reporter aufgelaert, und denen sagte sie, DeGeneres gehe es »great«, sie werde mit ihrer Show weitermachen. Auf Instagram postete de Rossi »I Stand By Ellen« (»Ich halte zu Ellen«), und das gefiel mehr als 100 000 Usern. Gleichzeitig waberten immer mehr Anwürfe durchs Netz, sogar zu einem Kind soll DeGeneres mal garstig gewesen sein, und ihre Frau behandle sie auch schlecht. Die Popsängerin Katy Perry und andere Prominente hingegen dokumentieren inzwischen ihre Unterstützung der Moderatorin. Eine Untersuchung der Vorwürfe hat nicht alle Anschuldigungen bestätigt, aber einige Mängel festgestellt. EVH



Tasos Katopodis / Imago Images

Präsident mit Rentenanspruch

● Normalerweise bekommt **Donald Trump**, 74, Präsident der Vereinigten Staaten, aus Hollywood heftigen Gegenwind. In der überwiegend liberalen Filmbranche ist er sehr unbeliebt, Stars wie Alec Baldwin oder Meryl Streep überboten sich zeitweise mit Trump-Parodien. Doch ab und zu kann sich der Präsident auch über

gute Nachrichten aus Kalifornien freuen. Im vergangenen Jahr bekam er 1,7 Millionen Dollar als Tantiemen für TV-Shows wie »The Apprentice« und Rentenauszahlungen überwiesen, die er sich durch seine Gastrollen in Kino- und Fernsehfilmen erarbeitet hat. So errechnete es unlängst das Branchenmagazin »Hollywood Reporter«. Der schillernde Immobilienmogul wurde ab den Neunzigerjahren immer wieder für Kurzauftritte gebucht. Dabei spielte er am liebsten sich selbst oder kokettierte zumindest mit dem eigenen Image, so etwa in dem Blockbuster »Kevin – Allein in New York« oder in einem Remake der legendären Filmserie »Die kleinen Strolche«. Beim Wahlkampf 2016 hatte Trump aus Hollywood Spenden in Höhe von 290 000 Dollar erhalten, Hillary Clinton dagegen 22 Millionen. Für seine Kampagne zur Wiederwahl hat er jetzt immerhin einen ordentlichen Zuschuss. Gebrauchen kann er den gut – seine Umfragewerte sind ziemlich im Keller. LOB

When I'm 62

● Hoffentlich bringt das kein Unglück. »Ab heute habe ich jeden Tag Geburtstag«, schrieb **Madonna** am vergangenen Montag auf ihrem Instagram-Account – und schickte ihren rund 15 Millionen Followern ein Küsschen von dick geschminkten Kollagenlippen über eine lila Blüte hinweg. Eigentlich feiert die aus Michigan stammende Queen of Pop erst an diesem Sonntag ihren 62. Geburtstag. Nachdem sie ihre Tournee im Frühjahr wegen Verletzungen an Hüfte und Knie hat abbrechen müssen, lässt sie mit massiver Social-Media-Aktivität keinen Zweifel daran, dass nicht etwa der Ruhestand, sondern eine weitere Neuerfindung des Weltstars kurz bevorsteht. Offenbar wird Madonna nach

einem Jahrzehnt mit eher mediokren Alben und schwindender Hitparaden-dominanz einen neuen, hoch dotierten Plattenvertrag mit Warner Music abschließen, ausgerechnet dem Mutterkonzern des Labels, bei dem vor 38 Jahren ihre Karriere begann. Dankbar zeigt sie sich nicht wirklich: Wiederum auf Instagram postete sie ein Bild von sich in jüngeren Jahren und schrieb dazu, dass sie es auch ohne neomodische Erfolgsbooster wie YouTube oder Castingshows geschafft habe: »Just \$35 and a dream«. Weder die Plattenfirma Sire, die ihre ersten Singles herausgebracht hat, noch Unterstützer von damals werden erwähnt – aber das kann man nach so langer Zeit ja mal vergessen. BOR



DCP / PictureLux / ddp media



»Mit dem Aufkommen der AfD fühlt sich offenbar eine stattliche Anzahl der Sicherheitskräfte ermutigt, ihre rechte Gesinnung offen zu verbreiten. Der wichtige Artikel zeigt eine schleichende Gefahr auf, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.«

Dr. Volker Brand, Bad Oeynhausen (Nordrhein-Westfalen)

Man muss blauäugig sein

Nr. 33/2020 Polizei und Militär kämpfen mit Rechtsextremen in ihren Reihen – das Problem ist größer als gedacht

Der Bürger vertraut den rechtsstaatlichen Einrichtungen wie Bundeswehr und Polizei. Diese gewähren ihm Sicherheit nach außen und nach innen. Deshalb ist dort jede Form von Extremismus im Keim zu ersticken. Alle Tendenzen, die loyalem Verhalten gegenüber dem Staat zuwiderlaufen, müssen konsequent verfolgt werden.

Horst Winkler, Herne (NRW)

Rechtes Gedankengut ist in unserer Gesellschaft tief verwurzelt. Da ist es nicht verwunderlich, dass es auch bei den Behörden und der Polizei Menschen mit einer tiefbraunen oder rechten Gesinnung gibt. Man muss schon ziemlich blauäugig sein, um zu denken, dass es das dort nicht auch geben könnte. Es ist im Grunde genommen eher erschreckend, wie lange sich diese rechten Kräfte zum Beispiel in der Polizei und Bundeswehr austoben konnten und können! Es bedarf einer lückenlosen Aufklärung durch den Bundes- und die Landesinnenminister, und das ohne Wenn und Aber und bis hin zu personellen Konsequenzen.

René Osselmann, Magdeburg

Das ist ein sehr wertvoller Beitrag. Ich befürchte, dass die Ursache tiefer sitzt. Die rechten Arme der C-Parteien haben jahrelang gedacht: »Diese rechten Recken sind unsere etwas übereifrigen Jungs, recht so!« Festmachen kann man das unter anderem an dem langen Festhalten von Minister Seehofer an dem vorherigen Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen.

Rainer Kuth, Höchststadt (Bayern)

Die Politik hat 2011 ohne Not das mächtigste Kontrollinstrument über unsere Bundeswehr aus der Hand gegeben – die Wehrpflicht.

Johannes Kalupar, Pfaffenhofen (Bayern)

Die Reportage über die rechtsextremen Beziehungsgeflechte zwischen Polizei, Militär, MAD und anderen Diensten ist erschütternd. Handfest und zielführend erscheint mir der Vorschlag des brandenburgischen Innenministers einer Überprüfung (»Verfassungstreue-Check«) aller Bewerber

für den Staatsdienst zu sein. Allein bei Reichsbürgern in Uniform sehe ich eine pragmatische Lösung: Sie erhalten ihre Bezüge ab sofort in Reichsmark und können ihre individuelle Schutzausrüstung aus



Soldaten bei Zapfenstreich in Berlin

Reichsalufolie gern selbst falten. Denn ein Staat, der nicht existiert, kann sie weder entlassen noch bezahlen.

Thomas Thelen, Bötzingen (Bad.-Württ.)

Ganz große Kombinatorik

Nr. 32/2020 Kolumne »Die Gegendarstellung«: Weniger ist weniger

Mein Kompliment an Alexander Neubacher, der das Thema auf den Punkt bringt, wenn er sagt, Corona sei keine Chance, sondern ein Übel. Und weniger ist nicht mehr, sondern weniger. Herr Neubacher bleibt auf dem Teppich.

Wlfrid Baum, Backnang (Bad.-Württ.)

Ob Herr Neubacher tatsächlich glaubt, dass die wirtschaftlichen Folgen einer Pandemie die komplexen Voraussetzungen von Degrowth-Modellen erfüllen, oder ob er sich nur einfach erheblich dümmert, als er vermutlich ist, ist mir ziemlich einerlei. Ich bin in Fragen des Wirtschaftswachstums agnostischer Pragmatiker und gehöre keiner der beiden Konfessionen – Wachstumsfanatiker oder Wachstumsphobiker – an. Als am Glaubenskrieg Unbeteiligter möchte ich nur einfach einen so erbärmlichen Text wie den des Herrn Neubacher nicht vom SPIEGEL serviert bekommen. Wenn ich so etwas lesen wollte, würde ich »Bild« kaufen.

Sven Hartberger, Wien (Österreich)

Na, das ist ja mal ganz große Kombinatorik von Herrn Neubacher! Weil es jetzt in einigen Branchen und bei der ärmeren Weltbevölkerung erhebliche Probleme gibt, müssen wir die Fehler fortsetzen, die

wir bisher gemacht haben? Eines ist den ungeduldigen Partyfeiern und den Wirtschaftsheinis wohl gemein: Sie wollen genau dort weitermachen, wo wir vor Corona waren. Was Letztere angeht, heißt das: »Wachstum, Wachstum, Wachstum!« Und nicht zuletzt diese Parolen haben uns dorthin geführt, wo wir jetzt stehen.

Carl Ibs, Salzgitter

Nichts ist gut

Nr. 32/2020 Die Bundeslandwirtschaftsministerin auf Besuch in ihrer rheinland-pfälzischen Heimat – eine Rundfahrt mit Julia Klöckner auf der Vespa

Schön, dass der Reporter einen offensichtlich schönen Tag ohne Zynismus als solchen beschreibt, auch wenn die Seitenhiebe gegen die pfälzische Provinz natürlich zum guten SPIEGEL-Ton gehören. Und wie das mit dem Irrsinn deutscher Agrarpolitik verflochten wird, ist höchst aufschlussreich, ohne Frau Klöckner bloßzustellen.

Jürgen Hummler, Uhlingen-Mühlhofen (Bad.-Württ.)

Vielleicht ist mir ja die feine Ironie des Autors entgangen, aber für mich ist der Beitrag von Marc Hujer über Landwirtschaftsministerin Klöckner mit Abstand das banalste Politikerporträt der letzten Jahre. Vespafahrten durch die Pfälzer Weinberge, Käsebröte mit Frau Klöckner und den Bodyguards – wie romantisch. Ein bisschen sanfte Kritik an den von Frau Klöckner bisher erzielten »Mini-Erfolgen«. Der Beitrag behandelt weder wirklich relevante Probleme der Arbeit des Landwirtschaftsministeriums (Massentierhaltung, Überdüngung, Artensterben) noch wird die Position der zuständigen Ministerin zu diesen Themen hinterfragt. Als Bürger hätte ich auch gern gewusst, was die Regierungsarbeit macht. Stattdessen muss Frau Klöckner »das Land retten«. So stelle ich mir die kritische journalistische Begleitung von Regierungsarbeit nicht vor.

Prof. Dr. Harald Pasch, Stellenbosch (Südafrika)

Ich glaubte es nicht: Es ist der SPIEGEL, nicht die »Bunte«, der diese fünf Seiten Julia Klöckner-Schmus gedruckt hat! Der sich der Selbstdarstellung der neben Andreas Scheuer auffälligsten Fehlbesetzung im merkelschen Kabinett hingibt. Ihr Versagen als Ernährungsministerin (Auftritt mit Nestlé-Chef, Behinderung zuckerredu-

zierter Kindernahrung und Getränke und ebenso klarer Biokennzeichnungen) wie gegenüber allen ökologischen Landwirtschaftsproblemen (Glyphosat, Grundwasserschädigung durch Überdüngung in Zusammenhang mit der skandalösen industriellen Fleischproduktion et cetera) kritisiert Herr Hujer nicht, der Klöckner mit der Vespa begleiten darf.

Peter Clauss, Frankfurt am Main

Die schöne Gegend um Bad Kreuznach wurde wesentlich ausführlicher beschrieben als die vielen Fehler und Versäumnisse der Bundeslandwirtschaftsministerin. Sollte ein solcher Artikel über die immer so böse missverständene Julia Klöckner nicht als Werbung gekennzeichnet werden?

Wolfgang Schmidt, Lage/Lippe (NRW)

Ich begrüße, dass sie dem Menschen Julia Klöckner Gelegenheit geben, sich in ihren offenen Worten als der Heimat verbunden in der Freizeit zu zeigen. Politik und die damit verbundene Kritik an ihrer Ministertätigkeit kann auch mal Nebensache sein. Guter Journalismus!

Peter Reinemann, Niederhausen/Nahe (Rhld.-Pf.)

Ihren Beitrag über die frühere Mitarbeiterin unseres Verlags Julia Klöckner habe ich selbstverständlich mit Interesse gelesen. In einem Punkt erlaube ich mir eine bescheidene Einlassung: Mag sein, dass Sie bei Ihren Recherchen zu der Erkenntnis gelangten, dass Julia Klöckner einen Mentor hatte. Bei mir damals allerdings nicht. Im Gegenteil bewarb sie sich seinerzeit völlig unprotektioniert um ein Volontariat. Nachdem ich sie eingestellt hatte, erfuhr ich, dass sie sich auch bei einem Wettbewerbsverlag beworben hatte. Bereits nach zwei Jahren ersparte ich Julia Klöckner ein drittes Volontariatsjahr, nachdem sie sich sehr schnell als brillante Journalistin geriert hatte, die nach wenigen Sätzen begriffen hatte, über welches Thema sie zu recherchieren hatte. Und somit wur-



Ministerin Klöckner in Weinbergen

de sie bereits im vierten Jahr Chefredakteurin unserer Sommelierzeitschrift. Gern erinnere ich mich, wie ich anregte, über die Problematik der Vorteilsnahme des Herausgebers eines Hotel- und Gaststättenführers zu recherchieren. Das Ergebnis wurde veröffentlicht. Wegen Verleumdung

und übler Nachrede wurde unser Verlag angezeigt. Bereits in erster Instanz wurde der Vorwurf abgewiesen. Sie ahnen nicht, wie gut uns beiden nach diesem Urteil die Flasche Wein schmeckte. Weniger erfreulich war indes, als kurze Zeit danach Julia Klöckner von Michael Prinz zu Salm-Salm abgeworben wurde, verbunden mit der Zusicherung eines vorderen Bundestagswahl-Listenplatzes der CDU für Rheinland-Pfalz. Doch als leidenschaftlicher Anhänger der Freiburger Schule des Ordoliberalismus war mir klar, dass ich irgendwann einmal für meine höchst geringe Begeisterung für die CDU bestraft werden musste.

Peter Meininger, Meininger Verlag, Neustadt (Rhld.-Pf.)

Schießen, schaufeln, schweigen

Nr. 32/2020 Pleiten und Pannen bei der Auswilderung von Wisent, Pferd und Biber

Der Artikel greift zu kurz, weil er von der anachronistischen Prämisse ausgeht, dass der Planet dazu da sei, von einer einzigen Spezies ausgeplündert zu werden. Auch Ihre einzelnen Argumente sind leicht zu entlarven: Sie zitieren einen Förster, der Trittschäden durch Wisente beklagt. Haben Sie schon einmal eine Wisentspur mit der eines Holzvollernters verglichen? Der Mann klagt auch über geschälte Bäume. Ganz klar für den Forst vordergründig ein wirtschaftlicher Verlust – ökologisch sind Totholz und lichte Stellen im Wald ein Hauptgewinn für Biodiversität. Von der profitiert auch der Tourismus erheblich. Ach so – der Wisent gehört gar nicht in den Wald, sondern in ausgedehnte Graslandschaften? Dann sollten wir ihm sowie dem Feldhamster, zahllosen Schmetterlingen und vielen anderen diese zurückgeben. Ein bisschen weniger Maisacker, ein bisschen weniger SUV, dafür mehr Artenvielfalt. Es würde uns allen besser gehen.

Peter Roth, Herdwangen-Schönach (Bad.-Württ.)

Erfolgreiche Projekte werden gar nicht genannt. Der Biber fühlt sich wieder nahezu in ganz Deutschland heimisch, der Fischotter kehrt zurück, die Wildkatze breitet sich aus, der Luchs in Harz, Pfälzer Wald, Nordschwarzwald und Bayerischem Wald. Bartgeier und Steinbock sind wieder im ganzen Alpenraum anzutreffen. Der begrenzende Faktor für Wildtiere hierzulande ist, wie die Autorin am Schluss resümiert, der Mensch. Als 2017 ein Wild-Wisent, aus Polen kommend, die Oder durchschwamm, wurde er trotz strengen Schutzes rasch erlegt. In Bayern sollte nach Meinung von Experten aufgrund der Wurfzahlen der Luchse im Nationalpark Bayerischer Wald und im angrenzenden tschechischen Šumava der Luchsbestand viel größer sein. Hier sagt aber ein Sprichwort: schießen, schaufeln, schweigen.

Hans-Georg Apitzsch, Pulheim (NRW)

Genüsslich und ohne Warnung

Nr. 33/2020 Ein Treffen mit der umstrittenen Kabarettistin Lisa Eckhart, die ihren ersten Roman geschrieben hat

Die Kunstfigur Lisa Eckhart lebt vom Tabubruch. Dass sie das vermeintlich Nichtdenkbare ausspricht, verschafft ihr die Pointe. Darf Satire so etwas? Ja klar, wer denn sonst? Aber: Die Masche ist schnell abgenutzt, wenn sie als solche enttarnt ist.

Frank Pitsch, Köln



Künstlerin Eckhart 2018

Lisa Eckhart, dieses Licht im Halbdunkel unserer Comedyszene, ist so wenig rassistisch, wie »Little Britain« homophob ist, der Roman »Er ist wieder da« rechtsextrém und die Georg-Kreisler-Liedzeile »Geh'n wir Tauben vergiften im Park« eine Lobeshymne auf Tierquälerei sein soll. Diese Frau zelebriert die diabolische Freilegung der versteckten Vorurteile, die genau in den Zuhörern stecken, die sich über diese Künstlerin am lautesten aufregen. Besonders übel nimmt man ihr, dass sie das auch noch genüsslich tut, ohne die Dummköpfe vor der Falle, die sie stellt, zu warnen, wie es leider bei schlechten Comedians immer wieder geschieht.

Peter Heinrichs, München

Der Veranstalter hat zugegeben, dass es keine Drohungen gab, sondern »besorgte Warnungen aus der Nachbarschaft«. Wer eine Kabarettistin einlädt, die über die Geldgier von Juden und die Schwanzgröße von Schwarzen schwadroniert, sollte in einer lebendigen, streitlustigen Gesellschaft mit Protest rechnen. Wer dann zu feige ist, die Sache durchzuziehen, möge doch bitte Kulturveranstaltungen in Nordkorea organisieren.

Martin Niggeschmidt, Hamburg

Ein Zurücktreten der Kabarettistin wäre ein weiterer Erfolg der »Cancel Culture« und ein Rückschritt im Bemühen gegen die zunehmende Macht der Dummheit und Verbohrtheit in Deutschland.

Dr. Claus Birken, Düsseldorf

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Aus der »Sächsischen Zeitung«:
»Immer öfter sieht man in Bussen, Bahnen, Restaurants und Supermärkten Menschen, denen es offenbar egal ist, ob sie andere gefährden. Da hängt die Maske unterm Kinn, die Nase schaut heraus oder fehlt gleich ganz.«

Wenn das Wasser knapp wird

Ausgetrocknete Teiche erschweren die Fischzucht :

VON MARTIN KLOTH
Wasserstand wie im September

Aus dem »Weser-Kurier«

Eine Hobbygärtnerin in der »Stuttgarter Zeitung«: »Und wenn geerntet wird, dann ›muss man halt das essen, was es gerade gibt – auch die Kinder.«

Aus der Südthüringer Zeitung »Freies Wort«: »Hund Bruno ist blind – die Ursache für sein Handicap ist aber nicht bekannt. Nun soll ein Fachtierarzt ein Auge auf Bruno werfen.«

Nach Obduktion steht fest: Vermisster (86) ist gestorben

Aus der »Nassauischen Neuen Presse«

Die »Süddeutsche Zeitung« über den ehemaligen König von Spanien Juan Carlos: »Der Diktator Francisco Franco holte ihn später nach Spanien und ließ ihn behütet und gut bewacht aufwachsen, er besuchte Militärakademien und wurde, wie damals üblich, mit der griechischen Prinzessin Sofia verheiratet.«

Die Programmbeilage »Stern TV Magazin« über den Wissenschaftler Johannes Kepler: »Seine Erkenntnisse über die Bewegungen der Planeten zählen zu den Grundlagen der Anatomie.«

Mann erinnert sich nicht an Unfall

Über zwei Promille: Polizei stoppt Betrunkene mit ungewöhnlichen Fahrgeräuschen

Von Hna.de

Aus der »WAZ«: »Nach einer Auseinandersetzung mit einem Toten und einem Verletzten nahe dem Berliner ›Alex‹ ist ein Mann festgenommen worden.«

Zitate

Die »taz« über den Gastbeitrag »Die Kunst des Aushaltens« des Kabarettisten Florian Schroeder (SPIEGEL.de am 12. März):

Eulen nach Athen tragen, das heißt unter Bühnenkünstler*innen: predigen vor Bekehrten. Also: dem Publikum bloß vorkauen, was es hören will. Der Satiriker Florian Schroeder, 40, hat am Samstag in Stuttgart das Gegenteil getan, als er bei einer Kundgebung der Initiative »Querdenken-711« auftrat... und betonte, er halte Masken und Abstand für sehr gute Ideen... Zuletzt sprach er sich für die umstrittene Veröffentlichung von Woody Allens Autobiografie beim Rowohlt Verlag aus. Wenn Kunst nur noch von guten Menschen für gute Menschen gemacht werde, sei das ihr Ende, so Schroeder im SPIEGEL. Beiden Texten gab er das Nietzsche-Zitat »Ich impfe euch mit dem Wahnsinn« bei – eine Referenz, die in Stuttgart vermutlich zu noch mehr aerosolfördernder Schnappatmung geführt hätte.

Die »Neue Zürcher Zeitung« zum SPIEGEL-Titel »Gammer in Deutschland« (Nr. 39/1966):

Der Urknall der neuen Straßenöffentlichkeit waren die »Schwabinger Krawalle« im Juni 1962, die durch das (zu) laute Gitarrenspiel einiger Musiker ausgelöst wurden. Im September 1966 machte der SPIEGEL das neue Phänomen der Gammer... zur Titelgeschichte: »Langhaarig, trinkfest« und »gleichgültig« würden sie »an den Ecken der Nation« herumhängen... »Ein nacktfüßiger Berliner Gammer mit Bart und Abitur: ›Ich halte es wie Kalle Marx, der hielt auch nichts von dieser Eigentumsschleiße.«

Der SPIEGEL berichtete ...

... in »Der zweite Mann« (Nr. 27/2020) über einen möglichen Helfer von Vadim Krasikov, der 2019 im Berliner Tiergarten einen Mann ermordet haben soll: Der Helfer sei ebenfalls russischer Staatsbürger und habe bereits 2015 ein Visum für den Schengenraum beantragt, wobei sich Verbindungen zu einem anderen Mordfall ziehen ließen.

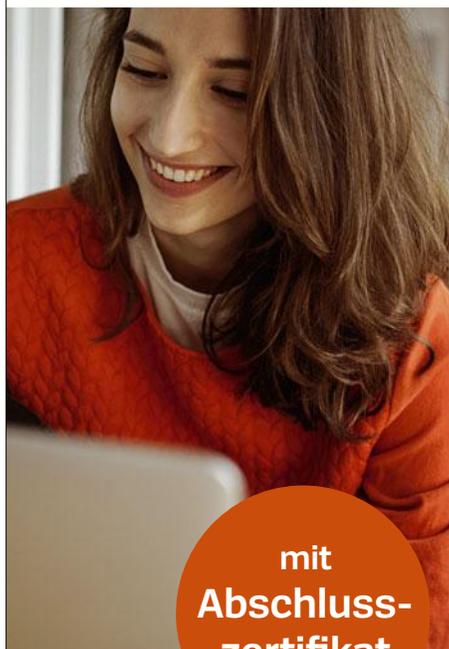
Die Slowakei hat drei russische Diplomaten wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an einem »schweren Verbrechen« ausgewiesen. Laut dem Außenministerium gibt es Hinweise von Geheimdiensten, wonach sie an »Aktivitäten beteiligt waren, die gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen verstoßen«.

SPIEGEL Akademie

In Kooperation mit der
SRH Fernhochschule

Fit für die digitale Zukunft

mit dem neuen
E-Learning-Kurs
**Digital Strategic
Management**



mit
**Abschluss-
zertifikat**

Eine Auswahl der Inhalte:

- + Grundlagen des strategischen Managements
- + Adaption digitaler Kompetenzen in bestehende Geschäftsmodelle
- + Zielgruppenadäquate Kommunikation
- + Gestaltung von Transformationsprozessen

Alle Kurse und Infos unter
akademie.spiegel.de

Wir sind, was wir essen.

Unsere Ernährung beeinflusst
Psyche und Natur. Wie Sie heraus-
finden, was am besten für Sie ist.

Jetzt im
Handel

SPIEGEL

Ausgabe 3/2020

WISSEN

STARKOCH

Nigel Slater über
Gaumenglück

FLEISCH

Wege aus der
Massentierhaltung

FORSCHUNG

Was taugen
DNA-Diäten?

**PLUS
DOSSIER**

Praxistipps zur
Vorratshaltung mit
Vernunft

Essen, was mir guttut

Individuell, gesund, lecker:
So finde ich die perfekte Ernährung für mich



RWE

Die klügste Art, mit Gegenwind umzugehen? Ihn zu nutzen.

Jede Zeit hat ihre Energie. Jetzt sind es die Erneuerbaren Energien. Wir sind eines der weltweit führenden Unternehmen in diesem Bereich. Und diese Positionen wollen wir festigen. Mit massiven Investitionen: 5 Milliarden Euro netto in den nächsten drei Jahren. Für Strom, der sauber, sicher und bezahlbar ist. Die neue RWE. Klimaneutral bis 2040.



[rwe.com](https://www.rwe.com)